

BEITRÄGE ZUR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN VOM

ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT
FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

6

FÜHRER DURCH
DIE KRISENPOLITIK

VON

FRITZ MACHLUP



Springer

BEITRÄGE ZUR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN VOM

ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT
FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

6

FÜHRER DURCH DIE KRISENPOLITIK

VON

FRITZ MACHLUP



WIEN

VERLAG VON JULIUS SPRINGER

1934

FÜHRER DURCH DIE KRISENPOLITIK

VON

FRITZ MACHLUP



WIEN
VERLAG VON JULIUS SPRINGER
1934

**FÜR DEN INHALT DER VOM ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR
KONJUNKTURFORSCHUNG HERAUSGEGEBENEN „BEITRÄGE
ZUR KONJUNKTURFORSCHUNG“ TRAGEN DIE VERFASSEN
DER EINZELNEN ARBEITEN ALLEIN DIE VERANTWORTUNG**

ISBN 978-3-7091-5955-2

ISBN 978-3-7091-5989-7 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-7091-5989-7

**ALLE RECHTE, INSBESONDERE DAS DER ÜBERSETZUNG IN
FREMDE SPRACHEN, VORBEHALTEN**

COPYRIGHT 1934 BY VERLAG VON JULIUS SPRINGER, VIENNA

VORWORT

Ein Buch, das dem Gebildeten — aber nicht gerade nationalökonomisch Gebildeten — auf wissenschaftlich einwandfreie Art eine Orientierung in der Wirtschaftspolitik ermöglicht, hat meines Wissens bisher gefehlt. Ich empfand dies in der heutigen Zeit, da jedermann in wirtschaftspolitischen Fragen beschlagen sein will, als besonderen Mangel. Oft war ich in Verlegenheit, wenn kluge und interessierte Menschen — von den in Tageszeitungen vorgeführten Ansichten verwirrt — mich nach den Erfolgsaussichten dieser oder jener Politik fragten. Eine Antwort ohne Erklärung kann nicht befriedigen. Eine kurze Erklärung — die manche Grundbegriffe der ökonomischen Theorie als bekannt voraussetzen muß, obwohl sie den wenigsten bekannt sind — erscheint angesichts weitverbreiteter Mißverständnisse meistens paradox und ungläubwürdig. Dem Frager den Rat zu geben, Nationalökonomie zu studieren, wäre gewiß nicht zweckmäßig. Bleibt nur die Möglichkeit, ihn auf ein *gemeinverständliches* und doch fachlich fundiertes Buch zu verweisen. Ein solches Buch kannte ich nicht.

Ich weiß nicht, ob und inwieweit es mir gelungen ist, dieses Buch zu schreiben. Gemeinverständlichkeit und vollkommene wissenschaftliche Genauigkeit sind unvereinbare Gegensätze. Je populärer, um so anfechtbarer; je weniger anfechtbar, um so weniger verständlich; zwischen diesen beiden Gefahren ein Mittelmaß zu halten, ist eine Aufgabe, deren Gelingen sehr verschieden beurteilt werden wird. Dem wenig oder gar nicht vorgebildeten Leser wird das

Buch vielleicht zu trocken, zu abstrakt, zu schwerverständlich erscheinen; der Wissenschaftler, der literaturbewanderte und problemkundige Fachmann, wird es in manchen Thesen oberflächlich, nicht stichhältig, verschiedenen Einwänden ausgesetzt finden. Diesen Schwierigkeiten ist das Unternehmen, ein populär-wissenschaftliches Buch zu schreiben, vermutlich in allen Fächern ausgesetzt. In den Wirtschaftswissenschaften scheint es — der Natur der ökonomischen Gesetze entsprechend — besonders schwer zu sein. Darüber müssen einige Worte gesagt werden. (Die Schwierigkeit der nächsten Sätze möge den Anfänger nicht abschrecken. Er kann die nächsten Seiten dieses Vorwortes überblättern.)

Über die Allgemeingültigkeit theoretischer Sätze und über die Möglichkeit ihrer praktischen Anwendung gibt es seit Jahrhunderten erkenntnistheoretische Auseinandersetzungen. Der Gemeinspruch „Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“ ist — das hat *Kant* gezeigt — eines gebildeten Menschen unwürdig. Entweder eine Theorie taugt zur Erklärung der Wirklichkeit und innerhalb bestimmter Bereiche zur praktischen Anwendung, dann bezeichnen wir sie als richtig. Oder aber eine Theorie hat keinen Anwendungsbereich, dann ist sie für die Erkenntnis wertlos.

Ist der auf einem physikalischen Gesetz gegründete Satz: „Eine Eisenkugel, die an einer Schnur aufgehängt ist, fällt zu Boden, wenn die Schnur abgeschnitten wird“, richtig? Wenn oberhalb der Eisenkugel ein Magnet angebracht ist, muß das erwartete Herabfallen der Kugel nicht eintreten. — In der Wirtschaft wird nun seitens mancher Wissenschaftler das Wirken von besonders vielen solcher „Magnete“ behauptet, die unsichtbar den Ablauf der wirtschaftlichen Geschehnisse beeinflussen und anders gestalten,

als der — die „Magnete“ nicht berücksichtigende — Forscher denkt. In der Regel ist es mit den unsichtbaren Kräften, die den Wirtschaftsablauf angeblich in andere Bahnen lenken, nicht weit her, ja oft ist bloß ein politischer Wunsch Vater solcher Gedanken. Aber immerhin muß ein wissenschaftlich ganz unanfechtbares Buch die Wahrscheinlichkeit vermuteter Ablenkungen und Abweichungen prüfen; es muß überall und immer wieder die Abhängigkeit aller Aussagen vom unveränderten Aufrechterbestehen bestimmter Annahmen betonen; es muß zeigen, daß es — wenn und aber und einerseits und andererseits und möglicherweise, aber wenig wahrscheinlich — auch anders sein könnte. Mit solchen Verklausulierungen kommt der *Wirtschaftspolitiker* nicht weiter; er muß die wahrscheinlichsten Annahmen invariant setzen, die aus der wissenschaftlichen Erfahrung gewonnenen Ablaufstypen als fixiert annehmen und nun unter Festhaltung aller Voraussetzungen die Erscheinungen ins Auge fassen und ihre typischen Zusammenhänge überlegen.

Damit ist für einen „Führer durch die Wirtschaftspolitik“ bereits der Verzicht auf eine zu weitgehende Kasuistik vorgeschrieben. Der Theoretiker kann sich die Aufgabe setzen, den Ablauf der Geschehnisse unter dem Einfluß besonders unwahrscheinlicher, aber interessanter Voraussetzungen durchzudenken. Der Wirtschaftspolitiker darf sich durch derartige „Möglichkeiten“ nicht irre machen lassen; für ihn ist nicht wichtig, was „denkbar“ ist, sondern was wahrscheinlich ist, und er wird um so sicherer in seinem Blick und seinem Urteil, je apodiktischer die Geltung der ökonomischen Gesetze für ihn ist.

Ein Beispiel, allerdings ein solches, das nur Fachleute verstehen: Bei gegebener Lohnhöhe und bei gegebener Grenzproduktivität der Arbeit ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter bestimmt. Jede Er-

höhung des Arbeitslohns muß zu einer Verringerung der Beschäftigung — Vergrößerung der Arbeitslosigkeit — führen. Nun wäre eine Ausnahme „denkbar“; es findet durch die Lohnerhöhung unter anderem eine Verschiebung von Kaufkraft von Rentenbeziehern auf Arbeiter statt, und damit möglicherweise eine qualitative Veränderung der Nachfrage; wenn nun die Summe der gesparten Einkommensteile gleichbleibt, die neue Nachfrage aber auf Güter mit größerer Lohnquote gerichtet ist, während die ausgeschaltete Nachfrage auf Erzeugnisse kapitalintensiver und arbeitsexensiver Produktionen gerichtet war, so wäre durch die Nachfrageverschiebung die Grenzproduktivität der Arbeit erhöht, was dem durch die Lohnerhöhung normalerweise bewirkten Arbeiterabbau entgegenwirken würde. — Jeder Fachmann wird zugeben, daß überhaupt *nichts* für die Wahrscheinlichkeit einer solchen Konstellation der Nachfragekurven spricht und daß diese Überlegung praktisch ganz unerheblich ist. Dennoch könnte der Theoretiker auf solche Grenzfälle hinweisen.

Die Behauptung, daß es manchmal anders kommen müsse, als der „orthodoxe Theoretiker“ denkt, ist besonders in der Kreditpolitik an der Tagesordnung. Inflation hat manche unerwünschten Folgen. Immer wird es aber eine große Zahl von Wirtschaftlern geben, die gerade für die bestehende, ganz besonders geartete Situation eine Erleichterung der Kreditgewährung für angebracht und gänzlich ungefährlich halten. Sicherlich kann man sich solche Datenlagen denken; verdächtig ist nur, daß es zu *allen* Zeiten Leute gegeben hat, die das Bestehen einer solchen inflationsfreundlichen Konstellation der Daten behauptet haben. Daß ich auch bei der Behandlung der Kreditpolitik auf die „Theorie der Grenzfälle“ verzichtet habe, wird mir gewiß von vielen Fachgenossen übelgenommen werden. Ich habe aus ehrlichster Überzeugung von jeder inflationistischen Argumentation Abstand genommen.

Die Frage, wie weit die wirtschaftspolitische Beurteilung der verschiedenen Programme in diesem Buche von weltanschaulichen Ansichten diktiert ist, kann ich selbst schwer

beantworten. Wenn ich eine Stelle entdeckt hätte, die zu stark von Weltanschauung bedingt ist, hätte ich sie ausgemerzt. Denn die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist nicht, die Ziele und Werte, von denen die Politiker geleitet werden, zu kritisieren, sondern zu untersuchen, ob die vorgeschlagenen Wege zu den angestrebten Zielen führen, und ob die erwarteten Wirkungen ohne unerwartete Nebenwirkungen eintreten. Eine solche Untersuchung scheint mir von Weltanschauungen nicht abhängig zu sein.

Außer dem Versuch der gemeinverständlichen Darstellung unterscheidet sich dieser „Führer durch die Krisenpolitik“ in noch zwei Punkten von anderen verfügbaren wirtschaftspolitischen Leitfäden. Zunächst im Verzicht auf Literaturhinweise, die sich üblicherweise in wissenschaftlichen Werken in großer Zahl finden. Ich selbst habe in meinen bisher veröffentlichten Schriften reichlich „zitiert“ und eine Fülle von Quellenangaben gemacht. Dies scheint mir bei einem Buch wie diesem nicht am Platz zu sein. Der Leser soll nicht durch Anmerkungen und Fußnoten im Gedankengange unterbrochen werden. Ich beschränke mich darauf, im Anhang dem Anfänger einige nationalökonomische Einführungs- und Fortbildungswerke zu empfehlen.

Von den Lehrbüchern der Wirtschaftspolitik unterscheidet sich dieser Führer auch in der Systematik und Auswahl der behandelten Fragen. Hier gliedere ich nicht nach Agrarpolitik, Gewerbepolitik, Industriepolitik, Verkehrspolitik usw. und bespreche nicht Maßnahmen, die nur noch historische Bedeutung haben, oder die nur für den Spezialisten wichtig sind. Die Auswahl der in diesem Buche besprochenen wirtschaftspolitischen Forderungen, Pläne und Schlagworte erfolgt nur nach *einem* Gesichtspunkt: wenn sie die Öffentlichkeit beschäftigen oder sichtbaren Einfluß

auf das Handeln der Politiker haben, dann müssen sie hier behandelt werden. So kommt es, daß so verschiedene Fragen, wie etwa Vorzugszölle und Schwundgeld, Devisenordnung und Rationalisierung in einem Bande vereinigt werden. Für die meisten Leser wird dies gewiß nur vorteilhaft sein.

* *
*

Ich bin dem Österreichischen Institut für Konjunkturforschung aufrichtig dankbar, daß es die Herausgabe meiner Arbeit in der Reihe der „Beiträge zur Konjunkturforschung“ veranstaltet. Mein Buch trägt vielleicht weniger dazu bei, neue Wege und Probleme der Konjunkturforschung zu erschließen, als dazu, meines Erachtens ziemlich feststehende Ergebnisse der Forschung zu verbreiten. Das Institut hat damit bewiesen, daß es sich außer der Förderung der Forschung auch die Verbreitung der Forschungsergebnisse in möglichst weite Kreise angelegen sein läßt. Für den Inhalt dieses Buches trage aber ich allein die Verantwortung und ich möchte nachdrücklich betonen, daß die Rolle des Herausgebers nicht so aufgefaßt werden darf, als ob sich das Instiut mit meinen wirtschaftspolitischen Auffassungen identifizierte.

Ich möchte nicht unterlassen, auch jenen zu danken, die mir dazu verholfen haben, die Darstellungsform und Vortragsweise zu finden, die geeignet zu sein scheint, schwierige Probleme dem ungeschulten Publikum möglichst klar auseinanderzusetzen. Ich meine damit meine Schüler und Hörer, die mir in den Vorlesungen und Übungen über Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik, die ich an der Volkshochschule Wien (Volksheim) gehalten habe, durch ihre geistige Mitarbeit, durch ihre Fragen und ihre

Widersprüche geholfen haben, als Lehrer manche Erklärungswege zu finden, die vom Forscher unbeachtet geblieben wären. — Daß ich im Stil weniger den strengen Regeln der Schriftsprache als den ungebundeneren Gebräuchen der Umgangssprache folge, scheint mir der populären Darstellungsart angemessen zu sein.

* *
 *
 *

Jede Zeit hat ihre Schlagworte: Programmatische Forderungen, auf eine ganz kurze Formel gebracht, kaum durchdacht, zumeist von falschen Voraussetzungen ausgehend, aber effektiv und voll Werbekraft. Politische Parteien bedienen sich dieser Schlagworte, sie füllen die Zeitungen aller Richtungen und die Gespräche in den Salons, an den Stammtischen und an den Arbeitsplätzen. Wer sich da noch zurechtfinden will, bedarf eines *Führers*. Es ist Aufgabe dieses Büchleins, den Leser durch das Gestrüpp der Schlagworte unserer Zeit zu führen und ihn erkennen zu lassen, was Wahres und was Falsches in diesen Schlagworten steckt. Die Bergführer empfehlen manche Wanderungen „Nur für Schwindelfreie“. Dieser Führer versucht den Geführten schwindelfrei zu machen, ihn von wirtschaftspolitischem Schwindel zu befreien.

Der Verfasser.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT	V
ERSTES KAPITEL	
WIRTSCHAFTSPOLITIK UND KRISENPOLITIK	1
ZWEITES KAPITEL	
ANKURBELUNG DURCH KREDITAUSWEITUNG	5
A. Kreditausweitung und Währung	7
B. Kreditausweitung und Produktion	9
C. Erhöhung des Preisniveaus	11
DRITTES KAPITEL	
ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH INVESTITIONEN	15
A. Risiko und Rentabilität	15
B. Kapitalbeschaffung durch Inflation	17
C. Kapitalbeschaffung durch Besteuerung	21
D. Kapitalbeschaffung durch Inlandsanleihen	23
E. Kapitalbeschaffung durch Auslandskredit	25
F. Produktive Arbeitslosenfürsorge	27
G. Die Bedingungen erfolgreicher Arbeitsbeschaffung	30
VIERTES KAPITEL	
VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT	32
A. Die Vierzigstundenwoche	33
B. Bekämpfung des Doppelverdienertums	37
FÜNFTES KAPITEL	
SENKUNG DER PRODUKTIONSKOSTEN	39
A. Die Kaufkraft der Bevölkerung	40
B. Senkung des Zinsfußes	41
C. Senkung der Arbeitskosten	44
D. Senkung der Steuern	49
E. Abbau der Zölle	51

	Seite
SECHSTES KAPITEL	
ERLEICHTERUNG DER SCHULDENLAST	53
A. Verschuldung der Industrie	54
B. Verschuldung der Landwirtschaft	56
C. Stützung der Banken	58
D. Internationale Verschuldung	62
E. Preissturz, Geldmenge und Schuldenlast	67
SIEBENTES KAPITEL	
INNENKOLONISATION UND NATURALWIRTSCHAFT	71
A. Reagrarisierung der Industrieländer	72
B. Siedlung als Arbeitsbeschaffung	76
C. Naturaltausch anstatt Geldwirtschaft	78
D. Stadtrandsiedlung als soziale Beihilfe	81
ACHTES KAPITEL	
AUTARKISIERUNG	83
A. Selbstgenügsamkeit als Ideal	84
B. Autarkie als Schicksal	88
C. Ausgleichung einzelner Handelsbilanzen	90
D. Ausgleichung der allgemeinen Handelsbilanz	93
E. Ausgleichung der Zahlungsbilanz	100
F. Schutz der heimischen Produktion	108
NEUNTES KAPITEL	
ABBAU DER AUSSENHANDELSSCHRANKEN	117
A. Finanzzölle, Schutzzölle, Erziehungszölle, Rüstungszölle, Kampfzölle, Antidumpingzölle, Vorzugszölle	118
B. Einfuhrverbote und Kontingente	122
C. Devisenbeschränkungen	125
D. Einseitiger Freihandel	129
ZEHNTES KAPITEL	
REFORMEN DES GELDWESENS	132
A. Abschaffung des Geldes	133
B. Vermehrung des Geldes	136
C. Schwundgeld	140
D. Indexwährung	145
E. Die Spielregeln der Goldwährung	150
F. Die Deckung des Geldes	155
G. Weltgeld und Binnenwährungen	160

ELFTES KAPITEL		Seite
SPAREN ODER KONSUMIEREN		164
A. Das Kapital in der Produktion		165
B. Das flüssige Kapital		169
C. Anregung der Produktion durch erhöhte Nachfrage		172
D. Sparen ohne Investieren		174
ZWÖLFTES KAPITEL		
BESCHRÄNKUNG ODER BESCHLEUNIGUNG DES TECHNISCHEN FORTSCHRITTS		177
A. Rationalisierung		178
B. Die technologische Arbeitslosigkeit		182
C. Fehlrationalisierung		185
D. Technokratie		189
E. Technischer Fortschritt und Arbeitszeit		193
DREIZEHNTE KAPITEL		
EINSCHRÄNKUNG DER KONKURRENZ		195
A. Behördliche Preisfestsetzung		195
B. Kartelle und Trusts		198
C. Der Zuzug zum Gewerbe		200
D. Warenhäuser und Konsumvereine		202
VIERZEHNTE KAPITEL		
PLANWIRTSCHAFT		205
A. Pseudoplanwirtschaften, Monopolismus, Ständische Wirt- schaft		205
B. Planmäßige Leitung der Wirtschaft		209
C. Gemeinnutz geht vor Eigennutz		214
EMPFOHLENE SCHRIFTEN		218
SACHREGISTER		220

FÜHRER DURCH DIE KRISENPOLITIK

ERSTES KAPITEL

WIRTSCHAFTSPOLITIK UND KRISEN- POLITIK

Wenn weite Kreise mit dem Ablauf der wirtschaftlichen Geschehnisse unzufrieden sind, entsteht das Bedürfnis nach staatlichen Maßnahmen, die den unerwünschten Zustand beseitigen und einen erwünschten Stand der Dinge herbeiführen sollen. Den Inbegriff solcher Maßnahmen nennt man *Wirtschaftspolitik*. Wenn der unerwünschte Zustand der wirtschaftlichen Verhältnisse in einer als unerträglich empfundenen Notlage weitester Kreise der Bevölkerung in der Mehrzahl aller Erzeugungszweige besteht, so spricht man von einer Wirtschaftskrise; den Inbegriff der zur Beseitigung dieses Zustandes vorgeschlagenen oder durchgeführten Maßnahmen nennt man *Krisenpolitik*. Während in der Wirtschaftskrise fast alle Erzeugungszweige in Mitleidenschaft gezogen sind, lenken in „normalen“ Zeiten nur manche Produktionszweige oder Bevölkerungsschichten die Aufmerksamkeit und das Mitgefühl der Öffentlichkeit auf ihre traurige wirtschaftliche Lage. Daher ist die Wirtschaftspolitik „normaler“ Zeiten weitgehend spezialisiert; zuweilen empfand man die Notwendigkeit, bestimmten Mängeln oder Notlagen in der Landwirtschaft abzuhelpen (Agrarpolitik), zuweilen erschienen bestimmte Gewerbe als besonders schutzbedürftig (Gewerbepolitik), oft und oft bemühte man sich, das Los der Industriearbeiter durch staatliche Aktionen zu verbessern (Sozialpolitik) usw. Die Bedeutung solcher

spezieller Interventionen tritt in Krisenzeiten hinter den Maßnahmen zurück, die nicht auf einzelne Gruppen, sondern auf die Wirtschaft im allgemeinen gerichtet sind. Man will die Wirtschaft als Ganzes wieder in die Höhe bringen und vor allem die alle Erwerbszweige umfassende Arbeitslosigkeit mildern oder beseitigen: man betreibt Krisenpolitik.

Alle Maßnahmen und Eingriffe, die von den Staaten und anderen öffentlichen Körperschaften unternommen werden, setzen eine bestimmte *Theorie* voraus. Wenn jemand eine bestimmte Maßnahme zu einem bestimmten Zweck vorschlägt, so geht er von der Ansicht aus, daß solche Maßnahmen die von ihm erwarteten bestimmten Wirkungen haben. Ansichten über ursächliche Zusammenhänge nennt man „Theorie“, und wenn ein Politiker behauptet, daß er keine Theorien habe, so weiß er bloß nicht, was „Theorie“ heißt. (Ebenso wie in einem berühmten Lustspiel von Molière der Held nicht gewußt hatte, daß er „Prosa“ sprechen könne.) Um eine erfolgreiche Politik machen zu können, ist es aber auch wichtig, keine unrichtige Theorie zu haben; man muß die ursächlichen Zusammenhänge kennen. Schwere Mißgriffe können vorkommen, wenn man die *Ursachen* einer Erscheinung mit ihren *Anzeichen* verwechselt.

Auch der Arzt unterscheidet zwischen Krankheitsursachen und Krankheitssymptomen. Die Symptome einer Krankheit — das sind die Anzeichen, an denen man sie erkennt; die Ursachen können ganz wo anders liegen. Der Arzt, der eine Krankheit heilen will, wird nicht an den Symptomen herumdoktern, wenn er weiß, wo die Ursachen der Erkrankung stecken. Bei den Erkrankungen des Wirtschaftskörpers sind die Politiker nicht immer so gewandt. Sie geben sich nur zu oft alle Mühe — gegen die Symptome

anzukämpfen. Ein solches Vorgehen kann aber nicht erfolgreich sein.

Es ist allerdings nicht leicht zu erkennen, welchen Veränderungen in der Wirtschaft „verursachende“ und welchen bloß „symptomatische“ Bedeutung zukommt. Eine Reihe von Erscheinungen wird in der Wirtschaftskrise beobachtet — Absatzmangel — Preissturz — Arbeitslosigkeit — Rückgang oder Verlust der Rentabilität — Verschuldung — Zahlungsunfähigkeit — Vertrauensmangel — Rückgang des internationalen Handels — Währungsschwierigkeiten — usw. — und wenn nun staatliche Interventionen erfolgen, um diese Erscheinungen zu bekämpfen, so wird das Streben, an irgendeiner Stelle zu helfen, gewöhnlich — wenn überhaupt — nur mit empfindlichen Schädigungen an anderen Stellen verwirklicht werden können. Diese Schädigungen und Störungen sind nicht weniger sichtbar als jene Verbesserungen, die als Erfolg der Intervention betrachtet werden, aber man erkennt nicht, daß die aufgetretenen „neuen“ Krisenerscheinungen Nebenwirkungen jener Intervention sind.

Beispiel: Eine Bank gerät in Schwierigkeiten. Intervention: Die Notenbank stützt die Bank durch Kredite. Erfolg: Die Bank bleibt bestehen. Nebenwirkung: Große Goldansprüche an die Notenbank, Gefährdung der Stabilität der Währung. Intervention: Einführung einer Devisenordnung. Erfolg: Gold bleibt erhalten, sichtbare Verschlechterung des Valutenkurses ist vermieden. Nebenwirkung: Importsteigerung. Intervention: Zollerhöhung. Erfolg: Importrückgang. Nebenwirkung: Exportrückgang usw. Die Erklärung, warum das alles so kommen muß, wie es in diesem Beispiel angedeutet wurde, wird in den späteren Abschnitten der Arbeit gegeben werden. Hier sollte bloß gezeigt werden, wie ein wirtschaftspolitischer Eingriff eine endlose Reihe

weiterer Störungen und weiterer Eingriffe heraufbeschwören kann, und wie wichtig es daher ist, niemals den Blick kurzzeitig und beschränkt auf *eine* Tatsache oder *einen* Erwerbszweig zu richten, anstatt stets den *Gesamtzusammenhang* der Wirtschaft in den Überlegungen zu berücksichtigen.

Die Politiker haben es allerdings schwer, denn die Wirtschaftswissenschaftler sind sich nicht in allen Fragen einig. Daraus sollte man aber nicht die Konsequenz ziehen, die Fachleute überhaupt nicht zu befragen, ebenso wie man bei Ärzten, die verschiedener Ansicht sind, nicht auf jede ärztliche Beratung verzichtet, sondern unter ihnen eine Auswahl trifft. Die Entscheidung zwischen verschiedenen volkswirtschaftlichen Theorien trifft man als gewissenhafter Mensch in der Art, daß man über die Dinge selbst nachdenkt und die Überlegungen der Theoretiker logisch zu überprüfen sucht.

ZWEITES KAPITEL
ANKURBELUNG
DURCH KREDITAUSWEITUNG

Das Schlagwort von der *Ankurbelung* ist dem Wortschatz der Automobilfahrer entnommen. Der Autolenker kann den „abgestorbenen“ Motor wieder ankurbeln. Er braucht nur einige Male die Kurbel zu drehen (oder gar nur auf den Anlasserknopf zu drücken), um den Motor in Gang zu setzen; nur die Anfangszündung (die Initialzündung) ist erforderlich, dann läuft die Geschichte schon lustig weiter.

Wo vermuten nun die meisten automobilistischen Wirtschaftslenker die Kurbelwelle oder den Anlasser unseres Wirtschaftslebens? Die Antwort wird teils offen, teils nur versteckt gegeben: die *Notenbanken* sollen die Wirtschaft ankurbeln. *Die Möglichkeit dieser Ankurbelung ist zweifellos gegeben.* Umstritten ist nur die Frage, wie lange eine durch Notenbankkredit angekurbelte Wirtschaft in Gang bleibt und welche weiteren Folgen aus dieser Ankurbelung entstehen.

Die Notenbank kann verschiedene Gruppen in der Wirtschaft — den Staat oder die Industrieunternehmen oder die Landwirtschaft usw. — durch die Gewährung von Krediten mit Kaufmitteln ausstatten, die sie bisher nicht hatten. Die Nachfrage dieser kaufkräftig gewordenen Gruppen führt eine Absatzsteigerung in manchen Produktionszweigen herbei. Diese Produktionszweige benötigen zur Ausdehnung ihrer Erzeugung zunächst einmal wieder Kredit, den sie auch von der Notenbank bekommen sollen, und mit diesen neugedruckten Geldern kaufen sie die Pro-

duktionsmittel, die zur Herstellung ihrer Erzeugnisse nötig sind. Es strömen die neugeschaffenen Kaufmittel von einer Hand zur anderen, von einer Gruppe zur anderen und schaffen die angenehme Stimmung zunehmenden Reichtums. *Die Bevölkerung, die sich nun für reicher hält, als sie tatsächlich ist*, steigert unternehmungslustig alle Arten von Anschaffungen und Anlagen und steigert auch den persönlichen Aufwand. Es ist das bekannte Bild der „*Prosperität*“, der sich Amerika vor allem in den Jahren 1927 bis 1929, Deutschland und Österreich — in anderen Maßen — einige Jahre vorher erfreut haben.

Die Prosperität kann eine Zeitlang andauern. Sie dauert so lange, als es möglich ist, die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft immer weiter fortzusetzen. Eines Tages muß es sich dann zeigen, daß es mit der Ausdehnung des Notenbankkredits nicht mehr weiter gehen kann, sei es dadurch, daß die Bevölkerung das sich entwertende Geld ablehnt, sei es, daß das Bewußtsein von der übermäßigen Inanspruchnahme von Kredit dem allzu großen Optimismus ein Ende setzt. Was dann nachfolgt, wissen alle. Es ist die Krise mit ihrer Katastrophenstimmung, mit den Verlusten, Schleuderverkäufen, Konkursen und dem Offenbarwerden einer *furchtbaren Verarmung*. Die Schrecken der *Inflation* sind den verschiedenen Völkern nicht in gleichem Maße bewußt. Das Volk in Österreich und in Frankreich scheint aus seinen Erfahrungen einen tiefen Abscheu vor der Inflation behalten zu haben. In manchen Kreisen in Deutschland scheint es weniger der Fall zu sein, da man sich mitunter sagte, daß das gegenwärtige Elend so unerträglich sei, daß man sich in einen neuen Inflationsrausch flüchten sollte, selbst wenn nachher wiederum mit einem „heulenden Elend“ zu rechnen wäre. In Amerika hat die Kreditinflation der Jahre 1924—1929 zu der nun schon

über drei Jahre währenden Krise geführt, ohne daß die Leute sich ganz klar darüber geworden sind, daß diese Krise die notwendige Folge der durch Ankurbelung vorgetäuschten „Prosperität“ ist. Da sie dies nicht wissen, sind sie wieder begeisterte Anhänger der *Ankurbelung durch Kreditausweitung*.

Wir wollen die verschiedenen Wirkungen der Kreditausweitung untersuchen.

A. KREDITAUSWEITUNG UND WÄHRUNG

In Ländern mit Inflationserfahrung und in kleinen Ländern, sowie in Ländern, deren Wirtschaft an das Ausland stark verschuldet ist, treten als Folge einer Kreditausweitung in kürzester Zeit *Währungsschwierigkeiten* auf.

Wenn jemand, den schwere Schulden drücken, die Möglichkeit hat, neuen Kredit zu bekommen, so wird er diesen neuen Kredit zumeist dazu verwenden wollen, die dringendsten Schulden abzuführen. Wenn die drängenden Gläubiger im Ausland sitzen, so führt die Vergrößerung des Notenbankkredits im Schuldnerland prompt zu einer *stürmischen Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln*. Das Schwinden der Gold- und Devisenvorräte der Notenbank oder das Ansteigen der Devisenkurse erfüllt die Bevölkerung mit Schrecken. Es kommt zum Ansturm auf die Banken, weil jeder seine Ersparnisse in ausländisches Geld umtauschen will. Eine Währungs-panik bricht aus.

Die Folgen des Mißtrauens der Bevölkerung gegen die eigene Währung sucht man regelmäßig durch die *Kontrolle des Devisenmarkts* zu vermeiden. Wenn die Bank kein Gold und keine Devisen hergibt, kann die Reserve nicht sinken, und wenn der Kauf von ausländischen Zahlungsmitteln verboten wird, so können die Devisenkurse offiziell nicht steigen. Durch Devisenzwangswirtschaft kann man

also die Alarmierung der Bevölkerung hinausschieben; aber auch unter dem Schutze der Devisenordnung kann man keine Kreditexpansion in größerem Ausmaße vornehmen. Wenn man den Devisenkauf zu Spekulationszwecken, zu Wertsicherungszwecken, zum Zwecke der Kapitalflucht und zur Zurückzahlung der Auslandsschulden verhindert, so können die neu geschaffenen Kaufmittel zunächst nur auf den *Warenmarkt* fließen. Dann muß es aber dort zur Steigerung der Nachfrage und Steigerung der Preise kommen. Ob man nun für Produktionszwecke mehr ausländische Rohstoffe oder für Konsumzwecke mehr Nahrungsstoffe brauchen wird, jedenfalls muß für den Einfuhrbedarf eine größere Nachfrage nach ausländischem Geld entstehen. Wird auch diese Nachfrage nicht befriedigt, dann leeren sich die Lager, der Warenmangel beschleunigt die Preissteigerung und die Teuerung kann schließlich die Bevölkerung zur „Flucht in die Sachwerte“ veranlassen.

In Ländern, die vor nicht allzu langer Zeit eine Geldinflation mitgemacht haben, scheut man sich, die Kreditausweitung beim richtigen Namen zu nennen. Deshalb muß in den Ankurbelungsplänen der Inflationsgedanke möglichst unauffällig und versteckt enthalten sein. Diese Vorsicht ist in Ländern mit weniger inflationsgeschreckter Bevölkerung nicht notwendig, und dort wird daher die Ankurbelung durch Inflation ganz offen vertreten. Tatsächlich könnte es in solchen Ländern, insbesondere wenn es sich um große Länder und um Gläubigerländer handelt, etwas länger dauern, bis eine Erweiterung der Notenbankkredite die Währung in Mitleidenschaft ziehen würde. Darum verlangte man oft ganz offiziell, daß die großen Gläubigerländer mit der Ankurbelung beginnen sollten. Gerade diese großen Länder haben aber ganz ungeniert die Stabilität ihrer Währung aufgegeben.

Wenn ein Land, unbekümmert um die anderen Länder, selbständig eine Politik der Kreditausweitung betreibt, so wird seine Währung im Verhältnis zu den anderen Währungen entwertet werden. Wer die Valutaentwertung fürchtet, aber doch gerne durch Kreditvermehrungen „ankurbeln“ möchte, der fordert zu einer *internationalen Kreditexpansion* auf. Wenn alle Länder gleichzeitig Kreditinflation betreiben, so werden ihre Währungen untereinander im gleichen Wertverhältnis bleiben können. Wenn beispielsweise bloß England den Kredit ausweitet, Frankreich aber keine Inflation macht, so fällt der Wert des Pfundes gegenüber dem Franc; würde aber Frankreich gleichzeitig mit England eine freigebige Kreditpolitik beginnen, so könnte das Verhältnis zwischen Franc und Pfund unverändert bleiben. Viele Bemühungen sind darauf gerichtet, alle Länder zu einer solchen internationalen, parallelen Kreditausweitung zu überreden.

Es könnte also gelingen, inflationistische Ankurbelungspolitik zu treiben, ohne daß es in der Währungslage sichtbar wird, wenn in allen Ländern gleichzeitig „gekurbelt“ wird.

B. KREDITAUSWEITUNG UND PRODUKTION

Die Wirkungen der Kreditausweitung werden an den *Devisenkursen* nicht sichtbar, wenn die Inflation parallel mit dem Auslande vor sich geht; sie werden auch am allgemeinen *Preisniveau* nicht sichtbar, wenn die Kreditvermehrung parallel mit einer Produktionsvermehrung vor sich geht; immer aber beeinflußt die Kreditausweitung den *Aufbau der Produktion*.

Die amerikanische Kreditinflation der Jahre 1924—1929 ist weder an den Devisenkursen noch an den Warenpreisen erkannt worden; die Wirkungen auf den Produktionsaufbau sind aber kraß genug, um nicht übersehen werden zu

können: die riesigen *Überinvestitionen*, die sich als Fehl-investitionen erwiesen haben, die Überkapazitäten in den verschiedensten Produktionszweigen mit den gewaltigen *Kapitalverlusten* und der *Massenarbeitslosigkeit*, sind das etwa nebensächliche Folgen der Ankurbelung?

Solche Folgen sind unvermeidlich, wenn durch Bankkredite angekurbelt wird. Manche meinen, daß die neue Geldschöpfung nichts schaden könne, wenn viele unausgenützte Produktionsmittel zur Verfügung stünden; die Fabriken und Maschinen, die Rohstoffe und die Verkehrsmittel und gar erst die Arbeitskräfte, alles stünde heute bereit, bloß das Geld fehle, um die Erzeugung in Gang zu setzen.

Das ist nicht richtig. In vielen Fällen würde auch das neue Geld und auch der billigste Zinsfuß die Räder nicht in Bewegung setzen können: wenn nämlich der Wert des Produktes geringer ist als die Entlohnung, welche die Produktionsmittel für sich verlangen. In solchen Fällen fordert man gewöhnlich Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Investitionen. Wo es aber wirklich dank neugedruckter Banknoten zur Aufnahme von Erzeugungen kommt, dort kommt es zu Fehlleitungen des Kapitals. Die fortlaufende Produktion erfordert fortlaufenden Absatz. Mit einmaligem Absatz ist es nicht getan. Dauernder Absatz von Investitionsgütern ist nur bei andauerndem Angebot von flüssigem Kapital möglich. Wenn das freiwillige Angebot von Sparkapital nicht ausreicht und man daher mit Hilfe der Notenbanken neue Kredite geschaffen hat, so ist der Absatz der erzeugten Güter nur möglich, solange auch *ununterbrochen weitere Notenbankgelder* zur Verfügung gestellt werden. Das muß aber eine Grenze haben; entweder kommt es zu so starken Preissteigerungen, daß die Wirkung der weiteren Kreditausdehnung zu gering wird, oder es wird

durch Veränderungen im Verhältnis zwischen einzelnen Preisen die Fortsetzung mancher Produktionen und die Gewährung neuer Kredite wirtschaftlich unmöglich. Gewöhnlich kommt man schon viel früher infolge der unsicheren Kreditsituation der Banken und der Produktionsunternehmungen zur Einstellung oder Verlangsamung der weiteren Kreditausdehnung. Sobald dies der Fall ist, tritt sofort der Kapitalmangel in Erscheinung: die Krise — Absatzstockung, Massenarbeitslosigkeit, — ist da. War die Wirtschaft schon vorher nicht allzu reich, so steht sie nach dem künstlichen Aufschwung *noch viel ärmer und elender* da.

Mit der Ankurbelung durch Kreditausweitung kann man weder Reichtum schaffen, noch Armut beseitigen; da man aber mit der Ankurbelung vorübergehend die Armut verschleiern und Reichtum vortäuschen kann, werden wir zu Anschaffungen verleitet, die wir uns eigentlich nicht leisten dürften und die, wenn man sich über die wirkliche Lage klar wird, ihren Wert für uns verlieren. Dann sind wir noch ärmer.

C. ERHÖHUNG DES PREISNIVEAUS

Die Geldentwertung, die von der Bevölkerung der Länder, die unter der Inflation schwer gelitten haben, so sehr gefürchtet wird, ist heute eine der beliebtesten politischen Forderungen in England und vor allem in Amerika geworden. *Geldentwertung ist Erhöhung der Preise*. Erhöhung der Preise wird nun als wünschenswert bezeichnet, wobei man sich allerdings nicht eine grenzenlose Geldentwertung, sondern ein bestimmtes Ausmaß der Preiserhöhung vorstellt. Man will durch Geldvermehrung die Preise auf jene Höhe hinaufbugsieren, auf der sie vor einigen Jahren standen. Die Anhänger der Preiserhöhung sind aber offen-

bar nicht der Ansicht, daß *alle Preise* gleichmäßig steigen sollen. Gewiß wäre es jedem am liebsten, wenn die Preise der Dinge, die er verkauft, steigen, die Preise der Dinge, die er einkauft, dagegen gar nicht oder weniger stark steigen würden. Wenn ein Unternehmer für seine Produkte doppelt soviel bekommt als bisher, aber für alle Produktionsmittel auch doppelt soviel bezahlen muß, so ist ihm natürlich überhaupt nicht gedient. Wenn ein Betrieb unrentabel ist, weil die Erzeugungskosten ebenso hoch sind wie der Produktionserlös, so ist ihm nicht damit gedient, daß Erzeugungskosten und Produktionserlös im gleichen Ausmaße steigen. Die Ansicht, daß ein *erhöhtes Preisniveau* an sich günstige Wirkungen auf den Ertrag haben könnte, ist daher ganz unvernünftig.

Wer das verstehen will, muß einmal versuchen vom Geld abzusehen und sich vorzustellen, daß die Menschen Waren und Leistungen direkt gegen Waren und Leistungen austauschen. Anstatt daß — wie es wirklich ist — jeder etwas verkaufen will, um hernach mit dem erhaltenen Geld etwas einzukaufen, muß man sich vorstellen, daß jeder die von ihm angebotene Ware oder Leistung gegen die von ihm gesuchte Ware oder Leistung in natura eintauschen will. Anläßlich einer solchen Überlegung kann man feststellen, wie sehr das Gleichgewicht gestört ist und daß mit mehr Geld oder höherem Preisniveau nicht geholfen ist. Manche Dinge werden nämlich in solcher Masse angeboten, daß für sie zum Tausch bloß sehr geringe Gegenleistungen geboten werden. Für manche Leistungen werden solche Gütermengen verlangt, daß man auf die teuren Leistungen weitgehend verzichtet. Wer nun für seine Ware oder Leistung mehr verlangt, als die anderen geben wollen, bleibt ohne Absatz. Da hilft das Geld nichts und da hilft vor allem die Geldvermehrung nichts. Wenn die zwischen den verschie-

denen Waren und Leistungen bestehenden Austauschverhältnisse sich nicht ändern, wird durch die Kreditvermehrung niemand tauschfähiger, als er ohne Kreditvermehrung war.

Wenn ein Produkt, das in 100 Arbeitsstunden erzeugt werden kann, gegen 40 Laibe Brot getauscht werden könnte, die Leistung von 100 Arbeitsstunden aber nur mit 50 Laiben Brot eingetauscht werden könnte, so kann die betreffende Produktion nicht durchgeführt werden. Die Anbietenden sind nicht tauschfähig und bleiben absatzlos und arbeitslos, solange sich die Austauschverhältnisse nicht ändern. Erst wenn die 100 Arbeitsstunden für 40 Laib Brot zu haben wären, oder wenn für das Produkt 50 Laib Brot zu bekommen wären, käme die Tausch- und Produktionsmöglichkeit zustande.

Die Anhänger der Preissteigerung könnten vielleicht das Ziel haben, daß *ein* Preis, und zwar der *Preis der Arbeit* die allgemeine Preissteigerung nicht mitmache. Wenn die Warenpreise steigen, die Löhne aber unverändert bleiben, dann steigt sicherlich der Ertrag der Unternehmungen und damit die Möglichkeit der Eröffnung weiterer rentabler Betriebe und der Beschäftigung vieler, bisher erwerbsloser Arbeiter. Es bedeutet also der Wunsch nach dem höheren Preisniveau in diesem Falle nichts anderes als den Wunsch nach einer *relativen Lohnsenkung*, bloß daß man sich offenbar scheut, dieses Wort offen und aufrichtig auszusprechen.

Die relative Lohnsenkung durch Preiserhöhung bei gleichbleibenden Löhnen ist gewiß ein Weg, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Arbeitslosigkeit ist entstanden, als die Betriebe eingeschränkt oder gar zugesperrt wurden; die Betriebe wurden eingeschränkt oder geschlossen, weil ihre Rentabilität verringert oder verschwunden war. Die Preis-

steigerung bei gleichbleibenden Löhnen schafft neue Rentabilität, bewirkt daher die Eröffnung oder Vergrößerung der Betriebe und die Wiedereinstellung der Arbeiter. Dieser Vorgang wäre natürlich nur möglich, wenn die Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften) ruhig zusehen wollten, wie trotz Preissteigerung und Teuerung die Löhne unverändert blieben. Ob das so sein wird, ist nicht so sicher. Dazu aber kommt noch eine bedeutsame Nebenwirkung des Prozesses: *Die Kreditausweitung bewirkt eine Verfälschung der Kaufkraftverteilung in der Volkswirtschaft und eine unverhältnismäßige Produktionsgliederung.* Es entwickelt sich die Produktion infolge des vorgetäuschten Kapitalreichtums in einer Richtung, die nicht auf die Dauer erhalten werden kann, und so muß es in absehbarer Zeit zu neuen Störungen, zu einer *neuen Krise* kommen.

Der Weg, die Arbeitslosen durch Kreditausweitung in den Produktionsprozeß einzugliedern, ist somit nicht empfehlenswert, da er wohl vorübergehend sein Ziel erreichen kann, aber wieder in die Krise und Armut, ja sogar noch größere Armut zurückführt.

DRITTES KAPITEL

ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH INVESTITIONEN

Mit öffentlichen Arbeitsbeschaffungsplänen versucht man in Krisenzeiten einen Ersatz für die erlahmte private Investitionstätigkeit zu bieten. Wenn die Möglichkeit zur Durchführung von Investitionen mit guten Rentabilitätsaussichten und geringem Risiko gegeben und das Kapital dafür erhältlich ist, so braucht man keine Arbeitsbeschaffungspolitik. Diese Politik setzt ein, sobald es an einem dieser Faktoren fehlt, wenn also erstens die *Rentabilität* nicht gegeben ist, zweitens das *Risiko* für den Unternehmer zu groß ist, drittens das erforderliche *Kapital* nicht zur Verfügung steht. Während es in Mitteleuropa an allen drei Voraussetzungen größerer privater Investitionen zu fehlen scheint, dürfte in den westlichen Ländern derzeit bloß mangelnde Rentabilität der Grund für das Unterbleiben der Investitionen sein.

A. RISIKO UND RENTABILITÄT

Das Kreditangebot in Amerika war lange Zeit hindurch reichlich, der Zinsfuß ungewöhnlich niedrig, es fehlte aber an den unternehmungslustigen Kreditwerbern. Daher die Forderung, *öffentliche Investitionen* durchzuführen. Das Unterbleiben privater Investitionen führte nicht zum Nachdenken über die Ursachen — nämlich über das Fehlen rentabler Geschäfte — sondern zum Ruf nach öffentlichen Investitionen. In Mitteleuropa ist das Problem der Arbeitsbeschaffung noch viel komplizierter, da hier nicht nur die

Rentabilität, sondern auch die Sicherheit der Kapitalanlage fehlt, ganz abgesehen davon, daß das Kapital selbst fehlt. Das *Risiko* liegt, abgesehen von den unsicheren politischen Verhältnissen, in der Übersteuerung (die zuweilen in weitgehende Konfiskationen des Kapitals ausartet), in der unbeständigen Handelspolitik der Staaten (durch deren Zollpolitik ständig Verteuerungen der Produktionskosten und Verkleinerungen der Absatzgebiete bewirkt werden), wozu neuerdings noch die verkehrshemmenden und teilweise enteignenden Devisenbeschränkungen und die zahlreichen Eingriffe in das private Vertragsrecht kommen. Verzicht auf Erhöhung von Steuern und Gebühren, allgemeiner Verzicht auf Zollerhöhungen und andere handelspolitische Hindernisse, Verzicht auf staatliche Eingriffe in den Zahlungsverkehr und in das Privatrecht wären notwendig, um das Risiko privater Unternehmungen auf das übliche Maß herabzumindern.

Die *Rentabilität* privater Unternehmungen wiederherzustellen, wäre das eigentliche Problem wirkungsvoller Arbeitsbeschaffung. Die Lösung dieser Frage wird unter dem Schlagwort „Senkung der Produktionskosten“ von verschiedenen Seiten verfolgt. (Siehe Kapitel V.)

Eine bedauerliche Verirrung stellt aber die Forderung dar, die Rentabilität von Unternehmungen durch *Subventionen und Protektionen* (z. B. Zollschutz) zu sichern. Abgesehen davon, daß die sozialökonomische Funktion der größeren, geringeren oder fehlenden Rentabilität vollkommen mißverstanden wird, wenn man dem Ertragsproblem durch Subventionierung beizukommen sucht, bedeutet ein solches Liebesgabensystem von vornherein eine Produktionskostenerhöhung und Ertragsschmälerung für die Masse der übrigen Unternehmungen des Landes. Soweit Subventionen durch Geldzuwendungen oder Bevorzugung

beim Einkauf des staatlichen Bedarfs vorliegen, müssen die erhöhten Staatsausgaben an anderen Stellen hereingebracht werden; soweit Zollschutz gewährt wird, erhöht er die Kosten der verarbeitenden Industrien und vermindert den Absatz der Exportindustrien. Der Schaden, der den übrigen Teilen der Wirtschaft durch solche künstliche Ertragssteigerungen einiger Betriebe zugefügt wird, ist unverhältnismäßig groß.

Große Neigung besteht nun dazu, um das Rentabilitätsproblem herumzukommen, indem man auf die Privatinitiative verzichtet und öffentliche Investitionen, deren Produktivität angeblich feststeht, propagiert. Gewiß ist am Wert neuer und guter Straßenzüge und an der Nützlichkeit von Kanalbauten, Hafenbauten oder der Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht zu zweifeln. Die Schwierigkeit besteht nur darin, daß dieser Wert für die Volkswirtschaft, also die volkswirtschaftliche Rentabilität nicht zu berechnen ist. Von einer rentablen Kapitalsanlage müssen aus ihrer Amortisation und aus ihrer Verzinsung ständig neue Zuflüsse zum Kapitalsangebot des Landes erstehen können. Eine Kapitalsanlage, die aus ihrem Ertrag nicht zumindest die dauernde Reproduktion gestattet, ist keinesfalls als produktiv zu bezeichnen. Daß die ständige Reproduktion des Kapitals bei den meisten der propagierten öffentlichen Bauten nicht möglich ist, läßt eine derartige Kapitalverwendung oft als Kapitalverschwendung erscheinen. Ob durch solche Kapitalverwendungen zusätzliche Arbeit geschaffen werden kann, ist jetzt zu untersuchen.

B. KAPITALBESCHAFFUNG DURCH INFLATION

Soweit die Aufbringung der für die Investitionen erforderlichen Kapitalien zur Gänze oder zum Teil *mit Unterstützung der Notenbanken* erfolgen soll, sind die Arbeits-

beschaffungspläne Ankurbelungsversuche durch *Kreditausweitung*. Diese Versuche haben wir im Kapitel II. besprochen. Die Form der Kreditausweitung ist meistens der Ankauf von Wechseln oder die Belehnung von Wertpapieren durch die Notenbank.

Der Ankauf von Wechseln durch die Notenbank ist in allen Ländern gestattet, allerdings nicht in unbegrenzter Menge. Wenn der Kaufmann A dem Kaufmann B Geld schuldig ist und ihm einen Wechsel gibt, so kann sich B schon vor Fälligkeit der Schuld das Geld durch „Eskont“ des Wechsels beschaffen. Die Banken kaufen die Wechsel (unter Abzug der Zinsen bis zum Fälligkeitstag). Die Notenbank druckt Noten und gibt sie gegen solche Wechsel aus. Die Wechsel werden gewöhnlich in drei Monaten eingelöst, aber dafür werden wieder neue Wechsel eskontiert, so daß von einem „Zurückfließen“ der neuen Noten nicht ernstlich gesprochen werden kann. Wenn die Notenbank mehr neue Wechsel eskontiert, als gleichzeitig alte Wechsel zur Einlösung gelangen, so kommen mehr Banknoten in den Umlauf.

Ein anderer Weg, Banknoten in Verkehr zu setzen, ist der Ankauf oder die Belehnung von Wertpapieren, z. B. Staatsschuldverschreibungen oder sonstigen Obligationen. Die Belehnung (Lombardierung) von Wertpapieren wird zumeist für Staatsanleihen gehandhabt. Von dieser Art der Geldausgabe haben die europäischen Völker im Kriege und knapp nach dem Kriege übergenug bekommen. In Amerika ist der Ankauf von Staatspapieren durch die Notenbanken noch heute eine der gebräuchlichsten Methoden der Geldvermehrung.

Wenn man die Rolle der Notenbank bei der Geldbeschaffung für Investitionszwecke nicht offen zugeben will, so kann man sie unauffällig in den Hintergrund schieben.

Man verspricht beispielsweise den Lieferanten der Stoffe, Maschinen und sonstigen Dinge, die man für die Investitionen benötigt, daß ihnen die Lieferungen mit Wechseln bezahlt würden und daß die Banken ihnen für diese Wechsel Geld geben würden; den Banken verspricht man wiederum, daß ihnen die Notenbank die Wechsel „rediskontieren“, also ihnen für die Wechsel neugedruckte Noten zur Verfügung stellen wird; und da die Wechsel bloß eine Laufzeit von 90 Tagen haben dürfen, vereinbart man die mehrmalige Erneuerung (Prolongation) der Wechselkredite. Eine andere Finanzierungsart besteht darin, daß man die Schuldverschreibungen (Obligationen) einer gemeinnützigen Unternehmung als „lombardfähig“ erklärt. Diese Unternehmungen nehmen also solche Anleihen auf, die Banken belehnen die Papiere und geben sie an die Notenbank weiter, welche Noten dafür hergibt. Oder man ermöglicht die Belehnung von Gutscheinen, welche die investierenden Unternehmungen vom Staate erhalten. In manchen Ländern gibt es bei der Notenbank irgendwelche Fonds, die zur Finanzierung der Investitionen herangezogen werden; wieder wo anders werden eigene Gesellschaften zur Finanzierung der Investitionen gegründet und mit Kapital ausgestattet, das mit Notenbankhilfe beschafft wird. Wenn man es darauf anlegt, kann man die Finanzoperationen so undurchsichtig machen, daß die Öffentlichkeit schwer erkennt, daß die Gelder aus einer Ausweitung des Notenbankkredits stammen.

Geht auch die inflationistische Geldbeschaffung meistens durch die Notenbanken vor sich, so gibt es doch noch viele andere Inflationismethoden. Am einfachsten ist die Ausgabe staatlichen Papiergeldes oder von Papiernoten der Länder und Gemeinden. Es ist natürlich einerlei, ob auf solchen Zetteln „Geld“ oder „Anweisung“ oder „Gut-

schein“ oder „Arbeitsbestätigung“ oder was immer aufgedruckt steht. Wenn die Zettel umlaufen und von Verkäufern angenommen werden, so fungieren sie als Geld, und ihre Ausgabe und Vermehrung ist Inflation.

Es macht auch keinen großen Unterschied, ob das Geld auf Papier gedruckt oder auf Blech geprägt wird. Die Ausgabe von Münzen aller Art — Kupfer, Nickel, Silber — ist daher nicht minder inflationistisch. Ob der Staat Papierscheine oder Scheidemünzen ausgibt, in beiden Fällen wird der Umlauf vergrößert; bloß daß das Papier den Staat fast nichts kostet, während das Metall doch nicht so billig ist; immerhin beträgt der „Münzgewinn“ des Staates einen großen Teil des Nennwertes der Münze.

Die Umprägung von Silbermünzen auf Nickelmünzen bringt dem Staate natürlich einen Gewinn, ohne daß damit eine inflationistische Geldvermehrung verbunden wäre. Der Staat zieht die Silbermünzen ein, läßt sie einschmelzen und das Silber verkaufen; das Nickel für die im Umtauschwege ausgegebenen Münzen ist billiger als das Silber, und die Differenz macht den Umprägungsgewinn aus. Besonders groß sind solche Gewinne aber nicht.

Die Ersetzung von Banknoten durch Münzen bringt dagegen keinen Gewinn, da das Münzmaterial teurer ist als das Papier. Wenn manchmal dennoch ein solcher Umtausch vorgeschlagen wird, um dem Staat einen Ausprägungsgewinn zu verschaffen, so liegt ein Denkfehler vor. Wenn nämlich der Staat Metall kauft und Münzen prägt, diese Münzen im Umtausch gegen Papiergeld ausgibt und das Papiergeld vernichtet, so hat er ein schlechtes Geschäft gemacht. Es ist ihm bei diesem Umtausch nichts übrig geblieben, ja die Kosten des Metalls sind „hinausgeworfen“. Wenn aber der Staat das gegen die Münzen eingezogene Papiergeld nicht einstampft, sondern irgendetwie, — z. B.

anstatt in 10 Zehnmarkscheinen in 1 Hundertmarkschein — wieder ausgibt, so liegt Inflation vor, denn es kommen dann sowohl die neuen Münzen wie das Papiergeld in den Umlauf. (Vermieden würde die Inflation bloß dann, wenn die Notenbank den gleichen Betrag in Banknoten einziehen wollte, den der Staat in Münzen ausgibt. Dann hat der Staat jenes Geld zur Verfügung, das die Wirtschaft durch Entziehung von Notenbankkrediten eingebüßt hat, was nicht der Zweck der Übung sein kann.)

Die Zahl der Inflationspläne ist unendlich groß und den Notenbanken sowie allen einflußreichen Politikern wird täglich eine Unmenge von Projekten eingeschickt, die alle wohlgemeinte Arbeitsbeschaffungspläne darstellen, jedoch durchwegs Inflation in sich schließen. Da aber die Gefahren der Inflation von vielen Wirtschaftspolitikern erkannt werden, — siehe darüber das Kapitel über die Ankurbelung durch Kreditausweitung — wird auch an Arbeitsbeschaffungsplänen gearbeitet, die auf Kreditausweitungen und Umlaufsvergrößerungen verzichten.

C. KAPITALBESCHAFFUNG DURCH BESTEUERUNG

Der Staat kann das Geld für Investitionen durch *Anleihen* oder durch *Steuern* aufbringen. Wenn der Staat den Kapitalisten Geld wegnimmt und mit diesem Geld Arbeiter beschäftigt, darf man sich noch nicht einbilden, daß damit neue Arbeit beschafft worden ist; denn es hätten ja auch die Kapitalisten irgend etwas mit dem Geld angefangen. Besonders dann, wenn die Kapitalisten das Geld gegen Zinsen ausgeliehen hätten, wäre sicher etwas Rentables unternommen worden, da sonst keine Zinsen dafür gezahlt werden könnten. Diese rentable Kapitalverwendung muß unterbleiben, wenn der Staat das dafür bestimmte Geld

durch Steuern an sich zieht und mit diesem Geld etwas anderes macht.

Nun ist es aber auch möglich, daß das Geld in der Hand des Besteuernten gar kein Kapital gewesen wäre, während es seitens des öffentlichen Körpers als Kapital verwendet wird. Wann ist denn eigentlich das Geld Kapital? Wenn der Herr X. einen Hundertmarkschein in der Tasche hat, so ist das jedenfalls Geld; ist es auch Kapital? Das hängt davon ab, was er mit dem Gelde machen will. Wenn er die 100 Mark braucht, um Essen oder Kleider zu kaufen oder Miete zu zahlen oder irgend etwas für seinen Konsum zu beschaffen, so ist es „*Konsumkaufkraft*“. Wenn er aber die 100 Mark in die Sparkasse tragen will, die sie einem Unternehmer leiht, oder wenn er die 100 Mark in seinem eigenen Geschäfte verwendet, beispielsweise um Arbeitslöhne zu bezahlen oder um Werkzeuge oder Materialien einzukaufen, dann sind die 100 Mark „*Kapital*“. *Kapital ist also nur jenes Geld, das der, der es gerade in der Hand hat, nicht für Konsumzwecke, sondern für Erwerbszwecke und Produktionszwecke verwendet.* Immer ist ein Teil des Geldes für den Konsum bestimmt und ein anderer Teil ist Kapital. Wenn der für den Konsum bestimmte Teil der Geldmenge zunimmt, nimmt das Kapital ab (Kapitalaufzehrung), und wenn der als Kapital verwendete Teil der Geldmenge zunimmt, wird auf Konsummöglichkeiten verzichtet (Kapitalbildung). *Kapitalbildung ist Sparen und Widmung der dem Konsum entzogenen, also ersparten Gelder für die Produktion.*

Wann kann also durch Besteuerung die Kapitalmenge vergrößert werden? Wenn der Besteuerte sich infolge der Steuern in seinem Konsum einschränkt, während der Staat die Steuergelder für ertragreiche Investitionen verwendet, dann liegt *Kapitalbildung durch den Staat vor.*

Aber auch das Umgekehrte kann geschehen. Wenn der Besteuerte sich das Geld für die Steuern nicht vom Konsum abspart, sondern seinem Geschäft entzieht, oder wenn er um das, was er Steuern zahlen muß, weniger spart, während der Staat die Steuergelder nicht für rentable Investitionen verwendet, liegt *Kapitalaufzehrung durch den Staat vor*.

Leider ist die zweite Möglichkeit in Wirklichkeit häufiger. Wenn man einen reichen Mann besteuert, kann man kaum damit rechnen, daß er sich jetzt in seinem Aufwand einschränkt, sondern viel eher damit, daß er jetzt weniger „Kapital bildet“, also daß weniger Geld für arbeitschaffende Investitionen verwendet wird.

Aber selbst wenn die Investitionen des Staats ebenso ertragreich und ebenso arbeitschaffend wären, wie die durch die Wegsteuerung verhinderten Investitionen, so ist zu fürchten, daß die Steuern *produktionshemmend* sind. Alle jene Steuern, die als Produktionskosten kalkuliert werden, führen zu einer Verringerung der Produktion und damit auch zu einer Verringerung der Arbeitsplätze. (Siehe Kapitel V/D.) Daher kann man mit voller Berechtigung sagen, daß eine „Arbeitsbeschaffung durch Steuergelder“ viel weniger wahrscheinlich ist als eine „Arbeitsbeschaffung durch Steuerherabsetzung“.

D. KAPITALBESCHAFFUNG DURCH INLANDS-ANLEIHEN

Wenn jemand behaupten wollte, daß aus inländischem Kapital ohne Notenbankhilfe wirksame Arbeitsbeschaffungsprojekte durchgeführt werden können, so müßte er den Nachweis führen, daß dieses Kapital eigens und ausschließlich zum Zwecke der Finanzierung der Projekte von den Sparern bereitgestellt wurde und ohne Arbeitsbeschaffungs-

programm gar nicht gebildet worden wäre. Wenn aber die Menge der ersparten Gelder feststeht und der Staat nun einen Teil dieser Gelder für ein Investitionsprogramm aufbietet, so entzieht er diesen Teil der Gelder anderen Produktionszwecken. Es wird also, um öffentliche Bauten zu finanzieren, die Kapitalversorgung der bestehenden Erwerbszweige eingeschränkt. Die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten geht dabei auf Kosten von bestehenden Arbeitsgelegenheiten, wobei meistens wegen der geringen Rentabilität die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze größer sein wird als die Zahl der neu geschaffenen. Erst wenn man glaubhaft machen könnte, daß die Bevölkerung sich nur zum Sparen entschließt, um Investitionsanleihe zu zeichnen, sich das Geld für diese Anleihe also sozusagen vom Munde abspart, erst dann könnte man sagen, daß die Investitionsanleihe mehr Nutzen stiftet als Schaden.

Noch in einem anderen Fall kann eine Investitionsanleihe nützlich sein: Wenn es wohl sparsame Leute in der Bevölkerung gibt, die Teile ihres Einkommens zurücklegen, die aber ein solches Mißtrauen gegen die Banken und die Sparkassen, gegen die Unternehmer und ihre Unternehmungen haben, daß sie die vom Konsum abgesparten Gelder in den Strumpf oder unter den Kopfpolster oder in den Kasten stecken — man nennt dies „Horten“ — und wenn nun die Investitionsanleihe die einzige Anlage wäre, zu der sie Vertrauen haben. Anstatt die Spargroschen zu horten, geben sie sie für die Investitionsanleihe her. Es klingt zwar recht sonderbar, daß diese mißtrauischen Menschen just auf diese einzige Anleihe vertrauensvoll eingestellt sein sollten — und sonst auf gar nichts —, aber man muß auch solche Fälle erwähnen, um dem Vorwurf der Oberflächlichkeit zu entgehen.

Investieren ist natürlich besser als Horten. Das Geld für

die Investitionen wird hier nicht wie sonst einer anderen Produktion entzogen, sondern bloß *dem Strumpf entzogen*. Nun gibt es vielleicht in diesem „Sparstrumpf“ noch alte Vorräte aus älteren Zeiten. Vielleicht hat unser mißtrauischer Patron im vorigen Jahr Geld in den Strumpf gesteckt. Vielleicht könnte die Investitionsanleihe alle diese alten Horte hervorlocken? Das wäre wieder anders zu beurteilen. Das Horten mag seinerzeit, als es geschehen ist, unangenehme Wirkungen auf die Produktion gehabt haben, oder es mag die Notenbanken zu größeren Kreditgewährungen an die Kreditanstalten veranlaßt haben; das ist jedenfalls schon eine erledigte Sache. Neu ist aber, daß das *Geld, das bisher müßig* im Strumpf gesteckt ist, *plötzlich in Verkehr* kommen soll. Die Wirkungen dieses vermehrten Geldumlaufs sind die gleichen, wie wenn die Notenbank neue Noten drucken und ausgeben würde. Über die inflationistisch wirkenden Kapitalbeschaffungsarten haben wir uns aber schon unser Urteil gebildet. Alte Horte nutzbar machen hat die gleiche Wirkung, wie neue Banknoten drucken.

Die Kapitalbeschaffung aus alten Horten ist also nicht empfehlenswert; die Kapitalbeschaffung aus ganz frischen Horten ist sehr unwahrscheinlich und jedenfalls ungenügend; die Kapitalbeschaffung aus dem echten Sparkapitalangebot zur Durchführung öffentlicher Arbeiten ist schädlich für die Kapitalversorgung der bestehenden Produktionen.

E. KAPITALBESCHAFFUNG DURCH AUSLANDSKREDIT

Wenn die Kapitalquellen des Inlands nicht ergiebig sind, wendet sich der Blick nach dem Ausland. Kapitalzufluß aus dem Ausland könnte befruchtend und arbeitsschaffend auf die heimische Wirtschaft wirken.

Sonderbarerweise hat die früher fast allgemeine Beliebtheit von Auslandsanleihen in den kapitalarmen

Ländern jetzt einer gewissen verbitterten Resignation Platz gemacht. Seitdem die ausländischen Kreditgeber zugeknöpfter wurden und sogar alte Kredite zurückverlangten, sind die Schuldner auf die Gläubiger böse geworden. Sie zahlen zwar die alten Schulden nur ungern oder gar nicht zurück, sagen aber, daß sie auf den Kredit des Auslands pfeifen. Vermutlich sind die Trauben nur solange so sauer, als sie zu hoch hängen. Wenn nämlich der Kapitalstrom von den reicheren in die ärmeren Länder wirklich für immer aufgehört haben sollte, dann würde der Unterschied in der Lebenshaltung und in den Lebensmöglichkeiten immer krasser und erschütternder werden. Der Reiche kann leichter sparen als der Arme. Wollten die armen Länder auf die Hilfe der reichen verzichten, so würde es Jahrhunderte dauern, bis sie sich zu jenem Wohlstand emporarbeiten, den sie mit äußerer Hilfe — sogar unter Rückzahlung aller Schulden — in Jahrzehnten erreichen können.

Die kapitalarmen Länder müssen also wieder den Wert des Auslandskredits einsehen lernen. Damit sind aber die Kapitalien des Auslands noch nicht da. Man muß ihnen wesentlich mehr Sicherheit bieten, als sie heute genießen. Solange es Zahlungsverbote und Devisenbeschränkungen, Transfermoratorien und zwangsweise Änderungen der Zinsvereinbarungen und ähnliche Eingriffe in die Privatverträge gibt, solange kann ein Land nicht erwarten, vom Ausland reichlich mit Kapital versorgt zu werden. Je schneller Vertrauensbruch und Vertragsuntreue abgebaut werden, um so früher wird die Arbeitsbeschaffung durch Auslandskapital einsetzen. Das Auslandskapital wird sich aber vermutlich lieber privaten Unternehmungen mit guten Ertragsaussichten zuwenden, als öffentlichen Arbeiten, die wohl gemeinnützig, aber unrentabel sind.

F. PRODUKTIVE ARBEITSLOSENFÜRSORGE

Die ganze Frage der Kapitalbeschaffung für Zwecke der Arbeitsbeschaffung kann nach Ansicht mancher Politiker auf viel einfachere Art gelöst werden. Man brauche weder Geld aus dem Ausland noch die Spargelder der heimischen Wirtschaft, man brauche auch nicht die Gelder aus den Horten und keine Gelder aus der Banknotenpresse, denn man könnte jene Gelder produktiv verwenden, die sonst zur Zahlung der Arbeitslosenunterstützung verwendet würden. An Stelle der unproduktiven Unterstützung, *an Stelle der Zahlungen für Nichtarbeit, soll produktive Fürsorge, also Bezahlung für geleistete Arbeit treten.*

Die Idee ist zweifellos gesund. Ihrer Verwirklichung sind aber die allerengsten Grenzen gezogen. Daß die Arbeitslosen für eine Bezahlung in der Höhe ihrer Unterstützung Arbeit leisten, für Investitionen oder Produktionen, für welche auf Grund ihrer Ertragsaussichten Kapital zur Verfügung steht, wird nämlich von einem Teil der Politiker abgelehnt, weil diese Arbeiten zu billigeren Löhnen geleistet werden müßten, als sie mit den Gewerkschaften vereinbart sind. Wie sieht es nun mit der Durchführung gemeinnütziger Arbeiten aus, für die kein anderes Kapital als der Arbeitslosenfonds zur Verfügung steht?

Investitionen oder Produktionen, die bloß mit der Hände Arbeit ohne Werkzeuge und ohne Materialien und Zwischenprodukte durchgeführt werden können, gibt es heutzutage nicht. Die Ausgaben können also nicht zu 100% auf die Löhne der beschäftigten Arbeiter aufgehen. Jedenfalls sucht man Arbeiten, zu denen man möglichst wenig Materialien und Maschinen benötigt: etwa den Straßenbau oder Flußregulierungen. Aber auch hier fällt die Rechnung anders aus, als mancher denkt. Während die Arbeitslosenunterstützung für 100 Mann pro Tag etwa

300 Mark kostet, benötigt man für einen Straßenbau, der 100 Mann beschäftigt, zwischen 1200 und 1800 Mark pro Tag. Mit durchschnittlich 1500 Mark täglich kann man also „produktiv“ 100 Mann, „unproduktiv“ aber 500 Mann unterstützen. Jemand, der eine Ahnung hat, mit welchen Schwierigkeiten und Opfern jeder Pfennig für den Arbeitslosenfonds hereingebracht werden muß, kann sich nicht einmal träumen lassen, den Aufwand auf ein Vielfaches zu erhöhen, selbst wenn die schönsten und besten Dinge mit diesen Arbeiten geschaffen werden könnten. Es ist eben nicht möglich; die Wirtschaft kann's nicht tragen. Die besten Straßen, Kanäle, Bahnen und Gebäude sind zwecklos und wertlos in einer zugrundegehenden, bald dem Hunger preisgegebenen Wirtschaft.

Daß die *Beschäftigung* von 100 Mann so *viel mehr Geld erfordert als die bloße Unterstützung*, liegt zum Teil am Verbrauch von Materialien und Zwischenprodukten, zu deren Herstellung auch wieder Arbeitskräfte erforderlich sind. Es ist also mit dem höheren Geldaufwand neben den unmittelbar beschäftigten auch der Lohn der mittelbar beschäftigten Arbeiter bezahlt. Nicht nur der Straßenarbeiter wird durch den Straßenbau beschäftigt, sondern auch der Arbeiter in der Zementfabrik oder im Asphaltwerk. Dadurch wird das Verhältnis des Mehraufwands für die produktive Arbeitslosenfürsorge gebessert, ohne daß es aber am Prinzip etwas ändert. Auch wenn man die mittelbar beschäftigten Arbeiter mitrechnet, ist bei den Notstandsarbeiten der Aufwand pro Tag und Arbeiter wesentlich größer als bei der unproduktiven Fürsorge, und ein armes Land kann sich daher die „produktive“ noch viel weniger leisten als die „unproduktive“.

In letzter Zeit wird ein neuer Aberglaube verbreitet: der Glaube an das Wirken eines „*Ankurbelungsfaktors*“ in der

Arbeitsbeschaffungspolitik. Man sagt ungefähr: „Wenn ihr 100 Arbeitslosen Arbeit gebt, so werden dadurch 333 Arbeitslose Arbeit finden“. Wie soll das zugehen? Die Anhänger dieses Glaubens erklären es sich dadurch, daß die Neubeschäftigten ihren Lohn für Zwecke ihres Konsums verwenden und somit ihrerseits eine „neue“ Nachfrage nach Konsummitteln entfalten, wobei zur Herstellung dieser Verbrauchsgüter wieder „neue“ Arbeiter beschäftigt werden. Auf einen Arbeiter, der durch Investitionen Beschäftigung findet, kämen angeblich $2\frac{1}{3}$ Arbeiter, die von der Konsumindustrie neu aufgenommen würden.

Andere Anhänger dieser Lehre sind weniger stark im Glauben und finden $1:2\frac{1}{3}$ zu optimistisch; sie halten $1:1$ für das richtige Verhältnis zwischen „primärer“ und „sekundärer“ Arbeitsbeschaffung. Also jeder neue Arbeiter gibt noch einem neuen Arbeiter Beschäftigung. Ist daran etwas Richtiges?

Leider nicht. Es ist die natürliche Eigenschaft des Geldes, daß es zirkuliert. Das Geld, das der Arbeitslose als Unterstützung bezogen hat, wird von ihm genau so ausgegeben und es zirkuliert genau so weiter, wie das Geld, das der Arbeiter als Lohn bezieht. Die 10 Mark oder 10 Schilling des Straßenbauarbeiters sind keine größere Kaufkraft als die 10 Mark oder 10 Schilling des Arbeitslosen. Wenn ein Arbeitsloser bei einer Notstandsarbeit beschäftigt wird und als Lohn seine bisherige Unterstützung erhält, so ist er nicht um einen Groschen kaufkräftiger als bisher. Erhält er aber mehr, als seine Unterstützung bisher betragen hatte, so muß dieser Mehrbetrag ja auch von irgendwoher genommen werden. (Aus Steuern, aus Kapitalien der Unternehmer, oder sonst woher immer.) Die Kaufkraft in der Wirtschaft ist nicht gestiegen, sondern bloß anders verteilt worden. An der Gesamtnachfrage hat sich nichts geändert.

Der Glaube an die Schneeballenwirkung der Arbeitsbeschaffung durch Erhöhung der Konsumkraft ist also ein vollkommener Irrglaube. *Durch richtige Investitionen kann man die Konsumkraft einer entfernten Zukunft, aber nicht im Zeitpunkt der Investitionen heben.* Wenn 100.000 Männer, anstatt nichts zu tun, nun für das gleiche Geld die Straßen breiter machen, so bleibt Nachfrage und Angebot von Brot oder von Kleidern im ganzen davon unberührt. Wenn die 100.000 Männer für die neue Tätigkeit mehr bekommen als für die Untätigkeit, dann muß sich (wenn das Sparkapital gleich geblieben ist) die Nachfrage zwischen der Bevölkerung bloß anders verteilen; das Angebot von Brot und Kleidern kann dabei sogar eine Verteuerung und Verringerung erfahren, wenn der erhöhte Bauaufwand durch höhere Steuerlasten aufgebracht wird. Die Wahrheit sieht also anders aus als die Phantasie.

G. DIE BEDINGUNGEN ERFOLGREICHER ARBEITSBESCHAFFUNG

Sollte es keinerlei Aussicht auf eine erfolgreiche Arbeitsbeschaffungspolitik geben? Das kann man nicht sagen; allerdings sind die Erfolgsaussichten an Voraussetzungen geknüpft, die in der Regel nicht gegeben sind, ja sogar als unerwünscht abgelehnt werden. Die Wirtschaftsstände haben für die Durchführung der Arbeitsbeschaffungsprogramme grundsätzliche Bedingungen aufgestellt. Die Unternehmerorganisationen sagen: „Die geplanten Investitionen sollten nicht auf solche Produktionen gerichtet sein dürfen, durch welche bestehenden Unternehmungen eine Konkurrenz erwachsen könnte.“ Die Arbeiterorganisationen sagen: „Die geplante Aktion darf nicht dazu führen, daß an den gewerkschaftlich festgelegten Arbeitsbedingungen gerüttelt werde.“ Es soll also den bestehenden Unter-

nehmungen und den beschäftigten Arbeitern keine Konkurrenz entstehen, es sollen im Wettbewerb weder die Preise der Produkte, noch die Preise der Arbeit gedrückt werden. *Keine Preissenkung und keine Lohnsenkung.*

Solange diese Bedingungen erfüllt werden, steht man vor der Tatsache, daß mit dem in der Volkswirtschaft verfügbaren Kapitalbetrag (bei fixen Preisen und fixen Löhnen) nur eine bestimmte Höchstzahl von Arbeitern beschäftigt werden kann. Wenn der Staat oder eine andere Körperschaft vom bestehenden Sparkapitalangebot einen größeren Teil an sich zieht, so wird ein Teil der Arbeiterschaft anstatt in der Privatindustrie, der sonst das ganze Kapital zugute gekommen wäre, nun durch die öffentlichen Bauten beschäftigt werden. Das ist *nicht Arbeitsbeschaffung, sondern Arbeitsverschiebung* von einer Produktion in eine andere; vielleicht sogar von einer ertragreichen in eine weniger ertragreiche.

Zwei Voraussetzungen gibt es für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten: wenn die gegebene Kapitalmenge, also quasi die gegebene Lohnsumme auf eine größere Zahl von Arbeitern aufgeteilt würde, und wenn infolge einer Senkung von Warenpreisen mit den gegebenen Einkommen eine größere Warenmenge als bisher gekauft werden könnte. Verbilligte Produktion durch ermäßigte Arbeitskosten und verbilligte Warenpreise durch vergrößerte Konkurrenz der billiger arbeitenden Produzenten, das sind die einzigen Voraussetzungen, die einem Arbeitsbeschaffungsprogramm einen Erfolg sichern könnten. Sind aber diese Voraussetzungen gegeben, dann bedarf es gar keiner besonderen Programme.

VIERTES KAPITEL

VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT

Wenn die Menschen reicher werden, können sie es sich leisten, weniger zu arbeiten. Wenn sie in achtstündiger Arbeit schon soviel verdienen, wie sie verdienen wollen, so halten sie es nicht mehr für nötig, zehn Stunden täglich zu arbeiten. Eigentlich will jeder noch mehr haben, als er tatsächlich hat, aber er fragt sich: „Ist das, was ich durch längere Arbeitszeit *mehr* verdienen kann, mir auch mehr wert als die Stunden der Freiheit und Erholung?“ Mit „Nein“ kann ein Mann antworten, dessen Einkommen gestiegen ist. So vollzog sich allmählich mit wachsenden Einkommensmöglichkeiten der Übergang zur kürzeren Arbeitszeit. Von 14 bis 16 Stunden täglich ging man auf 12 Stunden, dann auf 10 Stunden, später auf 8 Stunden, in manchen Berufen auch auf 6 Stunden Arbeit pro Tag über. Dazu brauchte man — wie man in Amerika in den Jahrzehnten bis zum Krieg sehen konnte — gar keine gesetzlichen Vorschriften. Die Leute hatten es eben dank der Erhöhung ihrer Einkommen und der starken Nachfrage nach Arbeitskräften nicht nötig, eine längere Arbeitszeit anzubieten. *Die Verkürzung der Arbeitszeit — die einen gewaltigen kulturellen Aufstieg mit sich brachte — war eine Folge der Reichtumszunahme der Menschen.*

Ganz anders ist der Sinn der heute oft erhobenen Forderung nach kürzerer Arbeitszeit. Nicht weil die Menschen beim achtstündigen Arbeitstag so viel verdienen, daß sie sich mit dem Einkommen von sechs oder sieben Stunden täglich begnügen wollen, sondern weil es angeblich *nicht*

genug Arbeit für alle Leute gibt, verlangt man die Arbeitszeitverkürzung. Man soll die „vorhandene Arbeit“ auf die Arbeiter und Arbeitslosen aufteilen, so daß alle beschäftigt sind. Wenn von 100 Arbeitswilligen bloß 80 Arbeitsplätze haben, so sollen die 80 an ihren Plätzen weniger arbeiten und die übrigen Arbeitsstunden den heute Arbeitslosen überlassen.

A. DIE VIERZIGSTUNDENWOCHE

Die Vorstellung, daß es in einer Volkswirtschaft eine bestimmte Menge von Arbeit gibt, die man einfach in Portionen teilen kann, ist ganz unrichtig. Stellen wir uns einmal vor, daß morgen plötzlich ein Gesetz erlassen würde, welches den Arbeitgebern vorschreibt, den Arbeitern mindestens 2 Mark pro Stunde zu bezahlen. Glaubt jemand, daß dann noch ebensoviel Arbeitsplätze „vorhanden“ wären wie heute? Im Nu hätte sich die Zahl der Beschäftigten auf einen Bruchteil verringert. Wenn die Arbeitskosten steigen, wird weniger Arbeit nachgefragt. *Wenn also die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verteuerung der Arbeit führt, muß das gesuchte Arbeitspensum zurückgehen.* Das ist auch stets der Fall.

Denken wir uns einen Betrieb, der bisher 1000 Arbeiter beschäftigt und ihnen 1 Mark für die Stunde bezahlt. Bei der Achtundvierzigstundenwoche verdient also jeder Arbeiter 48 Mark wöchentlich und das Unternehmen hat für die geleisteten 48.000 Arbeitsstunden 48.000 Mark zu bezahlen. Wenn nun die Vierzigstundenwoche eingeführt wird und der Stundenlohn unverändert bleibt, verdient der Arbeiter anstatt 48 Mark nur noch 40 Mark wöchentlich. Deshalb fordern manche Arbeiterführer einen „*Lohnausgleich*“, also eine solche Erhöhung des Stundenlohns, die es dem Arbeiter ermöglicht, für 40 Stunden ebensoviel be-

zahlt zu bekommen wie bisher für 48 Stunden. Das wäre aber eine Erhöhung der Arbeitskosten um 20% und das Unternehmen hätte, wenn es ebensoviel arbeiten läßt wie bisher (nämlich 48.000 Stunden wöchentlich) anstatt 48.000 Mark eine Wochenlohnsumme von 57.600 Mark zu bezahlen. Woher sollten alle Unternehmungen plötzlich dieses viele Geld nehmen und wie sollten sie es sich hereinbringen? Die Forderung scheidet schon am Kapitalmangel, denn es wäre ausgeschlossen, daß sich alle Betriebe das Betriebskapital für den erhöhten Lohnzahlungsbedarf beschaffen. Die Forderung scheidet aber weiters auch an der Unmöglichkeit, die erhöhten Arbeitskosten überall hereinzubringen. Es wird vielleicht einige Unternehmer geben, die die Verteuerung der Produktion selbst tragen können, es wird auch mehrere Unternehmer geben, die eine Erhöhung der Preise ihrer Produkte durchsetzen können; aber allen Unternehmern kann dies — außer bei einer Inflation — unmöglich gelingen, und es müssen darum viele Betriebe die Erzeugung einschränken oder ganz einstellen. Der Erfolg der ganzen Maßnahme ist dann, daß viel weniger gearbeitet und produziert wird als vorher und daß viele Waren teurer werden, man sich also mit gleichem Geldeinkommen weniger kaufen kann als früher. Die „Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich“ ist demnach alles andere als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Aber auch ohne „Lohnausgleich“ — das heißt bei unverändertem Stundenlohn und verkürztem Wochenlohn — wäre die Aufteilung der Arbeit auf mehr Leute in vielen Betrieben nur unter erhöhten Erzeugungskosten möglich. Die Lohnausgaben der Betriebe wären zwar nicht erhöht, aber andere Kosten würden anwachsen. Man denke an die sozialen Lasten, die der Arbeitgeber pro Kopf der Arbeitnehmer zu zahlen hat, an die Zahl der Werkzeuge, die er

ihnen zur Verfügung stellen muß, manchenorts an die Zahl der Wohnstätten, und man versteht, daß die gleiche Arbeitsleistung von mehr Arbeitern mehr kostet als von weniger Arbeitern. Häufig ist die Aufteilung der Arbeit aus technischen Gründen gar nicht möglich. Ein Betrieb, der 100 Drehbänke oder Spindeln oder Webstühle oder Nähmaschinen usw. besitzt und bei jeder Maschine eine Person beschäftigt, wird nicht plötzlich mehr Maschinen aufstellen, um 120 Leute einstellen zu können. In solchen Betrieben würde eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit nur zu einer Einschränkung der Produktion, nicht aber zu einer Vergrößerung der Arbeiterzahl führen. Sind aber genug Maschinen vorhanden und kann die Erzeugung auf mehr Maschinen aufgeteilt werden, so steigt der Kraftverbrauch, Riemenbedarf, Schmiermittelverbrauch usw., kurzum es steigen die Herstellungskosten. Die Kosten steigen nicht so ungeheuer wie im Falle des Lohnausgleichs, aber sie steigen immerhin und haben daher auch notwendigerweise die Wirkung, daß die Gesamterzeugung der Wirtschaft verringert und die Lebenshaltung verteuert wird.

Zu all dem kommt noch, daß es schon heute in sehr vielen Betrieben ohnehin nur „Kurzarbeit“ gibt, so daß eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung für diese Arbeitsstätten ohne Bedeutung bliebe.

Die Wirkung einer gesetzlichen Vierzigstundenwoche würde demnach je nach der Eigenart der Unternehmungen durchaus verschieden sein. Es gäbe

1. Betriebe, wo die Aufteilung der Arbeit auf mehr Arbeiter erfolgreich durchgeführt werden könnte,
2. Betriebe, wo es nichts mehr zu verkürzen gibt, weil ohnedies schon kurzgearbeitet wird,
3. Betriebe, wo die Aufteilung der Arbeit auf mehr Arbeiter aus technischen oder organisatorischen Gründen

nicht möglich ist und die zwangsweise Arbeitszeitverkürzung eine Produktionseinschränkung verursachen muß und

4. Betriebe, wo die Aufteilung der Arbeit auf mehr Arbeiter nur unter erhöhten Erzeugungskosten möglich wäre, was zu Preissteigerungen und Betriebseinschränkungen führen müßte.

Die Betriebe der ersten Art sind weit weniger zahlreich als die der drei anderen Typen.

Wenn wir die Arbeitszeitverkürzung in ihrer Wirkung auf das Einkommen der Arbeiter und auf den Lohnaufwand der Unternehmer nochmals betrachten (siehe nebenstehende Aufstellung), so müssen wir feststellen, daß die Einführung der Vierzigstundenwoche (ohne den Lohnausgleich) eine *Aufteilung der Arbeitszeit* und eine *Aufteilung der Lohnsumme* auf eine größere Zahl von Arbeitern darstellt. Die Aufteilung der Lohnsumme auf mehr Personen stellt eine Verringerung des Einkommens der einzelnen Arbeiter zugunsten bisher Arbeitsloser dar. (40 Mark anstatt 48 Mark Wochenverdienst des einzelnen.) Dieses Opfer wäre nun noch erschwert durch die zu befürchtende Teuerung, außerdem wäre es aber auch noch zum großen Teil vergeblich, weil durch die Kostensteigerungen Betriebseinschränkungen unvermeidlich werden würden. Die Kostensteigerungen und die Teuerung ließen sich aber vermeiden, wenn man wohl die Lohnsumme, nicht aber die Arbeitsleistung auf mehr Leute aufteilen würde. Dann wäre wohl der Wochenverdienst des einzelnen so niedrig wie bei der Kurzarbeit, aber die Produktion würde steigen und die Preise würden sinken. (Siehe Kapitel V/B.)

Während die zwangsweise Verkürzung der Arbeitszeit keine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellt, wäre die Aufteilung der Lohnsumme auf einen größeren Arbeiterstand ohne Arbeitszeitverkürzung eine

wirkungsvolle Politik zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Erzeugungsprozeß der Wirtschaft.

	Stunden- lohn	Arbeits- stunden	Wochen- lohn	Arbeiter- zahl	Gesamt- leistung	Lohn- summe
Achtundvierzig- stundenwoche . .	1.—	48	48.—	1000	48.000	48.000.— ¹
Vierzigstundenwoche mit Lohnausgleich	1·20	40	48.—	1200	48.000	57.600.— ²
ohne Lohnausgleich	1.—	40	40.—	1200	48.000	48.000.— ³
Achtundvierzig- stundenwoche mit Lohnkürzung . .	—83 ¹ / ₃	48	40.—	1200	57.600	48.000.— ⁴

B. BEKÄMPFUNG DES DOPPELVERDIENERTUMS

Personen — zumeist geistige Arbeiter — die ihre Arbeitszeit nicht einem, sondern zwei oder mehreren Unternehmungen entgeltlich widmen, nennt man Doppelverdiener. Man glaubt, die Arbeit der Doppelverdiener auf mehr Personen aufteilen zu können. So gut man die Gefühle der Stellenlosen gegenüber den Kollegen mit zwei oder mehr Stellen verstehen kann, so wenig kann man sich von einer Bekämpfung des Doppelverdienertums einen Erfolg für die Stellenlosen erwarten. Abgesehen von den juristischen Schwierigkeiten der Formulierung und Durchführung stehen

¹ Wegen der bestehenden Arbeitslosigkeit soll die „vorhandene Arbeit“ auf mehr Arbeiter aufgeteilt werden.

² Sowohl Aufbringung wie Einbringlichkeit des erhöhten Lohnaufwands ist ausgeschlossen. Starke Teuerung, Ansteigen der Arbeitslosigkeit (— oder Inflation).

³ Lohnsumme ist unverändert hoch, bloß auf 1200 Köpfe verteilt. Wegen anderer Kostensteigerungen teilweise Teuerung und Rückgang der Produktion.

⁴ Lohnsumme ist unverändert hoch, bloß auf 1200 Köpfe verteilt. Wochenverdienst des einzelnen Arbeiters wie bei (3), aber keine Teuerung, sondern Preissenkung und Hebung der Produktion.

grundsätzliche Hindernisse der gewünschten Arbeitsaufteilung gegenüber.

1. In vielen Fällen ist die Beschäftigung an die persönliche Qualifikation des Doppelverdieners gebunden und es würde auf die Leistung durch andere Personen überhaupt verzichtet werden.

2. In anderen zahlreichen Fällen ist die Beschäftigung so niedrig entlohnt, daß sie einen Mann ohne anderweitiges Einkommen nicht ernähren könnte. Eine höhere Entlohnung der Leistung bedeutet aber eine Verteuerung, die meistens zu einer Auflassung der betreffenden Stelle überhaupt führen würde.

Was wären also die Wirkungen eines Verbots des Doppelverdienertums? Kostspielige Verfahren zur Durchführung der neuen Vorschriften, Schädigung vieler Personen, ja Existenzbedrohung mancher Mittelständler, Verteuerung und Einschränkung mancher Betriebe — und fast überhaupt keine Erfolge für die Stellenlosen.

FÜNFTES KAPITEL

SENKUNG DER PRODUKTIONSKOSTEN

Die Zahl und die Ausdehnung der arbeitenden Betriebe ist von den Ertragsmöglichkeiten abhängig. Wenn die Unternehmer zu viel zusetzen („draufzahlen“), sperren sie zu. Noch vor einigen Jahren hat man oft die Neidgefühle der Massen zu erwecken gesucht, indem man enorme Profite der Unternehmungen behauptete. Man verdächtigte sie der Bilanzfälschung und Gewinnverschleierung, man sagte, daß die Banken und die Großunternehmungen „das Geld hätten“, — bis eines Tages die Banken und Großunternehmungen nach jahrelangen Verlusten zusammenbrachen. Jeder Zusammenbruch von Unternehmungen warf neue Massen von Arbeitern auf die Straße; die Arbeitslosigkeit stieg ständig an.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist zur Hauptsache ein Problem der Rentabilität der Unternehmungen. Die Rentabilität liegt in der Differenz zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis. Die Erhöhung der Warenpreise kann nicht helfen, denn sie wird durch Inflation oder Zoll-erhöhung herbeigeführt und beide Wege sind verderblich. Eine Erhöhung der Warenpreise ohne Inflation bedeutet logischerweise eine Verringerung des Absatzes, denn bei unverändertem Einkommen und gestiegenen Preisen können die Leute nur weniger einkaufen als zuvor. Bleibt also zur Wiedererlangung der Rentabilität die Senkung der Produktionskosten als einziger Weg.

A. DIE KAUFKRAFT DER BEVÖLKERUNG

Die Forderung nach Senkung der Produktionskosten — die in einer Senkung der Zinsen, der Löhne, der sozialen Lasten, der Steuern und Gebühren oder der Zölle bestehen kann — begegnet zumeist dem Einwand, daß dadurch „*die Kaufkraft der Bevölkerung verringert*“ werde. Dieses Schlagwort von der Kaufkraft der Bevölkerung wird meistens auf die gedankenloseste Art verwendet.

Nehmen wir an, daß der Zinsfuß gesenkt wird. Die Unternehmer, die Kredite aufgenommen haben, müssen also weniger Zinsen zahlen, und die Sparer, die die Kredite — direkt oder durch die Sparkassen — zur Verfügung gestellt haben, beziehen nun geringere Zinseinkommen. Wer jetzt behauptet, daß durch die Senkung der Zinseinkommen der Sparer die Kaufkraft der Bevölkerung gesunken sei, hat übersehen, daß der Sparer wohl weniger bekommt, daß aber dem Unternehmer dafür um ebensoviel mehr verbleibt. Die Gesamtkaufkraft ist unverändert. — Nun stellen wir uns vor, daß der Lohnsatz gesenkt wird. Die Unternehmer, die Arbeiter beschäftigen, müssen weniger Löhne zahlen, und die Arbeiter, die in diesen Unternehmungen arbeiten, beziehen nur geringere Lohneinkommen. Wer da behauptet, daß durch die Senkung der Lohneinkommen der Arbeiter die Kaufkraft der Bevölkerung gesunken sei, hat übersehen, daß der Arbeiter wohl weniger bekommt, daß aber dem Unternehmer dafür um ebensoviel mehr verbleibt. Die Gesamtkaufkraft ist unverändert. — Genau dieselbe Überlegung gilt für die Steuern, wo wieder nichts anderes als eine Kaufkraftverschiebung zwischen Unternehmer und Finanzministerium stattfindet.

Man muß also stets im Auge behalten: Wenn man Inflation und Deflation — das ist Vermehrung und Verminderung des Geldumlaufs — ausschließt, kann *die geld-*

mäßige Kaufkraft der Bevölkerung weder erhöht noch gesenkt werden, sondern es sind bloß Änderungen in der Verteilung der Kaufkraft möglich. Wichtig ist aber, wieviel man sich für sein Einkommen kaufen kann. Jeder wird begreifen, daß man sich bei einem bestimmten Einkommen bei höheren Warenpreisen weniger kaufen kann und bei niedrigeren Warenpreisen mehr kaufen kann. (Man spricht da vom „Realeinkommen“ zum Unterschied vom „Nominal-einkommen“ oder „Geldeinkommen“.) Nun kann es vorkommen, daß eine Verschiebung der Kaufkraft (zum Beispiel eine Steuererhöhung) zu einer Erhöhung der Warenpreise führt, so daß das Realeinkommen der Bevölkerung abnimmt. Ebenso kann es vorkommen, daß eine Kaufkraftverschiebung zu einer Senkung der Warenpreise führt, so daß das Realeinkommen der Gesamtbevölkerung zunimmt, da mit der gleichen — allerdings anders verteilten — Geldmenge mehr Waren gekauft werden können.

Man muß also bei der Beurteilung von Verschiebungen der geldmäßigen Kaufkraft (z. B. Änderung der Lohnsätze) stets bedenken, ob mit dieser Verschiebung eine Erhöhung oder Senkung der Produktionskosten (und damit auch regelmäßig eine Verbilligung mancher Warenpreise) verbunden ist. *Kaufkraftverschiebungen, die gleichzeitig Kostensenkungen sind, bringen eine Steigerung der Produktion und natürlich auch der Beschäftigung mit sich.*

B. SENKUNG DES ZINSFUSSES

Wenn man die Wahl hätte, eine Verbilligung der Produktion durch Zinssenkung oder durch Lohnsenkung zu erreichen, würde jeder sozial denkende Mensch die Zinssenkung vorziehen. Die Höhe des Einkommens der Sparer liegt uns ja doch weniger am Herzen als die Höhe des Arbeitseinkommens. Daher ist es selbstverständlich, daß

man zu allererst untersucht, ob die Senkung der Produktionskosten durch Zinsfußermäßigung zu erreichen ist.

Der Zins ist der Preis, der für die zeitweilige Überlassung von Kapital bezahlt wird. Jeder Preis richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Der Preis sinkt, wenn die Nachfrage gering und das Angebot groß ist, und das Sinken des Preises läßt dann die Nachfrage anwachsen und das Angebot zurückgehen. Der Zinsfuß kann also sinken, wenn die Nachfrage nach Kredit gering und das Kapitalangebot groß ist — was wahrlich heute in Mitteleuropa nicht der Fall ist! — und das Sinken des Zinsfußes läßt die Nachfrage nach Kredit anwachsen und das Angebot von Kredit zurückgehen — was heute kaum erwünscht ist.

Liegt da vielleicht ein Widerspruch vor, daß wir gleichzeitig *Senkung des Zinsfußes* und *Steigerung des Kapitalangebotes* wünschen? Der Widerspruch ist leicht zu lösen, weil bloß die Reihenfolge verkehrt wurde. Wir wünschen, daß die Menge des angebotenen Kapitals steigt und daß infolgedessen der Zins verbilligt wird. Man darf aber nicht das Pferd beim Schwanz aufzäumen: denn wenn der Zinsfuß gesenkt wird, bevor das Kapitalangebot vermehrt wurde, wird unser Kapitalmangel nur noch größer!

Uns ist es also um die *Vergrößerung des Kapitalangebots* zu tun. Wie entsteht denn das Kapital? Durch Sparen. Wer sich von seinem Einkommen einen Teil vom Konsum abspart und dieses ersparte Geld zu Investitions- und Produktionszwecken zur Verfügung stellt, hat Kapital gebildet. Verzicht auf Konsum und Verwendung der ersparten Mittel zur Produktion von Gütern, die erst einer entfernten Zukunft dienen sollen, ist die einzige Art der Kapitalbildung. *Mehr Sparen ist der einzige Weg, um zu einer wirklichen Verbilligung der Kapitalbenützung zu gelangen.*

Von verschiedenen Politikern werden noch zwei andere Wege empfohlen: 1. der gesetzliche Zinssenkungszwang und 2. die Diskontermäßigung der Notenbank.

Der gesetzliche Eingriff in die privaten Kreditverträge kann nur jene Schuldner begünstigen, die schon Kredite haben. Er benachteiligt aber alle jene, die neue Kredite benötigen. Denn durch den gesetzlichen Eingriff verlieren die Sparer und Kapitalbesitzer das Vertrauen und dann sind Kredite noch schwerer zu haben als bisher. Für die Hebung der Produktion sind aber *gerade die neuen Kapitalmengen wichtig* — denn nur aus flüssigem Kapital kann man z. B. Löhne zahlen! —, während die alten, schon festgelegten Kredite viel weniger wichtig sind.

Wenn ein landwirtschaftlicher Produzent ein Hypothekendarlehen anstrebt oder eine Industrie einen Investitionskredit wünscht, so ist ihnen keineswegs damit gedient, daß sie in der Zeitung lesen, die Kredite seien verbilligt worden, wenn ihnen selbst ein solcher Kredit nicht auch wirklich gewährt wird. Die Kapitalmenge kann aber durch kein wie immer geartetes Gesetz vermehrt werden, am allerwenigsten durch ein Zinssenkungsgesetz. Dem Produzenten ist ein Kredit zu 12% lieber als gar kein Kredit zu 8%. Der billigste Kredit hilft einem schließlich nur, wenn man ihn auch bekommen kann. Gesetzliche Vorschriften zur Zinsverbilligung sind also verfehlt.

Wenn man den Zinsfuß zwangsweise herabsetzt, so werden mehr Bewerber um Kredite auftreten als bisher und vor allem mehr, als befriedigt werden können. Wenn der Zinsfuß bisher 8% betragen hatte, so war eben nicht genug Kapital vorhanden, um auch jenen etwas zukommen zu lassen, die es bloß zu 4% verwerten können. Erzwingt der Staat nun eine Senkung auf 4%, so bekommt nicht mehr derjenige das Kapital, der es am ertragreichsten verwerten

kann, sondern derjenige, der die größte Protektion hat. Das führt zu großen Mißbräuchen.

Unter den Krediten, die in einer Volkswirtschaft bestehen, machen die *Notenbankkredite* — von Inflationszeiten abgesehen — einen verschwindend kleinen Teil aus. Wenn also die Notenbank ihren Diskontsatz ermäßigt, ohne das Ausmaß ihrer Kreditgewährung zu vergrößern, so hat dies für die Kosten des Kredits in der Wirtschaft keine große Bedeutung. Es ist bloß eine Bevorzugung einer kleinen Gruppe von Unternehmen, die Wechsel bei Banken eskomp-tieren lassen; die Senkung des Diskontsatzes wird aber nie zu einer Verbilligung der Warenpreise führen. Wenn aber die Notenbank anläßlich der Senkung des Diskontsatzes auch mehr Kredit gibt als bisher, so ist dies Inflation und führt nicht zur Verbilligung, sondern zur Erhöhung der Warenpreise mit allen bekannten Nachteilen. (Siehe Kapitel II.) Es ist also auch die Notenbankpolitik nicht zu künstlicher Zinssenkung zu mißbrauchen.

So bleibt es dabei, daß Sparsamkeit und Hebung des Vertrauens allein den Kapitalmangel überwinden und zu einer dauernden Verbilligung des Kredits führen können.

C. SENKUNG DER ARBEITSKOSTEN

Senkung der Arbeitskosten ist nicht schlechthin als Senkung der Arbeitslöhne zu verstehen. Dem Arbeiter ist es darum zu tun, wieviel er für seine Arbeit ausbezahlt bekommt, der Unternehmer wieder rechnet nur damit, was ihn die Arbeit kostet; diese beiden Beträge sind nicht gleich groß, weil dazwischen die sozialen Lasten stehen. Wenn jemand über die sozialen Lasten klagt, wird er oft als unsozialer Mensch angesehen. Wenn man aber weiß, daß in manchen Fabriksbetrieben Österreichs der Arbeiter etwa

26 Schilling für die Arbeit einer Woche ausbezahlt erhält, während der Unternehmer bis zu 38 Schilling dafür bezahlen muß, dann sieht man ein, daß die Differenz keine Sache ist, über die man — um die sozialen Errungenschaften nicht zu gefährden — hinweggehen kann. Die soziale Belastung — Beiträge für Krankenkasse, Unfallversicherung, Altersrente, Arbeitslosenfonds, Urlaubs- und Krankengelder — erreicht zusammen mit der vom Unternehmer zu zahlenden Lohnsteuer in Österreich manchmal 45% des Wochenverdienstes, den der Arbeiter schließlich bar ausbezahlt bekommt. Daß eine Senkung der Arbeitskosten demnach nicht allein auf Kosten der Lohneinkommen gehen muß, ist wohl klar.

Würde eine Senkung der Arbeitskosten der Arbeitslosigkeit entgegenwirken? Daran ist gar nicht zu zweifeln, da jede Produktionskostensenkung die Ertragsspanne vergrößert. Oft hört man, daß eine Ertragssteigerung bei den bestehenden Unternehmungen gar nichts zu einer Erhöhung des Personalstands beitragen würde. Abgesehen davon, daß die arbeitenden Betriebe viele Aufträge übernehmen könnten, die sie heute wegen Verlustkalkulationen ablehnen müssen, darf man die Betriebe nicht vergessen, die bereits eingestellt wurden, die aber bei den durch verbilligte Arbeit gehobenen Ertragsaussichten wieder eröffnet werden könnten. Also nicht nur wegen der Profite der wenigen arbeitenden Betriebe, sondern auch wegen der Inangasetzung der vielen stillgelegten Werke fordern die Wirtschaftspolitiker eine starke Verbilligung der Arbeitskosten.

Wozu soll man aber die Betriebe in Gang setzen und die Produktion vergrößern, wenn doch schon für die bestehende Produktion so schwer Absatz zu finden ist?, so fragen viele. *Die Ansicht von der Überproduktion und dem fehlenden Bedarf ist ganz irrig.* Es gibt kaum jemanden,

der nicht Bedarf nach mehr hat, als er kaufen kann. Wenn nun die Preise sinken und er daher Geld übrig haben wird, um mehr zu kaufen als bisher, so wird er es auch gerne tun. *Der Bedarf ist unendlich groß und die Nachfrage ist nur durch die Preise beschränkt.* Wenn das Brot billiger wird, kann ich mir mehr Zucker kaufen. Wenn der Zucker billiger wird, kann ich bessere Schuhe kaufen. Wenn die Schuhe billiger werden, kann ich mir Bücher kaufen. Und so weiter. Und alle diese Dinge, die ich kaufen kann, wenn die Preise sinken, und die der Unternehmer billiger abgeben kann, wenn sie billiger hergestellt werden können, *alle diese Dinge brauchen zu ihrer Herstellung Arbeitskräfte.* Und diese Arbeitskräfte sind schon heute da und warten auf die Arbeit.

Die Angst vor einer Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung durch eine Lohnsenkung ist unbegründet; das haben wir schon besprochen. Vor allem ist nämlich die Senkung des Lohnsatzes keineswegs mit einer Senkung der ganzen Lohnsummen zu verwechseln. Wenn durch die Lohnsenkung den Unternehmern mehr Geld in den Händen bleibt, was werden sie damit machen? In ihrem Konkurrenzkampf, den sie miteinander führen, werden sie versuchen, einen größeren Teil des Geschäftes an sich zu ziehen, und zu diesem Zwecke ihre Verkaufspreise senken und *die Produktion erhöhen.* Bei den gesenkten Verkaufspreisen wird die erhöhte Produktion auch anzubringen sein. Was ist dann schließlich mit dem Geld geschehen, das die Unternehmer an ihren Arbeitern erspart haben? Neben ihren eigenen Ausgaben, die sie wahrscheinlich für sich machen, werden sie die ersparten Lohngehälter als Lohn zur Herstellung der erhöhten Produktion auszahlen müssen. Den Lohn, auf den die in Stellung befindlichen Arbeiter durch die Lohnreduktion verzichtet haben, beziehen schließ-

lich die neu aufgenommenen Arbeiter. *Die Lohnsumme ist auf eine größere Arbeiterzahl aufgeteilt worden.*

Muß es so sein? Werden nicht die Unternehmer die Lohnersparnis einfach selbst einstreifen und für ihre Luxusausgaben verwenden? Wenn Konkurrenz zwischen den Unternehmern besteht, ist dies nicht möglich. Denn jeder hätte dann leicht die Möglichkeit, den Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Er senkt seine Preise und nimmt den anderen die Geschäfte weg. Die anderen müssen nun auch die Preise senken und dem erhöhten Absatz gemäß die Produktion erhöhen oder sie gehen zugrunde und überlassen einem Nachfolger die Produktion.

Man hat zuweilen den Arbeitern, um sie leichter für Lohnkürzungen zu gewinnen, vorschwatzen wollen, daß die Warenpreise im selben Maße sinken würden wie die Löhne. Das ist gewiß nicht richtig. *Die Preise werden weniger stark reduziert als die Lohnsätze.* Wenn die Löhne um 20% gesenkt werden, werden die Preise vielleicht nur um 10% oder 15% zurückgehen. Der einzelne Arbeiter wird sich also wohl nicht um 20%, aber um 5 oder 10% weniger kaufen können als bisher. Aber dafür werden sich die neuingestellten Arbeiter, die nun mehr verdienen als die Arbeitslosenunterstützung, wesentlich mehr kaufen können. *Daß alle zusammen mehr kaufen können als bisher, ist ja selbstverständlich, weil die Geldmenge gleichgeblieben ist, die Preise aber gesunken sind.*

Es hat früher eine Theorie gegeben, welche man die Lohnfondstheorie nannte; sie lehrte, daß eine ganz bestimmte Kapitalmenge zur Lohnzahlung an die Arbeiter zur Verfügung stehe und einfach verteilt werde: je mehr ein Arbeiter verlange, um so weniger Arbeiter können aus dem Fonds bezahlt werden; je bescheidener ein Arbeiter sei, um so mehr Arbeiter können Löhne beziehen.

Diese Theorie war nicht richtig, weil es nicht stimmt, daß die Lohnsumme von vornherein feststeht. Der Lohnfonds kann kleiner oder größer werden, und das hängt wieder von der Rentabilität und von der Kapitalbildung ab. Aber soviel kann man sich mit dieser Theorie doch erklären, daß bei niedrigeren Löhnen eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigt werden kann.

Bei den Vorschlägen auf Verkürzung der Arbeitszeit will man die *Arbeitsstunden* auf mehr Arbeiter aufteilen; bei den Vorschlägen auf Kürzung des Arbeitslohns will man die *Lohnsumme auf mehr Arbeiter aufteilen*. Der Unterschied liegt darin, daß wohl in beiden Fällen der einzelne Arbeiter weniger verdient, daß aber im zweiten Fall mehr gearbeitet, daher mehr erzeugt wird und die Waren billiger werden können. *Sowohl bei Kurzarbeit wie bei Lohnkürzung sinkt der Wochenverdienst des einzelnen Arbeiters; in letzterem Fall aber kann er sich wegen der verbilligten Preise mit dem Wochenverdienst mehr kaufen als im ersteren Fall.*

Ob das Problem der Senkung der Arbeitskosten besser von den sozialen Lasten her oder von den Tariflöhnen her gelöst werden kann, dürfte nicht überall gleich zu beantworten sein. Es gibt Lohnsätze, die schon so niedrig sind, daß eine Kürzung schwer erträglich ist. An eine lineare Lohnkürzung, wie sie in manchen Ländern verfügt wurde, darf keinesfalls gedacht werden. Die Spannungen zwischen den verschiedenen Lohnsätzen werden wohl zunächst beweglicher werden müssen.

Die Ansicht, daß eine Senkung der Arbeitskosten gar keinen Erfolg auf den Beschäftigungsgrad haben würde, wenn im Ausland die gleichen Kürzungen vor sich gingen, ist nicht richtig. Im Gegenteil, es würde sich, wenn auch das Ausland billiger wird, der internationale Handel noch

viel mehr beleben. Aber jedenfalls sind unsere ganzen Überlegungen über die Senkung der Arbeitskosten von der Frage der Auslandslöhne ganz unabhängig.

Noch eine Frage drängt sich auf. Warum ist die Beurteilung einer Lohnsenkung so ganz anders ausgefallen als die der Zinssenkung? Aus folgender ganz einfachen Überlegung. Senkung eines Preises erhöht die Nachfrage und verringert das Angebot. Wenn die Nachfrage nach Kapital größer und das Angebot von Kapital dabei kleiner wird, ist dies durchaus unerwünscht. Wenn aber das Angebot von Arbeitskraft kleiner und die *Nachfrage* darnach *größer* wird, so ist das erreicht, was so viele sich erhoffen.

D. SENKUNG DER STEUERN

Der Anteil der von Staat, Land und Gemeinde eingehobenen Abgaben an den Produktionskosten ist ganz außerordentlich hoch. Wenn man die Preise der verschiedenen Waren zerlegen könnte, um zu zeigen, welche enorme Quote die Tribute an die Hoheitsgewalten ausmachen, würden viele erschüttert sein über die Opfer, die sich die Völker in den letzten Jahren auferlegten, als sie den Aufgabenkreis des Staates so maßlos erweiterten.

Nicht jeder erfaßt gleich die ganze Tragik des Umstandes, daß in Deutschland nach amtlichen Statistiken 37% des Volkseinkommens durch den öffentlichen Finanzbedarf in Beschlag genommen sind! In Österreich nimmt der öffentliche Finanzbedarf nach Schätzungen sogar mehr als 50% des Volkseinkommens in Anspruch! Der Irrsinn dieser Ziffern kommt uns erst zum Bewußtsein, wenn man sie damit vergleicht, daß im Vorkriegsdeutschland bloß 11½% und in den westlichen Ländern gar nur 5—8% des Volkseinkommens für die staatlichen Aufgaben beansprucht wurden.

Das Unverständnis, das in der breiten Öffentlichkeit für diese ganz unfasßbare Lahmlegung der Produktivkraft der Bevölkerung herrscht, kommt darin zum Ausdruck, daß jeder wie immer geartete Ersparungsvorschlag sofort energisch abgelehnt wird. Immer gibt es kulturelle oder hygienische oder nationale oder soziale oder lokalpolitische Gründe, eben an der Einrichtung ungeschmäkert festzuhalten, bei welcher gerade kleine Sparmaßnahmen empfohlen werden. Immer soll „an anderer Stelle“ gespart werden.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine Senkung der Produktionskosten um jenes Ausmaß, das in der Differenz zwischen der Steuerbelastung der Vorkriegszeit und der heutigen Zeit liegt, vollkommen ausreichen würde, um die gesamte Dauerarbeitslosigkeit allmählich zum Verschwinden zu bringen. Das will besagen, daß eine Senkung der Arbeitseinkommen gar nicht in Erörterung gezogen werden müßte, — ja vielleicht eher ihre Erhöhung — wenn eine Senkung der Steuern und Gebühren um das Maß, um das sie in den letzten 10 Jahren gestiegen sind, durchgeführt werden könnte. Daß dieser Abbau der öffentlichen Ausgaben einen Abbau der öffentlichen Aufgaben (d. h. der Vielregiererei) in sich schließt und nicht von heute auf morgen durchzuführen ist, ist klar. Vorläufig ist man aber noch dabei, die Staatsaufgaben zu erweitern.

Die Verteuerung der Produktionskosten durch die Steuern tritt in Erscheinung als *unmittelbare Belastung der Produktion* durch die verschiedenen von den Unternehmungen zu entrichtenden Abgaben, ferner aber auch als *mittelbare Schmälerung der Produktionsmöglichkeiten* durch Steuern, die die *Kapitalbildung* hemmen, ja mitunter Kapitalaufzehrung herbeiführen. So ist nicht bloß die in den Kostenrechnungen der Unternehmungen ausgewiesene

Post für Steuern und Gebühren, sondern auch der würgende Kapitalmangel und die Höhe des Zinsfußes eine Auswirkung des übermäßigen öffentlichen Finanzbedarfs.

E. ABBAU DER ZÖLLE

Die Verteuerung der Produktionskosten durch die Zölle ist nicht etwa an den Zollzahlungen der Importeure oder den Zolleinnahmen des Staates abzumessen. Im Gegenteil, gerade jene Zölle, die hoch genug sind, um den Import beträchtlich zu verringern oder gar abzuriegeln, die demnach überhaupt keine Zolleinnahmen einbringen, bewirken eine besonders empfindliche Verteuerung der Erzeugung.

Ein Zoll auf einen aus dem Ausland eingeführten Rohstoff verteuert diesen Stoff. Wenn der Zoll aber noch die Aufrechterhaltung des Imports gestattet, so bringt er wenigstens Staatseinnahmen, die der Staat sonst auf irgendwelche andere Art suchen würde. Ist der Zoll aber wirksam genug, um die Einfuhr zu verhindern (Prohibitivzoll), so wird der sonst importierte Stoff auch fast um die Höhe des Zolles verteuert, ohne daß der Staat daraus Einnahmen zieht. *Der Stoff wird nun im Inland erzeugt, ohne daß man davon einen Vorteil hat, da der Zoll ja ausdrücklich nur die höheren Produktionskosten auszugleichen hat, und sonach keinen „Gewinn“ bringt, sondern Kosten ersetzt, die man ohne Zoll gar nicht auf sich nehmen würde.* Eine Berechnung, wie groß die Mehrkosten der Produktion infolge der Belastung und Fehlleitung durch Zölle sind, wurde noch nicht versucht, würde aber sicherlich ein erschütterndes Ergebnis zeigen.

Es müßte demgegenüber jeder Abbau der Zollmauern Ersparnisse und Verbilligungen bringen. *Die Senkung der Produktionskosten durch Wegfall der Zollbelastung von*

Materialien, Werkzeugen und Hilfsmitteln für die heimische Industrie wäre beträchtlich. Dazu käme noch die der besseren Ausnützung der internationalen Arbeitsteilung zuzuschreibende Senkung der Kosten. Diese Kostensenkung würde als großzügige Arbeitsbeschaffung anzusehen sein, denn Kostensenkung ist ja der Weg, unausgenützte Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einzugliedern. (Über Zölle und Einfuhrbeschränkungen siehe Kapitel VIII und IX.)

SECHSTES KAPITEL

ERLEICHTERUNG DER SCHULDENLAST

Wer überwiegend mit fremdem Kapital wirtschaftet, gerät eher in Schwierigkeiten als der Unternehmer oder Produzent, der über eigenes Kapital verfügt. Wenn der Ertrag soweit gesunken ist, daß die Verzinsung des Kapitals nicht mehr zur Gänze möglich erscheint, so macht dies kein Aufsehen, wenn der Unternehmer gleichzeitig der Kapitalbesitzer ist, während es oft die Öffentlichkeit beschäftigt, wenn sich Schuldner und Gläubiger auseinandersetzen müssen. Die schweren Sorgen der verschuldeten Unternehmungen, die unter der Last ihrer Verpflichtungen stöhnen, und die große Erleichterung, die den Schuldnern durch eine Verringerung ihrer Verpflichtungen geboten werden kann, führen die Wirtschaftssubjekte und die Wirtschaftsbeobachter oft irre in der Beurteilung der Folgen eines generellen Schuldennachlasses. Der Einfluß einer Schuldenabbürdung auf die Geschäftstätigkeit, auf Produktion, Absatz und Beschäftigung wird stark übertrieben, weil man häufig übersieht, daß Kapitalreichtum und Kapitalflüssigkeit, nicht aber die personelle Kapitalverteilung die wesentlichen Momente sind. *Durch Schuldennachlaß wird bloß eine Verschiebung des personellen Kapitalbesitzes, aber keine Erhöhung des Reichtums im Ganzen und keine Vergrößerung des Angebots an flüssigem Kapital bewirkt.* Überdies ist es nicht die Vermögensrechnung sondern die Ertragsrechnung, von welcher die Prosperität der Wirtschaft abhängt.

A. VERSCHULDUNG DER INDUSTRIE

Es hat heute nicht mehr viel Sinn, über die Ursachen des enormen Anwachsens der industriellen Verschuldung zu streiten. Irrig ist es jedenfalls, den hohen Zinsfuß dafür verantwortlich zu machen. Die Schulden gehen zur Hauptsache auf eine Großzügigkeit der Investitionspolitik zurück, die nicht von einem „zu hohen“, sondern umgekehrt von einem „zu niedrigen“ Zinsfuß angestachelt wurde. Die auf Verbilligung der Zinssätze ausgehende Notenbankpolitik ist für einen Großteil der Überinvestitionen und Fehlinvestitionen verantwortlich zu machen.

Hinter der Forderung, die Industrie durch generelle Schuldennachlässe beweglich zu machen, steckt der Gedanke, daß es in erster Linie darauf ankomme, weniger amortisieren (zurückzahlen oder zurücklegen) und weniger verzinsen zu müssen. Die Höhe der Verpflichtungen gegenüber den Kapitalbesitzern ist für die einzelnen Unternehmer, nicht aber für den Produktionsumfang der Wirtschaft im ganzen von großer Bedeutung. Der Kapitaldienst für die in feste Anlagen investierten Werte ist nämlich von der Produktionsmenge unabhängig, das heißt, die zur Rückzahlung und Verzinsung des fest investierten Kapitals erforderlichen Beträge sind weder kleiner noch größer, ob nun die Produktion größer oder kleiner oder Null ist. Aus diesem Grunde ist auch umgekehrt das *Erfordernis für den Kapitaldienst ohne Einfluß auf das Ausmaß der Produktion*, das heißt, das Bestehen der Schulden und des Schuldendienstes ändert nichts daran, ob es günstiger ist, viel oder wenig oder gar nichts zu erzeugen. *Es kann demnach die Erleichterung des Schuldendienstes durch Nachlaß vom Kapital oder von den Zinsen keinen Einfluß auf die Erhöhung der Produktion haben.*

Wieder könnte man hier auf einen scheinbaren Widerspruch stoßen. Wenn man den Arbeitern für ihre Leistungen weniger zahlen muß, können Produktion, Absatz und Beschäftigung steigen; dieselben Wirkungen können eintreten, wenn man an den Staat geringere Steuern, an die Lieferanten niedrigere Preise zu zahlen hat. Warum sollte es nicht ebenso günstige Wirkungen haben, wenn man an die Gläubiger des fest investierten Kapitals weniger zu zahlen hat? Der Grund liegt darin, daß die Ermäßigung der Löhne, Steuern, Zölle und Materialpreise, ja auch der Zinsen für neues, flüssiges Kapital, es einträglich macht, mehr Arbeiter zu beschäftigen, mehr Material zu verarbeiten, mehr Betriebskapital zu verwenden. Eine Senkung der Zahlungen für *bereits investiertes Kapital* ist wohl für den Schuldner angenehm und verbessert auch seine Ertragsmöglichkeiten (im gleichen Maße wie es den Ertrag der Gläubiger schmälert), ohne es aber einträglicher zu machen, die Produktion zu steigern.

Die meisten Industrieverbände lehnen es ab, sich durch gesetzliche Eingriffe in die Schuldverträge helfen zu lassen. Sie gehen nämlich von der zutreffenden Ansicht aus: Wenn der eine oder andere Unternehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, so soll er sich mit seinem Kreditgeber auseinandersetzen; das bestehende Ausgleichs- und Konkursrecht erleichtert diese Auseinandersetzungen und Sanierungen. Wenn man aber durch allgemeine Zwangsvorschriften Schuldabbürdungen und Zinssenkungen durchführt, also auch Schuldnern hilft, die ohnedies zahlungsfähig wären, so schädigt man empfindlich den auf Vertrauen und Vertragstreue beruhenden Kapitalverkehr, der die Kapitalien der Sparer der Wirtschaft nutzbar machen soll, und schädigt damit die Produktion für lange Zeit.

B. VERSCHULDUNG DER LANDWIRTSCHAFT

Das Problem der agrarischen Verschuldung wird nicht aus wirtschaftlichen Gründen anders beurteilt als das der industriellen Verschuldung; die Bestrebungen zur agrarischen Schuldenabbürdung sind mehr bevölkerungspolitisch oder auch gefühlsmäßig orientiert. Häufig steht die Politik auch unter dem Eindruck der vorwissenschaftlichen Ansicht, daß die landwirtschaftliche Produktion lebenswichtiger sei als die industrielle und daher mehr Förderung verdiene. Gewiß ist das Brot für die Menschen wichtiger als die Uhr, das Telephon, das Radio. Aber es handelt sich gar nicht darum, daß man sich etwa entscheiden müßte, ob das Brot als hauptsächliches Nahrungsmittel oder irgendein industrielles Produkt für die Befriedigung unserer Bedürfnisse von größerer Bedeutung ist, sondern bloß um die Entscheidung, ob es beim gegebenen Versorgungsstand günstiger ist, noch etwas mehr Brot oder etwas mehr Industrieprodukte zu erzeugen. Mit anderen Worten, es ist nicht der Gesamtnutzen einer Gütergattung maßgebend, sondern der Grenznutzen, das heißt der Nutzen der letzten erzeugten Gütereinheit. Die Frage „Brot oder kein Brot“ steht außer Diskussion; bloß die Frage „875,000.000 kg oder 876,000.000 kg“ ist wirtschaftlich zu entscheiden. Diese Entscheidung trifft der Konsument, indem er sein Einkommen verschiedenen Dingen widmet. Die Agrarpolitik aller Länder war nun meistens darauf gerichtet, die landwirtschaftliche Produktion auf dem heimischen Boden möglichst ungeschmälert zu erhalten oder noch zu vergrößern, ohne Rücksicht auf das Verhältnis zwischen dem Produktionsstand der Welt und der Gesamtnachfrage der Welt. Aus dieser Politik ergab sich die fast chronische Überproduktion an Agrarprodukten und die bei Fortdauer dieser Politik unlösbare Agrarkrise. Solange aber die Völker glauben,

daß sie zwischen „Leben oder Untergang der Landwirtschaft“ anstatt vielmehr zwischen „mehr oder weniger Landwirtschaft“ zu wählen haben, ist wieder die Umkehr der Politik nicht zu erwarten.

Die Agrarpolitik fast aller Länder hat sowohl an der starken *Verschuldung der Landwirtschaft* (Kapitalaufnahmen zur Intensivierung der Produktion) mitgewirkt, als auch den *Preissturz der Agrarprodukte* (als Folge der Produktionssteigerung) herbeigeführt. Der Preissturz macht dann wieder die Abtragung und Verzinsung der Schulden beinahe zur Unmöglichkeit. Die Regelung der Schuldenfrage könnte natürlich dem einzelnen Gläubiger und dem einzelnen Produzenten überlassen bleiben. Exekutionsverfahren, Ausgleichs- und Konkursverfahren würden zur Schuldenabbürdung der landwirtschaftlichen Betriebe in Aktion treten, aber mit dem Erfolge, daß viele Landwirte zur Auflassung oder Übergabe ihrer Betriebe genötigt würden. Damit wäre wohl der Weg aus der Agrarkrise beschritten, aber vom Standpunkt engerer — territorial begrenzter — Interessen (sowie von bevölkerungspolitischen und nationalen Gesichtspunkten gesehen) erscheint vielen diese Entwicklung unerträglich. Daher verlangt man staatliche Maßnahmen zur Verhinderung oder Aufschiebung der Exekutionen und zur generellen Verringerung des Schuldendienstes durch Senkung der Zinsen, Verlangsamung der Rückzahlungen und auch Abstriche vom Kapital.

Der Lösung der Agrarfrage kann man allerdings auf diese Weise nicht näher kommen. Überdies wird die zukünftige Kapitalversorgung der Landwirtschaft durch die gläubigerfeindlichen Eingriffe erschwert und verteuert.

C. STÜTZUNG DER BANKEN

Ein Bankensystem, dessen Aufgabe es ist, Kredite zu gewähren, auch wenn keine Sparkapitalien gebildet werden, muß notwendigerweise immer wieder Störungen im Wirtschaftsleben hervorrufen und dabei seine eigene Existenz gefährden. Zweierlei Verhalten ist es, das den Banken jede Widerstandsfähigkeit nimmt. Erstens, wenn sie *Kredite gewähren, ohne Spareinlagen in gleicher Höhe empfangen zu haben*, zweitens, wenn sie *Kredite auf längere Fristen gewähren, als die Spareinlagen bei ihnen gebunden sind*. Man hat die Übereinstimmung der Fälligkeiten der Schulden und Forderungen einmal als die „goldene Regel“ des Bankgeschäftes bezeichnet. Die Mehrzahl aller mitteleuropäischen und viele amerikanischen Banken haben dieser Regel Jahre hindurch in allergrößtem Maße zuwidergehandelt und mußten früher oder später in Schwierigkeiten kommen.

Es geht natürlich nicht an, eine Einlage als „langfristig gebunden“ zu betrachten, wenn man dem Einleger trotz formeller Bindung die jederzeitige Abhebbarkeit zusagt. Noch weniger aber genügt es, einen Kredit als „kurzfristig“ anzusehen, bloß wenn man kurze Rückzahlungsfristen oder Kündigungsfristen vereinbart, sich aber nicht die Gewißheit verschafft hat, daß die rasche Rückzahlung nach der Art des Unternehmens und seiner Führung, sowie nach der Art der Veranlagung seiner Mittel als gesichert anzusehen ist. So leicht liquidierbar waren die Kredite der in Schwierigkeiten geratenen Banken ganz und gar nicht.

Gewöhnlich wird gegen die Forderung vorsichtiger Kreditgewährung der Einwand erhoben, daß eine solche zurückhaltende Kreditpolitik in kapitalarmen Ländern nicht am Platze wäre. Arme Länder könnten sich so strenge Maßstäbe nicht leisten, sondern müßten alle Möglichkeiten der Kreditbeschaffung ausschöpfen. Nun ist es ja vielleicht

möglich, die wirtschaftliche Entwicklung durch den „schöpferischen Bankkredit“ (d. h. inflationistische Krediterweiterung) zeitweise zu beschleunigen, aber nur um den Preis böser Rückschläge, die viel Elend mit sich bringen.

Eine ganz strenge Befolgung der „goldenen Regel“ gibt es allerdings nirgends. Die Vorsicht der Banken müßte ja in diesem Falle so weit gehen, für alle Sichtfälligkeiten, das heißt für alle täglich abhebbaren Einlagen eine 100%ige Kassenreserve zu halten. In Wirklichkeit ist die Bargeldreserve wesentlich geringer. Man geht von der Ansicht aus, daß doch nicht alle Einleger gleichzeitig ihr Geld abheben wollen und daß es daher genügt, für die Rückzahlung eines kleinen Prozentsatzes der Einlagen vorgesorgt zu haben. Einem unvorhergesehenen Run könnte also überhaupt keine Bank standhalten. Ganz unvorhergesehen sind aber Anstürme der Einleger nicht und eine vorsichtige Bank, die nur sehr leicht einbringliche Kredite gewährt hat, könnte sich rechtzeitig rüsten.

Banken, die größte Vorsicht in der Einlagen- und Kreditpolitik walten lassen, überstehen in der Regel ohne Stützung auch die schärfsten Krisen. Die Vorsicht wird aber kaum belohnt, ja man ermuntert gewöhnlich leichtsinnige Gebarung durch die „Stützungsbereitschaft“ des Staates und der Notenbank. Die Banken können auf die Stützung fast unbedingt rechnen und haben es also nicht nötig, auf die bei rücksichtsloser Verwertung aller Einlagen möglichen guten Geschäfte zu verzichten.

Die ungefährlichste Art der Bankenstützung ist die Erlassung von Bankfeiertagen und Bankmoratorien. Die Banken können ihre Auszahlungsschalter geschlossen halten, ohne daß das Insolvenzverfahren eingeleitet wird. Wenn die Banken aber nicht mehr aktiv sind, ihren Passiven also keine mobilen Aktiven in gleicher Höhe

gegenüberstehen, dann ist es ein *kostspieliger Zeitverlust*, die Reinigung durch nutzlose und störende Moratorien hinauszuschieben.

Noch bedenklicher ist die Erlassung von Teilmoratorien zu ungunsten des Auslands. Durch Verbot der Devisenbeschaffung oder der Zahlungen an Ausländer schützt man die Banken vor Abhebungen und Kreditrückziehungen des Auslandes oder jener inländischen Einleger, die Auslandzahlungen bewirken wollen. Die Devisen- und Zahlungsbeschränkungen sind für den internationalen Handel ein böses Hindernis mit den schädlichsten Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung. Beschränkungen oder Verbote der Auslandzahlung (Transfermoratorien, Devisenzwangswirtschaft) sollten daher höchstens auf die Dauer einiger Wochen — bis zum Abschluß von Stundungs- und Stillhaltevereinbarungen für die illiquiden Institute — in Kraft bleiben.

Die gefährlichste Art der Bankenstützung, die oft noch in Verbindung mit den anderen Maßnahmen gehandhabt wird, ist die *Kreditgewährung durch die Notenbanken*. Die Kreditgewährung der Notenbanken ist ja meistens Inflation. Allerdings muß man da eine wichtige Unterscheidung machen. Es gibt zweierlei Arten von Bankeinlagen: *Spar-einlagen*, die man gemacht hat, weil man auf die Verfügung über die eingelegten Gelder vorübergehend verzichten konnte, und *Kassenführungseinlagen* („Girokonto“), über die man verfügen will, um Überweisungen auf die Konten seiner Geschäftsfreunde vornehmen zu lassen. Diese Verfügungen trifft man gewöhnlich durch Schecks, eine Zahlungsart, die in Mitteleuropa nicht so sehr verbreitet ist wie in England oder Amerika, wo mehr mittels Scheck als mit Bargeld gezahlt wird. Die Kassenführungsguthaben sind wie Geld zu betrachten und, wenn man die Größe

des Geldumlaufs berechnen wollte, müßte man die Einlagen auf Girokonto mitzählen. Wenn nun in Panikzeiten alle Leute ihre Kassenführungseinlagen in Banknoten verwandeln wollen, so hat es keine inflationistischen Wirkungen, *die Giro Guthaben durch neugedruckte Banknoten zu ersetzen*. Das Giralgeld oder Buchgeld, das bisher vom Bankbuchhalter von Konto auf Konto umgebucht wurde, wird durch Papierscheine ersetzt, die von Hand zu Hand gehen. Eine Vermehrung der Geldmenge hat damit nicht stattgefunden.

Ganz anders ist es aber, wenn man den Banken die *Auszahlung von Spareinlagen* oder die Rückzahlung sonstiger Gelder, die ihnen geliehen wurden, *durch neugedruckte Banknoten* ermöglicht. Hier wird nicht Geld von einer Form in eine andere verwandelt, sondern hier wird zusätzliche, also *inflationistische Geldkaufkraft* geschaffen. Der Sparer hatte sein Geld der Bank gegeben, also darauf verzichtet, es selbst zu verwenden. Die Bank hat das Geld irgendeinem Kreditbedürftigen weitergegeben: die Kaufkraft des Sparerers wurde auf den Kreditnehmer übertragen. Wenn der Sparer das Geld wieder haben will, so muß es die Bank wieder von einem der Kreditnehmer zurückbekommen. Ist dies nicht der Fall, sondern wird neues Geld gedruckt, um dem Besitzer der Spareinlage seine Kaufkraft, auf deren Ausnützung er nicht länger verzichten will, zurückzustellen, dann liegt Inflation vor. Wenn eine derartige Bankenstützung unter größerer Ausdehnung des Notenbankkredits durchgeführt wird, dann ist es zumeist um die Währungssicherheit geschehen. Man hat eben die Wahl: *entweder Währungssicherheit und Bankenkrach oder Bankenstützung und Währungskrach*. Wer aus der Erfahrung gelernt hat, wird die Währungsstabilität vorziehen und auf die Kredithilfe für die schwachen Banken

verzichten müssen. Denn je mehr Banken gestützt werden und je größer die von den Notenbanken für diese Zwecke bereitgestellten Beträge sind, um so mehr greift die Bankenkrise um sich, weil zum Mißtrauen gegen die Banken noch das Mißtrauen gegen die Währung kommt und die Bevölkerung zu überstürzten Abhebungen veranlaßt.

Der Zusammenbruch von Banken ist eine überaus schmerzliche Angelegenheit; schmerzlich vor allem für die Einleger dieser Banken, dann aber auch für die Schuldner, die sich entweder um einen neuen Kreditgeber umschaun oder allmählich an die Abstattung ihrer Bankschulden gehen müssen. Eine übereilte Eintreibung wird auch der ungeschickteste Konkursverwalter nicht verlangen und die Ansicht, daß der Bankkrach auch den Zusammenbruch der an diese Bank verschuldeten Industrie zur Folge haben muß, ist daher, sofern es sich um gute Industrien handelt, ungerechtfertigt. Eine Bank bloß aus Rücksicht auf den von ihr abhängigen Industriekonzern durch Kreditinflation zu stützen, ist demgemäß wenig zweckmäßig.

Wie immer man aber auch die Folgen eines Bankkrachs beurteilt, wird man zugeben müssen, daß die Nebenwirkungen einer Stützung fauler Banken nicht minder unangenehm, meist sogar noch schmerzlicher sein werden.

D. INTERNATIONALE VERSCHULDUNG

Die internationale Verschuldung wird zum Problem, wenn die zur Rückzahlung oder Verzinsung erforderlichen Beträge die Zahlungsfähigkeit der Schuldner übersteigen. Das Problem ist aber ein gänzlich verändertes, je nachdem um welche Schuldnerpersönlichkeiten es sich handelt: um den Staat, um die Banken, um Privatunternehmungen. Die Unterschiede liegen nämlich darin, daß die Aufbringung der zur Zahlung von Auslandsschulden bestimmten Beträge

auf verschiedene Weise erfolgt. Der Privatunternehmer deckt den Kapitaldienst aus dem Ertrage seines Unternehmens oder bei unzureichendem Ertrag durch Verkauf von Vermögensbeständen. Die Banken zahlen ihre Auslandschulden normalerweise durch Eintreibung ihrer Inlandsaußenstände. Der Staat erfüllt seine Auslandsverpflichtungen mit Hilfe der Steuergelder, die er aus der heimischen Wirtschaft herauszieht.

Auslandschulden von Privatunternehmungen. Wenn Privatunternehmungen sich ohne Vermittlung inländischer Banken Auslandskapital beschafft haben, so geschah dies häufig in Form von Begehungen von Schuldverschreibungen (Obligationen). Dabei trachtete der Schuldner sich bei Aufstellung des Tilgungsplans den voraussichtlichen Ertragsverhältnissen seines Unternehmens anzupassen. Der Gläubiger wieder hat die Möglichkeit, sein Kapital auch schon vor Tilgung seitens des Schuldners wenigstens teilweise durch Verkauf der Schuldverschreibungen zurückzubekommen. Er bekommt dabei das Geld nicht vom Schuldner, sondern vom Käufer der Effekten. Wenn die ausländischen Kapitalisten ihr Kapital rasch flüssig machen wollen, so bringen sie beim Verkauf der Wertpapiere zuweilen große Opfer, ohne daß dies den Schuldner unmittelbar berühren würde. Ist der Schuldner selbst bei Kassa, so kann er durch Rückkauf seiner Obligationen seine Verschuldung auf billige Art reduzieren. Ist der Schuldner dazu nicht in der Lage und versucht der Inhaber der Effekten, diese im Lande des Schuldners zu verkaufen, so kann man die Repatriierung der Effekten — das ist die Erwerbung der Vermögenstitel durch Kapitalisten des eigenen Landes — verschieden beurteilen. Man kann die Verwandlung der Auslandschuld in eine Inlandschuld (— ist doch der neue Inhaber der Schuldverschreibung ein

Inländer!) günstig, den dazu erforderlichen Kapitalaufwand und Devisenbedarf ungünstig beurteilen. Da der Devisenbedarf, der durch den Rückkauf der Auslandsschuldscheine entsteht, nur nach Maßgabe der Kapitalaufbringung der Schuldner anwachsen kann, diese Kapitalaufbringung aber einerseits eine durchaus freiwillige, andererseits durch die Liquidität der Unternehmungen eng begrenzte ist, kann die ganze Bewegung keine gefährlichen Ausmaße erreichen. Die Beschaffung der flüssigen Mittel zum Rückkauf der Anleihen ist ja auf den nur allmählich einfließenden Ertrag der Unternehmungen und auf die allfällige Abstoßung leicht verwertbarer Aktiven beschränkt.

Auslandsschulden der Banken. Wenn die Banken kurzfristige Auslandsgelder hereingenommen und in der inländischen Wirtschaft angelegt haben und nun von einer Kündigung der Auslandskredite überrascht werden, so gibt es folgende Möglichkeiten des Ablaufs:

a) Die Bank kündigt die von ihr gewährten Kredite; die Schuldner machen sich raschest (durch Abverkäufe ihrer Vorräte, durch Verzicht auf Nachschaffung der Vorräte, vielleicht gar durch Einstellung der Betriebe) liquid und zahlen die Schulden ab; die Bank kann also ihre Schulden zahlen und die erforderlichen Devisen können leicht aufgebracht werden, weil durch die Liquidierung der Schuldnerbetriebe die Devisennachfrage verringert und das Devisenangebot vergrößert ist;

oder b) die Bank kann ihre Außenstände nicht eintreiben, ist also auch nicht in der Lage, ihre Auslandsschulden zurückzuzahlen. Es kommt gar nicht zur Nachfrage nach Devisen, weil der Bank die flüssigen Mittel dazu fehlen. Die Bank muß sich zahlungsunfähig erklären oder sie kann mit ihren Gläubigern eine Stundung (Stillhaltung) vereinbaren oder sie kann sich auf ein vom Staat erlassenes

Devisenbeschaffungsverbot berufen und dadurch verbergen, daß sie gar nicht die flüssigen Mittel hätte, Devisen zu kaufen;

oder c) die Bank, die ihre Außenstände nicht eintreiben kann, bekommt durch die Notenbank einen Stützkredit. Dieser Kredit ermöglicht ihr die Devisennachfrage, und der Gold- und Devisenschatz der Notenbank wird dadurch geschmälert; in krassen Fällen wird die durch diese inflationistische Bankenstützung geschwächte Notenbank die weiteren Devisenabgaben einstellen, also die Goldwährung aufgeben müssen.

Nur in diesem dritten Fall geht von der Kündigung der Auslandsschulden der Bank eine Störung des Devisenmarktes aus. Also weder die Verschuldung an das Ausland noch das Zahlen dieser Schulden erschüttert den Devisenmarkt, bloß der Versuch, diese Zahlungen durch Notenbankkredite zu erleichtern. Im Normalfall — Eintreibung der Inlandausstände — wird niemals die Währung, sondern der unverminderte Fortbestand der Produktion bedroht. Der unzeitgemäße Kapitalentzug erzwingt Einschränkungen und Einstellungen der Produktion, Preissturz und Arbeitslosigkeit. Dieser unzeitgemäße Kapitalentzug ist aber nicht eine Folge des Umstands, daß es sich um einen *ausländischen* Kredit, sondern daß es sich um einen *kurzfristigen* Kredit gehandelt hat.

Auslandsschulden des Staats, der Länder und Gemeinden. Die Schuldabzahlungen und die Zinsenzahlungen leisten der Staat, die Länder und Gemeinden in der Regel aus Steuereingängen. Während die Aufnahme von Darlehen durch private Unternehmungen unter der Annahme erfolgt, daß Verzinsung und Rückzahlung direkt aus dem Ertrag des Kapitals möglich sein werden, ist dies bei den Anleihen der öffentlichen Körperschaften fast nie zu erwarten. Bei

Aufnahme der Anleihen durch die politischen Körper wird bestenfalls behauptet, daß die beabsichtigte Kapitalverwendung eine Hebung der Steuerkraft der Bevölkerung herbeiführen und der Kapitaldienst auf diese Art indirekt aus dem Ertrag geleistet werde. Das kann aber nicht errechnet, daher auch nicht bewiesen werden und ist nur in den allerseltensten Fällen zutreffend. Der Kapitaldienst für die öffentlichen Schulden wird sohin meist zu einer schweren Belastung der Steuerträger.

Besonders schwer empfindet die Bevölkerung die Belastung durch jene politischen Schulden, deren Aufnahme ganz augenscheinlich keinen Nutzertrag gebracht hat; dies gilt in erster Linie von den Kriegsschulden und noch mehr von den Kriegstributen.

Die Steuerlasten wirken sich in den meisten Fällen als Erhöhung der Produktionskosten aus und führen so entweder zu einem starken Lohndruck oder zu einer starken Arbeitslosigkeit, jedenfalls zur Verarmung der Bevölkerung. Wenn die Erträge der Wirtschaft zurückgehen, wird das Steueraufkommen geringer und somit die Aufbringung der zum Kapitaldienst nötigen Beträge zu einem Problem für den Staatshaushalt, das manchem Finanzminister unlösbar erscheinen kann.

Man hat die Möglichkeit der Zahlung großer internationaler Schulden häufig auch mit der Begründung bestritten, daß die Devisen für die Übertragung der Zahlungen ins Ausland nicht beschafft werden könnten (*Transferproblem*). Das trifft für den Fall zu, daß die Notenbank durch Ausdehnung ihrer Kredite die Aufbringung der Gelder erleichtert. Ohne Unterstützung durch die Notenbank führt die Aufbringung der zur Schuldenzahlung nötigen Beträge zu einer solchen Belastung der Wirtschaftsbetriebe, daß sie zur Verschleuderung ihrer Produkte (Exportsteigerung) und

zum Verzicht auf Einkäufe (Importrückgang) gezwungen sind. Dieser Druck bringt jene Entlastung des Devisenmarktes herbei, die zur Übertragung (zum Transfer) der Schuldzahlung nötig ist. Fraglich ist allerdings, ob die Bevölkerung die schwere Steuerlast tragen kann, ob also die Steuern aufgebracht werden können. (*Aufbringungsproblem*). In den Verhandlungen, die eine Staatsregierung mit den Regierungen der Gläubigerstaaten führt, ist es allerdings auch ganz praktisch, die Unmöglichkeit des Transfers der Schuldzahlungen zu behaupten, weil sonst die Gläubiger, wenn man nur vom Besteuerungsproblem spricht, verlangen, man solle nicht gerade beim Schuldzahlen, sondern lieber bei anderen Staatsausgaben sparen.

Erleichterungen der internationalen Schuldverpflichtungen sind für die Schuldner und für die Bevölkerung des Schuldnerstaates von großem Wert, wenngleich die Bedeutung zuweilen überschätzt wird. Für den Devisenmarkt ist die Erleichterung nur dort gegeben, wo inflationistische Aufbringungsmethoden in Frage kommen. Auf den Produktionsumfang ist die Erleichterung dann von Einfluß, wenn Kostensenkungen damit verbunden sind, also etwa durch den Abbau produktionsbelastender Steuern.

E. PREISSTURZ, GELDMENGE UND SCHULDENLAST

Der Wunsch der Schuldner, von ihren drückenden Schulden entlastet zu werden, wird durch die meistens gläubigerfeindliche und schuldnerfreundliche öffentliche Meinung gefördert. Die alte Vorstellung, daß der Gläubiger der reiche, mächtige Mann mit dem dicken Geldbeutel oder gar der geizige, herzlose Wucherer, der Schuldner dagegen der arme, schutzbedürftige kleine Mann sei, ist zwar bei vernünftigen Leuten nicht mehr aufrechtzuerhalten. Heute muß man wissen, daß es zumeist umgekehrt ist, daß nämlich

die großen Unternehmungen die Schuldner und die kleinen Leute, die sich mühsam ihre paar Groschen zusammengespart haben, die Gläubiger sind. „Schutz der Schwachen“ müßte vernünftigerweise heute *Schutz der Sparer* sein!

Für die Interessen der Schuldner werden aber heute zwei stark betonte Argumente geltend gemacht, die man zu prüfen hat: erstens die Behauptung, daß das Sinken der Preise die Zahlung der Schulden in voller Höhe unmöglich mache und zweitens die Behauptung, daß die heutige Geldmenge zur Zahlung der Schulden nicht ausreiche. Die erste Behauptung hat eher etwas für sich, wenn auch nicht in der Form, wie sie vorgebracht wird.

Man will die Untragbarkeit der Schulden damit beweisen, daß man zeigt, daß der *Schuldendienst infolge des Preissturzes einen viel höheren Hundertsatz der Verkaufserlöse beanspruche als früher*. Das klingt wohl überzeugend, besagt aber noch nichts. Stellen wir uns vor, daß ein Erzeuger für ein Stück oder eine Gewichtseinheit seines Produktes

82 Dollar	für Löhne, Materialien und Unkosten und
8	„ „ den Schuldendienst aufzuwenden und
10	„ als Reingewinn bezogen hätte, solange der Verkaufspreis

100 Dollar betragen hat. Wenn jetzt eine neue Erzeugungsmethode eingeführt wird, durch welche die Betriebskosten stark — sagen wir auf 50 Dollar je Einheit — gesenkt werden, und wenn durch die dadurch verstärkte Konkurrenz der Verkaufspreis auf 66 Dollar zurückgeht, so ist der Schuldendienst wohl von 8% (8 Dollar von 100 Dollar) auf 12% (8 Dollar von 66 Dollar) angewachsen, aber keineswegs unerträglich geworden.

Wo die Preissenkung infolge verbesserter Produktions-

verfahren eingetreten ist oder auch nachträglich durch Verbilligung der Erzeugung ausgeglichen werden konnte, ist die Notwendigkeit eines Schuldennachlasses nicht gegeben. Wenn der Erzeuger an Material- oder Arbeitskosten sparen konnte, ist es noch nicht zwingend geboten, daß er auch am Schuldendienst etwas ersparen müsse.

Wenn die Preissenkung also noch nicht ausschlaggebend ist, so könnte es vielleicht der *Umsatzrückgang* sein. Aber auch hier muß man unterscheiden, ob die Absatzmenge oder der Preis gesunken ist. Wenn bloß der Preisrückgang den Umsatz verringert hat, so ist damit für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners nichts bewiesen. Im obigen Ziffernbeispiel wären die Schulden erst unerträglich geworden, wenn bei der Preissenkung von 100 auf 66 Dollar die Betriebskosten bloß von 82 auf 59 Dollar gesunken wären, wenn sich also die Spanne zwischen Kosten und Erlös so stark verringert hätte, daß sie für den Schuldendienst nicht mehr ausreichte. Dafür ist das Preisniveau im allgemeinen oder der Verkaufserlös im besonderen belanglos, es ist vielmehr die Frage der Verhältnismäßigkeit von Kosten und Erlös und die Frage der Absatzmengen, die hier entscheiden.

Die Höhe der Schulden mit der *Größe des Geldvorrates* zu vergleichen, ist ganz unsinnig. Dennoch werden aus solchen Vergleichen die sonderbarsten Schlußfolgerungen gezogen. Man stellt beispielsweise fest, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika Schulden im Gesamtbetrage von 150 Milliarden Dollars bestehen, während der Umlauf an Noten und Münzen nur 4 oder 5 Milliarden beträgt, und glaubt dann, daß es zu wenig Geld für die vielen Schulden oder zuviel Schulden für die bestehende Geldmenge gebe. Richtig wäre diese Ansicht in einem einzigen Fall: Wenn es nämlich notwendig wäre, alle bestehenden Schulden an einem und demselben Tag zu bezahlen. In Wirklichkeit

sind die Schulden aber nicht auf einmal fällig, sondern allmählich im Lauf der nächsten zwanzig oder dreißig Jahre! Und innerhalb dieser Zeit können natürlich mit einem noch so kleinen Geldvorrat noch so große Beträge bezahlt werden.

Es wäre vielleicht gar nicht notwendig, der Widerlegung dieses kindischen Gedankens noch weitere Worte zu widmen, aber da es angesehene Männer sind, die diesem Mißverständnis verfielen, sei noch eine Verdeutlichung versucht. Die in einem *Zeitpunkt* vorhandene Geldmenge hat gar nichts mit den in einem *Zeitraum* fälligen Zahlungen zu tun. Ein Unternehmen, das wöchentlich 1000 Mark Löhne zu zahlen hat, leistet eine Jahreslohnsumme von 52.000 Mark und innerhalb von 10 Jahren 520.000 Mark. Deshalb genügt es aber doch, wenn es am Freitag vor der Lohnauszahlung nur 1000 Mark in der Kasse hat, und am Montag braucht es vielleicht nicht einen Pfennig vorrätig zu haben. Wenn das Unternehmen nun auch Schulden in ähnlicher Höhe innerhalb vieler Jahre zahlbar hat, so ist es damit nicht anders; es wird Tage, ja Wochen geben, ohne daß der Schuldendienst bei diesem Unternehmen einen Kassenbedarf hervorruft. Schuldensumme und Geldmenge zu vergleichen, ist sinnlos.

SIEBENTES KAPITEL

INNENKOLONISATION UND NATURAL- WIRTSCHAFT

Die Urbarmachung und Besiedlung brachliegenden Landes nennt man *Kolonisation* oder *Siedlung*. In früheren Zeiten hat man solche Bestrebungen hauptsächlich auf die unausgenützten und unbewohnten Böden fremder Länder gerichtet. Heute steht die *Innenkolonisation* im Mittelpunkt des Interesses, also die intensivere Ausnutzung des Bodens im Inlande.

Die Landwirtschaft intensiver pflegen heißt mehr menschliche Arbeitskraft und mehr Kapital auf eine Flächeneinheit aufwenden, um einen höheren Naturalertrag zu erzielen. Wer die Bestrebungen nach intensiverer Bodenbearbeitung beurteilen will, muß vorerst fragen, warum denn die vorhandenen Böden nur in dem gegebenen Ausmaß und nicht intensiver bebaut werden. Darauf erhält man zwei Antworten: die *Eigentumsverhältnisse* und die *Rentabilitätsverhältnisse* verhindern es, daß mehr Menschen mit der Bebauung des Bodens beschäftigt sind.

Wenn es einträglich ist, einen Boden unter den Pflug zu nehmen, wird es im allgemeinen geschehen, gleichgültig wem der Boden gehört. Andererseits wird sich kaum jemand finden, der auf die Ausnutzung seines Bodens Kosten aufwendet, wenn er keine Aussicht hat, die Kosten hereinzubringen. Mithin können die Eigentumsverhältnisse nur insofern für die Intensität der Agrarwirtschaft von Bedeutung sein, als etwa die Rentabilität eines bestimmten Bodens je nach der Person des Eigentümers veränderlich

wäre. Von dieser Erkenntnis gehen die Diskussionen über die Leistungsfähigkeit von Großbetrieb und Kleinbetrieb aus. Die ganzen theoretischen Streitereien über diese Frage sind müßig, denn wenn der Großbetrieb rentabler ist, werden die kleinen Bauerngüter „geschlachtet“ und aufgekauft, und wenn die Kleinbetriebe rentabler sind, werden die Großbetriebe zerfallen oder zumindest in kleinen Betriebseinheiten geführt werden. Es gibt aber offenbar doch gewisse Momente, durch die dem Kleinbetrieb Lebensmöglichkeiten geschaffen werden, die ohne eine „Siedlungspolitik“ nicht gegeben sind.

Die *Motive der Siedlungsbewegung* sind bevölkerungspolitischer, handelspolitischer, wirtschafts- und sozialpolitischer Natur. Demgemäß muß auch eine Prüfung der erreichbaren Ergebnisse der Innenkolonisation von den verschiedenen ihr zugrunde liegenden Ideen aus erfolgen.

A. REAGRARISIERUNG DER INDUSTRIELÄNDER

Die Industrialisierung vieler Länder hatte die sogenannte „*Landflucht*“ mit sich gebracht. Landarbeiter und Bauernsöhne hatten, von den besseren Verdienstmöglichkeiten in der Industrie angelockt, den Gutshöfen den Rücken gekehrt und waren in die Städte und Industriepplätze gezogen. Diese Bewegung wurde von mancher Seite nur ungerne gesehen. Man findet das Landleben gesünder als das Leben in der Stadt, man glaubt, daß Landbewohner heimattrauer und wehrhafter sind als Stadtbewohner, man denkt, daß Sitte und Zucht auf dem Lande höher stehen als in der Stadt. Und von diesen bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten aus begrüßt man die Siedlungsbewegung, die viele Menschen aus der Stadt wieder zur Scholle zurückführen soll.

Ob es richtig ist, daß der Landmann gesünder und mora-

lischer ist als der Städter, ist ebenso strittig, wie die Möglichkeit, den Städter wieder zum erfolgreichen Landmann zu machen. Allgemeine Behauptungen darüber dürften kaum zulässig sein. Ein Vergleich der gesundheitlichen Verhältnisse fällt aber im Zeitalter der Hygiene und des Sports sicherlich nicht mehr zu ungunsten der Städter aus. Auch wird wohl niemand behaupten wollen, daß beispielsweise das industrialisierte Volk von England ungesund oder unpatriotisch oder sittenlos sei. So sind wir also nicht in der Lage, die *bevölkerungspolitischen* Motive der Reagrarisierung, der Zurückführung der Industriearbeiter in die Landwirtschaft, als unbedingt stichhaltig anzuerkennen.

Wenn von vielen Begründungen, die für eine bestimmte Politik angeführt werden, sich einige als verfehlt erweisen, so ist damit noch nichts gegen diese Politik gesagt, denn es können ja andere Gründe dafür sprechen. Die *handelspolitischen* Überlegungen, mit denen die Forderung nach Reagrarisierung gestützt werden soll, sind aber jedenfalls nicht haltbar. Eine dieser Überlegungen sagt: „Wir führen viel Agrarprodukte aus dem Auslande ein; wenn wir durch intensivere landwirtschaftliche Erzeugung, insbesondere durch die Erzeugnisse der Siedler, den Einfuhrbedarf verringern, verbessert sich die Handelsbilanz.“ Daß dies nicht richtig ist, daß vielmehr durch den Verzicht auf die Einfuhr von Agrarprodukten die Ausfuhr von Industrieprodukten geringer werden muß und die Handelsbilanz dadurch per Saldo nicht geändert wird, werden wir erst im nächsten Kapitel (— über die Selbstversorgung —) zeigen.

Eine andere Überlegung führt an: „Wir beziehen einen großen Teil unserer Nahrungsstoffe aus dem Ausland und lassen unsere Agrarproduktion verkümmern; wenn eines Tages die Länder, die uns heute beliefern, auch industriali-

siert sein und entweder ihre eigenen landwirtschaftlichen Produkte selbst benötigen oder unsere industriellen Erzeugnisse, mit denen wir die eingeführten Agrarprodukte bezahlen, nicht mehr benötigen werden, dann werden wir ohne Bodenprodukte dastehen und es bitter zu bereuen haben, daß wir unsere Landwirtschaft vernachlässigten. Wenn wir uns beizeiten zur Reagrarisierung entschließen, entgehen wir dieser Gefahr.“ Es ist sonderbar, daß solche Warnungsrufe schon in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts erhoben wurden, um einen stärkeren Agrarschutz durchzusetzen. Der prophezeite Mangel an Bodenprodukten ist aber nicht eingetroffen, sondern das Gegenteil davon, nämlich ein gewaltiges *Überangebot* unter stärkstem Sinken der Weltmarktpreise. Wir haben keinen Anlaß, die heutigen Ankündigungen des Mangels an Agrarerzeugnissen ernster zu nehmen, ja man sieht die Agrarstaaten in vergeblichem Kampf gegen die Überproduktion und — wo Einschränkungen der Erzeugung zeitweise gelingen — in steter Bereitschaft, die Produkte des ergiebigen Bodens in reichlichstem Maße der Weltnachfrage wieder zur Verfügung zu stellen.

Aber selbst wenn sich die Voraussage des absoluten oder relativen Mangels an Nahrungstoffen einmal erfüllen würde, so wäre die wirtschaftliche Auswirkung eine ganz andere als manche glauben. Mangel an einer Ware kommt im Steigen ihres Preises zum Ausdruck. Wenn die Preise der ausländischen Bodenprodukte steigen, so wird ihre Erzeugung im Inland immer einträglicher und die heimische Landwirtschaft wird wieder vorrücken. Weil man also die schwache Möglichkeit annimmt, daß im Laufe einiger Jahrzehnte die Preise der Agrarerzeugnisse steigen werden, schlägt man vor, diese Preise durch künstliche Aktionen schon heute steigen zu lassen und die Intensivierung der

Landwirtschaft schon heute mit kostspieligen Mitteln zu betreiben, obwohl die Umstände es noch gar nicht erfordern. Weder die Industrialisierung der Agrarländer, noch die Verknappung der Nahrungsstoffe und ihre dementsprechende Preissteigerung könnten jemals von heute auf morgen vor sich gehen, sondern es wäre dies, wenn es überhaupt dazu kommen sollte, eine allmähliche, sich auf mehrere Jahre erstreckende Entwicklung: je teurer die ausländischen Agrarstoffe werden, um so intensiver würde unter Rückentwicklung der Industrie die inländische Agrarproduktion betrieben werden. Heute bietet die Welt soviel billige Bodenprodukte an, daß es keinen Sinn hat, einer Zukunftsprophezeiung wegen gerade diese Güter intensiver und kostspieliger zu erzeugen, die infolge der Überproduktion soviel an Wert eingebüßt haben. Aus Angst vor späterer Teuerung sollten wir schon heute zu teurerer Erzeugung übergehen? Wer wird sich aus Angst, im hohen Alter einmal mager zu werden und dann einen engeren Anzug zu benötigen, heute mager hungern, um sich schon jetzt den engeren Anzug anschaffen zu können?

Wenn an dieser Stelle den handelspolitischen Begründungen der Siedlungsbewegung jede Berechtigung abgesprochen werden muß, so geschieht dies unter ausdrücklichem Hinweis auf die Beweisführung im nächsten Abschnitt. Dort wird insbesondere gezeigt werden, daß es keine Möglichkeit gibt, auf die Einfuhr irgendwelcher Waren zu verzichten, ohne daß innerhalb kürzester Frist Produkte der für den Export arbeitenden Industrie- und Erwerbszweige ihren Absatz im Ausland verlieren. Intensivere Agrarproduktion ist demnach mit Absatzrückgang und Arbeitslosigkeit in den Exportindustrien zu bezahlen.

B. SIEDLUNG ALS ARBEITSBESCHAFFUNG

Die stärksten Triebkräfte für die Siedlungsbewegung liegen sicherlich in der scheinbaren Unlösbarkeit des Problems der *Dauerarbeitslosigkeit in der Industrie*. Wenn man vor der Unmöglichkeit zu stehen scheint, für das Heer der Beschäftigungslosen Arbeitsplätze in der Industrie zu finden, dann drängt sich unabweisbar der Wunsch auf, den untätigen Armen Arbeit zu schaffen, indem man ihnen ein Stück Boden zur Bearbeitung zuweist. Damit ist aber offenbar noch nichts getan, denn Boden und Arbeit reichen nicht aus, um die Menschen zu erhalten. Der Boden wird nicht genügend tragen, wenn er von unbewehrter Hand bearbeitet werden soll: Ackergeräte, Pflug, Sense — ohne diese Werkzeuge wird es nicht gehen. Aber auch Saatgut und Dünger sind vonnöten. Und noch mehr Kapital erfordert das Häuschen, denn ohne Dach über dem Kopf mag der Mensch unserer Gegenden und unseres Jahrhunderts nicht siedeln. Es genügt also nicht, den Siedler mit Grund und Boden auszustatten, sondern auch eine nicht unbeträchtliche Kapitalausrüstung gehört dazu; und wenn man den Boden hat, so hat man noch nicht das Kapital.

Es gibt Leute, denen die Notwendigkeit, die Baulichkeiten und die Werkzeuge für die Siedler zu schaffen, anstatt Sorge Freude bereitet, weil für die Herstellung der Gebäude und Geräte wiederum Arbeitskräfte nötig sind, und demnach nicht bloß für die Siedler, sondern auch für das Baugewerbe und die Industrie Arbeit beschafft wird. Als ob es uns an Ideen und Phantasien fehlen würde, um bauen und schaffen zu lassen, oder an Wünschen und Begehren, um erzeugen und heranschaffen zu lassen! Fehlt es uns doch in Wahrheit an der Kapitalkraft, um uns all die angenehmen und nützlichen Dinge leisten zu können,

mangelt es doch an Kapital, also an Ersparnissen, aus denen wir die Arbeiter zur Herstellung der Gebäude und Geräte und Hilfsstoffe bezahlen könnten. Die Kapitalbeschaffung ist ein Grundproblem der Siedlungsbewegung.

Man bezeichnet die für Zwecke der Innenkolonisation bestimmten Investitionen in der Regel als produktiv. Die wirtschaftliche Produktivität einer Kapitalverwendung wird bloß daran erkannt, daß die Verzinsung und Amortisation (Rückzahlung) des Kapitals gesichert erscheint. Wo weder die Verzinsung noch die Wiederkehr des Kapitals, also die Möglichkeit, aus dem Ertrag Rückzahlungen zu leisten oder Rücklagen zu machen, gegeben ist, spricht man üblicherweise von *Fehlinvestitionen* oder Kapitalaufzehrung. Ob es dem Siedler möglich ist, die von ihm und für ihn investierten Kapitalbeträge zu amortisieren, muß mit Vorsicht beurteilt werden. Da heutzutage die Landwirte selbst bei geringer Schuldenlast keine leichte Existenz haben, müssen die Zweifel an den Möglichkeiten der Leistung des Kapitaldienstes seitens der Siedler ziemlich ernst sein, und starke Bedenken müssen dagegen geäußert werden, große, mühsam ersparte und aufgebrauchte Kapitalbeträge auf Nimmerwiedersehen aufzuwenden.

Gewiß werden durch die 3000 oder 5000 Mark, die für eine Siedlerfamilie investiert werden sollen, Arbeiter — am Bau und in der Industrie — beschäftigt. Aber die gleichen 3000 und 5000 Mark setzen ja Arbeiter in Tätigkeit, wie immer sie ausgegeben werden. Sie schaffen keine *neue* Arbeit, sie bedeuten jedenfalls Arbeitsnachfrage, gleichgültig ob sie für Straßenbau oder Maschinenbau oder Siedlungshäuserbau oder für irgendwelche Produktionen aufgewendet werden. Der Unterschied ist bloß der, daß sie in manchen Verwendungen einen solchen Ertrag bringen, daß alljährlich ein Teil des investierten Betrages wiederum

als anlagefähiges, arbeitschaffendes Kapital zur Verfügung steht, während dies bei anderen Verwendungen, zum Beispiel beim Siedlungskapital, zumindest zweifelhaft ist. So ist die für Siedlungszwecke gewidmete Kapitalaufwendung *keine zusätzliche Arbeitsbeschaffung*, sondern bloß die Verschiebung bestehender Beschäftigungsmöglichkeiten in eine andere Richtung, vielleicht sogar von einer wiederkehrenden in eine einmalige Beschäftigungsmöglichkeit.

Von den Investitionsarbeiten abgesehen ist *für den Siedler selbst* doch eine hoffentlich *dauernde Existenzmöglichkeit* geschaffen. Hier aber erhebt sich wieder die Frage, ob unter Aufwand so großer Kosten nicht viel bessere Lebensmöglichkeiten in anderen Erzeugungszweigen zu erschließen wären. Der Arbeitsertrag eines Siedlers — hier ist nicht von Stadtrandsiedlungen, sondern von voller Kolonisation die Rede — ist in der Regel bedeutend niedriger als der Lohn eines schlecht bezahlten Industriearbeiters. Einen solchen Arbeitsertrag kann man ihm — wenn er damit zufrieden ist — ohne neuen Kapitalaufwand in der Industrie sicherstellen. Er wird sich die Naturalgüter, die er sich als Siedler erarbeiten könnte, indirekt als Industriearbeiter reichlicher oder unter geringerer Mühe gewinnen können. Das Produkt seiner industriellen Tätigkeit würde im Austausch mit ausländischen Erzeugern eine größere Menge natürlicher Güter hereinbringen. Hier stehen wir allerdings vor dem psychologisch-politischen Problem der Verschiedenheit der Ansprüche eines Menschen als selbständiger Landarbeiter und als industrieller Lohnarbeiter. Darüber muß nun gesprochen werden.

C. NATURALTAUSCH ANSTATT GELDWIRTSCHAFT

Der Arbeitnehmer ist gewöhnlich über die Arbeitszeit, die er dem Arbeitgeber leistet, und über den Lohn oder

Gehalt, den er dafür bekommt, genau im Bild. Er sagt zumeist von sich, daß er „für andere“ arbeite, im Gegensatz zu den in selbständigen Berufen Tätigen, die „für sich“ arbeiten. Diese selbständigen Arbeiter sind sich nicht so genau über ihren wirklichen Arbeitsertrag im klaren, da sie wohl ihr Einkommen, weniger aber die geleistete Arbeitszeit im Auge haben. Sie legen sich über den Arbeitsertrag noch weniger Rechenschaft ab, wenn sie ihn nicht in Geld verwandeln, sondern unmittelbar in Naturalien beziehen; der Landmann, der Milch und Butter, Eier und Fleisch, Kornbrot und Obst für eigenen Bedarf erzeugt, wird kaum versuchen, den Geldeswert dieser Güter zu ermitteln und mittels Division durch die Zahl seiner Arbeitsstunden den Geldertrag pro Arbeitsstunde festzustellen.

Bei ganz nüchternem Nachdenken sollte es eigentlich ganz gleichgültig sein, ob der Mensch seinen Unterhalt findet, indem er das Produkt seiner Arbeitsstunden oder die Arbeitsstunden selbst verwertet; dennoch meint er bei *Verwertung der Arbeitsstunden* „für andere“, bei *Verwertung des Arbeitsproduktes* „für sich“ zu arbeiten. Ebenso gleichgültig sollte es sein, ob er die Güter für seinen persönlichen Bedarf unmittelbar in natura oder durch Vermittlung des Geldes erhält; dennoch liegt auch hier bei der Geisteshaltung der meisten Menschen eine verschiedene Beurteilung vor.

Auf diesen psychologischen Besonderheiten, die zum Teil das *Ergebnis politischer Werbearbeit* sind, beruht die Durchführbarkeit und Anziehungskraft vieler wirtschaftspolitischer Programme. Was bei nüchterner Berechnung durchaus unvernünftig erschiene, gewinnt, durch die psychopolitische Brille gesehen, seine Bedeutung. Und hier liegt auch die Rechtfertigung und Motivierung für die Siedlungsbewegung.

Niemand leugnet, daß es harter Arbeit bedarf, dem Stückchen Siedlungsland genügend Früchte abzurufen, um den Lebensunterhalt des Siedlers und seiner Familie zu decken. Weder die Arbeitszeit des Siedlers noch ein seinem Arbeitsertrag entsprechender Geldlohn würde mit den sozialpolitischen Ansichten, Forderungen und Vorschriften über die Arbeitsbedingungen in der Industrie vereinbar sein. Würde man in der Industrie kein wesentlich günstigeres Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt ausbedingen, als es für die Siedler erreichbar wäre, so wäre das Problem der industriellen Dauerarbeitslosigkeit zweifellos gelöst. (Siehe darüber Abschnitt V./C.) Es gibt keine andere Grenze für die Nachfrage nach Arbeitskraft als den Preis, der für sie gefordert wird. Solange die Arbeiter nicht mehr als das Produkt ihrer Arbeit oder die dafür im Tausch erlangbaren Güter beanspruchen, solange gibt es Arbeitsplätze. Die *Innenkolonisation bietet solche Arbeitsgelegenheiten, weil der Siedler zwangsläufig auf das Produkt seiner Arbeit beschränkt ist und er sich nicht mehr als dieses ausbedingen kann.* Bei ähnlich bescheidenen Ansprüchen wären aber auch die Arbeitsgelegenheiten in der Industrie vorhanden, ja man muß annehmen, daß das Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsertrag, bei welchem die Einstellung der Siedlungswerber in die Industrie möglich wäre, noch beträchtlich günstiger ist als bei der Siedlungsarbeit. Es ist nun die Frage, ob die *psychischen Vorteile der schweren Berechenbarkeit und der selbständigen Gewinnung des Arbeitsertrages* ein Ersatz für seine Geringfügigkeit sind. Wer von den psychologischen und politischen Gesichtspunkten absieht und nur den materiellen Versorgungsstand vergleicht, zieht die industrielle Arbeit zu stark gesenkten Lohnsätzen immer noch der noch weniger einträglichen Siedlungsarbeit vor.

Ganz in derselben Ebene liegen die vielen Vorschläge, die darauf abzielen, vom Geldtauschverkehr auf den *Naturaltauschverkehr* überzugehen. Es haben sich beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Amerika in manchen Orten die Arbeitslosen verschiedener Berufe zu Tauschgesellschaften zusammengeschlossen, in denen sie für die Erzeugnisse ihrer Arbeit durch wechselseitigen Tausch Verwertung finden. Darin glaubten manche Zeitungsgelehrte einen Beweis für das Versagen des Geldsystems oder für das Versagen der Wirtschaftsordnung zu sehen. In Wahrheit liegt der Verwertbarkeit der Arbeit dieser bisher arbeitslosen Mitglieder der Tauschgesellschaft nichts anderes zugrunde als eine Herabsetzung ihrer Ansprüche gegenüber den üblichen Lohnansprüchen. *Mit dem Übergang zum Naturaltausch war unbemerkt eine Lohnsenkung verbunden*, die eben nicht in Geld nachgerechnet wurde.

Die Beurteilung der naturalwirtschaftlichen Produktionsorganisation und der Innenkolonisation in Industrieländern wird also davon abhängig sein, ob man sich auf die Dauer von Vernunftgründen oder von Gefühlsmomenten mehr Erfolg verspricht.

D. STADTRANDSIEDLUNG ALS SOZIALE BEIHILFE.

Während die Innenkolonisation oft mit dem Anspruch gefordert wird, eine Lösung des Arbeitslosenproblems zu bieten, steckt sich die *Stadtrandsiedlungsbewegung* wesentlich bescheidenere Ziele. Man anerkennt, daß die Siedlung auf dem Lande viel Kapital erfordert, ohne den auskömmlichen Unterhalt der Siedler zu gewährleisten, und empfiehlt daher nur die Siedlung an den Rändern der Städt. Diese Randsiedlung soll es dem Manne gestatten, seine Tätigkeit zwischen Industriearbeit und Gartenarbeit und Kleinviehzucht zu teilen. Der Industriearbeiter soll nach der acht-

stündigen oder womöglich sechsstündigen Fabriksarbeit an der Stadtgrenze gesunde Gartenarbeit leisten können, die ihm durch ihren Ertrag eine wünschenswerte Verbesserung seines Lebensstandards ermöglichen soll.

Dieser durchaus schöne Gedanke ist leider wegen des erforderlichen Kapitalaufwands nicht in dem Maße durchführbar, wie man es wünschen würde. Denn in einer Zeit, da es am Notwendigsten fehlt und für die Erfüllung der allerdringendsten sozialen Aufgaben die Mittel nicht aufzubringen sind, hat die Aktion zur Schaffung von Stadtrandsiedlungen als soziale Beihilfe naturgemäß etwas zurückzustehen.

ACHTES KAPITEL

AUTARKISIERUNG

Die Menschen der Kulturgebiete unserer Erde beschaffen sich die Dinge ihres Bedarfs in einem System der *Arbeitsteilung*. Es erzeugt nicht jeder einzelne alle Güter für den eigenen Bedarf, sondern es beschränkt sich jeder auf die Herstellung oder Erbringung bestimmter Güter oder Leistungen, die er dann gegen die Ergebnisse der Arbeit anderer austauscht. Durch diese Arbeitsteilung und Spezialisierung wird der Produktionserfolg der Gesamtheit gewaltig vergrößert, und zwar um so mehr vergrößert, je mehr Menschen und je verschiedenartigere Menschen an der Arbeitsteilung teilnehmen. Die enorme Wohlfahrtssteigerung der Völker bei gleichzeitiger Bevölkerungsvermehrung in den letzten hundert Jahren war der Ausbreitung der Arbeitsteilung auf Menschen verschiedenster Gebiete und verschiedenster Kulturen zu verdanken: der Entwicklung der Weltwirtschaft.

Die Entwicklung von der primitiven Lebensfristung alter Zeiten zur besseren Bedürfnisbefriedigung des Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts war in allererster Linie der Zunahme der internationalen Austauschbeziehungen zuzuschreiben. Eine Rückkehr zur Selbstgenügsamkeit, Autarkie, also ein Verzicht auf den Tauschverkehr mit den anderen Völkern, würde nicht mehr als den Verzicht auf die Wohlfahrtszunahme der letzten hundert Jahre bedeuten, *wenn* heute auf dem gleichen Raume nicht mehr Menschen

lebten als damals. Da die Fortschritte der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung aber eine so starke Bevölkerungsvermehrung ermöglicht haben (Deutschland 1856: 36 Millionen Menschen, 1930: 65 Millionen Menschen), würde die Zurückschraubung unserer Bedürfnisbefriedigung auf den vor einem ganzen Jahrhundert üblichen Stand nicht ausreichen; es müßte vielmehr die vollständige Autarkie auch zur Existenzvernichtung vieler Millionen Menschen führen. Nichtsdestoweniger ist die Werbekraft des Schlagwortes „Autarkie“ so groß, daß man sich damit befassen muß.

A. SELBSTGENÜGSAMKEIT ALS IDEAL

Genügsamkeit gilt als menschliche Tugend; der Klang des Wortes verführt leicht dazu, Selbstgenügsamkeit als Tugend eines Volks erscheinen zu lassen. Warum aber der Austausch von Chemikalien gegen Kaffee oder von Kohle gegen Öl eine Untugend sein sollte, ist nicht verständlich. Wie immer man aber das Ideal einer autarken Volkswirtschaft begründen will, so ist jedenfalls zu fragen, was uns die Verwirklichung dieses Ideals kosten würde.

Was kostet uns die Autarkie? Überlegen wir einmal, welche Rolle ausländische Produkte für unsere Lebensgewohnheiten spielen. Wir erwachen morgens durch das Läuten einer Weckeruhr, die aus ausländischen Metallen hergestellt wurde, waschen uns mit einer Seife, die ausländische Fettstoffe enthält, schlüpfen in ein Hemd aus amerikanischer Baumwolle, bekleiden uns mit einem Anzug aus australischer Wolle, und setzen uns zum Frühstück, das aus brasilianischem Kaffee oder indischem Tee besteht. Den Weg zum Arbeitsplatz legen manche von uns mit einem Autobus zurück, dessen Metallbestandteile zum großen Teil ausländischer Herkunft sind und dessen Räder

mit Gummi bereift sind, der aus Niederländisch-Indien stammt. Das Fahrzeug wird mit amerikanischem Öl geschmiert und sein Motor vielleicht mit mexikanischem Benzin getrieben. Daß wir zum Mittagessen so manchen Bissen, der ein Produkt des Auslands ist, verzehren, ist bekannt. Nicht wenige von uns rauchen nachher gerne Tabak, der in den Balkanstaaten gewachsen ist, oder essen in Form von Schokolade das Produkt der westafrikanischen Kakaopflanzungen oder in den vitaminhaltigen Obstsorten das Erzeugnis südländischer Obstkulturen. Fast jede Arbeit, die wir verrichten, steht in irgendeinem Zusammenhang mit ausländischen Wirtschaften, sei es, daß wir irgendein ausländisches Hilfsmittel dazu heranziehen oder umgekehrt das Ergebnis unserer Tätigkeit dem Ausland zum Austausch für andere Dinge zukommen lassen. Und wenn wir abends elektrisches Licht andrehen können, so hat mit den Leitungsdrähten und dem Material für die Elektromotoren die Kupfererzeugung Amerikas ihren Anteil dazu beige-steuert. Wer dann noch ein gutes Bett sein eigen nennt, wird auf russisches Roßhaar ebensowenig böse sein wie auf die ungarischen Bettfedern, ganz abgesehen von den Decken aus afrikanischem Kamelhaar oder asiatischer Schafwolle und von dem Bettzeug aus in Britisch-Indien gewachsenem Leinen. So können wir ruhig behaupten, daß es unter den 70 Millionen Deutschen und Österreichern keinen einzigen gibt, der nicht 24 Stunden im Tag in engster Verbindung mit den Produkten ausländischer Arbeit ist. (Die Darstellung der engen weltwirtschaftlichen Verflechtung ist dem ausgezeichneten Buch „Weltwirtschaft und Außenhandelspolitik“ von Professor W. Röpke nachgebildet.)

Es ist sicher möglich, unter den vielen Genüssen, die auf ausländische Erzeugnisse zurückgehen, eine Anzahl als

„entbehrlich“ zu bezeichnen. Die Bananen, Schokoladen und Zigarren werden einer solchen strengen Musterung gewiß nicht standhalten. Gibt es aber einen vernünftigen Grund, auf diese „Luxusgenüsse“ zu verzichten? Bringt es uns irgendeinen Vorteil, wenn wir auf all das verzichten, was andere (mit anderem Geschmack) als entbehrlich betrachten? Wenn man die „Abhängigkeit vom Ausland“ aus nationalen und militärischen Gründen bedauert, so dürfte man gerade bezüglich der *entbehrlichen* Einfuhr nichts unternehmen, denn abhängig muß man sich schlimmstenfalls nur hinsichtlich der unentbehrlichen Einfuhr fühlen, während bei der Luxuseinfuhr eher von einer Abhängigkeit der Lieferantenländer zu sprechen ist. Eine Abhängigkeit für das Importland liegt höchstens indirekt insofern vor, als nämlich von der Aufrechtbelassung des Imports meistens auch die Aufrechterhaltung des Exports abhängt. Aber das hat an dieser Stelle nichts zu bedeuten, da ja Autarkie nicht nur Verzicht auf jede Einfuhr, sondern Verzicht auf jeden Warenverkehr mit dem Ausland bedeutet und man bewußt den Export aufgeben und sich auf den inneren Markt beschränken will.

Fast die Hälfte der industriellen Produktion und fast ein Drittel der Gesamtproduktion Deutschlands war in den letzten Jahren für den Export bestimmt. Das Massenelend und die Verluste, die verursacht würden, wenn man versuchen wollte, die Exporterzeugung mit den 12—14 Millionen davon lebenden Menschen auf irgendeine andere Erzeugung für den Inlandmarkt umzustellen, wären gewaltiger und erschütternder als jene Umstellungsprozesse, die man so oft dem technischen Fortschritt oder dem Fortschritt der internationalen Arbeitsteilung vorwirft. Dabei führen die letzterwähnten Umstellungen zu einer Besserstellung der Bevölkerung, während die Umstellung vom

internationalen Austausch zum Binnenmarkt zu einer ärmeren Versorgung der Bevölkerung führen muß.

Vollständige Autarkie brächte Deutschland oder Mitteleuropa nicht bloß zu einer Verelendung, an der gemessen der Standard eines ausgesteuerten Arbeitslosen noch als beneidenswertes Luxusleben erscheinen würde, sondern sie wäre nur unter der Voraussetzung eines Massensterbens überhaupt durchführbar. Vollautarkie wird daher heute gar nicht mehr gefordert, sondern bloß Teilautarkie, also möglichst weitgehende Autarkisierung oder autarke Großraumwirtschaft durch Angliederung Südosteuropas an Mitteleuropa. Je größere Wirtschaftsgebiete miteinander in freiem Güteraustausch — ohne Zollschranken — stehen, um so besser. Ein Ersatz für den weltwirtschaftlichen Austausch ist aber damit nicht gegeben, da es ja gerade der Tauschverkehr mit Gebieten möglichst unterschiedlicher Beschaffenheit des Bodens und des Klimas, der Menschen und der Kulturen ist, der die großen Vorteile für die Wohlfahrt der Bevölkerung bringt.

Gegen die teilweise Autarkisierung, also die Verringerung des zwischenstaatlichen Austausches sprechen die gleichen Erwägungen wie gegen die Vollautarkie. Jede Rückbildung der Arbeitsteilung führt zu schlechterer Versorgung der Menschen. Wenn eine Güterart bisher aus dem Auslande bezogen wurde, so konnte es nur den Grund haben, daß dieser Artikel im Inland nicht in der gleichen Güte oder nicht so billig erzeugt werden konnte. Die Einstellung der Einfuhr und Aufnahme der Inlanderzeugung bedeutet daher schlechtere oder teurere Herstellung der betreffenden Ware. Es ist dies in jedem Fall ein Opfer für die Gesamtheit. Die Produktion zu höheren Kosten weist darauf hin, daß mit den gleichen Mitteln auch in der heimischen Güterbeschaffung auf andere Weise ein größerer

Nutzen gestiftet werden könnte, als es der Fall ist, wenn unter dem Zwang des staatlichen Eingriffs ein Gut hergestellt wird, für dessen Erzeugung im Ausland günstigere Standorte liegen.

B. AUTARKIE ALS SCHICKSAL

Da der Nachweis, daß die Versorgung der Bevölkerung durch eine Autarkisierung gebessert werden könne, nicht erbracht, der Nachweis der schlechteren, ärmlicheren Versorgung bei Autarkisierung dagegen sehr leicht erbracht werden kann, ist man heute schon davon abgekommen, die Autarkie als wirtschaftliches Ideal zu preisen. Dagegen wird vielfach behauptet, daß die Autarkie oder die Autarkisierung als unser Schicksal zu betrachten ist, dem wir nicht entgehen und dem wir uns auch nicht entgegenstemmen dürfen. Da die Autarkisierung in der Richtung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung liege, wäre es eine verfehlte Politik, durch einen Widerstand gegen diese Entwicklung die Umstellung der nationalen Produktion auf den Inlandmarkt zu verlangsamen anstatt zu beschleunigen. Die Autarkie, als unser Schicksal erkannt, müsse daher auch das Ziel einer entwicklungsgemäßen Politik sein.

Diese Schlußfolgerung ist nicht zwingend. Selbst wenn, was man bestreiten muß, die geschichtliche Entwicklung auf die Autarkie zusteuerte, ist damit noch nicht gesagt, daß man den Widerstand dagegen aufgeben müßte. Wenn es den Menschen bei autarker Wirtschaft schlechter geht, so können sie bei richtiger Erkenntnis dieser Tatsache gegen den Kurs der Geschichte kämpfen. Man kann auch gegen sein Schicksal ankämpfen; ja gerade darin erweist der Mensch seine Stärke, daß er sich nicht stumpf in sein Schicksal fügt.

Woher weiß man aber überhaupt, daß uns die Autarkisierung von der Vorsehung bestimmt wurde? Es ist ein alter Streit in der Wissenschaft, ob Entwicklungen mit wissenschaftlichem Ernst vorausgesagt werden können. Man kennt vielleicht die Entwicklung bis zur Gegenwart. Alles was über die Zukunft ausgesagt wird, ist vage, ist unbestimmt. Die Unbestimmtheit ist aber besonders arg, wo sich die Vorhersage auf menschliches Handeln bezieht.

Der Welthandel ist vom Jahre 1929 bis 1932 dem Werte nach um 60% zurückgegangen und auch der Menge nach muß man einen erheblichen Rückgang feststellen. Der Rückgang ist aus folgenden Ziffern zu ersehen:

Jahr	Mengen-Index des Welthandels		
1929	100		
1930	93	Rückgang	7%
1931	85	„	9%
1932	75	„	12%

Darf man daraus schließen, daß sich der Rückgang des Welthandels immer fortsetzen, ja beschleunigt fortsetzen müsse? Wenn wir von unserem Thermometer eines Tages im Sommer eine Temperatur von 20° C ablesen und am folgenden Tag eine Temperatur von 24° C, wenn am nächsten Tag 30° Hitze und Tags darauf schon 45° Hitze herrscht, dürfen wir dann eine Entwicklung der Temperatur bis zum Siedepunkt als vorherbestimmt annehmen? Ganz gewiß nicht. Schon im nächsten Augenblick kann eine Änderung der Richtung eintreten. Nun ist aber der Schluß von der Vergangenheit auf die Zukunft noch weniger berechtigt, wenn es sich um Dinge handelt, die der Mensch selbst beeinflusst. Der Rückgang des Welthandels ist ja nicht das Ergebnis von geheimnisvoll, vom menschlichen Willen unabhängig wirkenden Kräften, sondern das Ergebnis einer bewußt be-

triebenen Politik. Weil man eine Politik der Drosselung des Welthandels begonnen hat, sollte man diese Drosselung als unentrinnbare, schicksalsmäßige Entwicklung betrachten müssen? Der Welthandel „sinkt“ nicht unabhängig von unserem Willen, sondern er „wird gesenkt“, und zwar durch eine mehr oder weniger zielbewußte Handelspolitik. Muß man eine Entwicklung, die man bewußt eingeleitet hat, unbedingt fortsetzen und darf man dies damit begründen, daß man sich der Entwicklung nicht in den Weg stellen sollte? Wenn Autarkie unser Schicksal wäre, dann wäre unser eigener Wille unser Schicksal.

Autarkisierung und Drosselung des Welthandels sind ein und dasselbe. Nun wird ein Land auch gegen seinen Willen zur Autarkisierung verurteilt, wenn die anderen Länder den internationalen Handel beschränken. Die Politik der anderen Staaten kann aber gewiß nicht als „Schicksal“ der betroffenen Länder betrachtet werden und am wenigsten als ein Schicksal, in das sie sich finden müssen. Sich selbst zu „autarkisieren“ ist keine Politik, die der Absperrungspolitik der anderen Länder Einhalt gebietet. Es handelt sich also bloß darum, daß die Völker erkennen, daß ihre Versorgung schlechter anstatt besser wird; haben die Völker dies einmal erkannt, dann ist es mit der Autarkie als unentrinnbarem Schicksal vorbei.

C. AUSGLEICHUNG EINZELNER HANDELSBILANZEN

Die meisten Maßnahmen, mit denen die Staaten den internationalen Handelsverkehr drosseln, werden nicht mit dem allgemeinen Streben nach Selbstversorgung begründet, sondern als Mittel zur Beeinflussung der Handelsbilanz. Die Handelsbilanz ist die statistische Gegenüberstellung der sichtbar aus einem Lande ausgeführten und der in dieses Land eingeführten Waren. Einfuhr und Ausfuhr werden

sowohl der Menge nach (Gewicht, Stück usw.) wie dem Werte nach verglichen. Wenn der Wert der importierten Waren den der exportierten Waren übersteigt, spricht man von einer passiven Handelsbilanz, im umgekehrten Fall von einer aktiven Handelsbilanz. Ausgeglichen nennt man die Handelsbilanz, wenn Einfuhr und Ausfuhr gleich hoch sind. Man kann den Warenverkehr zwischen dem Inland und einem *bestimmten* anderen Land betrachten (z. B. die Handelsbilanz mit Polen oder Ungarn usw.) oder den Warenverkehr mit dem *gesamten* Ausland.

Zuweilen gibt es großen Ärger darüber, daß nach irgendeinem anderen Lande weniger geliefert werden konnte, als von dort bezogen wurde. Man nimmt es manchem Lande übel, daß der Wert der Einfuhr aus diesem Land den Wert der Ausfuhr dorthin übersteigt. Unzufrieden damit, daß die Summe der Einkäufe die Summe der Verkäufe in dieses Land übertrifft, verlangt man Beschränkungen der Einfuhr. Man will nicht mehr Waren „hereinlassen“, als man dort absetzen kann.

Auf diesem Grundsatz beruhen auch einige Vorschläge über einen zwischenstaatlichen Abrechnungs- und Kompensationsverkehr. Wenn Einkauf und Verkauf im Verkehr zwischen zwei Staaten gleich groß sind, dann kann man miteinander verrechnen, ohne bar bezahlen zu müssen, und darin glaubt man Vorteile zu erblicken. In Wirklichkeit ist es gar kein Vorteil, wenn die Handelsbilanz zwischen zwei Staaten ausgeglichen ist, sondern es ist ein ganz bedeutungsloser Zufall. Es ist dies beim Handel von Land zu Land nicht anders als beim Handel von Ort zu Ort oder von Mensch zu Mensch. Machen wir uns große Sorgen darüber, wenn wir vom Schuster ein Paar Schuhe kaufen, ohne daß er von uns Waren im gleichen Werte bezieht? Sollte sich der Schuster ärgern, daß er beim Bäcker mehr einkauft, als

dieser bei ihm? Der Strumpfbänderzeuger kann doch nicht verlangen, daß ihm sein Butterlieferant täglich ein neues Strumpfband abnimmt, ebensowenig wie der Erzeuger von Augengläsern von den Lieferanten seiner Bedarfsartikel eine Nachfrage nach seinen Erzeugnissen verlangen darf. Der Grundsatz „Ich kaufe bei Dir nicht mehr als Du bei mir!“ ist in einer entwickelten Wirtschaft weder durchführbar noch wünschenswert. Der Tausch zwischen den Menschen erfolgt nicht mehr direkt, sondern unter Vermittlung des Geldes. Das ist gerade der Zweck des Geldes, daß man indirekt tauschen kann, ohne daß Herr Müller lange suchen muß, bis er den Herrn Schneider findet, mit dem er Ware gegen Ware tauschen kann. Nur unter Verzicht auf die „ausgeglichene Warenbilanz“ gelingt es, dorthin zu verkaufen, wo man am meisten dafür erhält, und dort einzukaufen, wo es am besten und billigsten ist.

Im Verkehr zwischen zwei Ländern eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erzielen, ist vielleicht für das Auge eines Statistikers eine Genugtuung, irgend welche wirtschaftliche Vorteile bringt es aber nicht. Wollte man eine ausgeglichene Handelsbilanz erzwingen, so könnte dies nur unter beiderseitigen schmerzlichen und überflüssigen Opfern gelingen. So wie der Apotheker beim Fleischlieferanten mehr einkauft, als er an ihn verkauft, wird ein Volk von Heilstoffherzeugern von einem Volk von Fleischproduzenten mehr beziehen, als es ihm liefern kann. Es wäre ganz unnatürlich, wenn ein Volk von Maschinenerzeugern mit einem Volk von Getreideproduzenten eine ausgeglichene Handelsbilanz hätte, und es gibt keinen vernünftigen Grund, einen solchen Ausgleich zu ersehnen. Hier beginnt ja die Rolle des Geldverkehrs, der in den internationalen Beziehungen durch Geldbewegungen und vor allem durch den Devisenmarkt bewerkstelligt wird.

Die Schweiz liefert Uhren, Jugoslawien liefert Schweine. Kann man verlangen, daß Jugoslawien so viel Uhren kauft, wie es Schweine exportiert? Soll man fordern, daß die Schweiz aus Jugoslawien nicht mehr Schweine importiert, als dort Uhren abgesetzt werden? Ein Kompensationsverkehr hat hier keinen Sinn. Die Jugoslawen können aber außer Schweizer Uhren noch andere Dinge brauchen; vielleicht tschechisches Tuch. Und in der Tschechoslowakei kann man Schweizer Uhren brauchen — so daß der „Dreieckhandel“ gegeben ist. Für den durch die jugoslawischen Schweine verursachten Einfuhrüberschuß der Schweiz liefert sie Uhren nach der Tschechoslowakei und von dort geht Tuch nach Jugoslawien. Wenn sich dann die Schweiz darüber beklagte, daß sie gegenüber Jugoslawien eine passive Handelsbilanz hat, wenn die Tschechoslowakei sich über ihr Handelsbilanzpassivum im Verkehr mit der Schweiz ärgerte und wenn Jugoslawien sich über das Passivum gegenüber der Tschechoslowakei aufhielte — so läge eine mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge vor. Würden nun gar in einem der drei Staaten Maßnahmen gegen den Einfuhrüberschuß ergriffen werden, so wären alle drei Staaten, die an diesem Dreieckverkehr beteiligt sind, geschädigt. In Wirklichkeit vollzieht sich der internationale Tauschverkehr aber nicht bloß im dreieckigen, sondern in einem vieleckigen Handel, so daß durch ein Einfuhrhindernis eines Staates die Produzenten einer großen Zahl von Staaten betroffen werden.

D. AUSGLEICHUNG DER ALLGEMEINEN HANDELS- BILANZ

Daß es ganz gleichgültig ist, ob die Handelsbilanz mit dem einen oder anderen Staate ausgeglichen ist oder nicht, ob sie stark passiv ist oder nur wenig, das haben die Fach-

leute schon in alten Zeiten erfaßt. Schon im 17. Jahrhundert hatte man volles Verständnis für die ungefährliche Passivität von *speziellen* Handelsbilanzen und interessierte sich mehr für die Zusammenfassung des ganzen Einfuhr- und Ausfuhrverkehrs in der *allgemeinen* Handelsbilanz. Wenn die ganzen internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf den Warentausch beschränkt wären, so müßte die Gesamthandelsbilanz jedes Staates ausgeglichen sein. Beim dreieckigen Handelsverkehr wäre die Rechnung gegenüber einem Land passiv, gegenüber dem anderen aktiv, gegenüber dem gesamten Ausland aber ausgeglichen. Daß dies jedoch nur in den seltensten Fällen zutrifft, macht vielen Politikern neue Sorgen; daß es nicht zutreffen kann, beruht darauf, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Angehörigen verschiedener Staaten *nicht* auf den sichtbaren Warentausch beschränkt sind, daß es vielmehr auch andere Arten von Beziehungen gibt, die nicht in der Handelsbilanz aufscheinen.

Alle Wirtschaftsbeziehungen, die nationalen wie die internationalen, sind Beziehungen zwischen Menschen oder Vereinigungen von Menschen, und man kann die Handlungen einer Vielzahl von Menschen am besten beurteilen, wenn man die einzelnen Typen von Personen ins Auge faßt. Man kann natürlich auch beim einzelnen Menschen nach seiner Handelsbilanz fragen, also nach dem Wert aller Waren, die er bezieht und die er liefert. Wenn alle Menschen innerhalb eines Gebietes ebensoviel beziehen wie sie liefern, dann würde man eine ausgeglichene Handelsbilanz dieses Gebietes vor sich sehen. Wenn von den in einem Lande befindlichen Menschen mehrere weniger beziehen als sie liefern, so wird die Handelsbilanz aktiv; wenn mehr Menschen dagegen weniger liefern als beziehen, so wird ein Einfuhrüberschuß festgestellt werden. Unter-

suchen wir also die Warenbilanz von einzelnen Menschentypen, wobei wir uns vorstellen, daß vor der Wohnungstüre oder Haustüre jedes einzelnen ein Zollwächter steht und genau die Wareneinfuhr und -ausfuhr notiert.

Beginnen wir mit einem *Bauern* auf dem Lande. Er liefert Getreide und Ochsen, Milch und Eier; dafür bezieht er Kunstdünger, Kleider, Schuhe. Nun will er zur Hebung des Ertrags seiner Felder eine landwirtschaftliche Maschine haben; ob er einen Kredit bekommt, der ihm den Kauf der Maschine ermöglicht, oder ob er sich die Maschine ausborgen kann, jedenfalls wird die Wareneinfuhr in seinem Betrieb um den Wert der Maschine steigen und der Statistiker müßte sagen, daß die Handelsbilanz passiv geworden sei. Da der Landmann die Maschine haben wollte und sie ihm auf Kredit oder zur Leihe gegeben wurde, wird niemand behaupten können, daß sein Einfuhrüberschuß in diesem Falle von Nachteil sei.

Denken wir nun an einen *Bäcker*, der Brot und anderes Backwerk liefert und Mehl und Salz, Zucker und Gewürz, Kohle und Einrichtungsgegenstände für seine Produktion bezieht und Fleisch, Butter, Kleider, Schuhe, Radioapparate usf. für seinen Konsum in sein Haus einbringt. Wenn er aber nicht das ganze Geld, das er für seine Lieferungen bekommt, ausgibt, sondern einen Teil davon einem befreundeten Fabrikanten leiht, so führt er weniger Waren in sein Haus ein, als er ausführt. Da er Kredite gewährt, ist seine Warenbilanz aktiv. Würde er nicht beim Fabrikanten investieren, sondern in seinem eigenen Betrieb, indem er vielleicht einen neuen Backofen anschaffte, dann wäre seine Handelsbilanz nicht aktiv, sondern ausgeglichen. Wir dürfen aber annehmen, daß der gute Mann weiß, was für ihn vorteilhafter ist.

Dem *Bäcker Nummer II* geht es nicht so gut. Er kann

weder Kredite gewähren, noch selbst Anschaffungen machen, er kann auch für seinen persönlichen Gebrauch viel weniger ausgeben, denn er hat einmal bei einem Streit mit einem Raufbold Pech gehabt und wurde dazu verurteilt, seinem Gegner allmonatlich eine Schadensrente zu bezahlen. Das drückt ihn jetzt schwer und er kann infolge dieser Last weit weniger einführen als sein Konkurrent, der Bäcker Nummer I. Der Ausfuhrüberschuß des bedauernswerten Bäckers II ist groß. Kein Verständiger wird ihn um seine hochaktive Handelsbilanz beneiden. Erst wenn er einmal von den Zahlungsverpflichtungen befreit ist, wird das Aktivum seiner Warenbilanz kleiner werden oder, wenn er all sein Einkommen für konsumtive oder produktive Anschaffungen verwendet, ganz verschwinden.

Der *Arzt* hat eine vollkommen passive Handelsbilanz. Niemals wird der Statistiker feststellen können, daß Waren aus dem Hause des Arztes hinausgeführt werden, dagegen wird er die Einfuhr von Salben und Verbandstoffen und auch die Einfuhr von allen Dingen des persönlichen Verbrauchs verzeichnen. Je größer die Passivität der Handelsbilanz, um so besser geht es ihm; sinkt das Passivum, so offenbar nur dann, wenn er weniger Patienten hat. Genau dasselbe wie beim *Arzt* ist auch beim *Erfinder*, beim *Anwalt*, beim *Staatsmann*, kurz bei allen geistigen Arbeitern der Fall. Der Export ihrer Leistungen ist unsichtbar, der Import dessen, was sie auf Grund ihrer Leistungen kaufen können, ist sichtbar.

Aber auch der *Bettler* ist nicht anders dran. Er lebt von den Almosen mitleidiger Leute und je größer seine Wareneinfuhr, um so lieber wird es ihm sein. Jedes Geschenk und jede Zuwendung führt zu einem Warenimport, dem keine Warenausfuhr gegenübersteht.

Genau dasselbe wird der Statistiker beim reichen

Kapitalisten feststellen können. Keine Waren werden aus seinem Haus gebracht, doch viele Waren werden in sein Haus kommen und je mehr er sich leisten kann, um so passiver wird seine Handelsbilanz! Wenn das Passivum ansteigt, wird aber der Statistiker nicht wissen, ob es geschah, weil der Kapitalist reicher oder weil er ärmer geworden ist. Denn wenn die Zinsen und Dividenden seines Kapitals steigen, wird er ebenso seine Einkäufe steigern können, wie es der Fall ist, wenn er Teile seines Kapitals verschleudert, sein Kapital also aufzehrt. Aber auch das Sinken seiner Wareneinfuhr kann bedeuten, daß er auf einen Teil seines Verbrauchs verzichtet, um ein noch größeres Vermögen anzusammeln, oder daß seine Einkünfte geschmälert sind, sein entwertetes Kapital weniger Zinsen und Dividenden trägt.

Was wird der Statistiker beim Haustor eines *Gastwirtes* finden? Die Einfuhrseite der Handelsbilanz wird beträchtlich sein. Fleisch und Mehl, Gemüse und Fett, Brot und Obst, Bier und Wein, Schokoladen und Bananen, Gramophonplatten und Blumen und noch eine Menge guter und teurer Sachen. Und die Ausfuhr? Nichts ist da zu sehen. Vielleicht sind die Bäuchlein der Herren, die aus dem Hause gehen, etwas größer als sie beim Kommen waren, aber das wird ja in der Handelsbilanz nicht notiert. Wenn wir hören, daß die Einfuhr ins Haus des Gastwirtes ansteigt, so werden wir sagen, daß er gute Geschäfte macht, und wenn das Passivum seiner Handelsbilanz sinkt, dann wird kein Verständiger sagen, daß dies günstig sei, sondern man wird über die Verschlechterung des Geschäftsganges zu klagen haben.

Wir haben nun so manches aus der Beobachtung der Menschentypen gelernt. Wir haben die zwei Bäcker gesehen, die beide aktive Handelsbilanzen hatten. Daß beides

auch „günstige Bilanzen“ waren, konnte man nicht behaupten. Denn so günstig es für den ersten Bäcker ist, anderen Leuten Kredite geben zu können, so ungünstig ist es für den zweiten Bäcker, drückenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu müssen. Und für welchen der beobachteten Leute war die passive Handelsbilanz eine ungünstige Handelsbilanz? Keinesfalls für den Bauer, der sich die ersehnte Maschine anschaffen konnte; auch nicht für den Arzt, der seine Einkäufe besorgte, ebensowenig für den Bettler, der den Erfolg seiner Sammeltätigkeit, oder für den Kapitalisten, der die Früchte seines Kapitals genoß; und nicht im geringsten ungünstig für den Gastwirt mit dem großen Umsatz. Alle müssen sie, wenn sie ehrlich sind, ihren Einfuhrüberschuß als günstig, zumindest aber als erwünscht bezeichnen.

Was für einen Gastwirt gilt, gilt auch für hundert Gastwirte und auch für ein Volk von Gastwirten. Mit anderen Worten: ein Volk mit starkem und blühendem Fremdenverkehr hat eine *passive* Handelsbilanz; je passiver, um so besser. Ein Volk von Ärzten und Gelehrten, von Erfindern und Dichtern — hat eine *passive* Handelsbilanz. Ein Volk, das Kredite und Anleihen bekommt und ein Volk, das Geschenke erhält — muß eine *passive* Handelsbilanz haben. Ein Volk, das reich ist und den Ertrag seines Kapitals genießt, — seine Handelsbilanz ist *passiv*.

Zusammenfassend ist zu sagen und festzuhalten: Zur *Warenausfuhr* und somit zur Aktivgestaltung der Handelsbilanz eines Landes führen folgende Umstände: Kredite ins Ausland gewähren, Auslandschulden zurückzahlen, Zinsen und Erträgnisse ins Ausland zahlen, Entschädigungen und Tribute dem Auslande leisten, Geschenke an Ausländer machen, Alimente und Pensionen an im Ausland weilende Personen zahlen; alle diese Transaktionen faßt man im

internationalen Kapitalverkehr zusammen. Nach der gleichen Richtung wirken: in das Ausland bezahlte Ärztehonorare, Patentlizenzen, Schriftstellertantiemen, Schulgelder, Vertreterprovisionen, Versicherungsprämien, Schiffs- und Bahnfrachten, Touristenausgaben usw., alles Zahlungen, die man für ausländische Leistungen vollzieht.

Zur *Wareneinfuhr* und somit zur Passivgestaltung der Handelsbilanz führen die Eingänge aus dem Kapitalverkehr, d. h. Kredite vom Auslande bekommen, Auslandforderungen einkassieren, Zinsen und Erträgnisse vom Ausland bezahlt bekommen, Entschädigungen und Tribute erhalten, Geschenke, Alimente und Pensionen vom Ausland beziehen, ebenso die Zahlungen für Dienstleistungen der Inländer an Ausländer, also vom Ausland an im Inland befindliche Personen bezahlte Honorare, Lizenzgebühren, Tantiemen, Schulgelder, Provisionen, Prämien, Frachten, Touristenausgaben usf.

Die Differenz zwischen Wareneinfuhr und Warenausfuhr, also der Saldo der Handelsbilanz, ist von der Differenz aus allen genannten unsichtbaren Leistungen fest bestimmt. Der Saldo der Handelsbilanz ist also eine *Folge* von bestimmten internationalen Transaktionen und nicht, wie oft geglaubt wird, eine *Ursache* von irgendwelchen Erscheinungen. Wenn die Zahlungen aus dem Kapitalverkehr und aus der unsichtbaren Dienstleistungsbilanz fest gegeben sind, dann ist auch das Aktivum oder Passivum der Handelsbilanz vollkommen bestimmt, selbst gegenüber den schärfsten Maßnahmen der Handelspolitik. Jede Förderung des Exports wird eine Erleichterung des Imports nach sich ziehen, jede Drosselung der Einfuhr wird einen Rückgang der Ausfuhr mit sich bringen. Daher ist es auch nie möglich, durch Einfuhrbeschränkungen die Handelsbilanz zu „verbessern“ oder „auszugleichen“.

E. AUSGLEICHUNG DER ZAHLUNGSBILANZ

Der Wirtschaftspolitiker, der erkannt hat, daß die Handelsbilanzen mit einzelnen Ländern passiv sein können, weil dies schon im Wesen des dreieckigen Warentausches liegt, sieht nur noch auf die Gesamthandelsbilanz. Der Wirtschaftspolitiker, der überdies erkannt hat, daß die allgemeine Handelsbilanz hinsichtlich ihres Saldos (Einfuhrüberschuß oder Ausfuhrüberschuß) das notwendige Ergebnis unsichtbarer Leistungen und Kapitalbewegungen ist, gibt es auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbilanz zu ergreifen. Der Blick wendet sich von den internationalen Güterbewegungen den gesamten internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu, von der Handelsbilanz zur *Zahlungsbilanz*. Wer diese Stufe volkswirtschaftlicher Einsicht erreicht hat, darf aber nicht mehr vergessen, daß die Zahlungsbilanz als Zusammenfassung der Leistungsbilanz, Kapitalbilanz und Handelsbilanz ein Bild darüber gibt, wie die Passivreste oder Aktivreste der Teilbilanzen einander ausgleichen, als ganzes aber *weder aktiv noch passiv sein kann*.

Überlegen wir nochmals mit schärfster Logik: Wenn eine Ware bezogen wird, was kann diesem Warenbezug gegenüberstehen? Wofür kann der Bezug der Ware erfolgen?

Ware gegen Ware	(Import gegen Export)
Ware gegen Gold	(Import gegen Goldausfuhr)
Ware gegen Leistung	(Import für unsichtbaren Export)
Ware als Kapitalertrag	(Import für Zinsen und Dividenden)
Ware als Kapitalrückfuhr	(Import für einkassierte Forderungen)
Ware als Kapitaleinfuhr	(Import gegen Anleihen und Beteiligungen)
Ware auf Kredit	(Import gegen Zahlungsversprechungen)
Ware als Geschenk	(Import ohne Gegenleistung).

Alle diese Gegentransaktionen oder Empfangstitel stehen in der Zahlungsbilanz drin, wenn sie vollständig ist; da kann es *keinen Platz für einen Aktivsaldo oder Passivsaldo* geben. Bloß der Statistiker, der mit der Aufstellung einer Zahlungsbilanz betraut ist, wird es manchmal nicht zustande bringen, alle unsichtbaren Posten zu erfassen; er wird, wenn ihm die Rechnung nicht ausgehen will, den unaufgeklärten Rest unter Hinweis auf die schwere Erfassbarkeit der Kapitalbewegungen oder anderer Posten zu entschuldigen versuchen. Niemals aber kann man die Unvollständigkeit einer Statistik als bilanzmäßiges Passivum oder Aktivum betrachten und daraus irgendwelche Folgen ableiten.

Machen wir uns einmal ein Bild von der Zahlungsbilanz eines Staates mit Einfuhrüberschuß.

Aktivseite		Passivseite		+	-
Warenausfuhr	4000	Wareneinfuhr	5000		1000
Goldausfuhr	100	Goldeinfuhr	50	50	
Transitverkehr der Bahnen	100	Ausgaben für Reisen im Ausland	150		
Gewinne aus dem Transithandel	150				
Honorare, Lizenzen, Tantiemen	50				
Einnahmen aus dem Fremdenverkehr . . .	300			450	
Kapitalertrag aus dem Ausland	400	Kapitaldienst an das Ausland	200	200	
Kapitalrückzahlungen aus dem Ausland . .	100	Kapitalrückzahlungen an das Ausland . . .	150		
Kapitalanlagen und Anleihen des Aus- landes	250	Kurzfristige Kredite an das Ausland . . .	150		
Kurzfristige Auslands- kredite	250				300
	<u>5700</u>		<u>5700</u>	<u>1000</u>	<u>1000</u>

Es ist sehr wahrscheinlich, daß viele Politiker dieses Landes ihre Zahlungsbilanz als passiv oder zumindest als ungünstig bezeichnen würden. Sie würden irrigerweise sagen, daß sie die Passivität der „Handels- und Zahlungsbilanz“ mit Entschiedenheit bekämpfen müßten. Unter welchen Bedingungen könnte eine starke *Verminderung des Einfuhrüberschusses* — also die sogenannte Besserung der Handelsbilanz — eintreten? 1. *Bei einer Verschlechterung der Leistungsbilanz*, also bei reduzierten Einnahmen im Transit- oder Fremdenverkehr oder bei erhöhten Ausgaben an das Ausland. 2. *Bei einer Verschlechterung der Kapitalertragsbilanz*, also bei verminderten Erträgen der eigenen Kapitalanlagen im Ausland oder bei höherem Kapitaldienst an das Ausland. 3. *Bei einer Umkehr der Kapitalbewegung*, also bei gesunkener Kreditgewährung und Kapitalbeteiligung des Auslands oder bei gesteigener Abberufung und Rückzahlung von Auslandskrediten oder gesteigener Kapitalabwanderung und Kapitalflucht. — Ist irgendeine dieser Bedingungen so verlockend, daß man sie herbeiwünschen würde?

Zuweilen wird die Inanspruchnahme von Auslandskrediten als unerwünscht bezeichnet und eine Einfuhrdrosselung zur Abwendung weiterer Verschuldung an das Ausland empfohlen. So richtig es ist, daß bilanzmäßig Einfuhrüberschuß und Auslandskredit einander gegenüberstehen können, so irrig ist es, die Verschuldung als Folge der Einfuhr zu betrachten. Das ist leicht zu zeigen:

Wer eine Ware bezieht, ohne sie zu bezahlen, hat sich verschuldet. Das ist nur soweit möglich, als er Kredit bekommt. Zu beachten ist aber hier die Identität zwischen Käufer und Schuldenmacher, d. h. es ist ein und dieselbe Person, die einkauft und sich dadurch verschuldet; es ist hier kein großer Unterschied, ob man sagt, daß der Mann

einkauft, weil er Kredit bekommt, oder daß er Schulden macht, weil er einkauft. Diese Identität des Käufers und Kreditnehmers liegt beim internationalen Handel nicht vor. Der Anteil der Importeure an den Auslandsschulden dürfte kaum in Prozenten, wahrscheinlich nicht einmal in Promillsätzen auszudrücken sein. Es sind *nicht die Importeure*, welche die Auslandsschulden machen, und es sind in der Regel auch *nicht die Importartikel*, die man schuldig bleiben kann. Würde man eine Erhebung über die Bezahlung der eingeführten Waren des Vorjahres machen, so käme — von Devisenzwangswirtschaft abgesehen — zweifellos heraus, daß aus der Einfuhr keine größeren Schulden an das Ausland resultieren.

Damit ist aber nicht gesagt, daß kein Zusammenhang zwischen Verschuldung und Einfuhrüberschuß besteht, man muß im Gegenteil einen innigen Kausalzusammenhang feststellen, nur daß er in genau umgekehrter Richtung verläuft, als man vermutet hat: Es ist nämlich die Verschuldung an das Ausland die *Ursache* und der Einfuhrüberschuß die *Wirkung*. Es bekommt beispielsweise das Unternehmen A einen Auslandskredit (nicht weil es dafür importiert, sondern weil es hohe Zinsen verspricht); diesen Kredit gibt es vielleicht noch an B weiter, B kauft von C, der nun seinerseits in seiner Kaufkraft gestärkt ist; diese Stärkung der Kaufkraft, die auf die Kreditgewährung eines Ausländers an A zurückgeht, macht sich nach zahlreichen Zwischengliedern auch als verstärkte Nachfrage nach ausländischen Produkten geltend und führt auf diese Weise zu einem Mehrimport, der ohne die Kaufkraftstärkung durch Auslandskredit gar nicht zustande gekommen wäre. Eine handelspolitisch bewirkte Verhinderung des Mehrimports könnte keine andere Folge haben, als daß sich die Kaufkraftstärkung inländischer Käufer in einem *Minderexport* auswirkt, so daß jedenfalls

die Aufnahme des Auslandkredits sich — abgesehen von verstärkter Inanspruchnahme unsichtbarer Auslandsleistungen — in einer Steigerung des Einfuhrüberschusses realisieren muß.

Wer diese Ursache-Wirkung-Verkettung versteht, muß aufhören, die Verschuldung ans Ausland als Motiv für den Kampf gegen die Einfuhr anzugeben. *Die Verschuldung ist nicht die Folge der Einfuhr und die Drosselung der Einfuhr kann nicht der Verschuldung Einhalt gebieten.* Wer diesen Satz widerlegen wollte, müßte beweisen, daß die Einfuhrverhinderung die Leute, die sonst die ausländischen Waren gekauft hätten, veranlassen würde, anstatt der Importartikel gar nichts zu kaufen, sondern das Geld zur Rückzahlung der Auslandschulden anderer — ihnen meist unbekannter — Leute zu verwenden. Etwas so Unglaubliches wird niemand beweisen wollen.

An der Verwirrung über die Zahlungsbilanz ist vielleicht der hinkende Vergleich mit der kaufmännischen Bilanz mitschuldig. Dieser Vergleich hinkt schon deshalb, weil die kaufmännische Bilanz den Haushalt des Kaufmanns nicht einschließt, also gerade den grundsätzlich passiven Teil seiner Güterbewegung ausläßt, während er bei der Handels- und Zahlungsbilanz enthalten sein muß. Die Zahlungsbilanz ist aber überhaupt nicht mit der Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) zu vergleichen, sondern viel eher mit dem Kassabuch, bei welchem es bekanntlich von vornherein ausgeschlossen ist, daß mehr Ausgaben als Eingänge aufscheinen. Auch dieser Vergleich würde nicht ganz passen, weil im Kassabuch nur Geldbewegungen, in der Zahlungsbilanzstatistik aber darüber hinaus noch die geldlosen Wertübertragungen ausgewiesen werden.

Die Verwirrung geht ja so weit, daß fast jeder etwas anderes unter „Zahlungsbilanz“ versteht. Für den einen ist

sie die Gegenüberstellung aller Wertübertragungen im Laufe eines *Zeitraumes*, z. B. eines Jahres, für den anderen die *Zahlungsbewegung* zu einem bestimmten *Zeitpunkt*; ein dritter versteht darunter die Aufstellung der Auslandschulden und -forderungen (Verschuldungsbilanz), ein vierter die Aufstellung der fälligen Verpflichtungen (Fälligkeitsbilanz), ein fünfter stellt die durch Gold bewirkten Zahlungen fest (Goldbewegung), ein sechster fragt nach dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkte (Devisenbilanz); damit ist der Wirrwarr aber noch lange nicht gelöst, denn die meisten bringen alle diese verschiedenen Begriffe ganz durcheinander. Ein heiteres Symptom des Unverständnisses ist es, daß es gelingen kann, die gleichzeitigen Äußerungen von Politikern und „Fachleuten“ *aller* Länder zu zitieren, die *alle* passive Zahlungsbilanzen für ihr Land behaupten. Das ist natürlich von vornherein unsinnig, denn, was immer die Passivität einer Zahlungsbilanz bedeuten soll, muß der Passivität für ein Land eine Aktivität eines anderen Landes gegenüberstehen; wenn A dem B *mehr* zahlen soll als B dem A, dann muß B dem A *weniger* zahlen als A dem B. Es behaupten aber alle, daß sie mehr zu zahlen als zu bekommen hätten, und begründen damit ihre Handels- und Währungspolitik, insbesondere ihre Politik der Einfuhrhemmungen.

Betrachtet man den Devisenmarkt eines Landes und behauptet, daß mehr Devisenkäufe als -verkäufe vorgefallen seien, so ist dies gleichfalls unsinnig. Kauf und Verkauf ist ja ein und dasselbe Geschäft, bloß von zwei Seiten betrachtet, und niemals kann im Ganzen mehr gekauft als verkauft werden. Etwas anderes ist die Kauflust und Verkaufslust bei einem bestimmten Preis und dieses Verhältnis ist mit Recht Gegenstand der Berichterstattung. Wenn zum Preis oder Kurs von gestern heute mehr Devisen nach-

gefragt als angeboten werden, so wird, wenn nicht etwa die Notenbank etwas aus ihren Vorräten beisteuert, der heutige Kurs höher sein als der gestrige. *Vielfach wird diese Erscheinung als passive Zahlungsbilanz bezeichnet* und man kann gegen diese Ausdrucksweise — wenn man nur Verwechslungen vermeidet — nichts einwenden. Beachten muß man aber dabei zwei Punkte: 1. Angebot und Nachfrage beziehen sich immer auf einen bestimmten Kurs. Ist bei einem Kurs von x die Nachfrage größer als das Angebot, so sind bei einem höheren Kurse Nachfrage und Angebot gleich stark. Besteht also beim Kurse x eine passive Zahlungsbilanz, so ist die Zahlungsbilanz bei einem entsprechend höheren Kurse *ausgeglichen*. 2. Jene als passive Zahlungsbilanz bezeichnete Marktlage, bei welcher entweder ein Gold- oder Devisenverkauf der Notenbank oder eine Steigerung der Devisenkurse erforderlich ist, führt zu einer Ausfuhrsteigerung und Einfuhrsenkung und somit zu einer *Umkehrung* der Marktsituation. Die Gold- oder Devisenverkäufe der Notenbank wirken nämlich „deflationistisch“, d. h. umlaufverringern, denn die Notenbank gibt die ausländischen Zahlungsmittel ja nur für Banknoten ab, es kommen also die Banknoten, mit welchen das Auslandsgeld gekauft wird, aus dem Verkehr und der Umlauf wird kleiner. Umlaufverringern wirkt dahin, daß manche Preise im Verhältnis zu den Auslandpreisen sinken und dadurch kommt es zur Einfuhrsenkung und Ausfuhrsteigerung. (Dies ist der „Zahlungsbilanzmechanismus“ der Goldwährung.) Kann die Notenbank keine Auslandzahlungsmittel verkaufen, so bewirkt die Steigerung der Devisenkurse den gleichen Erfolg noch viel schneller. Denn wenn die Devisenkurse steigen, so sind die ausländischen Waren in Inlandgeld gerechnet, verteuert — was ihre Einfuhr schwächt — und die inländischen Waren in Auslandgeld gerechnet ver-

billigt — was ihre Ausfuhr fördert. (Dies ist der „Zahlungsbilanzmechanismus“ der Papierwährung.)

Beispiele werden dies klar machen. Nehmen wir an, daß alle Leute plötzlich jenen Teil ihres Einkommens, den sie nicht unbedingt für Einkäufe benötigen, dazu verwenden, ausländisches Geld zu kaufen und es in ausländische Banken einlegen (Kapitalflucht). Wenn der Notenumlauf etwa 10 Milliarden Taler beträgt und 2 Milliarden Taler zum Kauf von Devisen verwendet würden, so vollzieht sich folgendes:

Bei *Goldwährung* ist es Pflicht der Notenbank, jede Devisennachfrage zu stabilen Kursen zu befriedigen, also aus ihren Vorräten um die 2 Milliarden Taler Devisen zu verkaufen. Ihre Reserven sind nun (durch diese „passive Zahlungsbilanz“) sehr geschwächt, aber der Notenumlauf ist um 20% verringert. Abgesehen davon, daß bei diesem verringerten Geldumlauf keine weiteren Beträge für Kapital-Übertragung aufgebracht werden können, die Zahlungsbilanz also nicht mehr passiv, sondern ausgeglichen ist, wird bald die Umkehr eintreten. Die geschwächte Kaufkraft im Inland verursacht verstärkte Warenabverkaufe ins Ausland und verringerte Wareneinkäufe aus dem Ausland, und daraus resultiert wieder eine „aktive Zahlungsbilanz“, d. h. ein Einströmen von Devisen zum stabilen Kurs.

Bei *Papierwährung* verursacht die Devisennachfrage um 2 Milliarden Taler eine Steigerung der Devisenkurse. Zu gestiegenen Kursen wird die Devisennachfrage schon geringer sein, über dies wird der Export rentabler (Exportpremie, Valutadumping) und der Import unrentabler, so daß das Devisenangebot steigt. Hier wird der Weg von der passiven Zahlungsbilanz über die ausgeglichene zur aktiven und schließlich wieder ausgeglichenen Zahlungsbilanz noch schneller vor sich gehen als bei der Goldwährung.

Die Zahlungsbilanz in der Bedeutung der täglichen Devisenbilanz kann also immer nur ganz kurze Zeit passiv oder aktiv sein, außer in Zeiten inflationistischer Umlaufvermehrung, wo erst eine Anpassung an den neuen, verringerten Wert der Währung gefunden werden muß. Die Ausgleichung vollzieht sich *durch Einlösung und Umlaufverminderung bei der Goldwährung und durch Verminderung des Außenwerts bei der Papierwährung*, wobei außer in Inflationsfällen nach der Ausgleichung auch noch eine Umkehrung der „Zahlungsbilanz“ erfolgt.

Wir haben hier zwei grundverschiedene Begriffe behandelt, die beide mit der Bezeichnung „Zahlungsbilanz“ belegt werden. Der eine Begriff dient zur Kennzeichnung einer bestimmten Marktlage des Devisenmarktes, die einem bestimmten Mechanismus folgt. Versuche künstlicher Ausgleichung dieser Zahlungsbilanz — etwa durch Einfuhrdrosselung — bleiben ohne die angestrebte Wirkung, da es nur Umlaufverringerung oder Kursherabsetzung sind, die das „Passivum“ automatisch und unverzüglich zum Verschwinden bringen. Der andere Begriff der Zahlungsbilanz beinhaltet die Gegenüberstellung aller internationalen Wertübertragungen und ihrer Übertragungstitel und konnte definitionsgemäß weder aktiv noch passiv sein. Künstliche Ausgleichungsversuche sind daher von vornherein widersinnig. Mit keinem Begriffe der Zahlungsbilanz erscheint es vernunftgemäß vereinbar, durch handelspolitische oder autarkistische Maßnahmen eine „Ausgleichung“ herbeiführen zu wollen.

F. SCHUTZ DER HEIMISCHEN PRODUKTION

Eine nicht geringe Zahl von Produktionszweigen in vielen Ländern wäre zweifellos dem Untergang geweiht, wenn man die Staatsgrenzen der schrankenlosen Konkurrenz der

ausländischen Produzenten öffnen würde. Das Bestreben, die heimische Produktion vor ausländischer Konkurrenz zu schützen (Protektionismus), ist durch die Ergebnisse der vorhergehenden Abschnitte nicht beeinträchtigt, bloß einige falsche Vorwände für importfeindliche Politik sind zurückgewiesen worden. Wenn man sagt:

„Wir wollen die Einfuhr abhalten, da wir uns unabhängig von ausländischer Produktion besser und reichlicher versorgen können“, so ist dies nicht richtig, sondern stellt die Tatsachen auf den Kopf. (Siehe Abschnitt A.)

Wenn man sagt:

„Wir wollen die Einfuhr abhalten, da die Entwicklung es so verlangt“, so ist dies unvernünftig, da sich kein Volk von ein paar fremden Politikern seine Entwicklung vorschreiben lassen muß. (Siehe Abschnitt B.)

Wenn man sagt:

„Wir wollen die Einfuhr abhalten, um die Handelsbilanz auszugleichen“, so ist dies unsinnig, weil eine ausgeglichene Handelsbilanz keinen Vorteil bedeutet und weil überdies die Importdrosselung den Saldo der Handelsbilanz gar nicht verändert. (Siehe Abschnitte C und D.)

Wenn man sagt:

„Wir wollen die Einfuhr abhalten, um die Zahlungsbilanz auszugleichen“, so ist dies ganz unverständlich, da durch Importdrosselung nichts erreicht werden kann, was die Zahlungsbilanz verbessern könnte. (Siehe Abschnitt E.)

Wenn man aber sagt:

„Wir wollen die Einfuhr von Getreide abhalten, um den Getreidebauern im Lande zu helfen, oder wir wollen die Einfuhr von Stoffen abhalten, um den Textilindustriellen zu helfen“, so ist das eine aufrichtige und offene Sprache.

Nicht selten wird aber auch das Verlangen nach Hilfe für eine Gruppe damit begründet, daß hiedurch der

Gesamtheit gedient wäre. Etwa: „hat der Bauer das Geld, hat es die ganze Welt“. Derlei Gerede ist ganz undurchdacht. Wenn der A dem B dessen Produkte teurer abkauft als zuvor, so hilft er dem B, aber nicht sich selbst; der B wird eben dank der Hilfe künftig einen größeren Anteil an dem Gesamteinkommen der Volkswirtschaft haben, der A einen geringeren. Wenn der B infolge der handelspolitisch ermöglichten Preiserhöhung seiner Erzeugnisse nun eine höhere Kaufkraft hat, die anderen Erzeugern zugute kommen muß, so haben dafür die Käufer der B-Produkte eine um den gleichen Betrag verringerte Kaufkraft für andere Waren. Man darf nicht die Kaufkraftstärkung einer Gruppe für eine Kaufkraftstärkung der Gesamtheit halten. Mit einer bloßen Kaufkraftverschiebung könnte nur bei Preissenkungen eine Erhöhung der gekauften Warenmengen einhergehen, während bei Preiserhöhungen und gleichem Geldumlauf die Gesamtnachfrage nach Gütern geringer werden muß.

Aber davon abgesehen, kann in vielen Fällen das Interesse dafür bestehen, eine bestimmte Erzeugergruppe zu unterstützen. Die Motive können mannigfaltige sein. Man kann einen inländischen Erzeugungszweig erhalten wollen, dessen Produkte für den Kriegsfall besondere Bedeutung haben. Man kann eine Produzentengruppe möglichst zahlreich und stark wissen wollen, weil man aus traditionellen oder bevölkerungspolitischen Motiven dieser Gruppe besonders hohen Wert beimißt. Man kann einen Produktionszweig über eine vorübergehende Notlage erhalten wollen, man kann großen Industrien und ihren Arbeitern einen allzu schnellen Umstellungsprozeß ersparen wollen, kurz, es kann viele Gründe geben, aus denen man durch Erschwerung ausländischen Wettbewerbs einer heimischen Erzeugung Unterstützung angedeihen läßt. Wenn eine Regierung sich zum Schutz einiger inländischer Produktionen ent-

schließt, so müssen die Gründe wichtig genug sein, um die Opfer, die man der Nation durch diese Protektion zumutet, zu rechtfertigen.

Jeder Schutz, der einem Erzeugungszweig gewährt wird, ist ein nationales Opfer. Dieses Opfer besteht in einem Verzicht auf bessere Versorgung. Schutz gegen ausländische Konkurrenz benötigt ja der heimische Erzeuger nur dann, wenn *die ausländischen Produzenten billiger* liefern können. Verzicht auf billigere Belieferung ist Verzicht auf die Möglichkeit, mit gleichem Einkommen mehr kaufen zu können, also besser versorgt zu sein. Oft bezeichnet man die schutzbedürftigen Industrien als die *nationalen Industrien*, eine Bezeichnung, die wohl mehr interessepolitischen als patriotischen Ursprungs zu sein scheint. Mit mehr Berechtigung müßte man jene Erwerbszweige als nationale Industrien bezeichnen, die kraft ihrer natürlichen Eigenschaften, auf Grund der Vorzüge des Standorts oder der nationalen Begabung den Wettbewerb mit dem Ausland bestehen können. Die stärkste Nation muß jene sein, die nur die starken, durch eigene Leistung bestehenden, aber nicht auf Schutz und Unterstützung angewiesenen Produktionen entwickelt und nicht Produktionen aufpäppelt und hätschelt, die nur am Mark der Nation zehren.

Niemandem fällt es ein, zu fordern, daß Deutschland einen nationalen Kaffeebau entwickelt. Die Erklärung, es sei unmöglich, in Deutschland Kaffee zu produzieren, wäre unrichtig, da es zweifellos gelingen könnte, in Glashäusern Kaffeepflanzungen zu schaffen. Man tut es nicht, weil die Kosten dieses Kaffeebaues viel zu hoch wären. Anstatt selbst so teuren Kaffee zu produzieren, ist es vernünftiger, etwas zu erzeugen, was billiger gemacht werden kann als im Ausland, und diese billiger erzeugte Ware zu exportieren und gegen den ausländischen Kaffee zu tauschen.

Dasselbe trifft auch bei Erzeugungen zu, bei denen der Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Herstellungskosten nicht so auffallend groß ist. Wenn es in Österreich technisch *möglich* ist, Kupfer zu produzieren, so heißt das noch nicht, daß es auch *vernünftig* ist, es zu tun. Es können die Erze vorhanden sein und ebenso die Anlagen, um die Verarbeitung vorzunehmen. Wenn die Kupfererzeugung aber einen Schutzzoll gegen die billige Auslandskonkurrenz benötigt, so heißt das, daß man sich das Kupfer am besten dadurch verschafft, daß man etwas ganz anderes, etwas Exportfähiges erzeugt und gegen ausländisches Kupfer *austauscht*. Bringt die Einstellung der Kupfererzeugung aber nicht eine Minderbeschäftigung österreichischer Arbeiter mit sich? Keineswegs, denn anstatt des Kupfers muß ja die Ware produziert werden, gegen die das Ausland das Kupfer liefert. (Ohne Gegenleistung bekommt ja Österreich nicht das Kupfer!)

Gibt es aber immer jene anderen Erzeugungen, die im Inland billiger als im Ausland und daher in dem Maße exportfähig sind, daß sie automatisch zum Kompensationsobjekt für importierte Auslandsware werden? Muß es nicht vorkommen, daß das Ausland in mehreren Erzeugungen, vielleicht gar in allen überlegen ist? Muß dann nicht doch der heimischen Produktion in Form von Zöllen oder anderen handelspolitischen Mitteln ein Ausgleich für die Überlegenheit des Auslands gewährt werden? In der Wirtschaft kommt es nicht auf absolute Überlegenheit an. Der tüchtigste Schlosser wird für die weniger tüchtigen Schlosser überhaupt keine Konkurrenz sein, wenn er sich in Ausübung größerer Begabungen als Ingenieur betätigt. Der beste Schneider wird für die anderen Schneider keine ernste Konkurrenz sein, wenn er lieber seine Talente als Modezeichner oder als Verkäufer auswertet. Der flinkste Maschin-

schreiber scheidet aus dem Wettbewerb mit den übrigen Maschinschreibern aus, wenn er als Buchhalter noch mehr leisten kann. Kurzum, ob man in einer Erzeugung absolut überlegen ist oder nicht, darauf kommt es nicht an, weil man für die angeblich Überlegenen unentbehrlich wird, wenn sie sich auf solche Gebiete verlegen wollen, für die sie sich verhältnismäßig noch besser eignen.

Dasselbe ist bei ganzen Ländern der Fall. Wenn ein Land einem zweiten in allen Erzeugungen absolut überlegen wäre, das zweite Land aber durch schlechte Böden und ungünstiges Klima in Bodenprodukten besonders benachteiligt wäre, so wird das erste — absolut überlegene — Land dennoch die Industriekonkurrenz des zweiten Landes nicht bestehen können. Es klingt dies kaum glaublich, ist aber dennoch so. Ja es muß so sein, weil das zweite Land mit den schlechten Böden bereit sein wird, für Bodenprodukte ein so große Menge von Industrieprodukten anzubieten, daß das erste Land unter dem Einfluß dieses billigen Konkurrenzangebotes sich mehr auf die agrarische Produktion verlegen wird.

Ein Ziffernbeispiel soll dies deutlich machen. Das Land A ist sowohl im Weizenbau (W) wie in der Eisenerzeugung (E) dem Lande B überlegen. Eine Einheit Weizen kostet in A 2 Arbeitsstunden und in B 8 Arbeitsstunden; eine Einheit Eisen kostet in A 1 Arbeitsstunde, in B 2 Stunden. Das Land B ist also schlecht daran. Wird es im Austausch mit dem Lande A bestehen können und sollte es nicht seine Produktion zu schützen suchen? Den B-Bewohnern ist es nicht möglich, nach A auszuwandern, sie können nur mit den A-Bewohnern in Tauschverkehr treten. Zwischen den beiden Ländern kommt es aber nicht etwa zum Austausch von Arbeitsstunden (1 Stunde = 1 Stunde), sondern zum Austausch der Arbeitsprodukte, also Weizen gegen Eisen, in

II. Produktion in 48 Stunden

bei unbehinderter Einfuhr:

$$\begin{array}{rclcl}
 18 \text{ W} & + & 12 \text{ E} & & 0 \text{ W} & + & 24 \text{ E} \\
 (36 \text{ Stunden} + 12 \text{ Stunden}) & & & & (0 \text{ Stunden} + 48 \text{ Stunden}) & & \\
 & & & & \text{(Zusammen 18 W + 36 E)} & &
 \end{array}$$

Wir sehen also, daß dank dem internationalen Güteraustausch die *Versorgung* sowohl mit Weizen als auch mit Eisen *verbessert* wurde. Diesen Gewinn kann nicht etwa das „überlegene“ Land A für sich behalten, sondern er *kommt beiden Ländern zugute*. Denn bei Selbstversorgung hat in B der Weizen 4 Einheiten Eisen gekostet; würde A versuchen, den Weizenpreis so hoch hinaufzutreiben, so würde es aufhören, wettbewerbsfähig zu sein; der *ungünstigste* Fall wäre also immer noch jener Versorgungszustand, der bei der Selbstversorgung erreichbar wäre.

Wenn in B die Forderung nach Schutz und Förderung der heimischen Produktion erhoben würde, was wären die Ergebnisse? Ein Schutzzoll auf Eisen müßte in B wirkungslos bleiben, denn eine *Exportindustrie* hat nichts von einem *Einfuhrzoll*. Ein Schutzzoll auf Weizen würde dagegen zur Wiederaufnahme des Weizenbaus und zum Rückgang des Eisenexportes führen, also zu einem Verzicht auf die Ausnützung des relativen Kostenvorteils in Eisen. *Jede Behinderung des Imports ist eine Rückentwicklung der internationalen Arbeitsteilung und ein Übergang zu einem schlechteren Versorgungszustand*. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies durch Schutzzölle oder andere handelspolitische Maßnahmen oder gar durch eine *Werbetätigkeit für den Kauf heimischer Erzeugnisse* erreicht wird. Wenn im Lande A gepredigt wird: „Kauft A-ische Waren“ und im Lande B propagiert wird: „Kauft B-ische Waren“, so kann dies kein anderes Ergebnis haben als die Schädigung der

eigenen und fremden Exporterzeugungen: in unserem Beispiel wird in A die Weizenproduktion von 18 Einheiten auf 12 Einheiten, in B die Eisenproduktion von 24 Einheiten auf 8 Einheiten zurückfallen.

Damit wird uns klar, daß ein Volk, das auf Besserung seiner Versorgung, Entwicklung der ergiebigsten produktiven Kräfte und damit schließlich auf seine nationale Stärke bedacht ist, den Wettbewerb seiner Erzeugung mit der Erzeugung anderer Länder nicht einschränken darf, ihm vielmehr vollste Bewegungsfreiheit schaffen muß.

NEUNTES KAPITEL

ABBAU DER AUSSENHANDELSSCHRANKEN

Die großartige Entwicklung der Verkehrsmittel hat den Austausch der Erzeugnisse entfernter Gebiete und somit die internationale Arbeitsteilung ermöglicht. Der Verbilligung des Transports also verdankt die Welt einen nicht geringen Teil des erreichten Lebensstandes. Wenn einst auf holprigen Straßen die Postkutschen geringe Lasten beförderten und heute auf glatten Schienenwegen schnelle Eisenbahnen einen tausendfach verstärkten Güterverkehr bewältigen können, so dankt es die Welt den Errungenschaften menschlichen Erfindergeistes. Gleichzeitig aber wirken die Politiker der Staaten dahin, daß die Vorteile der Erleichterung und Verbilligung des Handelsverkehrs nicht ganz zur Geltung kommen, indem sie künstliche Verkehrsbeschränkungen schaffen.

Durch die Erfindung der Eisenbahn wurde die Heranschaffung der Produkte ferner Länder leichter und billiger, durch die Einführung von Zöllen wird sie wieder erschwert und verteuert. „*Negative Eisenbahn*“ hat darum ein kluger Schriftsteller die Handelsschranken genannt. Wenn die Ozeanschiffe und die Eisenbahn den Menschen eine reichlichere Versorgung ermöglicht haben und die negative Eisenbahn ihnen das Leben wieder erschwert, so ist damit die Forderung begründet, daß man die negative Eisenbahn — die hohen Zölle, Einfuhrverbote, Kontingente und verschiedenen Beschränkungen — wieder abbaue.

A. FINANZZÖLLE, SCHUTZZÖLLE, ERZIEHUNGSZÖLLE, RÜSTUNGSZÖLLE, KAMPFZÖLLE, ANTIDUMPING- ZÖLLE, VORZUGSZÖLLE

Die vielen Arten von Verkehrshindernissen, vor allem die komplizierten Zollsysteme, zeigen, wie hoch entwickelt die Technik der „negativen Eisenbahn“ ist. Am unschädlichsten für die Wirtschaft sind die *Finanzzölle*. Diese sind Steuern, welche für die Einfuhr von Waren eingehoben werden, die im Inland nicht erzeugt werden. Die Finanzzölle bringen dem Staat hohe Einnahmen, wenn recht viel von den zollpflichtigen Waren eingeführt wird; bei der Erstellung der Finanzzollsätze wird man deshalb nicht so hoch gehen, daß die Einfuhr zu stark gedrosselt würde.

Ganz anders ist es bei jenen Zöllen, die die Einfuhr der betroffenen Waren stark vermindern oder ganz verhindern. Ein Prohibitivzoll (Verhinderungszoll) ist keine Einnahmsquelle für den Staat, da infolge des hohen Zolls eben nichts oder nur wenig von der Ware importiert wird. Solche Zölle werden aus Autarkisierungsmotiven verfügt und beeinträchtigen ernstlich die Versorgung. (Siehe Kapitel VIII.) *Die Schutzzölle* nehmen in den meisten Staaten den größten Raum des Zolltarifs ein. Ihr Erfolg ist es, den Austausch der Produkte verschiedener Länder zu verhindern oder einzuschränken. Würden die einmal eingeführten Schutzzölle unverändert bleiben, also nicht weiter erhöht werden, so kämen wenigstens die neuen Fortschritte in der Produktions- und Verkehrstechnik den Menschen zugute. Bei der heutigen Praxis wird aber jede Verbilligung der Erzeugnisse mit neuen Zollerhöhungen beantwortet. Es lohnt sich daher auch nicht mehr, in Exportindustrien Investitionen zu machen; kein Produzent kann damit rechnen, seine Erzeugnisse auch in Zukunft

ins Ausland liefern zu dürfen, da jeden Augenblick weitere Erhöhungen der Schutzzölle drohen.

Während die Schutzzölle den Ländern auf die Dauer die Vorteile billigerer oder besserer Erzeugungsmöglichkeiten nehmen, sollen die *Erziehungszölle* bloß den Aufbau irgendeiner Industrie erleichtern, um dann nach einiger Zeit die neuerrichteten Produktionsstätten aus eigener Kraft — ohne Zollschutz — weiter bestehen zu sehen. Es soll bloß ein Teil der Errichtungskosten, nämlich die sogenannten „Kinderkrankheiten“, von der Gesamtheit getragen werden, dann aber, nach der „Erziehungszeit“, soll der Zoll aufgehoben werden. Über diese Art von Zöllen wird viel gesprochen und geschrieben, in Wahrheit gibt es aber gar keine „Erziehungszölle“. Man zeige die Zölle, die bloß 3—5 Jahre bestehen, um dann aufgehoben zu werden. Die Erzeugungen, die in den letzten 30 Jahren durch Zölle „erzogen“ wurden, sind offenbar alle so unwirtschaftlich, daß sie auf den dauernden Zollschutz nicht verzichten wollen.

Der Handelspolitiker, der die Interessen der exportierenden Erzeuger des eigenen Landes wahren will, hat die Aufgabe, Zollerhöhungen der anderen Länder zu verhindern und Zollermäßigungen der anderen Länder durchzusetzen. Er erleichtert sich die Unterhandlungen, wenn er selbst irgendwelche Zollsenkungen zu bieten hat. Da aber die Interessenten im eigenen Land von ihrem Zollschutz nichts hergeben wollen, verlangt er, um doch für die Unterhandlungen gerüstet zu sein, besonders hohe, aufs Feilschen und Abhandeln angelegte *Rüstungszölle*. Von der Zollrüstung bleibt aber immer nach den Unterhandlungen eine größere Zahl von Positionen bestehen und beschwert dann auf die Dauer Produktion und Verkehr aller Staaten.

Noch mehr Opfer werden der Wirtschaft durch *Kampf-*

zölle auferlegt, die im Verlauf eines Zollkrieges zwischen zwei Staaten eingeführt werden. Der große Irrtum liegt darin, daß man glaubt, ein Zoll des Staates A schade bloß den Produzenten des Staates B. In Wahrheit schadet ein Zoll beiden Ländern. Wenn A ein Produkt des Landes B durch einen Zoll von der Einfuhr ausschließt, so wird nicht bloß der Export des Landes B, sondern auch sein Import (und somit der Export aus A) an irgendwelchen anderen Waren zurückgehen. Schließt nun B, um „Repressalien“ (Gegenmaßnahmen) zu ergreifen, ein anderes A-Produkt vom Import aus, so wird wieder ein weiteres B-Produkt automatisch seine bisherige Exportfähigkeit verlieren. Den Kampfgeist der Politiker müssen schließlich die Erzeuger beider Länder durch schwere Verluste büßen.

Ein Zoll wird im allgemeinen nur auf jene Waren gelegt, die im Ausland billiger erzeugt werden können als im Inland; denn wenn die heimische Erzeugung billiger ist, kann die Auslandsproduktion ohnedies nicht konkurrieren. Eine Ausnahme ist das Dumping. Wenn ein Staat einer Industrie einen Schutzzoll beschert und diese Industrie unter diesem Schutze sich monopolistisch organisieren kann (Kartellbildung), so wird sie manchmal in der Lage sein, im eigenen Land hohe, gewinnbringende Preise zu verlangen und gleichzeitig ins Ausland zu niedrigeren Preisen zu liefern, die vielleicht nicht die ganzen Generalunkosten decken müssen. Exportpreise, die niedriger sind als die Inlandpreise, nennt man Dumpingpreise, und die Zölle, die die ausländischen Erzeuger zur Abwehr dieser Schleuderverkäufe verlangen, nennt man *Antidumpingzölle*.

Zur Frage der Bekämpfung des Dumpings muß man zunächst sagen, daß das Dumping eine *Wirkung* der Zollsysteme ist, also gar nicht möglich wäre, wenn es keine Schutzzölle gäbe. Zweitens muß man feststellen, daß das

Dumping bloß in den Zeitungen, Büchern und Reden oft vorkommt, in Wirklichkeit aber höchst selten. In Wirklichkeit wird das Dumping wohl von den Zollschutzwerbern behauptet, ohne daß aber ein Nachweis gelingen würde. Drittens wäre ein andauerndes Dumping für das Importland kein Schaden, sondern ein Vorteil. Wenn man andauernd billig, ja sogar unter den durchschnittlichen Selbstkosten beliefert wird, so ist dies doch nur angenehm und es liegt kein Grund vor, Geschenke abzulehnen. Nur ein vorübergehendes Dumping wäre schädlich; aber diese theoretischen Diskussionen sind praktisch nicht sehr wichtig. In der Praxis ist die Antidumpingpropaganda bloß Vorwand und Ausrede für Schutzzollinteressen.

Wenn man einen Blick in einen Zolltarif wirft, so findet man gewöhnlich für jede Zollposition zwei verschiedene Zollsätze; der eine ist der autonome Zoll, der für die Einfuhr aus Staaten gilt, mit denen kein Handelsvertrag besteht, der andere der ermäßigte Vertragszoll, der für alle Staaten gilt, mit denen eine „*Meistbegünstigungsklausel*“ vereinbart wurde. „Jedes Entgegenkommen, das ich anderen gewähren werde, werde ich auch dir gewähren!“, besagt diese Klausel. Ein halbes Jahrhundert hindurch hat das System der Meistbegünstigung den Völkern große Vorteile gebracht. Insbesondere kamen kleine Nationen, die den großen Staaten naturgemäß wenig zu bieten hatten, auf billige Art zu Konzessionen, die sie selbst nie erreicht hätten. Wenn beispielsweise Frankreich und England einander einige Zollherabsetzungen bewilligten, so kam dies sofort auch automatisch allen anderen Ländern zugute, die eine Meistbegünstigungsklausel hatten.

Sonderbarerweise waren es gerade die kleinen Nationen, die in den letzten Jahren als Abweichung vom System der Meistbegünstigung „*Vorzugszölle*“ zwischen einzelnen

(zumeist benachbarten) Ländern schaffen wollten. Vorzugszölle (Präferenzzölle) haben den Nachteil, daß sie das Meistbegünstigungssystem untergraben, was für die mitteleuropäischen Staaten ein großes Unglück wäre, ferner, daß sie die Zolltarife unübersichtlich und die Zollbehandlung kompliziert und kostspielig machen. Sie hätten aber den Vorteil, daß sie wie jede Zollermäßigung den zwischenstaatlichen Austausch und damit auch die Produktivität der Länder fördern. Diesen Vorteil nimmt man aber den Präferenzzöllen wieder, wenn man sie auf kleine Einfuhrkontingente beschränkt. Diese Kontingente machen es unmöglich, daß der Vorzugszoll zu einem verbilligten oder vermehrten Warenbezug führt.

B. EINFUHRVERBOTE UND KONTINGENTE

Es gibt dreierlei Arten von *Einfuhrverboten*. Erstens solche, die unbedingt und für jeden gelten, ohne daß Ausnahmen gemacht werden; zweitens solche, die bloß auf dem Papier stehen, da jeder, der darum ansucht, Einfuhrbewilligungen in unbeschränkter Menge bekommt; drittens solche, von denen Ausnahmen gemacht werden, indem an gewisse Personen oder für bestimmte beschränkte Mengen Einfuhrbewilligungen erteilt werden. Gegen die erste Art ist nichts einzuwenden, wenn die besonderen Gründe stichhältig sind; die zweite Art soll meist nebensächlichen Kontrollzwecken dienen, erfordert aber jedenfalls unnötige Umstände und Kosten; die dritte Art, die in der Praxis am häufigsten ist, hat Wirkungen unangenehmster Art und ist vor allem ein guter Nährboden für die *Korruption*.

Einfuhrkontingente sind Einfuhrverbote der dritten Art: die Einfuhr ist mit Ausnahme einer bestimmten Menge verboten. Die Kontingente sind in den letzten Jahren sehr in

Mode gekommen, weil die Vorteile für die bevorzugten Interessentengruppen sehr deutlich, die Nachteile für die geschädigten Gruppen aber weniger deutlich sichtbar sind. Daß eine Zollerhöhung auf irgendein Material eine Verteuerung hervorruft, versteht jeder; daß dies auch bei der Kontingentierung der Fall ist, ist weniger bekannt.

Wenn das Einfuhrverbot, bzw. Einfuhrkontingent die importierte Menge einer Ware vermindert, so bedeutet das logischerweise eine *Verteuerung*. Das muß keine Preiserhöhung von heute auf morgen, jedenfalls aber eine Vergrößerung der Preisspanne zwischen Inland und Ausland sein, und darauf kommt es eben an. Das Ausmaß dieser Verteuerung durch die künstliche Beschränkung des ausländischen Angebotes ist aber nicht im voraus anzugeben, da es weitgehend von der Elastizität der Inlandproduktion und von der Entwicklung der inländischen Nachfrage abhängt. So wird die preisverteuernde Wirkung des Importkontingents zu einer völlig unberechenbaren Größe und bringt ein neues Moment der Unsicherheit in Handel und Erzeugung.

Noch weitere Nachteile hat das Kontingentsystem gegenüber dem Zollsystem. Wenn auf einen Artikel ein Zoll gelegt wird, so wird, solange von diesem Artikel noch Importe stattfinden, der Preis um die volle Höhe dieses Zolls steigen; der Inlandpreis wird also dem Weltmarktpreis plus Fracht plus Zoll gleichkommen. Dieser Zoll, den natürlich der inländische Käufer tragen muß (und mit einer Verteuerung und Verringerung seiner Produktion büßen muß), bildet nach Maßgabe der noch importierten Menge eine *Staatseinnahme*, die für das Budget immerhin von Nutzen ist. Ganz anders ist es bei Verringerung des Auslandsangebotes durch Kontingente. In diesem Fall wird nämlich der Inlandpreis nicht dem Weltmarktpreis plus Fracht plus Zoll gleich-

kommen, sondern wird durch die künstliche Beschränkung des Angebotes *noch höher* sein. Diese Differenz wird aber nicht wie bei der Zollerhöhung dem Staate zugute kommen, sondern der infolge der Kontingentierung beschränkten Zahl von Importeuren, die das Glück hatten, eine Einfuhrbewilligung zu erlangen. Während also die verteuernde Wirkung auf die Produktionskosten in beiden Fällen eintritt, verzichtet bei den Kontingenten der Staat auf Einnahmen. Während es für die heimische Produktion, deren Schutz beabsichtigt wird, im Grunde genommen gleichgültig sein könnte, ob dieser Schutz durch Zölle oder durch Kontingente erreicht wird, führt das Kontingentsystem zu einem *Verzicht auf Staatseinnahmen*, die sich der Fiskus nun auf andere Weise — durch Erhöhung des Steuerdruckes oder durch schmerzliche Einschränkungen — hereinbringen muß.

Die Zwischengewinne der Importeure werden natürlich durch Kosten, Spesen, Zeitaufwand — und mitunter Bestechungsgelder geschmälert. Da mit der Einfuhrbewilligung eine Gewinnmöglichkeit verbunden ist, hat sie einen bestimmten Wert, und man wird sich die Erlangung des Einfuhrscheines etwas kosten lassen. Wer soll die Bewilligungen bekommen? Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet. Bestenfalls entsteht eine Wirtschaft der Freundschaften und guten Beziehungen, wenn nicht gar eine der Aufmerksamkeiten und Bestechungen. Zuweilen wird die Aufteilung der Kontingente dem Ausfuhrland überlassen, wobei dann dort die gleichen Folgen auftreten.

Wo die Einfuhrkontingente in Verbindung mit Vorzugszöllen stehen, handelt es sich nicht um eine absolute Vertauung, sondern bloß um die Verhinderung einer der Zollsenkung entsprechenden Verbilligung der eingeführten Ware. Der Staat verzichtet aber dabei auf Zolleinnahmen und läßt diesen Zollnachlaß entweder den ausländischen

Exporteuren oder im Verrechnungswege anderen Produzentengruppen des eigenen Landes zugute kommen: es erweisen sich dann die Vorzugszölle als gewöhnliche Subventionen aus dem Staatssäckel. Ein Teil dieser Subventionen muß wiederum auf Spesen und auf den Verteilungsapparat (einschließlich Bestechungen) aufgehen. (Unbestechlichkeit gibt es nur in Staaten, wo die Staatsorgane mit der Verteilung von Bewilligungen, Konzessionen, Lizenzen, Subventionen usw. nichts zu tun haben.)

Ein weiterer Nachteil des Kontingentsystems gegenüber dem Zollsystem ist die Fixierung der Menge nach Erfahrungen aus der Vergangenheit, so daß den laufenden Änderungen des Einfuhr- und Ausfuhrbedarfes nicht Rechnung getragen wird. Neben der Unberechenbarkeit und Willkür erscheint somit seine Starrheit als weiterer Mangel des Systems.

Das Kontingentsystem wurde mit Recht als eine *Entartung der Handelspolitik* bezeichnet. Selbst Anhänger des Protektionismus und der Autarkisierung sollten, da sich ihre Ziele ebensogut durch Zollmauern erreichen lassen, auf das wirtschaftlich und moralisch verderbliche Kontingentsystem verzichten.

C. DEISENBESCHRÄNKUNGEN

Beschränkungen des Devisenverkehrs werden in der Regel nicht aus handelspolitischen Motiven eingeführt, aber häufig handelspolitisch mißbraucht; immer aber, ob beachtet oder nicht, wird durch die Zahlungshindernisse der internationale Handel schwer beeinträchtigt.

Der Sinn der Devisenbeschränkungen kann sein:

1. die Zahlungsunfähigkeit der Banken und Kreditinstitute, die weder ihre Auslandschulden noch die Inlandseinlagen zurückzahlen können, zu verdecken; wenn die Anschaffung

von Devisen beschränkt ist, müssen sich die Auslandsgläubiger gedulden, und die Inlandseinleger verzichten auf die Abhebung, soweit sie zur Valutenbeschaffung beabsichtigt war;

2. die Verschlechterung der Währung zu verdecken, die durch absolute oder relative Inflation verursacht wurde, der Bevölkerung aber erst offenbar würde, wenn die richtige Notierung der Devisenkurse die Verteuerung der ausländischen Zahlungsmittel zeigen könnte.

Daß die Devisenzwangswirtschaft in Wahrheit nicht bewirken kann, die Währung besser zu machen, als sie ist, oder die Handelsbilanz oder Zahlungsbilanz zu „verbessern“ oder dergleichen oft behauptete Wirkungen zu erzielen, ist aus den Ergebnissen des VIII. Kapitels schon klar geworden. Wenn durch Verbot der Devisenbeschaffung die Wareneinfuhr gedrosselt wird, so muß auch die Warenausfuhr automatisch zurückgehen, so daß am Verhältnis zwischen Devisennachfrage und Devisenangebot nichts geändert wird.

Die Behinderung der Produktion und des Handels durch die Zwangsbewirtschaftung des Devisenmarktes ist viel größer, als man gewöhnlich annimmt. Man mißt die Behinderung meist nur an der Zahl und Bedeutung der verbotenen Geschäfte und Transaktionen. Vielleicht noch größer als die Einschränkung der durch die Verbote unmittelbar betroffenen Geschäftstätigkeit ist die Einschränkung von Handel und Produktion durch die bei der Befolgung oder Umgehung der vielen Vorschriften entstehenden Kosten, Umstände und Risiken.

Die Devisenordnungen zentralisieren in der Regel den Devisenhandel oder konzentrieren ihn auf einige wenige Stellen. Der private Devisenhandel gilt dann als „unbefugt“ und wird durch Beschlagnahme der Devisen und durch Geld- und Kerkerstrafen bedroht. Es wird durch die meisten

Devisenordnungen verboten, Devisen ins Ausland zu schicken, wenn man nicht eine besondere Bewilligung dafür einholt, es wird meist auch verboten, inländisches Geld ins Ausland zu schicken, bzw. bei Auslandsreisen größere Beträge mitzunehmen, es wird verboten, Ausländern Kredite zu gewähren, verboten, Beträge auf das Konto von Ausländern zu erlegen, verboten, Devisen länger als einige Tage im Besitz zu halten, verboten, Kurse für Devisen zu nennen oder zu veröffentlichen, die von den vorgeschriebenen offiziellen Kursen abweichen, verboten, irgend jemandem in ausländischer Währung zu bezahlen, auch wenn man vertraglich dazu verpflichtet wäre usw. Es wird weiters unter Strafandrohung allen zur Pflicht gemacht, Bestände an Devisen und Valuten sofort der Notenbank abzuführen, alle ausländischen Guthaben und Forderungen anzumelden und der Notenbank abzutreten, Lieferungen ins Ausland nur gegen Zahlung in Auslandswährung auszuführen, alle Warenexporte anzumelden, alle Auslandsforderungen, die aus den Exporten entstehen, der Notenbank abzutreten usw. usw.

Ungefähr dieser Art — mit geringen Abweichungen — sind die Vorschriften in den verschiedenen Ländern mit Devisenbeschränkungen. Überall der Zwang zu den verschiedensten Anmeldungen, Gesuchen, Bestätigungen, Bewilligungen, Verzeichnissen, Übersichten, Kontrollen und Nachforschungen. Verfügt sind die Verordnungen schnell. Welche Umstände, Kosten und Gefahren damit bewirkt werden, davon machen sich die Gesetzgeber nicht die richtige Vorstellung. Eine lückenlose Befolgung lückenloser Verordnungen, insbesondere wenn es sich um mehrere Staaten mit Devisenzwangswirtschaft handelt, würde wahrscheinlich den vollkommenen Stillstand eines Großteils der Produktion bedeuten; nur den Lücken, die die Gesetzgeber gelassen oder

die auslegenden Behörden geöffnet haben, oder gar den Umgehungen mancher als schikanös und überflüssig empfundener Vorschriften seitens des Handels und der Produzenten ist es zu danken, wenn es nicht zum Chaos, sondern bloß zu Störungen und Schädigungen kommt.

Warum trotz der erkannten Schäden doch von so vielen Staaten an Devisenbewirtschaftungen festgehalten wird, hat verschiedene Ursachen. In manchen Ländern scheut man sich, das Abgehen von der gesetzlichen Parität einzugehen. In anderen Ländern ist man um das Fortbestehen der zu stark verschuldeten Banken besorgt. In anderen Ländern wieder fürchtet man, daß die Kapitalflucht Ausmaße annehmen könnte, denen das Banksystem nicht gewachsen wäre. Überall aber gibt es auch große Gruppen von Interessenten, denen die Zwangswirtschaft Vorteile gebracht hat und die nun das Fortbestehen der Beschränkungen fördern, vor allem dann, wenn die Devisenbeschränkungen handelspolitisch dazu mißbraucht wurden, die durch das Zollsystem geschaffenen Einfuhrschränken „auf kaltem Wege“ zu erhöhen.

Die Aufhebung der Devisenbeschränkungen ist keineswegs an ein gleichzeitiges oder einheitliches Vorgehen der verschiedenen Länder gebunden. Dies geht ja schon aus den jeweiligen Aufgaben der Devisenzwangswirtschaft hervor: die Verhinderung der Kapitalflucht oder der Schuldentzahlungen oder der Anpassung der Devisenkurse an die Marktlage — all dies ist unabhängig davon, ob es auch im Ausland Devisenbeschränkungen gibt oder nicht. Die echten Voraussetzungen der Beseitigung der Devisenzwangsmaßnahmen liegen daher in den Bankensanierungen, Stillhalteabkommen mit Auslandgläubigern und vor allem in der inneren Währungs- und Kreditpolitik.

D. EINSEITIGER FREIHANDEL

Wenn auch nicht bezweifelt wird, daß es möglich sei, die Devisenbeschränkungen, die Kontingente und Einfuhrverbote aufzuheben, obwohl das Ausland diese Handelsschranken beibehält, so wird es doch ganz allgemein bezweifelt, daß ein einzelnes Land vom Schutzzollsystem zum Freihandel übergehen könne, ohne daß die anderen Länder dasselbe tun. „*Einseitigen Freihandel*“ hält man für unerträglich. Es gibt nicht wenige Politiker und Wirtschaftsführer, die die Bedeutung der internationalen Arbeitsteilung und die Nachteile ihrer Beschränkung anerkennen, die aber dennoch sagen, daß der Abbau der Handelsschranken nur allgemein und gleichzeitig durchführbar sei, weil ein Land allein sich nicht „schutzlos“ der Einfuhr aus den „geschützten“ Ländern preisgeben könne. Wer das glaubt, hat den Mechanismus des internationalen Handels noch nicht ganz verstanden und hat überdies vergessen, daß die Freihandelsbewegung in ihren Anfängen (England) immer nur unter der Annahme der Einseitigkeit operiert hat.

Wie stellt sich jemand, der die einseitige Öffnung der Grenzen fürchtet, die Wirkung eines solchen Vorgehens vor? Das Land, das die Zölle senkt oder abschafft, macht eine große Zahl von Waren, deren Einfuhr bisher durch Zölle abgewehrt wurde, plötzlich importfähig, während der Schutz des Auslandes aufrecht bleibt. So würde die Einfuhr in das Freihandelsland steigen, ohne daß die Ausfuhr steigen könnte, ja bei gutem Zollschutz des Auslandes würde das Freihandelsland nur noch importieren und gar nicht mehr exportieren. Ist das denkbar? Leider nicht; es wäre ja wirklich zu schön, wenn plötzlich das Ausland zur Gänze unsere Versorgung übernehme und wir nichts dafür zu bezahlen hätten! Sich beliefern lassen, ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen, gäbe es etwas angenehmeres? Aber

warum kann es nicht so sein? Weil die Einfuhr und die Ausfuhr bei unverändertem Kapitalverkehr — und wir haben keinen Anlaß, anzunehmen, daß sich dieser gleichzeitig ändert — nur parallel steigen und parallel sinken können (siehe Kapitel VIII). Es muß im Ausland, dessen Exportfähigkeit durch unseren Zollabbau gestiegen wäre, automatisch die Importfähigkeit für unsere Produkte erhöht sein. Und wenn das Ausland undankbar und unverständlich auf unseren Zollabbau mit Zollerhöhungen antworten sollte? Dann wäre die Exportfähigkeit des Auslandes, die durch unsere Freihandelspolitik gefördert würde, gleichzeitig durch die eigene Zollpolitik beeinträchtigt. Die Zusammensetzung des Außenhandels würde sich dann vermutlich ändern, die Warenmenge aber nicht.

Zu einem steigenden Einfuhrüberschuß kann der einseitige Zollabbau unter folgenden Umständen führen: Wenn durch den Zollabbau die Ertragsaussichten im Lande steigen und ausländisches Kapital zuströmt — dann bringt der Kapitalimport einen entsprechend großen Warenimport mit sich. Einen solchen Kapitalzustrom wird aber gewiß jeder nur erfreulich finden.

Stellen wir uns vor, daß von zwei Nachbarländern das eine, das Land A, hoch auf Bergen gelegen, das andere, das Land B, unten in der Tiefebene wäre. Die Eisenbahnfahrt ins Tal von A nach B wäre fast kostenlos, die Bergfahrt von B nach A wäre sehr teuer. Würde deshalb B mehr Waren von A einführen, als es dorthin — bergwärts — ausführt? Nicht im geringsten! Auch im Verkehr zwischen dem Bergland A und dem Tiefland B würde Unmögliches nicht möglich werden: solange der Kapitalverkehr ausgeglichen ist, solange sind auch die Handelsbilanzen ausgeglichen. Wenn B ein Kapitalimportland wäre, so wäre seine Handelsbilanz passiv, wäre es ein Kapitalexportland, so hätte es einen Aus-

fuhrüberschuß — trotz der teuren Fracht ins Ausland! Und was die Preise der Waren und die Versorgungsmöglichkeiten anbelangt, so müßte man jedenfalls das Tiefland B als das günstiger gelegene ansehen! In die Lage dieses Landes B käme jedes Land, das einseitig seine Einfuhrhindernisse beseitigt. Es würde den Bergländern — den Ländern mit den Hochschutzzöllen — nützen, aber sich selbst noch viel mehr nützen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es nicht noch besser wäre, wenn alle Länder ihre Zölle, — ihre negativen Eisenbahnen — beseitigten. Es würden eben die Transportkosten nach beiden Richtungen niedriger werden und der Umfang des Tauschverkehrs — und der Arbeitsteilung — wäre gewaltig gefördert. Wenn aber die anderen eigensinnig ihre Schranken beibehalten wollen, so ist das für ein einzelnes Land kein vernünftiger Grund, auf die Vorteile des relativ erleichterten Handelsverkehrs zu verzichten. Auch inmitten einer hochprotektionistischen Welt kann jedes einzelne Land, das als einziges die Vorteile des Freihandels erkannt hat, sich von den Fesseln der eigenen Zölle befreien.

ZEHNTES KAPITEL

REFORMEN DES GELDWESENS

Ein großer Teil aller krisenpolitischen Vorschläge und Forderungen steht in mittelbarem Zusammenhang mit dem Geldwesen. Die Ankurbelungsversuche, manche Arten der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung oder der Siedlung, die künstliche Verbilligung des Kredits — alle diese und ähnliche Pläne haben auch ihre währungspolitische Seite. Nun kennt man aber daneben nicht wenig Vorschläge zur Krisenheilung, die ganz unmittelbar das Geldwesen zum Gegenstand haben. Man gibt zuweilen dem Geldsystem die Schuld an der Wirtschaftskrise und erwartet sich von der *Reform des Geldwesens* die Überwindung der Krise, ja sogar die Beseitigung aller wirtschaftlichen Übel.

Die Reformpläne gehen in durchaus verschiedene Richtung. Die meisten gipfeln in einer *Erhöhung der Geldmenge* oder zumindest darin, eine größere „Elastizität“ der Geldmenge zu schaffen. Eine andere mächtige Bewegung sucht die Wirksamkeit der bestehenden Geldmenge zu steigern und verlangt Maßnahmen zur *Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes. Anderen Ansichten zufolge wird eine vollkommene *Preisstabilität* des Geldes und wieder nach anderen Lehren eine *Neutralität* des Geldes gefordert. Entschieden am weitesten gehen aber die Änderungsvorschläge derer, die nicht in einem bestimmten Währungssystem, sondern im Geld überhaupt den Grund alles Übels erblicken und daher die *Abschaffung des Geldes* fordern.

A. ABSCHAFFUNG DES GELDES

Wer der Meinung anhängt, daß das Geld den Charakter der Menschen verderbe und die Moral der Völker schädige, verwechselt Geld mit Reichtum. Die Menschen streben nicht nach Geld um seiner selbst willen, sondern sie streben nach Reichtum, Macht und Wohlergehen; das Geld an sich hat mit dem „materialistischen Erwerbsstreben“ nichts zu tun. Es sind ja auch weniger ethisch-moralische Bedenken als vielmehr wirtschaftstheoretische Ansichten, die zum Vorschlag geführt haben, das Geld abzuschaffen. Da die Notwendigkeit des Tausches doch zumindest innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften von keiner Seite bestritten wird, will man an Stelle des durch Geld vermittelten Tausches entweder den Naturaltausch oder irgendein Abrechnungssystem setzen.

Naturaltausch ist der direkte Austausch der Produkte zweier Erzeuger: der Landmann soll nicht sein Getreide „verkaufen“, sondern er soll es mit dem Schuster gegen Schuhe, mit dem Schmied gegen Sensen unmittelbar tauschen. Der Sensenmacher ist allerdings übel daran, denn wenn er Schuhe braucht, so wird der Schuster doch keine Sensen brauchen können; und auch der Schuster, der Leder braucht, hätte es nicht leicht, denn die Gerber können doch nicht immer nur Schuhe und andere Lederwaren für ihr Leder annehmen. Schwierig wäre es auch bei der Eisenbahn, wenn die Leute mit Brot und Schuhen, Fleisch und Milch angerückt kämen, um diese Dinge gegen eine Eisenbahnfahrt einzutauschen. Und wenn einer eine Reise machen wollte, so müßte er sich gründlich mit Naturalien ausrüsten, um alles eintauschen zu können, was er braucht.

Diese paar Sätze sollten bloß zeigen, daß ein Übergang zum direkten Tausch eine Unmöglichkeit ist. Wenn man heute das Geld abschaffen wollte, so würde morgen schon etwas anderes als Geld gegeben und genommen werden; man würde irgendein Gut, das große Absatzfähigkeit besitzt, als Tauschmittel verwenden. Denn da es unmöglich ist, daß jeder gerade jene Ware besitzt, die der andere, der die von ihm begehrte Ware hat, wünscht, da es also unmöglich ist, daß die Leute, die die Erzeugnisse eines Mannes abzunehmen bereit sind, auch jene Güter zur Hand haben, die dieser Mann benötigt — würde man seine Waren auch gegen etwas, was man nicht selbst braucht, hingeben, sofern man nur weiß, daß andere dieses Etwas nehmen. *Dieses Etwas, das man im Tausche annimmt, um es in einem späteren Tausche wieder fortzugeben, nennt man Tauschmittel oder — Geld.*

Der direkte Austausch von Naturalien ist auch heute nicht verboten. Jedermann steht es frei, seine Erzeugnisse im direkten Tausch zu verwerten, und wo es für den einzelnen vorteilhaft ist, geschieht es auch. Jeder kann sich ausrechnen, ob er mehr Güter direkt eintauschen kann, oder ob er besser fährt, wenn er seine Erzeugnisse gegen Geld verkauft und mit diesem Geld die Dinge seines Bedarfs einkauft. Die große Ausdehnung des Geldverkehrs und die geringen Reste des Naturaltausches zeigen, wo größere Tauschvorteile erreicht werden. Der Gedanke, eine allgemeine Rückkehr zum Naturalverkehr zu empfehlen, verdient nicht, ernst genommen zu werden. (Einige Ausnahmen haben wir im Kapitel VII besprochen.)

Die Abschaffung der Geldzeichen und der Übergang zu einem *Abrechnungssystem*, wie er zuweilen empfohlen wird, ist eigentlich keine Abschaffung des Geldes. Es ist kein wesentlicher Unterschied, ob der A dem B zahlt,

indem er ihm Metallmünzen oder Papiernoten in die Hand drückt, oder ob es dadurch geschieht, daß in einem Institut ein Geldbetrag vom Konto des A auf das Konto des B übertragen wird. Unangenehm ist es nur für den B, dem A etwas zu verkaufen, ohne sicher zu wissen, ob der A auf seinem Konto ein Guthaben hat. Es wäre doch mühsam, wenn bei jedem Verkauf erst nach dem Kontostand des Käufers geforscht werden müßte. Es liegt nahe, in diesem Falle zu verlangen, daß der Käufer gleich eine Bestätigung der Abrechnungsstelle, sagen wir der Bank, mitbringt, daß er dort ein Guthaben besitzt. Es liegt ebenso nahe, daß diese Bestätigungen auf runde Beträge lauten, und an den Verkäufer abzuführen sind. Und es versteht gewiß jeder, daß diese Bestätigungen nichts anderes als — Banknoten wären. Ein allgemeines Abrechnungssystem ohne solche „Geldzeichen“ wäre eine Verschlechterung des Wirtschaftsverkehrs. Was im Geschäftsleben in Form des Scheckverkehrs zwischen Personen und Firmen anerkannten Rufes praktikabel ist, muß nicht auch im Kleinverkehr vorteilhaft sein.

Die Vorteile, die sich die Anhänger der „geldlosen“ Abrechnung versprechen, sollen in der Steigerung des Kreditangebots liegen. Nichts anderes hat man auch vor Jahren schon durch die Förderung des *bargeldlosen Zahlungsverkehrs* erreichen wollen. Wenn der A dem B, der B dem C, der C dem D usw. zahlen und für diese Zahlungen bisher Bargeld verwenden, so werden sie, wenn sie zum „Girosystem“ übergehen, ihr Bargeld zur Girobank hintragen. Wenn die Girostelle diese Geldeinlagen so behandelt, als ob es Spareinlagen wären, das heißt, wenn sie sie zur Kreditgewährung an kreditsuchende Personen verwendet, so geschieht das, was die Giralgeldanhänger angestrebt haben, was aber sehr unerfreuliche Folgen haben kann:

es werden Kredite gewährt, ohne daß zuvor jemand gespart hätte; es wird also jemand, nämlich der Kreditnehmer, mit einer Kaufkraft ausgestattet, ohne daß ein anderer auf die Ausnützung dieser Kaufkraft verzichtet hätte; man nennt dies: *Schaffung zusätzlicher oder inflationistischer Kaufkraft*. Wenn der Übergang zum Abrechnungssystem (Girossystem) zur zusätzlichen Kreditgewährung führen soll, so ist diese *angebliche Abschaffung des Geldes* in Wahrheit eine *Vermehrung des Geldes*.

B. VERMEHRUNG DES GELDES

Wer möchte nicht mehr Geld haben, als er hat? Fast jedem wäre es angenehm und vorteilhaft, mehr Geld zu bekommen, ob es sich nun um den Finanzminister oder den Beamten, den Kaufmann oder den Arbeiter, den Fabrikanten oder den Landwirt, die öffentliche Stiftung oder die bescheidene Hausfrau handelt. Da jedem einzelnen mit mehr Geld geholfen wäre, glauben dann viele, daß man der ganzen verarmten Wirtschaft auch dadurch helfen könnte, daß man ihr mehr Geld zur Verfügung stellt.

So ist es aber nicht. In Wirklichkeit kommt es allen gar nicht auf das Geld, sondern auf jene Dinge an, die sie sich mit diesem Geld kaufen wollen. Wenn *einige* mehr Geld in die Hand bekommen, so können sie mehr kaufen. Wenn aber *alle* mehr Geld in die Hand bekommen, so werden sie in der Regel nicht mehr kaufen können als zuvor. Die vermehrte Geldmenge läßt die Preise der Waren in die Höhe gehen; da aber nicht alle Preise gleichzeitig und gleichmäßig steigen, wird ein Teil der Bevölkerung gewinnen, ein anderer Teil aber verlieren. Es gewinnen die Leute, deren Erzeugnisse oder Leistungen schon im

Preise steigen, bevor die Dinge, die sie kaufen, teurer werden; es verlieren die Leute, die schon teurer einkaufen müssen, bevor noch sie selbst für ihre Leistungen oder Produkte mehr bezahlt bekommen.

Diese sozialen Verschiebungen der Einkommen, die sich bei jeder Geldvermehrung abspielen, werden von manchen beifällig aufgenommen, weil sie sich eine Steigerung der Erzeugung davon versprechen. Sie sagen, daß die verlierenden Konsumenten unfreiwillig den gewinnenden Produzenten die Möglichkeit erweiterter Produktion geben. Sie sprechen vom „*erzwungenen Sparen*“ und vom „*schöpferischen Kredit*“. Die Rentner oder die Beamten, die ein starres oder fast starres Geldeinkommen haben, können, wenn die Warenpreise steigen, weniger einkaufen, weniger essen. Dafür kaufen die Erzeuger ein, die den zusätzlichen Kredit bekommen haben: sie können mehr in ihre Produktionsanlagen investieren, da die Bezieher fester Geldeinkommen weniger konsumieren können. Man hat durch den schöpferischen Kredit einige Gruppen zum „*Sparen*“ gezwungen.

Den Vorteilen dieser produktiven Geldvermehrung steht ein großer Nachteil gegenüber: das „*Zwangssparen*“ kann nicht „*beibehalten*“ werden. Das Sparen hat nur dann produktive Erfolge, wenn es sich nicht um vereinzelt, einmalige Sparakte, sondern um einen ständigen, kontinuierlichen Strom von Spargeldern handelt. Die Ersparnisse eines Monats gehen verloren, wenn nicht Ersparnisse des nächsten Monats die Fortsetzung der durch die ersten Investitionen eingeleiteten produktiven Prozesse ermöglichen. (Erklärung im Kapitel XI.) Das Zwangssparen geht auf Geldvermehrung zurück und seine Beibehaltung bedeutete unendliche Geldvermehrung. Das Zwangssparen ist daher an ziemlich enge Grenzen gebunden; sobald man

bei diesen Grenzen anlangt, bricht eine Krise aus, in der es sich häufig zeigt, daß die Schöpfungen des schöpferischen Kredits Fehlinvestitionen waren, die nicht durchgehalten werden können. Wenn man als „Konjunktur“ jenen Aufschwung des Geschäftslebens bezeichnet, der mittels Vermehrung der Kredite ermöglicht wird, so muß man feststellen, daß es „ewige Konjunkturen“ nicht gibt, daß vielmehr jede Konjunktur (Ankurbelung) früher oder später zusammenbrechen muß.

Eine große Gruppe von Kaufleuten und Bankleitern glaubt, daß eine Vermehrung der Bankkredite niemals böse Folgen hat, wenn man diese Kredite nur durch *Eskontierung* „echter Warenwechsel“ gewährt. Echte Warenwechsel sind die in Wechselform ausgesprochenen Zahlungsverprechen der Warenkäufer an die Warenverkäufer. Man sagt, daß hinter diesem Wechsel eine umgesetzte Ware stehe, so daß die Zahl der Wechsel in strenger Abhängigkeit vom Warenumsatz sei. Richtig ist wohl, daß Kredite, die gegen Warenwechsel gegeben werden, im allgemeinen leichter einbringlich sind als andere Kredite. Die übrigen Eigenschaften, die man dem Warenwechsel oft zugeschrieben hat, haben sich nicht als zutreffend erwiesen. Das Mißverständnis, auf dem der Glaube an den Warenwechsel beruht, macht man sich am leichtesten klar, wenn man an die ganz überspannte Idee der „klassischen Geldschöpfung“ denkt; da wollte ein Bankdirektor ein System vorschlagen, bei welchem für jede erzeugte Ware ein Kredit durch Eskont eines Wechsels mit 90tägiger Laufzeit gewährt wird. Wenn man bedenkt, daß die Geldmenge heute nur einen Bruchteil des Wertes der Gesamtproduktion ausmacht und daß dies selbstverständlich ist, weil doch das Geld „zirkuliert“, also ein und dasselbe Geldstück nacheinander zu vielen Einkäufen verwendet wird,

und wenn man sich nun vorstellt, daß für jedes erzeugte Stück Ware eine Banknote gedruckt werden soll, so begreift man das gewaltige Maß der Inflation, das hinter dem Plane steckt. Es ist unrichtig, daß jedem Stück Ware ein Geldstück „gegenübersteht“, und es ist daher auch unrichtig, jedem Stück *neuerzeugter* Ware ein *neugeschaffenes* Geldstück gegenüberstellen zu wollen.

„Es ist ganz unbedenklich, Kredite gegen kommerzielle Wechsel zu geben, weil der Geldbedarf des Handels beschränkt ist“; dieser Satz ist ganz falsch, weil die Nachfrage nach Kredit vom Zinsfuß abhängt, der für den Kredit verlangt wird. Wenn die Banken den Zinsfuß herabsetzen, so werden mehr Wechsel zum Eskont eingereicht, und wenn sie den Zinsfuß erhöhen, so wird weniger Wechselkredit gesucht. Da gibt es also keinen „natürlichen Geldbedarf“, der nie überschritten werden kann, sondern man kann durch Verbilligung des Kredits die gewaltigsten Inflationen herbeiführen.

Man muß im Auge behalten, daß das neugeschaffene Geld zuerst immer so verwendet wird, als ob es Kapital wäre. Daraus entstehen böse Folgen. Überlegen wir einmal: Ein Mann hat aus seinem Einkommen fleißig zurückgelegt und aus seinen Ersparnissen ein Unternehmen gegründet. Sein Kapital von 30.000 Mark steckt nun zu einem Drittel in der Einrichtung (Anlagen, Maschinen), zu einem weiteren Drittel in Warenvorräten (Rohstoffe, Fertigprodukte) und zum letzten Drittel in Außenständen bei seinen Kunden. Er arbeitet also mit einem Kapital von 30.000 Mark. Nun kommt der Banktheoretiker ans Ruder, der alle Warenwechsel billig eskontiert, d. h. neugedruckte Banknoten hergibt, wenn man ihm Wechsel hinträgt. Unser Geschäftsmann läßt sich von seinen Kunden Wechsel über die 10.000 Mark, die sie ihm schulden, unterschreiben und --

flugs bekommt er 10.000 Mark von der Bank auf den Tisch gezahlt. Dann hört er auch noch auf, seinen Lieferanten bar zu bezahlen, und gibt ihnen für seine Einkäufe Wechsel, die sie sich bei der Bank zu Geld machen — und schon bekommt er wieder 10.000 Mark Kapital frei, die bisher im ausbezahlten Warenlager steckten. Jetzt arbeitet er mit 50.000 Mark Kapital, kann also sein Geschäft um 20.000 Mark erweitern, obwohl weder er noch irgend jemand anderer diese 20.000 Mark erspart hat. Er kauft jetzt um 20.000 Mark mehr, vermutlich produktive Anlagen, zu deren Erzeugung meist selbst wieder Anlagen geschaffen werden müssen, die aber eben nur Absatz haben, solange immer neue Leute kommen, die auf Grund neuer Kredite eine „Expansion“ des Geschäfts vornehmen. Sobald die Kreditausdehnung nicht mehr fortgesetzt wird — und das muß früher oder später der Fall sein — bricht die „Expansion“ der Produktion zusammen und läßt die Unternehmer mit großen Schulden und die Arbeiter ohne Arbeit zurück.

Die Vermehrung der Geld- und Kreditmenge hat also *auf kurze Sicht* eine Besserung, sogar einen Aufschwung der Wirtschaft zur Folge; *in weiterer Sicht* aber steht der Zusammenbruch. Es ist also kurzsichtig, an den Segen der Geldvermehrung zu glauben.

C. SCHWUNDGELD

Wer Waren oder Leistungen verkauft, nimmt Geld dafür entgegen, weil er dieses Geld selbst wieder für Einkäufe verwenden kann. Wenn er gerade nichts einkaufen will, so wird er das empfangene Geld — wenn er es nicht verschenkt — entweder verleihen oder aber zu Hause ein-

sperren. Verschenkt er oder verleiht er das Geld, so werden an seiner Stelle andere Leute, nämlich die Beschenkten oder die Kreditnehmer, die Einkäufe besorgen, auf die er verzichtet. Wenn er aber das Geld vorläufig überhaupt nicht weggibt, sondern irgendwo — im Kasten, im Strumpf oder gar im Keller — aufbewahrt, so wird es nicht zu Einkäufen verwendet. Wenn bisher in einem Lande allwöchentlich 100 Millionen Taler auf dem Warenmarkte ausgegeben wurden und wenn nun plötzlich viele Leute einen Teil ihrer Einkünfte in den Kasten sperren, so können in den nächsten Wochen nicht mehr die ganzen 100 Millionen Taler kaufend auftreten. Die Nachfrage nach Waren ist dann zurückgegangen und manche Erzeuger können durch den Rückgang des Absatzes und durch ein Fallen der Preise zu Schaden kommen. Man spricht dann von einer Zunahme der „gehorteten Geldmenge“ oder von einem Rückgang der umlaufenden Geldmenge (Deflation). Dieser Rückgang der umlaufenden Geldmenge liegt natürlich nicht vor, wenn einige Leute Geld horten, andere aber dafür Geld aus ihren Horten ausgeben. Das ist der Normalfall und wenn die Gesamtmenge in den Horten nicht zunimmt, hat dies keine Wirkung.

Einen gewissen Vorrat von barem Geld, den sie nicht sogleich ausgeben, sondern lieber für unvorhergesehene Zwecke bewahren wollen, haben eigentlich die meisten Menschen. Der eine hat gern in seiner Börse ein paar Geldstücke oder in seiner Briefftasche ein paar Banknoten bei sich, der andere pflegt in einer Lade oder einem Kasten zu Hause eine Geldsumme zu verwahren; die Fabrikkanzleien haben oft in der Kassa das Geld für eine Wochenlöhnung vorbereitet liegen, die Banken müssen stets eine angemessene Barreserve halten; viele Geschäfte haben Kleingeld zum Wechseln in der Kassa, manche Kaufleute sind gern für

Gelegenheitskäufe mit prompter Kassa gerüstet; kurz, die Leute haben einen gewissen Kassenbedarf, der in einem Verhältnis zu ihrem Umsatz oder ihrem Einkommen steht. Dieses Geld, das man als *Kassenvorrat* halten will, gibt man nur gelegentlich aus und trachtet dann, es aus seinen nächsten Einkünften wieder zu ersetzen.

Wenn man plötzlich Angst bekommt, daß das Geld entwertet wird, daß also die Preise steigen werden, so gibt man seinen Geldvorrat geschwind aus, um noch bei den billigen Preisen zu kaufen. Jedermann wird begreifen, daß diese Verringerung der Kassenvorräte und ihre Verwendung zu Einkäufen auf dem Markt genau die gleiche Wirkung hat, wie wenn die Geldmenge vermehrt würde. Die Inflationsangst hat also dadurch, daß sie die Leute veranlaßt, ihre „ruhenden“ Kassenvorräte rasch auszugeben, selbst schon inflationistische Wirkungen.

Die gleiche Wirkung läßt sich erreichen, wenn man den „Wertschwund“ des Geldes auf andere Weise eintreten läßt. Da gibt es Geldreformpläne, die das Geld allwöchentlich oder allmonatlich um einen bestimmten Hundertsatz entwerten lassen wollen, indem man es regelmäßig gegen eine bestimmte Gebühr, die man an den Staat oder die Gemeinde zu entrichten hat, umtauschen oder abstempeln oder mit einer Marke versehen lassen muß. Man kann dies eine *Besteuerung der Kassenvorräte* nennen. Die meisten Leute werden, um dieser Steuer — dem Wertschwund — zu entgehen, ihre Kassenvorräte so stark als möglich verringern. Es wird also bei diesem „Schwundgeld“ oder „Freigeld“ weniger Geld „ruhen“ und mehr Geld „umlaufen“.

Die Wirkung des vermehrten Geldumlaufs ist natürlich nur eine einmalige und keine dauernde. Das ist bei jeder Veränderung der Geldmenge und bei jeder Veränderung der

Kassenvorräte so. Sowohl die Inflation wie die Deflation üben ihre Wirkung nur eine Zeitlang aus, bis sich die Preise der neuen Umlaufsmenge angepaßt haben. Auch der *ständige* Wertschwund des „Schwundgeldes“, der als *dauernder „Umlaufszwang“ des Geldes* wirkt, *hat nur eine einmalige inflatorische Wirkung*: nämlich in der Zeit, in welcher die Leute zu einer geringeren Vorratshaltung von Bargeld übergehen.

Wenn von der bestehenden Geldmenge ein geringerer Teil ruht und ein größerer Teil umläuft, so spricht man von einer Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Die Leute, die eine Vermehrung der Geldmenge verabscheuen, aber eine Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes anstreben, wissen offenbar nicht, daß beides die gleichen Wirkungen hat, und zwar sowohl auf Warenpreise wie auf Zinssätze. Wenn neugedruckte Noten im Kreditwege ausgegeben werden, so vollzieht sich dies unter vorübergehendem Sinken des Zinsfußes — und hat Überinvestitionen zur Folge. Wenn bei Einführung eines Schwundgeldes die Gelder, die aus den verringerten Kassenvorräten „frei“ werden, zunächst zu Krediten verwendet würden, so gäbe es auch eine vorübergehende Zinssenkung mit all den Folgen, die uns aus Kreditinflationen bekannt sind. Von einer *dauernden* Zinssenkung durch die Einführung des Schwundgeldes kann natürlich keine Rede sein. Sobald der durch die störende Zinssenkung ausgelöste Konjunkturzyklus (Aufschwung — Krise — Depression) abgelaufen ist und sich der Preisstand der „neuen Umlaufgeschwindigkeit“ — der verringerten Kassenhaltung — angepaßt hat, wird sich der Zinsfuß wiederum wie früher nach Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt richten.

Die Besteuerung der Kassenvorräte, die im Wesen des Schwundgeldsystems liegt, soll angeblich nicht besonders

hoch sein, da eine solche Steuer als sehr ungerecht angesehen wird. Eine kleine Gruppe der Reformbewegung berücksichtigt dies nicht und will die „Geldsteuer“ so hoch machen, daß alle Staatsausgaben daraus gedeckt werden können. Der reiche Mann mit größtem Einkommen kann es sich leicht einrichten, einen ganz kleinen Bargeldvorrat zu haben; der kleine Geschäftsmann, dem vielleicht nur einige Prozente seines Umsatzes als Verdienst bleiben, muß (seinem Umsatz entsprechend) eine größere Kasse halten. Der Arme hätte also mehr Steuern zu zahlen als der Reiche. — Diese hohe Geldsteuer — bis zu 10% pro Monat — wird allerdings nur von einem Teil der Schwundgeldanhänger empfohlen.

Man hat versucht, die Schwundgeldidee in einigen kleinen Gemeinden zu verwirklichen. Bei der Beurteilung der praktischen Ergebnisse ist man mehreren Verwechslungen zum Opfer gefallen. 1. Man hat Schwundgeld ausgegeben, ohne anderes Geld dafür einzuziehen, d. h. man hat das alte Geld für Kredite verwendet und diese Forderungen als „Deckung“ für das neue Geld bezeichnet. In solchen Fällen trat die Bedeutung des Schwundgeldcharakters völlig zurück neben der Inflationswirkung der Geldvermehrung (Geldverdopplung). 2. Man hat die Schwundgeldscheine der Gemeinde nur gegen Entrichtung einer Gebühr in Landesgeld umgetauscht, dagegen ohne Abzug für Gemeindesteuern in Zahlung genommen. Da ist es ganz natürlich, daß die Kaufleute ihre Eingänge an Gemeindegeld zunächst für Steuerzahlungen verwendeten. Die gebesserten Steuereingänge waren also in solchen Fällen keineswegs verwunderlich. 3. Daß die „Umlaufgeschwindigkeit“ des Gemeindegeldes größer war als die des Landesgeldes, ist nicht erstaunlicher als die Tatsache, daß die Spielmarken am Tisch von Kartenspielern öfter in die gleiche Hand zurückkehren als die Banknoten innerhalb eines ganzen Landes. Je kleiner der Kreis der

Geldgemeinschaft, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß ein bestimmtes Geldstück zur gleichen Person zurückkehrt. In Wahrheit hat das mit dem, was die Theoretiker als Umlaufgeschwindigkeit bezeichnen, gar nichts zu tun.

Der Glaube an die Vorteile des Schwundgeldes ist bei den Anhängern des Systems so unerschütterlich, daß Überzeugungsversuche selten Erfolg haben. In letzter Zeit verweist die Schwundgeldbewegung mit Stolz darauf, daß ein berühmter amerikanischer Nationalökonom auch ihr System empfiehlt. Da besteht allerdings ein Unterschied: während die Freigeldlehre den inflatorischen Charakter dieses Geldsystems entschieden bestreitet, vertritt der Amerikaner das Schwundgeldsystem als besonders wirkungsvolle Inflationsmethode.

D. INDEXWÄHRUNG

Am weitesten verbreitet von allen Währungsreformplänen sind unzweifelhaft jene Vorschläge, die auf eine *Stabilisierung des Preisniveaus* abzielen. Die Vorstellung, daß es ein „Niveau“ der Preise gibt, so wie es einen „Wasserspiegel“ gibt, ist unhaltbar; es gibt in Wahrheit nur eine Unzahl von verschiedenen, sich gegeneinander verschiebenden Einzelpreisen; aber man weiß schon, was gemeint wird: man will, daß der errechnete Durchschnitt aller Preise gleich bleibt. Die *Festhaltung des Preisdurchschnitts* soll das Ziel der Währungspolitik sein.

Man pflegt die Bewegungen der Preise in sogenannten *Indexziffern*, die auf recht verschiedene Methoden errechnet werden können, auszudrücken. Ein kleines Beispiel soll uns eine einfache Indexberechnung klarmachen: Stellen wir uns die Preislisten eines Lebensmittelgeschäfts vor und untersuchen wir die Preisveränderungen innerhalb eines Jahres:

	im ersten Jahr	im zweiten Jahr
1 kg Schweinefleisch . . .	M 1·80	M 1·60
1 „ Ochsenfleisch	„ 2·—	„ 1·90
1 „ Weizenmehl	„ 1·—	„ 1·10
1 „ Grieß	„ 1·—	„ 1·10
1 „ Reis	„ 1·—	„ 1·30
1 „ Kartoffel	„ —·50	„ —·50
1 „ Brot	„ —·70	„ —·70
1 „ Zucker	„ 1·50	„ 1·60
1 „ Salz	„ —·50	„ 1·—
Zusammen	<u>M 10·—</u>	<u>M 10·80</u>

Bei der beobachteten Preisliste liegt eine Preissteigerung von 8% vor, bzw. die Indexziffer hätte sich von 100 auf 108 erhöht. Man kann nun einwenden, daß es nicht gerechtfertigt wäre, in der Preistabelle dem Salz die gleiche Wichtigkeit einzuräumen wie etwa dem Brot. Schließlich braucht doch niemand soviel Salz. Die Preissteigerung des Salzes (etwa die Folge einer Salzsteuer) käme daher in unserer Indexziffer zu stark („mit zu großem Gewicht“) zum Ausdruck. Wenn wir in unsere Preisliste anstatt 1 kg Salz nur 100 g Salz einsetzen, dann ist die Preissumme im ersten Jahr nur M 9·55 und im zweiten Jahr M 9·90. Die Preissteigerung beträgt nach dieser Rechnung bloß 3·66%, der Index wäre von 100 auf 103·66 gestiegen. Es kommt also etwas ganz anderes heraus, wenn man einen „ungewogenen Durchschnitt“ (alle Waren mit gleichem Gewicht) oder einen irgendwie „gewogenen Durchschnitt“ rechnet.

Dieses kleine Beispiel soll genügen, um zu zeigen, daß man sich schwer darüber einigen könnte, wie der Index berechnet werden soll. Man muß jetzt noch bedenken, daß ein und dieselbe Ware oft verschiedene Preise hat a) an verschiedenen Orten eines Landes, b) in verschiedenen Geschäften eines

Ortes, c) an verschiedenen Tagen einer Woche, d) in verschiedenen schwer vergleichbaren Qualitäten, e) verzollt oder unverzollt, verpackt oder unverpackt, einschließlich oder ausschließlich Umsatzsteuer, f) beim Verkauf in großen oder in kleinen Mengen usw. usw.

Es gibt Hunderte verschiedener mathematischer Indexformeln; aber selbst wenn man sich auf eine Formel einigen könnte, so gäbe es doch stets Streit über die Auswahl der Güter oder Leistungen, über die Ermittlung ihrer Preise und über ihre Wichtigkeit. Gegenstand der Stabilisierung ist der *Durchschnitt* der Preise. Der Durchschnitt der Preise bleibt gleich, wenn das Steigen einiger Preise durch das Sinken anderer Preise ausgeglichen wird. Es wäre nun z. B. der Preis der Kartoffeln gestiegen, der Preis von Geflügel aber in gleichem Ausmaß gesunken. Wird der Arme zufrieden sein, wenn der Index unverändert bleibt? Oder eine Preissteigerung von Brot würde durch eine Preisermäßigung von Zinn kompensiert werden. Wird der Konsument den festen Index befriedigt hinnehmen? Oder es fallen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei einem gleichzeitigen Steigen der Preise der Bergbauprodukte. Wird den Agrariern mit einem unveränderten Index gedient sein? Wird nicht in allen diesen Fällen eine Änderung der Indexmethode gefordert werden? Die Indexberechnungsart wird zum Hauptpunkt jedes politischen Programms werden. *Den Geldwert jeder politischen Einflußnahme zu entziehen, galt einst als grundlegende Forderung gesunder Währungspolitik.* Der Index als Kompaß der Währungsmanipulation überläßt das Geldwesen dem Treiben der Interessenpolitik.

Aber auch aus anderen Gründen ist die Indexwährung nicht ungefährlich. Sie steht und fällt mit der Möglichkeit, wirklich die Preise so manipulieren zu können, wie man glaubt. Es ist richtig, daß bei Geldvermehrungen die Preise

meistens steigen und bei Verringerung der Geldmenge sinken. Das genaue Verhältnis, in welchem die Geldmengenänderung auf die Preise wirkt, ist aber nicht angebar. Wie immer man die Währungsmanipulierung auch versuchen wird, es wird ein ewiges Herumprobieren sein und zuweilen wird man die Herrschaft über das „Preisniveau“ vollends verlieren.

Die Technik der Geldschöpfung kennt mehrere Arten:
1. *Regelung der Geldmenge durch die Staatsfinanzen.* Geld wird ausgegeben, indem Staatsausgaben und öffentliche Arbeiten durch neugedrucktes Papiergeld finanziert werden; Geld wird eingezogen, indem Steuern eingehoben und die eingezahlten Gelder vernichtet werden.

2. *Regelung der Geldmenge durch Kreditgewährung.* Geld wird ausgegeben, indem neue Kredite gewährt werden, z. B. Wechsel mit neugedruckten Banknoten eskontiert werden; Geld wird eingezogen, indem Kredite zurückgezogen werden, z. B. die bei der Einlösung fälliger Wechsel eingeflossenen Noten nicht mehr für weitere Wechselkredite verwendet, sondern vernichtet werden.

3. *Regelung der Geldmenge durch Goldein- und -verkauf.* Geld wird ausgegeben, indem Gold eingekauft und von der Notenbank mit neugedruckten Noten bezahlt wird; Geld wird eingezogen, indem die Notenbank Gold verkauft und die dafür erhaltenen Noten vernichtet.

4. *Regelung der Geldmenge durch Devisenein- und -verkauf.* Geld wird ausgegeben, indem ausländische Zahlungsmittel gekauft und von der Notenbank mit neugedruckten Noten bezahlt werden; Geld wird eingezogen, indem die Notenbank ausländische Zahlungsmittel verkauft und die dafür erhaltenen Noten vernichtet.

Wenn man die Festhaltung irgendeiner Indexziffer als das wichtigste Ziel der Währungspolitik betrachtet, muß

man also die Regelung der Geldmenge — abgesehen von der ein wenig verrufenen finanzpolitischen Regelung — durch Hinauf- und Hinuntersetzen des *Diskontsatzes* (Zinsfuß) oder durch Erhöhung und Senkung des *Goldpreises* (Münzfuß, Goldparität) oder Erhöhung und Senkung der *Devisenkurse* versuchen. Die Schwankungen der Goldparität und der Devisenkurse sind somit bei einem solchen System unvermeidlich; das bedeutet für den internationalen Handel eine empfindliche Beeinträchtigung von großer Tragweite. Die Änderung des Zinsfußes ohne Rücksicht auf Kapitalangebot und Kapitalnachfrage führt wieder zu den größten Störungen des ganzen Produktionsaufbaus. Es kann beispielsweise durch die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität der Preisdurchschnitt gesunken sein — d. h. infolge billigerer Produktion kann man mit dem gleichen Geldeinkommen mehr kaufen als früher. Wenn nun die Preisstabilisierer den Preisdurchschnitt wieder auf die alte Höhe bringen wollen und deshalb den Zinsfuß herabsetzen, dann kommt es zu Überinvestitionen und nach einiger Zeit zu einem so argen Kapitalmangel, daß ein Zusammenbruch unvermeidlich ist. Ein nicht geringer Teil der großen amerikanischen Krise der letzten Jahre ist die Folge einer zwecks Stabilisierung des Preisniveaus unternommenen Kreditausweitung.

All diesen großen Nachteilen stehen Vorteile gegenüber, die von den Anhängern der Preisstabilisierung überschätzt werden. Daß der Gläubiger vom Schuldner bei stabilem Preisdurchschnitt immer den gleichen Wert „in Waren“ ausgedrückt zurückerhält, läßt sich, wenn dem Gläubiger daran liegt, viel einfacher dadurch bewerkstelligen, daß er bei der Darlehensgewährung eine Indexklausel vereinbart. Dem Schuldner ist keinesfalls durch die Stabilität des Preisdurchschnitts gedient, denn wenn er ein Erzeuger

einer im Preis gesunkenen Ware ist, so kann er nicht leichter seine Schulden zahlen, wenn andere Preise dem Index zuliebe erhöht wurden. Aber auch den einzelnen Produzenten ist nie damit geholfen, daß ein *Durchschnitt* von Preisen stabil bleibt. Allen und jedem kommt es auf das Verhältnis seiner Verkaufspreise zu seinen Einkaufspreisen an und nicht im geringsten auf den Durchschnitt.

E. DIE SPIELREGELN DER GOLDWÄHRUNG

Wenn es immer nur „Inflation“ oder „Deflation“ wären, durch welche die Preise im Durchschnitt erhöht oder gesenkt werden, dann wäre die Forderung nach Stabilisierung des Preisdurchschnitts berechtigt. In Wirklichkeit sind aber die Preisänderungen nicht nur von seiten des Geldes, sondern auch von der Wareseite her bedingt, und in der Praxis kann man nicht entscheiden, wo die Änderung ihren Ausgang genommen hat. Wenn beispielsweise dank technischer Fortschritte oder dank der Ergiebigkeit der Natur die Produktion verbilligt wird, so sinkt das Preisniveau, ohne daß eine „Deflation“ vorliegt. Vermehrt man jetzt die Geldmenge, um den Preisrückgang wieder wettzumachen, so müßte man gerade dieses Stabilhalten der Preise als inflationistisch bezeichnen. Das haben jene Theoretiker erkannt, die keine Preisstabilität, sondern eine *Neutralität des Geldes* verlangen. Das Geld soll von sich aus keine Veränderungen der Preise und der Produktion hervorrufen, es soll aber auch die natürlichen Veränderungen der Preise und der Produktion nicht aufhalten und nicht stören. Könnte nicht eine *vollkommen unveränderliche Geldmenge* diese Eigenschaft, „neutral“ zu sein, besitzen?

Dies wäre gewiß sehr einfach. Da hätte man nichts anderes zu tun, als die Geldmenge einfach auf ständig

gleicher Höhe zu halten. Ein Land mit einem Notenumlauf von 10 Milliarden Mark dürfte nie mehr und nie weniger als 10 Milliarden Mark im Umlauf haben, gleichgültig ob die Gütererzeugung gestiegen oder gesunken ist! Leider ist es nicht so einfach. Wir haben ja früher schon von der Existenz der Horte und des Kassenbedarfs gesprochen und wissen, daß auch von dieser Seite Veränderungen ausgehen können. Gestiegener Kassenbedarf ließe das Geld nur „neutral“ bleiben, wenn die Geldmenge zufällig zur gleichen Zeit und im gleichen Maß gestiegen wäre. Sinkender Kassenbedarf (Verringerung der „Horte“ und der Barvorräte) würde eine gleichzeitige Außerverkehrsetzung der entsprechenden Geldmenge erfordern. Da man aber die Veränderungen des Kassenbedarfs auf keine Weise praktisch erkennen kann, bleiben solche Überlegungen nur fromme Wünsche.

Also ist weder jene Währungsmanipulation, die auf den stabilen Warenpreisdurchschnitt abzielt, noch jene, die eine absolut stabile Geldmenge sucht, frei von Störungen für den Aufbau der Produktion. Wenn man dieses Ideal nicht erreichen kann, so sucht man ein solches Geldsystem, das wenigstens möglichst viel andere Vorteile hat. Die *Goldwährung*, die sich noch immer sehr vieler Anhänger erfreut, hat verschiedene Vorteile: 1. Die Austauschverhältnisse zwischen dem Geld verschiedener Goldwährungsländer, d. h. die *Devisenkurse sind stabil*. 2. Der Einfluß der *Politik* auf die Währung ist weitgehend *ausgeschaltet*. 3. Die Gefahr *inflationistischer Experimente* ist *verringert*.

Goldwährung besitzt ein Land, dessen *Geld in einem festen Austauschverhältnis zum Gold steht*. Dazu ist es keineswegs notwendig, daß ein Umlauf von Goldmünzen besteht (*Goldumlaufswährung*). Es kann das Gold auch in den Notenbanken liegen (*Goldkernwährung*), ja sogar in

ausländischen Notenbanken, gegen welche man Forderungen besitzt (*Golddevisenwährung*). Das Wesentliche ist, daß man das inländische Geld jederzeit zum festen Kurs in ausländisches Geld umtauschen kann und auch umgekehrt das Geld anderer Goldwährungsländer jederzeit zum festen Kurs in inländisches. Durch diesen Umtausch kommen die Preissysteme aller Goldwährungsländer in eine feste Verbindung: die inländische Kaufkraft kann jederzeit im Ausland, die ausländische im Inland geltend gemacht werden. Dies wird auch immer der Fall sein, wenn die Preise eines Landes sich nicht parallel mit denen der anderen Goldwährungsländer bewegen. Diese Länder treten in ein Kommunikationssystem, das an das physikalische System der kommunizierenden Gefäße erinnert.

Wenn beispielsweise ein Goldwährungsland seine Banknotenmenge durch Kreditgewährung an seine Produzenten erhöht, so entsteht die Tendenz zu einer Preissteigerung, es sinkt die Kauflust *des* Auslands (Exportsenkung) und es steigt die Kauflust *aus dem* Ausland (Importsteigerung). Es wird also inländisches Geld zum Umtausch in Gold oder Auslandsgeld zur Notenbank gebracht werden, deren Gold- und Devisenvorrat (Reserve) auf diese Art geschwächt wird; der inländische Umlauf aber, der durch die Kreditgewährung erhöht worden war, wird durch den Umtausch in Auslandsgeld (Einlösung in Gold) wieder abnehmen. Kurz: das Gold strömt aus den Ländern, die andere Geldschöpfungsmethoden übertreiben, in jene Länder, die das nicht tun. („Schlechtes Geld verdrängt das gute Geld.“ Greshamsches Gesetz.)

Nicht nur, daß *automatisch* durch das Abströmen des Goldes die Umlaufsmenge wieder zurückgeht, sondern es wird das Land durch den Goldverlust auch daran gemahnt, in der Kreditgeldschöpfung zurückhaltender zu sein. Es

kann auf diese Art kein Land isoliert eine inflationistische Politik betreiben, da es sonst Gefahr läuft, seinen Goldschatz zu verlieren. *Solange es anderseits keine anderen Arten der Geldschöpfung befolgt, braucht kein Land zu fürchten, daß es sein Gold verliert.* Das Gold strömt immer vom Land der relativ höheren Preise in die Länder der relativ niedrigeren Preise und durch das Abströmen des Goldes wird auch gleich jener Druck hervorgerufen, der die relative Preiserhöhung wieder beseitigt. Nochmals mit anderen Worten: das Gold strömt aus dem Land, das zuviel Bankkredite gewährt, in die Länder, die damit vorsichtiger sind.

Die Spielregeln der Goldwährung sind also recht einfach. Jedes Land, das „mitspielt“, ist genötigt, sich in seiner Kreditgeldschöpfung nach den anderen zu richten; wer seinen Zinsfuß künstlich ermäßigt und zuviel Kreditgeld (z. B. durch Wechseleskontierung) schafft, verliert Gold und muß geschwind wieder mit dieser freigebigeren Kreditpolitik aufhören, sonst muß er aus dem Spiele ausscheiden, d. h. er verliert alles Gold oder tritt freiwillig aus der Reihe der Goldwährungsländer.

In den letzten Jahren haben einige der Währungspolitiker die Spielregeln anders auslegen wollen. Wenn der Mechanismus der Goldwährungen das Gold aus einem Land ins andere treibt, dann sollte ihrer Ansicht nach nicht das Goldausfuhrland zu einer vorsichtigeren Kreditpolitik (Zinsfußerhöhung) übergehen müssen, sondern das Goldeinfuhrland sollte seinerseits in der Kreditgewährung freigebiger werden. Man sollte sich also nicht mehr nach den zurückhaltenden, sondern nach den großzügigeren Notenbanken richten. Wenn Gold aus England nach Frankreich ströme (bevor noch England den Goldstandard aufgegeben hatte), so hätte nach den alten Regeln in England der Diskontsatz

erhöht werden müssen. England war nicht geneigt, das zu tun, und wollte, daß Frankreich lieber seinen Diskontsatz ermäßige, damit durch eine verstärkte französische Kreditgeldschöpfung der Goldzustrom nach Frankreich zum Stillstand gebracht werde. Diese neuen Spielregeln, die als „Kooperation (Zusammenarbeit) der Notenbanken zur Erleichterung internationaler Kreditinflation“ bezeichnet werden können, sind zweifellos wider den Geist des Goldwährungssystems. Der sogenannte „Kampf um die zu kurze Golddecke“, den die verschiedenen Notenbanken miteinander führten, war gerade eine der wichtigsten Erscheinungen des Goldwährungssystems, weil die einzelnen Notenbanken dadurch zu größerer Vorsicht gegenüber den Lockungen der Kreditausdehnung veranlaßt wurden.

Die Geldmenge ist andererseits beim System des Goldstandards auch nicht ganz starr. Abgesehen von der immerhin noch bestehenden, wenn auch beschränkten, Elastizität des Notenbankkredits, wird die Geldmenge auch durch die *neue Produktion des Goldes* vergrößert. Die Goldproduktion ist gering im Verhältnis zur bereits existierenden Goldmenge. Das ist gerade der Vorteil des Goldes als Währungsgrundlage, daß der Weltvorrat nur um wenige Prozente im Jahr größer wird. Man hat errechnet, daß der Zuwachs lange Zeit hindurch durchschnittlich 3% jährlich betragen hat. Man befürchtete mitunter, daß der Zuwachs — also die Neuproduktion von Gold — geringer werden könnte. Man glaubte, daß die Zunahme der sonstigen Warenerzeugung 3% jährlich betrage und daß es „deflationistisch“ wirke, wenn die Goldproduktion nicht 3% des Goldvorrats erreichte. Diese Befürchtung ist unbegründet. Solange die Goldproduktion ausreicht, den industriellen Goldbedarf — für Zahnplomben, Schmuckstücke usw. — und den neuen Hortungs- und Kassenhaltungsbedarf zu decken, solange

wird kein Gold der Funktion als Umlaufsregler entzogen und solange ist auch von einer störenden Deflation keine Rede. (Vor Preissenkungen infolge von Produktionsverbilligung braucht man sich nicht zu fürchten, da daraus keine Krisen entstehen können.)

Auch die Klagen über die „schlechte“ Goldverteilung sind nicht begründet. Wenn die Länder A, B, C, D und E alle gleich viel Gold besessen und dann A, B und C durch Bankkredite den Zinsfuß künstlich niedriger gehalten hätten, so wäre das Gold nach D und E geströmt. Das Gold ist hernach ungleichmäßig verteilt, aber weitere Folgen hat das nicht. Zurück nach A, B und C ginge das Gold nur, wenn diese Länder eine Deflationspolitik oder wenn D und E mit einer Inflation beginnen würden. Keiner von beiden Wegen hätte Vorteile für die Wirtschaftslage. Die ungleichmäßige Goldverteilung — als bereits vollzogene Tatsache — schadet niemandem, sie verurteilt die goldarmen Banken höchstens zu noch größerer Enthaltbarkeit vor übermäßigen Kreditausdehnungen.

F. DIE DECKUNG DES GELDES

Wir haben bis jetzt zwei Funktionen des Goldes kennengelernt. Es wirkt erstens als Schöpfer neuen Geldes, und zwar nach Maßgabe der Goldproduktion. Daß diese Geldvermehrung durch Goldvermehrung glücklicherweise nur in bescheidenstem Maße vor sich geht, haben wir schon gesagt. (Ein starkes Anwachsen der Golderzeugung durch neue Goldfunde oder billigere Erzeugungsmethoden würde wegen der Inflationsgefahr das Gold als Währungsgrundlage unbrauchbar machen.) Eine zweite Funktion des Goldes ist die Herstellung der internationalen Geldverknüpfung. Durch dieses Kommunikationssystem mit stabilem intervalutari-

schem Umtausch (stabilen Devisenkursen) werden die Preisbewegungen und die Veränderungen der Geldmenge in den verschiedenen Ländern in ein annähernd beständiges Verhältnis gebracht. Das Gold fungiert dabei durch Zu- und Abfließen als Ausgleicher der Geldmengen. (Man sagt oft: als Ausgleicher der Zahlungsbilanz.)

Eine dritte Funktion hat das Gold als *Banknotendeckung*. Vom Sinn der Golddeckung haben viele Leute eine falsche Vorstellung. Sie glauben, daß der Wert des Geldes vom Wert seiner Deckung abgeleitet sei. Das ist aber nicht richtig. Die Golddeckung hat einen ganz anderen Zweck: Sie soll dem Notenbankleiter eine *Grenze für Inflationsabsichten* setzen. Man schreibt ihm zum Beispiel eine Golddeckung von 25% vor. Er darf dann, wenn im Keller der Bank um 250 Millionen Taler Gold liegt, nicht mehr als 1000 Millionen Taler Banknoten ausgeben; es sind 250 Millionen Taler durch Gold gedeckt und 750 Millionen darf er durch Kreditgewährung ausgeben — aber nicht mehr. Die Golddeckung ist nichts anderes als ein praktisches Hindernis für den Leiter der Bank, die Kreditgewährung zu stark auszudehnen.

Der Wert des Geldes ist von der Größe der Golddeckung unabhängig. Stellen wir uns vor, daß beim Notenumlauf von 1000 Millionen Talern und bei einer Deckung von 250 Millionen in Gold eines Nachts die Hezelmännchen kämen und noch 250 Millionen Gold in die Keller der Bank legten. Am nächsten Tag würde man erfreut den Schatz entdecken und konstatieren, daß die Golddeckung von 25% auf 50% gestiegen ist. Wäre nun das umlaufende Geld mehr wert? Gewiß nicht; denn es würde, trotz der geänderten Golddeckung, nach wie vor die gleiche Banknotenmenge von 1000 Millionen umlaufen, und man könnte damit nicht mehr einkaufen als früher. Aber auch umgekehrt würde es dem

Wert der Noten nichts schaden, wenn von den 250 Millionen Gold ein Teil verschwinden würde; denn dann wäre wohl die Golddeckung geringer, aber die Menge der umlaufenden Banknoten — und das ist die Hauptsache — wäre nicht gestiegen und ihr Wert nicht beeinträchtigt. Wenn das Deckungsverhältnis zurückgeht — also etwa von 25% auf 20% —, so muß man unterscheiden, ob dies durch den Rückgang der Goldreserve oder infolge einer Vermehrung der Bankkredite geschehen ist. Daß im letzteren Fall das Geld weniger wert werden kann, hat nichts mit der Deckung, sondern eben nur mit der Geldvermehrung zu tun.

Wer das einmal versteht, der wird nicht in den Fehler verfallen, für die Banknoten alle möglichen anderen Arten der Deckung vorzuschlagen. Da spukt seit Jahrhunderten in manchen Köpfen die Idee, daß man das Geld wertvoller oder wertbeständiger machen könnte, wenn es *durch Grund und Boden sichergestellt* würde. Von solchen Ideen verleitet, kam schon im Jahre 1720 Frankreich zur Inflationskatastrophe des John Law und 1796 während der französischen Revolution zum Zusammenbruch der sogenannten Assignaten. Aber immer wieder tauchen neue Phantasten auf, die ein durch gute Sachwerte gedecktes Papiergeld drucken lassen wollen und dabei glauben, daß diese fabelhafte Deckung — Siedlungshäuser als Notendeckung — eine Entwertung des neuen Geldes verhindern würde.

Davon kann gar keine Rede sein. Jedes Geld wird entwertet, wenn die Umlaufmenge stark vermehrt wird, einerlei wie die Deckung aussieht. Wenn Golddeckung besteht und es wird die Notenmenge übermäßig vermehrt, dann kommen Leute und wollen von der Bank Gold kaufen, um es ins Ausland zu schicken. Die Geldmenge im Inland geht also zurück — weil die Leute das Gold mit Noten bezahlen

müssen — und das Gold strömt ins Ausland. (Dabei wird vorausgesetzt, daß die Notenbank die Noten einlöst. Eine Deckung, die von der Notenbank verwahrt, aber nicht auf Verlangen ans Publikum verkauft wird, also sozusagen nur in der Auslage liegt, erfüllt nicht den Zweck als Umlaufregler.) Wie soll nun beispielsweise eine aus Siedlungshäusern bestehende Deckung die „automatische Verringerung des Umlaufes“ besorgen? Soll man bei der Notenbank für 100 Taler ein Stückchen von einem Siedlungshaus zu kaufen bekommen? Glaubt jemand, daß man damit Auslandszahlungen leisten könnte? Und was geschieht mit dem bedauernswerten Siedler, wenn die Banknoten zur Einlösung präsentiert werden?

Die Notendeckung ist weder die Grundlage des Wertes der Banknoten noch irgendeine Sicherstellung. Sie soll nur eine gewisse Sicherung gegen Vermehrung der Banknoten bilden. Gerade auf die Vermehrung der Geldmenge haben es aber die Herren abgesehen, die uns die fabelhaften Deckungen vorschlagen.

Warum aber soll gerade das Gold die Rolle als Geldmengenregler spielen, warum nicht lieber irgend ein anderes Gut, das für das Leben der Menschen wichtiger ist? Warum beispielsweise nicht das Getreide? Der Getreidevorrat der Welt ist von recht wechselnder Größe; abgesehen von den Schwankungen des Getreidevorrates im Laufe eines Jahres (nach der Ernte ist der Vorrat am größten, um dann bis zur nächsten Ernte ständig abzunehmen) ist auch die Größe der Getreideproduktion ziemlich ungleichmäßig. Sollte die Geldmenge von der Ernte abhängig werden? Stabil wäre dieses Geld weder in seiner Menge noch in seinem Wert. Der Goldvorrat der Welt ist groß, geringfügig die zuwachsende Produktion, noch geringfügiger der Verbrauch an Gold für industrielle Zwecke. Diese verhältnismäßig

stabile Goldmenge macht eben das Gold zur Grundlage des Geldwesens so geeignet.

Beim *Silber* ist es nicht ganz so. Der jährliche Produktionszuwachs läßt starke Steigerungen zu, die industriellen Verwendungen sind reichlicher, die Stabilität des Silbervorrates ist also nicht im gleichen Maße gegeben. Um einer durch verbilligte Silbererzeugungsmethoden drohenden *Silbergeldinflation* zu entgehen, haben in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts fast alle wirtschaftlich entwickelten Länder die Silberwährung aufgegeben; das Silber wurde „demonetisiert“. Wenn es heute noch viele Gruppen gibt, die einer Wiedereinführung der Silberwährung oder einer Doppelwährung das Wort reden, so sind hauptsächlich drei Beweggründe dafür maßgebend: 1. die Interessen der Silberproduzenten; 2. die Inflationsfreundlichkeit; 3. der irrige Glaube an eine allgemeine „Kaufkraftsteigerung“ durch die Kaufkraftsteigerung der Silberländer.

Daß die Silberproduzenten es gerne sähen, wenn die Notenbanken als Käufer von Silber aufträten, ist verständlich, und die Propagandatätigkeit der Interessenten ist sehr groß. Die Silberkäufe der Notenbanken aus allgemeiner Geldvermehrungssucht zu empfehlen, ist weniger vernünftig. Wenn schon Inflation verlangt wird, dann sollte doch in Ländern, die selbst nicht viel Silber produzieren, jeder Inflationist einsehen, daß ihm Kredite der Notenbank mehr einbringen als Silberkäufe der Notenbank. Der Glaube an die Kaufkrafthebung durch die Höherbewertung des Silbers anderer Länder ist noch unverständlicher: Man will den Silberbesitzern für ihr Silber mehr Waren geben als bisher; das ist gleichbedeutend mit einem Geschenk, das man ihnen macht. Wie könnte jemand seine wirtschaftliche Lage verbessern, indem er anderen Leuten einen Teil seines Arbeitsertrages schenkt? Daß man dieses Mißverständnis von der

Kaufkraft der Silberländer nicht allgemein begreift, rührt daher, daß die Exporteure, also die Erzeuger, deren Produkte von den Silberländern bezogen werden, tatsächlich einen relativen Vorteil hätten, da sie in ihrem Land das neue Geld als erste in die Hand bekämen. Den Schaden haben, wie bei jeder anderen Inflation, jene Kreise, deren Leistungen und Erzeugnisse erst später und in geringerem Maße von der Welle der Preiserhöhung erfaßt werden. Im ganzen ist der Schaden des Landes kaum zu übersehen: für die Erhöhung des Umlaufes müßte ein Tribut in Form von Warenlieferungen an die fernen Silberländer geleistet werden. Die Umlaufvermehrung kann man billiger haben. (Allerdings nie kostenlos, da eben anderer Schaden durch Fehlinvestitionen gestiftet wird.)

Wenn das Gold vorläufig als Währungsgrundlage verhältnismäßig am besten geeignet ist, so ist damit nicht gesagt, daß es immer so bleiben müsse. Vielleicht werden einmal billigere Verfahren zur Goldproduktion gefunden; wenn die Goldvorräte der Welt zu leicht vergrößert werden können, dann wird das Gold als Fessel des Geldsystems unbrauchbar und man müßte sich eine andere Fessel suchen. Gegenüber einer „entfesselten Geldschöpfung“ ist jedenfalls Mißtrauen am Platz.

G. WELTGELD UND BINNENWÄHRUNGEN

Von vielen Wirtschaftspraktikern, die den Vorteil eines möglichst unbehinderten Außenhandels hoch einschätzen, wird in Zeiten, in denen die Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel mit Schwierigkeiten verbunden ist, immer wieder die Frage aufgeworfen, warum nicht endlich das *einheitliche Weltgeld* eingeführt wird. Könnte man sich nicht den komplizierten Umtausch eines Währungsgeldes gegen das andere ersparen, wenn alle Länder eine gemein-

same Währung hätten? Wozu Mark und Schillinge, Franken und Dollars, Pfunde und Kronen, Lire und Gulden anstatt eines Einheitsgeldes für die ganze Welt?

Man könnte sich darüber einigen, welcher Stelle die Ausgabe der Weltbanknoten oder der Weltmunzen anvertraut werden soll. Wer aber soll das Geld bekommen, das von einer solchen Weltbank gedruckt wird? Wenn es im Kreditwege ausgegeben werden soll, wie soll dieser Kredit auf alle Länder der Welt aufgeteilt werden? Und vor allem: sollen die einzelnen Länder ganz auf ihre eigenen Notenbankprivilegien verzichten? Wird nicht in jedem Land eine Notenbank für die besonderen Kreditbedürfnisse der eigenen Wirtschaft sorgen wollen? Daß die Staaten sich auf ein Weltgeld einigen, von dem jeder einzelne Staat so viel drucken darf, als er für richtig hält, ist wohl ganz ausgeschlossen. Wenn die einzelnen Länder auf ihren eigenen Kreditschopfungsapparat nicht verzichten wollen, bleibt nur die Möglichkeit, daß die einzelnen Notenbanken ihr Privileg zur Ausgabe von Banknoten behalten, aber in der Ausübung dieses Rechtes irgendwie beschränkt sind, sei es, daß sie ein bestimmtes Verhältnis zwischen ihrem eigenen Umlauf und ihrem Weltgeldvorrat einhalten müssen (Deckungsbestimmungen) oder daß sie sich verpflichten, ihre eigenen Banknoten jederzeit gegen Weltgeld umzutauschen (Einlosungsverpflichtung).

Gibt es Notenbankinstitute in den einzelnen Staaten, so gibt es auch schon wieder den Umtausch von Landesgeld in Weltgeld — also gerade das, was man durch die Einführung der Weltwährung vermeiden wollte. Diese Umwechslung von Landesgeld in Weltgeld wird auch immer gewisse Schwierigkeiten machen, wenn eine Notenbank verhältnismäßig zuviel Kredite gewährt hat. Es ist das nicht anders als bei der Einlösung der Banknoten in Gold oder Golddevisen — denn schließlich war ja das *Gold nichts anderes*

als die Weltwährung. Der Unterschied zwischen der Weltgoldwährung und jener Weltwährung, die von mancher Seite gewünscht wird, ist bloß der, daß die bisher gebräuchlichen Goldwährungen verschiedene Münzfüße anwendeten, während gleiche Münzfüße nur in den Ländern mit „Münzunionen“ üblich waren. Ein Kilogramm Gold war beispielsweise 2790 Reichsmark oder 4723 österreichische Schillinge oder 2480 schwedische Kronen oder 3444 Schweizer Franken oder $136\frac{1}{2}$ englische Pfund usw. Bei einer einheitlichen Goldparität würde man zwischen den verschiedenen Landeswährungen gewiß leichter umrechnen. Allerdings müßten auch dann — infolge der unvermeidlichen Schwankungen im zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr — nicht alle Devisen genau auf 100 stehen, sondern es könnten manche zeitweise auf 99 oder 99·5 und andere wieder auf 100·5 oder 101 stehen. Das Multiplizieren und Dividieren bleibt dem Kaufmann nicht erspart, auch wenn es eine Weltmünze oder Weltnote gibt.

Die Bedeutung der leichten Umtauschbarkeit zwischen Inlandsgeld und Auslandsgeld wird von anderer Seite wieder unterschätzt. Es gibt nicht wenig Politiker, die glauben, daß man sich ausschließlich aus Rücksicht auf die Devisenkurse von Inflation zurückhält, und die deshalb eine „*Binnenwährung*“ vorschlagen, welche von dieser Rücksicht unabhängig wäre. Man muß demgegenüber festhalten: alle Nachteile der Inflation — wie insbesondere die sozialen Wirkungen der Geldwertveränderungen, die volkswirtschaftlichen Verluste durch Fehlrechnungen, die Überinvestitionen, die unfehlbar zur Krise führen usw. — alle diese Nachteile können aus der übermäßigen Vermehrung von Geld und Kredit entstehen, ob man nun von Binnenwährung spricht oder nicht. Wenn die Vorschläge zur Einrichtung einer Binnenwährung davon ausgehen, daß ein solches

System es gestatten würde, ungestraft Geld und Kredit zu vermehren, so beruhen sie auf einem Irrtum. Wenn aber keine Geldvermehrung beabsichtigt wird, wozu braucht man dann das neue Binnenwährungssystem?

Für alle Reformen des Geldwesens gilt der Grundsatz: Niemals schafft das Geld den Reichtum der Volkswirtschaft. Ein schlechtes Geld (also beispielsweise ein Geld, dessen Menge zu schnell zunimmt) kann der Wirtschaft *schaden*, aber ein gutes Geld kann die Wirtschaft an sich *nicht reicher machen*. *Kein wie immer geartetes Geldwesen kann uns Wohlstand und Reichtum sichern*. Aller wirtschaftliche Reichtum entsteht durch vernünftige Arbeit und durch Sparen eines Teiles der Früchte der Arbeit. Das Geld kann dazu nichts beitragen. Weder durch seine Vermehrung oder Verminderung oder gar Abschaffung, noch durch die Beschleunigung oder Verlangsamung seines Umlaufes werden die Möglichkeiten vernünftigen Arbeitens und Sparens vergrößert. Die einzige Forderung, die man an das Geldwesen stellen kann, ist die, die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen möglichst wenig zu stören und die Berechnungen der wirtschaftenden Menschen nicht zu verfälschen. Die vielen Versprechungen mancher Geldreformer sind zu meist bloße Phantasie und bergen nicht bloß die Gefahr inflationistischer Experimente, sondern auch die Gefahr, das wirtschaftspolitische Denken zu verwirren und vom Wesentlichen abzulenken.

ELFTES KAPITEL

SPAREN ODER KONSUMIEREN

„Bevor die Menschen nicht zur Sparsamkeit zurückkehren, kann die Wirtschaft nicht gesunden. *Mehr sparen* ist das dringendste Gebot!“

„Bevor die Menschen nicht zu einer Steigerung ihres Verbrauchs gelangen, kann die Wirtschaft nicht gesunden! *Mehr konsumieren* ist das dringendste Gebot!“

Diese beiden Aussprüche, die den vollkommensten Gegensatz darstellen, den man sich vorstellen kann, werden tagtäglich in dieser oder ähnlicher Form der Bevölkerung der ganzen Welt gepredigt, und die Menschen nicken womöglich zu beiden Weisheiten zustimmend mit dem Kopf. *Sparen* heißt auf Konsummöglichkeiten verzichten, *ist also Nichtkonsumieren*. Entweder konsumieren — oder sparen. Mehr sparen heißt weniger konsumieren, mehr konsumieren heißt weniger sparen. Also muß zumindest eine der beiden Thesen falsch sein.

Es gäbe allerdings noch ein Drittes, dessen Verwirklichung die beiden gegensätzlichen Forderungen vereinbar machen könnte; nämlich: *mehr arbeiten*. Wer mehr arbeitet, kann den erhöhten Arbeitsertrag verzehren, ohne weniger zu sparen; oder er kann den erhöhten Arbeitsertrag sparen, ohne seinen Konsum einzuschränken. So meinen es aber die Leute nicht; die beiden Forderungen beziehen sich nicht auf gesteigerte Arbeitsleistungen, sondern auf die gegebenen Produktionsergebnisse. Innerhalb der gegebenen Arbeitsleistungen und Erzeugungsmengen will die eine Forderung die Spartätigkeit, die andere den Verbrauch gehoben wissen. Es ist also notwendig, dieses Problem zu untersuchen.

A. DAS KAPITAL IN DER PRODUKTION

Man muß sich zunächst der Bedeutung des Sparens im Erzeugungsprozeß bewußt sein. Jedermann weiß, daß beim Erzeugungsprozeß eine große Anzahl von Werkzeugen und Maschinen, Zwischenprodukten und Hilfsmitteln mitwirkt. Alle diese Dinge — die man als *Kapitalgüter* bezeichnet, — wurden in der Vergangenheit hergestellt, um jetzt benutzt werden zu können. Ebenso ist stets ein großer Teil aller unserer Produktionskräfte damit befaßt, nicht etwa Konsumgüter für morgen, sondern wieder Werkzeuge, Maschinen, Zwischenprodukte zu schaffen, die einer viel späteren Zukunft dienen werden. Wir produzieren nur zum geringsten Teil für den sofortigen Genuß, wir leben nicht von der Hand in den Mund, sondern *wir produzieren „auf Umwegen“*, das heißt wir schaffen erst Hilfsmittel für weitere Produktionen, die erst nach vielen Erzeugungsstufen und *nach langer Zeit* die letzten Endes gewünschten Genußmittel liefern werden. Warum tun wir das? Warum nützen wir jetzt die Arbeitsergebnisse vergangener Tage und widmen einen Großteil unserer heutigen Arbeit einer entfernten Zukunft? Weil *die Erzeugung auf solchen Umwegen*, das heißt die Erzeugung unter Verwendung vorerzeugter Hilfsmittel *ergiebig* ist. Je mehr Werkzeuge man verwendet, um so ergiebiger wird die menschliche Arbeit. Aber um die Werkzeuge zu erzeugen, muß man Arbeit der Produktion von „Gegenwartsgütern“ entziehen. Je mehr Werkzeuge man machen will, um so mehr Arbeits- und Naturkräfte muß man der Erzeugung von Gütern für den Konsum von heute, morgen und übermorgen entziehen, und das geht nur, *wenn man auf den entsprechenden Konsum von heute und der nächsten Zeit verzichtet*.

Durch den Verzicht auf Verzehr in der Gegenwart ermöglicht man die Verwendung von Arbeits- und Naturkräften in der Erzeugung von Produktionsmitteln, die in späterer Zukunft ihren Nutzen bringen werden. In der Geldwirtschaft spielt sich dies so ab, daß jemand einen Teil seines Einkommens, anstatt ihn zum Einkauf von Konsummitteln zu verwenden, *spart und „investiert“*, indem er entweder selbst dieses Geld — dieses „*Kapital*“ — für Produktionszwecke verwendet oder indem er es direkt oder durch Vermittlung von Banken oder Sparkassen anderen — sogenannten Unternehmern — leiht, die es für die Produktion von „Zukunftsgütern“ verwenden.

Wenn jemand spart, so verringert sich der Absatz von Konsumgütern, aber es erhöht sich die Nachfrage nach Zwischenprodukten. (Man spricht von einer „Verlängerung der Produktionsumwege“, durch die die Ergiebigkeit wächst.) Es werden infolge des Sparakts weniger Arbeiter zur Erzeugung von Genußgütern beschäftigt werden, jedoch mehr Arbeiter zur Erzeugung von Produktionsmitteln und Zwischenprodukten. Das ersparte Geld geht nicht der Wirtschaft verloren, sondern es wird zu einer besonders fruchtbringenden Umstellung der Erzeugung verwendet. Sparen und Verwendung des Gesparten im Produktionsprozeß nennt man *Kapitalbildung*.

Wenn man dank der Kapitalbildung vergangener Zeiten bereits mit einer reichlichen Ausstattung von Werkzeugen und Produktionsanlagen arbeitet, kann man den erreichten Versorgungsstand nur beibehalten, indem man alle abgenutzten und verbrauchten Kapitalgüter ersetzt und nachschafft. Man spricht dabei von *Kapitalerhaltung*. Ein großer Teil der verfügbaren Produktivkräfte muß stets der Erhaltung des vorhandenen Sachkapitals dienen. Würde man von diesen Produktivkräften einen Teil im Dienst der

Erzeugung von Konsumgütern für die nähere und nächste Zukunft verwenden wollen, so wäre die Kapitalerhaltung nicht mehr möglich. In der Geldwirtschaft muß der Benutzer des Sachkapitals von dem Gelderlös aus dem Verkauf seiner Produkte einen Teil zurücklegen und der Erhaltung des Kapitals widmen. Man nennt dies die *Amortisation des Kapitals* und diesem Zwecke dienen die „Abschreibungen“ oder „Erneuerungsrücklagen“, die von der Buchhaltung der Unternehmungen gemacht werden. Wenn nicht genügend amortisiert wird, wenn also zuviel vom Geldertrag der Produktion zum Kauf von Konsumgütern verwendet wird, liegt *Kapitalaufzehrung* vor. Diese hat alsbald eine Verschlechterung der Produktionsausrüstung und damit eine Verringerung der Versorgungsmöglichkeiten zur Folge. Außerdem bringt die Kapitalaufzehrung eine Störung des Erzeugungsprozesses mit sich, weil in der Stufenfolge der Produktion eine Unterbrechung eintritt. (Schrumpfung des Produktionsprozesses, Verkürzung der Produktionsumwege.)

Wenn jedermann plötzlich einen größeren Teil der ihm zur Verfügung stehenden Geldbeträge für einen gesteigerten Verbrauch verwendet, ist dies nicht anders möglich als dadurch, daß er weniger Gelder als sonst in den Erzeugungsbetrieben „arbeiten“ läßt. Er zieht Gelder aus der Produktion heraus; so nennt man den Sachverhalt, daß er vom Gelderlös der verkauften Produkte nun weniger wieder in den Betrieb hineinstecken kann. Dies bedeutet aber, daß er selbst weniger Arbeiter im Betrieb beschäftigt oder weniger Zwischenprodukte kauft, für deren Erzeugung künftig weniger Arbeiter beschäftigt werden. Die Verringerung der Wiederinvestierung — als Folge des Mehrverbrauchs — führt zu einer Stockung in den Produktionsstufen, denen das Kapital entzogen wird.

Wenn es jederzeit möglich wäre, die Produktion rasch und verlustlos so umzustellen, wie es die Güternachfrage erfordert, brächte die Kapitalaufzehrung wohl eine Verschlechterung des künftigen Versorgungsstandes mit sich, sie würde aber nicht auch eine Störung des Produktionsprozesses verursachen. Aus technischen Gründen ist es aber nicht möglich, aus Hochöfen und Walzwerken plötzlich Filmapparate und Grammophone zu machen. Die Steigerung der für den Verbrauch gewidmeten Einkommensteile — also die Verringerung der für Investitionen und Wiederinvestitionen verfügbaren Geldmittel („Kapitaldisposition“) — führt zu Absatzstockungen, Arbeitslosigkeit und Verlusten in den „konsumfernen“ Produktionsstufen und entwertet („verzehrt“) das dort angelegte Kapital. Die Konsumsteigerung führt zu einer Verringerung des Angebots an flüssigem Kapital — d. h. an zur Investition verfügbaren Geldmitteln — und dieser relative Kapitalmangel bringt die Absatzkrise in den Kapitalgüterproduktionen mit sich. Dadurch werden die Produktionsanlagen zum Stillstehen gezwungen und entwertet. Sie sind dann kein Sachkapital mehr, denn sie sind ja bei der neuen Gestaltung der Nachfrage keine verwendbaren, ertragbringenden Glieder des Produktionsaufbaus. *Wenn es an flüssigem Kapital fehlt — wenn es an der Widmung neuer Geldeinkommen für die Zukunft fehlt — so verlieren auch die bestehenden Anlagen ihren Kapitalcharakter.* Die wertvollsten Kapitalanlagen sind dann nur noch Anhäufungen von alten Ziegeln und altem Eisen. Das Bestehen vieler stillgelegter Erzeugungsstätten, kalter Schornsteine, ausgestorbener Arbeitssäle ist zumeist Anzeichen einer fortgeschrittenen Kapitalaufzehrung; die Steigerung oder Aufrechterhaltung des Konsums in einem Maße, das die Bereitstellung flüssigen Kapitals nicht mehr so reichlich gestattete,

wie es zum Fortbetrieb des Erzeugungsapparates erforderlich gewesen wäre, hat das Fortbestehen der Anlagen als volkswirtschaftliches Produktivkapital verhindert.

B. DAS FLÜSSIGE KAPITAL

Zwei Mißverständnisse beherrschen die Diskussion über die Kapitalversorgung der Wirtschaft und stehen dem Erfassen der Zusammenhänge im Wege. Ein Mißverständnis liegt darin, daß man glaubt, *alle Produktionswerkzeuge* seien Kapital, das andere liegt darin, daß man glaubt, *alles Geld* sei Kapital. Das erste führt dazu, daß man den Kapitalmangel nicht begreift, wenn man doch die vielen technisch aufs beste eingerichteten und nicht voll ausgenutzten Fabriken vor sich sieht, das zweite führt dazu, daß man dem Kapitalmangel abhelfen will, indem man neues Geld druckt.

Die Folge dieser Mißverständnisse ist es, daß man häufig dem Unternehmer an Stelle von Spargeldern neu geschaffene Bankkredite zum Zwecke von Investitionen zur Verfügung stellt — Inflationkapital — und daß damit Produktionsanlagen — Sachkapital — geschaffen werden, die sich bald als Fehlinvestitionen erweisen. Die gedruckten Geldscheine und die mit ihrer Hilfe gebauten Fabriken ermöglichen wohl die Einschlagung, aber nicht das Zuendegehen längerer Produktionsumwege, ermöglichen also nicht den dauernden Aufbau einer weitausgreifenden Produktion. Das könnte nur durch wirkliche Kapitalbildung erfolgen: durch Widmung von Einkommensteilen, die sonst dem Verzehr gedient hätten, zum Abwarten der Früchte, die erst in ferner Zukunft anfallen. Nur der *Konsumverzicht* ermöglicht es, auf die Beendigung neubegonnener Produktionen zu warten. Und nur solange man weiter

„wartet“ und nicht vorzeitigen Verzehr verlangt, sind die Produktionsanlagen Sachkapital. Darum haben manche Forscher „Warten“ als Funktion des Kapitals bezeichnet.

Wenn in einem Bergwerk Erz zu Tage gefördert wird, wie lange dauert es, bis die darin investierte Arbeit einen Konsumakt ermöglicht? Wenn aus dem Erz Eisen wird und das Eisen zu einer Maschine wird und die Maschine — sagen wir, es sei eine Drehbank — jahraus, jahrein andere Maschinen formen hilft und diese Maschinen wieder andere Zwischenprodukte erzeugen, aus denen in stufenweiser Verarbeitung und Nutzung allmählich Konsumgüter heranreifen, wenn dabei einige dieser Maschinen auf lange Lebensdauer berechnet sind, ihren Nutzen also selbst schon auf viele Jahre verteilen — Welch lange Wartezeit ist da vonnöten, bis aus dem Investitionsakt die Konsumakte hervorgehen! Hätte da der erste, der auf Grund seines Nichtkonsums, bzw. seiner Konsumeinschränkung die lange Kette der Erzeugung ermöglicht hat, seine Kaufkraft lieber zur Befriedigung von Konsumbedürfnissen verwendet, so hätte der ganze Produktionsaufbau mit der Nutzbarmachung technischer Errungenschaften nicht zustande kommen können.

Die stufenweise erfolgende, zeitraubende Erzeugung erfordert aber nicht etwa bloß einen einmaligen Akt der Investition, sondern sie erfordert die immer wiederkehrende neuerliche Festlegung flüssigen Kapitals. Wenn ein Unternehmer sein Zwischenprodukt an einen anderen Unternehmer verkauft, so kann ihm das nur gelingen, weil dieser andere Unternehmer flüssiges Kapital — aus eigenen oder fremden Mitteln — investiert; aber auch der erste wird den erhaltenen Erlös neuerlich zur Erzeugung weiterer Mengen von Zwischenprodukten verwenden müssen; täte er es nicht, sei es, daß er selbst das ganze Geld aufzehrt,

sei es, daß es ihm jemand — vielleicht das Steueramt — für Zwecke des Verzehrs wegnimmt, so könnte er die Produktion nicht mehr fortsetzen. So ist in jeder Periode die Investition — also der Nichtkonsum — einer großen Kaufkraftmenge notwendig, und nur solange diese immer neu zur Verfügung gestellten Kaufkraftmengen nicht geringer werden, ist die Aufrechterhaltung der Produktion in unverringertem Ausmaß möglich. Nimmt einmal die Investitionskaufkraft zugunsten der Konsumkaufkraft ab, so muß in der Stufenfolge der Erzeugung eine Störung eintreten. (Darum muß auch jede Inflationskonjunktur zusammenbrechen, sobald die Vermehrung des Geldes für Investitionszwecke aufhört.)

Ein großer Teil der Störungen der letzten Jahre geht auf solche Kaufkraftverschiebungen — auf die Verschiebung von Investitionskaufkraft in Konsumkaufkraft — zurück. Verschwendung seitens vieler Unternehmer, Erhöhung der Steuern seitens der Staaten und Erhöhung der Löhne seitens der Gewerkschaften haben die Investitionskaufkraft zugunsten der Konsumkaufkraft geschwächt. *Es wurde Kapital aufgezehrt.* Die Störungen und Verluste in der Kapitalgüterproduktion haben dann schwerwiegende Folgen gehabt; die Schrumpfung der Produktion erzwingt schließlich auch den Rückgang des Konsums. Je länger aber der relative Überkonsum — die Kapitalaufzehrung — andauert hat, um so stärker müßte nachher die Konsumeinschränkung sein, um es zu ermöglichen, den Produktionsapparat wieder in der seinerzeitigen „Umwegsdauer“ auszunützen. (Diese Zusammenhänge gehören zu den schwierigsten Kapiteln der Volkswirtschaftslehre; nur wenige ringen sich zur vollkommenen Beherrschung dieser Materie durch.)

C. ANREGUNG DER PRODUKTION DURCH ERHÖHTE NACHFRAGE

Die meisten Leute stellen sich den Verlauf der Dinge ungefähr so vor: „Wenn die Bevölkerung sich mehr Schuhe und mehr Hemden kauft als bisher, so werden die Schuhfabriken mehr Schuhmaschinen und die Textilfabriken mehr Webstühle und Spindeln aufstellen, und die Maschinenfabriken werden infolge der besseren Beschäftigung ihre Einrichtung vergrößern — und so pflanzt sich die Nachfragesteigerung in alle Gebiete der Volkswirtschaft fort.“ Diese Überlegung enthält zwei grundlegende Fehler. Der erste Fehler gehört der falschen Kaufkrafttheorie an. Er besteht darin, daß schon der Ausgangspunkt — die Nachfragesteigerung nach Schuhen und Hemden — ganz einseitig verfolgt wird: wenn nämlich die Nachfrage nach einem Produkt steigt, so muß die Nachfrage nach anderen Produkten zurückgegangen sein. Jeder Pfennig, der mehr auf Schuhe und Hemden losgeht, muß andere Waren entzogen werden. Dazu kommt aber der zweite Fehler, und der ist der eigentliche Fehler des Nichtverstehens der Lehre vom Kapital.

Wenn nämlich der Schuhfabrikant einen so großen Absatz hat, daß er neue Schuhmaschinen aufstellen *möchte*, so ist damit noch nicht gesagt, daß er sie auch anschaffen *kann*. Dazu braucht er nämlich nicht bloß den Absatz — sondern auch das *Kapital*. (Man denke an den Ausspruch vieler Geschäftsleute: „Ich könnte ja ganz gute Geschäfte machen, aber mir fehlt das Kapital!“) Bei flottestem Verkauf seiner Hemdenstoffe kann der Textilfabrikant keine neuen Maschinen bestellen, wenn ihm das Kapital dazu fehlt. Vielleicht leiht es ihm der Maschinenfabrikant, sofern dieser es beschaffen kann. Wollte der Maschinenfabrikant nicht nur den Textilisten die Maschinen kredi-

tieren, sondern gar selbst noch seine Fabrikseinrichtung vergrößern, so brauchte er um so mehr Kapital. Und alles dieses Kapital — gibt es nur, wenn gespart wurde; sparen heißt aber: nicht verbrauchen. Sprachen wir aber nicht von einer Steigerung des Verbrauchs? Also steht nicht *mehr*, sondern *weniger Kapital* zur Verfügung und der flotteste Absatz der Konsumgüter schafft nie und nimmer die erwünschten Kapitalgüter herbei.

Einer der wichtigsten Grundsätze der Volkswirtschaftslehre ist der Satz, daß jede Mark oder jeder Schilling *nur einmal* zur gleichen Zeit ausgegeben werden kann. Man kann niemals Konsumgüter *und* Kapitalgüter, sondern nur Konsumgüter *oder* Kapitalgüter mittels einer bestimmten Kaufkraftmenge einkaufen. Könnten nicht vielleicht nacheinander diese beiden Einkäufe mittels desselben Geldstücks bewerkstelligt werden? Das Geld, das der Schuhfabrikant für die verkauften Schuhe eingenommen hat, braucht er dazu, um seine Arbeiter zu entlohnen, um das Leder zu bezahlen und um seine alten abgenutzten Maschinen instand zu halten. Wenn ihm vielleicht darüber hinaus, weil er billig produziert, etwas vom Verkaufserlös übrig bleibt, dann kann er, wenn er sparsam ist und darauf verzichtet, seine Gewinne aufzuzehren, nach Jahr und Tag das Kapital zusammengespart haben, um sich die Maschinen zu kaufen. Das hängt eben wieder davon ab, ob er auf Konsummöglichkeiten verzichten will.

Man darf niemals glauben, daß, wenn der eine nicht spart, sondern Konsumgüter kauft, der andere, nämlich der Konsumgütererzeuger, diese Sparmöglichkeiten hat. Der erste, der die Überlegung anstellt, ob er 100 Mark sparen oder aufzehren soll, könnte für die ganzen 100 Mark Kapital bilden. Der zweite, der die 100 Mark durch Verkauf der erzeugten Konsumartikel bekommt und dabei vielleicht

5 oder 10 Mark verdient, hat bestenfalls die Möglichkeit diese 5 oder 10 Mark zu sparen. Mit jedem Konsumakt ist also die entsprechend vorhanden gewesene Kapitalbildungsmöglichkeit endgültig vorbei.

Es werden nun einige vielleicht fragen, ob denn der Mensch wirtschaftet, um zu konsumieren oder um Kapital zu bilden? Gewiß ist Deckung der Bedürfnisse das letzte Ziel des Wirtschaftens. Wir wollen kein Asketentum predigen und auch nicht sagen, was die Menschen tun *sollen* und was nicht; unsere Aufgabe ist es nur, irrige Ansichten richtigzustellen, und dazu gehört es auch, daß wir feststellen, daß die Steigerung der konsumtiven Geldausgaben *nicht* dazu führt, den Produktionsapparat, den wir zur Verfügung haben, *besser* auszunützen. Das Gegenteil trifft zu; da der bestehende Produktionsapparat auf eine Erzeugung zugeschnitten ist, die sehr weit in die Zukunft reicht, wird die Ausnützung dieses Apparates eher ermöglicht, wenn durch Verzicht auf Gegenwartskonsum das flüssige Kapital zur Finanzierung (zum Abwarten) der Zukunftsproduktion bereitgestellt wird.

D. SPAREN OHNE INVESTIEREN

Kapitalbildung besteht aus Sparen und Investieren: an Stelle von Konsumgütern werden Kapitalgüter gekauft. Wenn man Investitionen ermöglicht, ohne daß gespart wird (beispielsweise durch Bankkredit), so daß also mehr Kapitalgüter gekauft werden, aber auf keine Konsumgüter verzichtet wird, so liegt *Inflation* vor. Wenn man spart, ohne zu investieren, wenn also weniger Konsumgüter, aber nicht mehr Kapitalgüter nachgefragt werden, so liegt *Deflation* vor. Deflation ist in den letzten Jahren sicherlich in einigen Ländern vorgekommen. Die Leute haben das gesparte Geld nicht investiert, sondern gehortet. Manche ließen das Bar-

geld oder Gold bei sich zu Hause liegen, manche brachten es mit dem Recht jederzeitiger Abhebung in die Banken, die sich nicht trauten, dieses Geld für Investitionen weiterzuleihen.

Die Deflation durch Hortung von Bargeld und Bankdepositen ist eine unangenehme Begleiterscheinung der Vertrauenskrise. Zur Bekämpfung der Deflation begannen einige nach einer entsprechenden Kreditausweitung (Reflation), andere nach einer Verringerung der Spartätigkeit zu rufen. So begreiflich diese beiden Forderungen auch sind, zu einer Überwindung der Schwierigkeiten können sie nicht verhelfen.

Die Reflation ist nicht leicht durchzuführen. Zunächst finden sich nicht recht die guten Kreditnehmer für die angebotenen kurzfristigen Kredite — denn man hat zu böse Erfahrungen damit gemacht. Dann kann die Reflation jederzeit in Inflation umschlagen, da die gehorteten Beträge ja bei nächster Gelegenheit wieder auf den Markt kommen können. Überdies schiebt die Krediterleichterung die Überwindung mancher Hindernisse der Rückkehr geordneter Zustände hinaus: sie verzögert die Abstoßung großer Lager und verlängert die Aufrechterhaltung unangemessener Lohnsätze.

Mit der Propaganda gegen das Sparen schüttet man das Kind mit dem Bade aus. Da die meisten Länder durch Kapitalaufzehrung in Not geraten sind, ist *ohne Kapitalbildung eine Besserung der Verhältnisse nicht möglich*. Wenn man, weil auch manche Spargelder gehortet werden, auf die Kapitalbildung überhaupt verzichten wollte, so würde man darauf verzichten, jene Produktionsanlagen wieder auszunützen, die den Menschen ein besseres Auskommen ermöglicht haben und wieder ermöglichen könnten. Die Angst, daß die Leute so lange horten, bis der letzte

Pfennig aus dem Verkehr verschwunden ist, kann doch nicht ernst genommen werden. Es wäre mit der Hortung nie so weit gekommen, wie es heute ist, wenn die Staaten nicht durch die Vielfalt ihrer „Rettungsmaßnahmen“ das Vertrauen in die Kapitalsanlagen so schwer erschüttert hätten. Geldvermehrung und Antisparbewegung können all das nur noch schlechter machen.

ZWÖLFTES KAPITEL

BESCHRÄNKUNG ODER BESCHLEUNIGUNG DES TECHNISCHEN FORTSCHRITTS

Naturkräfte und Arbeitskräfte werden zur Erzeugung nützlicher Dinge verwendet. Dabei geht man jeweils nach einer bestimmten *Technik* vor. Fortschritte in der Technik haben es im Laufe der Jahrhunderte möglich gemacht, daß man bei gleichem Arbeitsaufwand eine größere Gütermenge oder bestimmte Produktionserfolge mit geringerem Aufwand erzielte. Die Techniker zeigen die gangbaren Wege und *es ist Sache der Wirtschaft, zwischen den bekannten technischen Möglichkeiten die Auswahl zu treffen.*

Manchmal findet die Technik Methoden, die die Erzeugung eines bestimmten Produktes mit einem geringeren Aufwand an irgend einem Kostenbestandteil gestatten, ohne daß man mehr von anderen Kostenbestandteilen benötigt: man kann also etwas ersparen, ohne neue Werkzeuge oder mehr Zeit oder mehr von irgendetwas aufwenden zu müssen. In solchen Fällen bedarf es keiner langen Überlegung, um festzustellen, daß das neue Verfahren rationeller (vernünftiger) ist. Anders aber ist es, wenn die neue technische Methode von einem Mittel weniger, von anderen aber mehr erfordert. Man hat beispielsweise für ein Produkt bisher 2 A und 3 B und 5 C gebraucht und jetzt gäbe es ein neues Rezept, das 2 A und 4 B und 2 C vorschreibt; da weiß man nicht gleich, ob die neue Erzeugungsart vernünftiger ist. Man hat der Ersparnis von 3 C einen Mehraufwand von 1 B entgegenzuhalten. Ob die Durchführung

der neuen Technik rationell ist, kann nur *in wirtschaftlicher Überlegung* entschieden werden. Die Marktpreise sind es, die in unserem Wirtschaftssystem verschiedene Güter und Leistungen miteinander vergleichbar machen.

Technische Fortschritte, welche Ersparnisse ohne irgendwelchen Mehraufwand an anderen Dingen erzielen lassen, sind eigentlich selten. Die meisten technischen Errungenschaften bringen Ersparnisse an Arbeit und Material nur bei stärkerer Mitwirkung des Kapitals. Die arbeitsparenden Erfindungen beziehen sich in der Mehrzahl der Fälle auf die Einführung neuer Werkzeuge oder neuer Maschinen. Ob eine Erfindung, die Arbeitskraft spart, aber dafür mehr Kapital beansprucht, immer wirtschaftlich rationell ist, hängt von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt einerseits, auf dem Kapitalmarkt andererseits ab. Das Problem der „Rationalisierung“ ist diesen Zusammenhängen unterworfen.

A. RATIONALISIERUNG

Verbesserungen der Produktionstechnik können auf Verbesserungen der Qualität des Produktes oder auf eine Verbilligung der Herstellung abzielen. Die Verbilligung wird durch sparsamere Verwendung irgendwelcher Kostenfaktoren ermöglicht. Stellen wir uns vor, eine neue Erfindung in der chemischen Industrie erspare die Verwendung kostspieliger Apparate und Einrichtungen; wo bisher teure Anlagen erforderlich waren, da benötigte man nunmehr bloß einige billige Geräte, und der Produktionsprozeß würde bedeutend abgekürzt werden können. Durch die ersparte Erneuerung und durch anderweitige Verwendung der Anlagen und durch die kürzere Erzeugungsdauer wird Geldkapital erspart. *Was geschieht mit diesem freigebliebenen Kapital?* Es steht zu anderen Zwecken zur

Verfügung, und zwar wird infolge der verringerten Kapitalnachfrage der Zinsfuß sinken, so daß sich jetzt ein anderer Unternehmer die Aufnahme von Kapital leisten kann, — ein Unternehmer, der sich die vermehrte Kapitalverwendung beim höheren Zinsfuß nicht leisten konnte.

Das war ein Beispiel einer *kapitalsparenden* Erfindung. Nun ein Beispiel einer *arbeitsparenden* Erfindung. Die Bauarbeiter mußten sich früher nach jedem Ziegel bücken, um die auf dem Fußboden liegenden Ziegelsteine aufzuheben. Die neue Methode besteht darin, daß die Ziegel nicht mehr auf dem Boden verstreut liegen, sondern daß der Arbeiter zunächst die Ziegel so aufeinanderschichtet, daß die obersten Steine in Arbeitshöhe liegen. Durch den ersparten Zeitverlust des Bückens — es ist dies ein bekanntes Musterbeispiel der „wissenschaftlichen Arbeitsweise“, des Taylorismus — werden viele Bauarbeiter erspart. Was geschieht mit den *freigesetzten Arbeitern*? Sie können anderweitig verwendet werden, und zwar dann, wenn infolge der verringerten Nachfrage nach Arbeitskraft der Arbeitslohn sinkt, so daß jetzt ein anderer Unternehmer die Aufnahme von mehr Arbeitern rentabel findet, — ein Unternehmer, dem sich der erhöhte Arbeiterstand beim höheren Lohnsatz nicht rentiert hätte.

Bei der *kapitalsparenden* Erfindung und bei der *arbeitsparenden* Erfindung kommt es also ganz gleichartig zu einer Freisetzung der bisher verwendeten „Produktionsfaktoren“. Das freigesetzte Kapital wird bei einer *Zinssenkung*, die freigesetzte Arbeitskraft bei einer *Lohnsenkung* wieder beschäftigt. Das Sinken des Zinsfußes kann bei einem Rückgang der Kapitalnachfrage nicht ausbleiben, da die Kapitalisten für ihr Kapital lieber weniger als gar nichts nehmen; d. h. wenn ein Kapitalbesitzer sein Geld nicht zu 6% unterbringen kann, wird er es in der Regel

— Sicherheit der Anlage vorausgesetzt — lieber zu 5% oder 5½% herleihen, als es zinsenlos liegen zu lassen. Das Sinken des Arbeitslohns bei einem Rückgang der Nachfrage nach Arbeitern kann jedoch verhindert werden, beispielsweise durch öffentliche oder private Arbeitslosenunterstützung oder durch das Wirken der Gewerkschaften; in solchen Fällen bleiben die ersparten Arbeiter möglicherweise unbeschäftigt.

Es gibt Arten des technischen Fortschritts, bei denen man nicht gleich erkennen kann, ob sie arbeitsparend sind oder nicht. Auch gibt es „bodensparende“ Erfindungen, die das Einkommen der Grundbesitzer verringern. Stellen wir uns vor, eine neuerfundene Heizungstechnik gestatte die bessere Ausnutzung der Kohle. Was wird erspart? Unmittelbar natürlich Kohle. Es kann nun sein, daß die Kohle, die von den bisherigen Verbrauchern erspart wird, künftig jemand beziehen kann, der sie sich bisher nicht leisten konnte. Oder es kann sein, daß der Kohlenbedarf sinkt und dadurch Kohlenarbeiter erspart und die Bergwerke in geringerem Maße ausgenützt werden. Die Kohlenersparnis ist dann einerseits eine Verringerung der Bergwerksrente — die Besitzer der Bergwerke verdienen weniger — andererseits eine Arbeitersparnis — die abgebauten Kohlenarbeiter stehen für andere Dienste zur Verfügung. Daß sie für andere Leistungen zur Verfügung stehen, kann nur so in Erscheinung treten, daß sie sich zu einem billigeren Preis (Lohnsatz) anbieten. Ist dies nicht der Fall, so bleiben sie zum Teil arbeitslos.

Kann das zum normalen Funktionieren eines Wirtschaftsystems gehören, daß der Segen einer arbeitsparenden Erfindung in einer Lohnsenkung zum Ausdruck kommt? Wer genießt denn dann die Vorteile des technischen Fortschritts? Diese Frage muß sofort aufgeworfen werden. Die Antwort

ist: *der Konsument hat den Vorteil.* Wenn die ersparten Arbeitskräfte zu neuen oder erweiterten Produktionen Verwendung finden, so ist damit die bessere Versorgung der Bevölkerung gesichert: die verbilligten Waren stehen dann den Konsumenten in größerer Fülle zur Verfügung als bisher. *Jeder Arbeiter ist auch Konsument.* Sein „Reallohn“, d. h. die Gütermenge, die er sich für seinen Lohn anschaffen kann, kann auch steigen, wenn der „Nominallohn“, d. h. der in Geldeinheiten ausgedrückte Arbeitslohn, gefallen ist. (Wenn gleichzeitig mit der Einführung der arbeitsparenden Technik durch rasche Kapitalbildung der Bevölkerung der Zinsfuß gesunken ist, dann mag sogar die Senkung der Geldlöhne vermieden werden können, ohne daß Dauerarbeitslosigkeit entsteht.)

Die Behauptung, daß der Konsument der Nutznießer des technischen Fortschritts sei, ist zum Teil an die Voraussetzung geknüpft, daß die verbilligt hergestellten Waren auch zu billigeren Preisen verkauft werden. Trifft diese Voraussetzung zu? Sie muß nicht zutreffen, wenn der Unternehmer ein „Monopol“ hat, wenn er also vor der Konkurrenz geschützt ist. Der Monopolist kann ja die Ersparnis selbst einstecken, ohne sie durch Ermäßigung seiner Verkaufspreise dem Publikum zugute kommen zu lassen. Er kann beispielsweise durch die neue Erfindung 100 Arbeiter ersparen und genau soviel erzeugen wie bisher. Da er keine Konkurrenten zu fürchten hat, hält er seine alten Preise aufrecht, und niemand anderer als er selbst ist der Nutznießer der technischen Errungenschaft, die von den 100 Arbeitern mit Arbeitslosigkeit oder gesenktem Lohn gebüßt werden muß. Beschränkungen der Konkurrenz zum Schutze der einzelnen Erzeuger bewirken, daß der Fortschritt der Technik keinen oder nur einen geringen Fortschritt des Volkswohlstandes zur Folge hat.

B. DIE TECHNOLOGISCHE ARBEITSLOSIGKEIT

Nicht selten trifft man auf den Vorschlag, die Anwendung arbeitsparender Maschinen zu verbieten oder durch Einführung von Maschinensteuern zu erschweren. Ja es sind Stimmen laut geworden, die den technischen Fortschritt geradezu als Fluch für die Menschheit und die Rationalisierung als Ursache des Massenelends bezeichneten. Diese Irrmeinung rührt daher, daß manche Leute fälschlich an die Schneeballenwirkung der Arbeitslosigkeit glauben. Sie denken etwa folgendermaßen: „Der Unternehmer hat rationalisiert und 100 Arbeiter abgebaut. Die 100 Arbeiter haben früher durch ihre Einkäufe 100 andere Arbeiter beschäftigt und diese haben wieder weiteren Arbeitern Beschäftigung gebracht. So bewirkt der erste (primäre) Arbeiterabbau eine abgeleitete (sekundäre) Arbeitslosigkeit“. Wo steckt der Fehler dieser Überlegung? Es liegt wieder einmal die falsche „Kaufkrafttheorie“ vor, die die Kaufkraftkette bloß einseitig nach einer Richtung verfolgt, und daher übersieht, daß die Kaufkraft, die den abgebauten Arbeitern fehlt, jemand anderer bekommen hat; beispielsweise jener Monopolist, der den Rationalisierungsgewinn eingesteckt hat. Der Unternehmer, der es sich erspart, den Arbeitern, die er abgebaut hat, Löhne auszubezahlen, wird dieses Geld selbst irgendwie verwenden. Wenn die Arbeiter Brot gekauft und damit die Bäcker beschäftigt hätten, so wird der Monopolgewinner vielleicht jetzt Kuchen kaufen und damit die gleichen Bäcker beschäftigen; was immer er kauft, immer wird er irgendwelche Arbeiter damit in Gang setzen; und wenn er seinen Reingewinn spart und anlegt, so wird an seiner Stelle der Kreditnehmer das Geld ausgeben. Damit ist nicht gesagt, daß diese Tatsache über den Abbau der ersten Arbeiter trösten kann, aber jedenfalls ist soviel gewiß, daß eine

automatische Schneeballenwirkung — eine kumulative Wirkung — der Arbeitslosigkeit nicht besteht.

Es gibt drei Haupttypen der Rationalisierungsgewinner. Da ist zunächst der *Monopolist*, den wir schon besprochen haben. Er steckt den ersparten Arbeitslohn ein und läßt seine Verkaufspreise unverändert. Die Abgebauten finden nur bei gesenkten Löhnen neue Arbeit, ansonsten bleiben sie arbeitslos. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, daß die noch in Arbeit verbliebenen *Arbeiter* durch gewerkschaftliche Mittel eine Lohnerhöhung durchsetzen. Dann stecken eben die weiterbeschäftigten Arbeiter die an den abgebauten ersparten Löhne ein. Die Warenpreise bleiben unverändert und die Abgebauten finden nur bei gesenkten Löhnen neue Arbeit; ansonsten bleiben sie arbeitslos. Die dritte Möglichkeit ist, daß weder Monopolisten in Form einer Gewinnerhöhung noch Arbeiter in Form einer Lohnerhöhung die ersparten Löhne für sich behalten, sondern daß die Ersparnis zu einer Verbilligung der Verkaufspreise verwendet wird und somit den *Konsumenten* zugute kommt. In diesem Falle werden die Konsumenten *bei billigeren Preisen mehr Waren* einkaufen können und zur Erzeugung dieser Waren werden neue Arbeiter benötigt. In diesem Falle ist es möglich, daß ein Teil der Abgebauten sogar ohne Lohnsenkung wieder unterkommt.

Die durch die Rationalisierung ermöglichte *Freisetzung von Arbeitern* kann also gleichzeitig eine *Preissenkung* und durch die folgende Produktionssteigerung eine *Wiederaufsaugung* (Resorption) *der Arbeiter* ermöglichen. Dies ist das berühmte „Kompensationsargument“, mit welchem man seit bald 150 Jahren erklärt, wie die durch Maschinenarbeit verdrängten Arbeiter durch die „kompensatorische“ (d. h. als Gegengewicht wirkende) Produktionserweiterung neue Arbeitsplätze finden. Diese Überlegung ist im großen

und ganzen richtig. Es ist ja auch geschichtlich immer so gekommen, daß die Einführung der Maschinen und die Fortschritte der Technik nicht zu einer zunehmenden „technologischen Arbeitslosigkeit“ geführt, sondern immer ein Wachstum der Produktion und sogar eine Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter mit sich gebracht haben.

Ist vielleicht in modernen Zeiten die Preissenkung mit ihrer günstigen Wirkung auf die Nachfrage nach Produkten und nach Arbeitskraft ganz in Wegfall gekommen? Soweit die Konkurrenz der Unternehmer künstlich beschränkt wurde, sind tatsächlich viele Preise starr geworden. Man darf das auch nicht überschätzen. Manche aber gehen gar so weit, zu behaupten, daß die Unternehmer heute ganz anders wären als früher: sie konkurrieren angeblich nicht mehr um gesteigerten Umsatz, sondern ziehen hohe Preise bei geringem Umsatz vor. Soweit es sich um ungeschützte Erzeugungszweige handelt, ist das so ziemlich ausgeschlossen. Stellen wir uns vor, daß in einer Branche 20 Unternehmer tätig sind, von denen die meisten tatsächlich die Rationalisierungsgewinne einstecken möchten, ohne ihre Produktion zu erhöhen; wenn nur einige unter ihnen Geschäftsgeist und „Profitgier“ haben, werden sie den Gewinn noch vergrößern und dazu einen größeren Kundenkreis an sich ziehen wollen, indem sie die Preise etwas herabsetzen. Die Konkurrenten, die doch gleichfalls billiger produzieren, werden sich gegen den Verlust ihrer Kunden wehren, indem auch sie die Preise herabsetzen. Dem Preiskampf fällt der Rationalisierungsgewinn zum Opfer. Auf diese Art bewirkt die Konkurrenz, daß die Erzeugnisse billiger werden, daß also der technische Fortschritt dem Publikum zugute kommt.

Wenn die Bevölkerung früher 10 Mark für diese Ware bezahlt hatte, die jetzt um 9 Mark zu haben ist, so bleibt

den Käufern etwas Geld übrig. Sie können es dazu verwenden, von der gleichen Ware etwas mehr oder irgend eine andere Ware zu kaufen. Jedenfalls steigt dadurch die Nachfrage nach den einen oder anderen Produkten, und von den Arbeitern, die durch die technische Rationalisierung abgebaut wurden, finden einige oder in besonders günstigen Fällen alle wieder Arbeit.

Eine gewisse *Beweglichkeit der Löhne* ist allerdings auch für das Funktionieren dieses Mechanismus erforderlich. Wenn auch die Senkung des Lohnniveaus bei voller Auswirkung des Kompensationsmechanismus nicht eintreten muß, so ist doch zumeist die Beweglichkeit der Arbeiter von einem Erwerbszweig zu einem anderen und die Elastizität der Lohnsätze in den einzelnen Gruppen notwendig. Wenn diese fehlt, dann ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich. Kommt dazu noch durch Konkurrenzbeschränkungen die Starrheit mancher Preise oder durch die Politik der Gewerkschaften eine „künstliche“ Lohnsteigerung in manchen Arbeitszweigen, — also eine empfindliche Behinderung des Funktionierens der Marktwirtschaft — dann muß es im Gefolge der Rationalisierung zu Dauerarbeitslosigkeit kommen.

C. FEHLRATIONALISIERUNG

Die Voraussetzungen, unter denen die Rationalisierung Dauerarbeitslosigkeit zur Folge hat, sind Starrheit der Löhne (durch öffentliche oder private Arbeitslosenunterstützung sowie durch Gewerkschaftspolitik) und Starrheit der Preise (durch Beschränkung der Konkurrenz mittels Zöllen, Kartellen, Gewerbesperren). Wer behauptet, daß im „kapitalistischen“ Wirtschaftssystem der technische Fortschritt Arbeitslosigkeit mit sich bringe, der hält Eingriffe zur planmäßigen Beeinflussung der Löhne und Preise für

Wesensmerkmale des kapitalistischen Systems. Im Gegensatz dazu muß man doch gerade die Marktwirtschaft ohne planmäßige Beeinflussung (also ohne Starrheit) der Löhne und Preise als kapitalistisches System bezeichnen.

Es ist aber nicht zu leugnen, daß bei jenem System, das man gewöhnlich als „interventionistisches“ bezeichnet, die Rationalisierung leicht zur Fehlrationalisierung werden kann. Wenn der Unternehmer beispielsweise kalkuliert, daß die Einführung einer arbeitsparenden Methode rentabel ist, und wenn er demgemäß Arbeiter abbaut, und wenn dann von Staats wegen die Unternehmer besteuert werden, um die abgebauten Arbeiter zu erhalten, so kann diese Rationalisierung mit Recht als *Fehlrationalisierung* bezeichnet werden. Da die Steuer auch Grenzbetriebe treffen muß, das heißt Betriebe, die an der Grenze der Rentabilität stehen, wird die Fortführung dieser Betriebe unmöglich und neue Arbeitslose treten in die Reihe der Unterstützungsempfänger. Da ist man tatsächlich bei einer Art von sekundärer Arbeitslosigkeit, bei einer Schraube ohne Ende: Arbeiterabbau — Steuererhöhung — Arbeiterabbau — Steuererhöhung...

Was ist der Sinn der Tatsache, daß in der kapitalistischen Wirtschaft ein Gut einen bestimmten *Preis* hat? Der Sinn liegt darin, daß von den in beschränkter Zahl vorhandenen Gütern durch die Höhe des Preises die Verwendung des Gutes für die ertragreichsten Zwecke gewährleistet wird. Der Sinn eines Preises von 100 Pfennig für eine Arbeitsstunde bestimmter Art liegt darin, die vorhandenen Arbeiter für solche Leistungen zu reservieren, die im Tausche mindestens 100 Pfennige wert sind, also die Verwendung der Arbeiter für solche Leistungen, die bloß 99 Pfennige wert sind, unerschwinglich zu machen. Was ist nun der *Sinn der Ersparnis*? Der Sinn besteht darin, daß es dank der

fortgeschrittenen Technik möglich ist, auch solche Verwendungen mit Arbeitskraft zu betreiben, die bisher davon ausgeschlossen waren. Es kann also infolge der arbeitssparenden Methoden auch Arbeit für die bisherige 99-Pfennig-Kategorie verwendet werden. Wenn man anstatt dessen die von der 100-Pfennig-Kategorie freigesetzte Arbeitskraft gar nicht verwendet, wird die *Ersparnis sinnlos*.

Der technische Fortschritt führt demnach in einem System starrer Arbeitslöhne zur *Fehlrationalisierung*. Aber auch ohne neue technische Erfindungen kommt es zu Fehlrationisierungen, wenn durch politische oder gewerkschaftliche Mittel die Arbeitslöhne höher, als sie sich bei freiem Arbeitsmarkt herausbilden würden, festgesetzt werden. *Menschenarbeit und Maschinenarbeit sind ja in weitem Umfange vertretbar*, das heißt man kann die eine durch die andere ersetzen. Es hängt von der Höhe des Zinsfußes und der Höhe des Arbeitslohnes ab, ob für gewisse Verrichtungen Menschenhände oder Maschinen verwendet werden. Je höher der Lohn und je niedriger der Zins, um so mehr Menschenarbeit wird durch Maschinen ersetzt; je billiger die Arbeitskraft und je teurer das Kapital, um so weniger einträglich ist die Maschinisierung.

Wenn es beispielsweise eine Maschine gibt, die die Arbeit von 10 Männern überflüssig machen kann, so weiß jeder Unternehmer, daß er durch Anschaffung der Maschine Arbeitslohn erspart, aber dafür Zinsen für das erforderliche Kapital und Rücklagen für die Abnutzung der Maschine kalkulieren muß. Die 10 Arbeiter kosten bei einem Lohnsatz von 1 Mark pro Stunde an den 300 achtstündigen Arbeitstagen des Jahres 24.000 Mark jährlich. Wenn die Maschine 164.000 Mark kostet, so erfordert die Amortisation bei vermutlich 10jähriger Lebensdauer 16.400 Mark und die Verzinsung bei einem Zinsfuß von 5% 8.200

Mark jährlich; das sind zusammen 24.600 Mark, also mehr als die Arbeiter kosten. Da kann der Techniker noch so begeistert sein, der kaufmännische Leiter wird die Maschine nicht bestellen. Wenn nun die Gewerkschaft eine bescheidene Lohnerhöhung, sagen wir um 3%, durchsetzt, so sind nicht mehr 24.000 Mark, sondern 24.720 Mark Arbeitslohn zu ersparen; der Vergleich fällt jetzt zugunsten der Maschine aus. Die Rationalisierung, die infolge der Lohnerhöhung vorgenommen wird, ist nicht nur mit einem Abbau der ersparten Arbeiter, sondern auch mit einer erhöhten Nachfrage nach flüssigem Kapital verbunden, und es kommt somit auch zu einer Verteuerung des Kredits. Beim erhöhten Zinsfuß erweisen sich viele Investitionen als *Fehl-rationalisierung*.

Die gleiche Wirkung kann auch dadurch zustande kommen, daß der Zinsfuß künstlich — also ohne daß mehr Sparkapital gebildet worden wäre — ermäßigt wird. *Der Antrieb zur Rationalisierung kann eben von einer Zinsfuß-senkung oder von einer Lohnerhöhung oder vom technischen Fortschritt ausgehen. Zur Fehl-rationalisierung kommt es, wenn die Zins- oder Lohnänderungen nicht den Markt-verhältnissen entsprechen.*

Die große Rationalisierungsepoche vom Ende des großen Krieges bis zum Anfang der großen Krise stand unter der Einwirkung aller drei der erwähnten Triebkräfte: der *Zinsfuß* wurde künstlich — insbesondere durch die Kreditpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika — niedrig gehalten, die *Arbeitslöhne* wurden künstlich — durch das Wirken der Gewerkschaften und durch die Sozialpolitik der meisten Staaten — hochgehalten und *Erfindungen verbesserter Produktionsmethoden* und technische Neuerungen aller Art gab es in fast allen Zweigen der Produktion. Sa kam es zu einem Rationalisierungstaumel sonder-

gleichen und in dem Elend der darauffolgenden Krise verbreitete sich dann das Mißverständnis, daß im privatkapitalistischen System jede Rationalisierung zur Fehl-rationalisierung und jeder technische Fortschritt zur Krisenursache werde.

D. TECHNOKRATIE

„Es geht uns so schlecht, weil wir den technischen Fortschritt zu *schnell* ausgenützt haben“, lautet die eine Ansicht, mit deren Widerlegung wir uns in den ersten Abschnitten dieses Kapitels befaßt haben. „Es geht uns so schlecht, weil wir den technischen Fortschritt zu *langsam* ausnützen“, lautet eine gegenteilige Ansicht, die auch nicht richtiger ist, und die wir jetzt überdenken wollen. Während die Vertreter der ersten Ansicht vorschlagen, man solle die Einführung technischer Neuerungen verbieten oder zumindest erschweren, klagen die anderen darüber, welche ungeheuren Vorteile uns entgehen, weil die schönsten technischen Möglichkeiten ungenützt bleiben. Daß hauptsächlich Techniker Vertreter der letzteren Ansicht sind, ist gewiß nicht verwunderlich; seit jeher waren die Techniker unzufrieden, weil die Wirtschaft sich ihrer Aufbau- und Umbaupläne in zu geringem Maße bediente.

In Büchern und Schriften führen nun die Techniker dem Publikum vor, zu welchem Reichtum, zu welchem Leben in Wohlergehen und Müßiggang die Menschen kommen könnten, wenn sie sich alle Errungenschaften der Technik zunutze machen wollten. In diesen Büchern wird nicht mit Ziffern und genauen Berechnungen gespart und alle diese Pläne imponieren den Lesern sehr. Die *Herrschaft der Technik* über das Wirtschaftsleben soll beginnen: die *Technokratie*.

Der Hauptschlager der Technokraten ist die Behaup-

tung, daß infolge des technischen Fortschritts eine viel reichlichere Versorgung der Menschen bei stark gekürzter Arbeitszeit gesichert wäre. Die Versorgung wäre zehnmal so reichlich als heute und dafür wäre bei den uns heute zur Verfügung stehenden Mitteln bloß die Arbeit eines Teils der Menschen in einer Sechzehnstundenwoche erforderlich. Produktion und Verteilung müßten *planmäßig* besorgt werden und von großer Bedeutung soll dabei die Abschaffung des heutigen Geldsystems und die Einführung der „Erg-Währung“ sein, durch die die *Energierrechnung* zur alleinigen Geltung gebracht werden soll.

Worin liegt der elementare Irrtum aller derartigen technischen Phantasien? In der Unkenntnis der *Funktion des Kapitals*. Der Techniker beherrscht die Rechnung mit Energien und Kalorien, mit Gewichten und Geschwindigkeiten, Spannungen und Festigkeit — aber die Kapitalrechnung bleibt ihm fremd. Daß die wunderbarsten Erfindungen der Ingenieure oft jahrelang, ja manche für immer unausgenützt bleiben, erscheint jenen als Mangel des heutigen Wirtschaftssystems, denen die Begrenztheit des Kapitalangebots nicht verständlich ist. Jeder Industrielle kennt die Diskussionen mit den Betriebstechnikern, die ungläubig oder enttäuscht die Köpfe schütteln, wenn die schönsten „Verbesserungsvorschläge“ und die besten Investitionspläne als unrentabel abgelehnt werden müssen. Hier könnte Arbeitszeit, dort Material erspart werden, einmal die Lebensdauer, das andere Mal die Qualität einer Anlage oder eines Produktes verbessert werden — und doch wird die Neuerung unterlassen, weil Amortisations- und Zinsfußrechnungen oder Liquiditätserwägungen das wirtschaftliche Ergebnis ganz anders gestalten als das physisch-technische Resultat.

Zinsfuß und Liquidität, beide unentbehrlich für die Be-

urteilung der Möglichkeiten der Kapitalverwendung, lassen sich einzig und allein in der Geldrechnung berücksichtigen. Gerade die Geldrechnung wollen aber die Technokraten abschaffen. In eine „Energierrechnung“ lassen sich Kapital und Kapitalzins nicht einsetzen. Ist es doch gerade eine Funktion der Geldrechnung, so verschiedenartige Aufwendungen wie Kapital, Arbeit und Naturgaben auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Niemals läßt sich Kapital in Energien ausdrücken. Die Energien, die den Menschen in ihrer Arbeitskraft und in den Naturkräften, sowie in den daraus geschaffenen Werkzeugen und technischen Anlagen zur Verfügung stehen, lassen sich auf beliebig viele Arten verwerten. Aus einer gegebenen Energiemenge können durchaus verschiedene Resultate gewonnen werden, deren Nutzen für die Menschen — trotz des gleichen Energieaufwands — durchaus verschieden ist. *Rechenbar* wird dies erst in einer *Geldwirtschaft* und zur Vergleichbarkeit von Nutzleistungen in verschiedenen Zeitpunkten verhilft die *Kapitalrechnung*. Der Verzicht auf Kapitalrechnung bedeutet den Verzicht auf Anwendung der wirtschaftlichen Vernunft und müßte binnen kurzem zur Vergeudung der verfügbaren Kräfte und zur völligen Verelendung führen.

Fast alle technischen Errungenschaften bedürfen zu ihrer Verwirklichung der Beistellung von Kapital. Die größte Erfindung muß solange auf dem Papier bleiben, als nicht genug Kapital dafür da ist. Der Laie kann sich das nicht gut klar machen, wenn er die große Volkswirtschaft vor Augen hat: „Wenn man kein Kapital hat, borgt man es sich eben aus. Wenn zu wenig Geld da ist, muß man neues drucken.“ Um diese Trugschlüsse zu vermeiden, stellt man sich am besten einen Naturaltausch ohne Geldumlauf und eine „geschlossene Wirtschaft“ vor, die sich von keinem Außenstehenden etwas ausborgen kann. Stellen wir uns

also vor, wir wären auf eine Insel ausgewandert und betreiben dort eine Landwirtschaft; außer uns gäbe es nur noch arme Eingeborene, die weder über die technischen Kenntnisse noch über solche Werkzeuge verfügen wie wir. Einer von uns ist Techniker und kennt großartige Erfindungen: eine Holzhackmaschine, die uns das umständliche Aufspalten des Brennholzes ersparen könnte, eine Wasserpumpe, die uns das mühevoll Heranschaffen des Wassers abnehmen könnte, einen Mähdrescher, der das Getreide mähen und gleichzeitig dreschen, eine Transportanlage, die uns das zeitraubende Lastentragen ersparen, einen Aufzug, der uns des Stiegensteigens entheben könnte, Heizanlagen, die mit einem Bruchteil des sonst nötigen Brennstoffmaterials auskommen, Nähmaschinen, die das Kleidermachen erleichtern, Waschmaschinen, Trocknungsanlagen usw., kurz alle möglichen Dinge, die uns das Leben sehr angenehm gestalten könnten; wir müßten viel weniger arbeiten und könnten viel mehr genießen.

Die Insel biete uns alle Rohstoffe, die man haben möchte; Arbeitskräfte gäbe es in Überfülle, denn die armen Eingeborenen möchten uns gerne ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, wenn wir ihnen zu essen gäben. Werden wir nun, wo die Natur so freigebig ihre Gaben spendet, unser technisches Wissen verwerten und schleunigst die Maschinen und Werkzeuge und Anlagen schaffen können, die die Techniker für uns erdacht haben? Es ist nicht möglich. Solange wir die schöne Kapitalausrüstung noch nicht haben, müssen wir dazu sehen, unter Einsetzung aller unserer Kräfte unseren bloßen Lebensunterhalt zu gewinnen. Wir können die armen Eingeborenen nicht mit Investitionsarbeiten beschäftigen, denn wir haben ja nicht die Unterhaltsmittel, um sie zu ernähren. Wir können auch uns nicht damit beschäftigen, solange wir unser ganzes

Tagewerk der Deckung der Tagesbedürfnisse widmen müssen. Die Rohstoffe sind da, die Arbeitskräfte sind da — es fehlt das Kapital, das heißt es fehlt die Möglichkeit, Produktivkräfte von der Versorgung der nächsten Zukunft abzuziehen und der Versorgung einer entfernten Zukunft zuzuwenden. Der größte technische Fortschritt ist bloß Gedankenspielerlei, solange das Kapital zur Durchführung der Investitionen fehlt. Und das Kapital kann man weder von heute auf morgen, noch von diesem aufs nächste Jahr beschaffen: das Kapital wird allmählich durch Verzicht auf gegenwärtige Konsummöglichkeiten gebildet. Da heißt es, geduldig zuwarten und emsig sparen, bis es in schrittweisem Aufbau möglich wird, die Ideen der Techniker in Wirklichkeit umzusetzen.

E. TECHNISCHER FORTSCHRITT UND ARBEITSZEIT

Viele Leute können sich die segensreichen Wirkungen des technischen Fortschritts nicht anders vorstellen als im *Wenigerarbeitenmüssen*. Diese Leute vergessen, daß die Menschen außer Essen, Wohnen, Schlafen und Spazierengehen noch *andere Bedürfnisse* haben. Wenn wir die Mittel für unsere Ernährung und Wohnung dank der Technik und der Kapitalbildung in kürzerer Arbeitszeit gewinnen können, so müssen wir nicht unbedingt mehr Zeit in Muße verbringen (kürzer gesagt: mehr faulenz), sondern wir können die „ersparte“ Arbeitszeit zur Befriedigung anderer, neuer Bedürfnisse verwerten. Die Theorie, daß jedem technischen Fortschritt eine Verkürzung der Arbeitszeit parallel gehen müsse, ist ganz verfehlt.

Unbefriedigte Bedürfnisse hat fast jeder von uns. Jeder von uns wird mit dem Geld etwas anzufangen wissen, das ihm übrigbleibt, wenn er seine gewöhnlichen Einkäufe —

dank der verbesserten Produktionstechnik — billiger besorgen kann als bisher. Indem wir dieses erübrigte Geld für irgendwelche Dinge ausgeben, die wir uns bisher nicht leisten konnten, disponieren wir über jene Arbeitszeit, die durch die neue Technik freigesetzt wurde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist da nicht geboten.

Einige von uns werden sich, wenn sie die Waren billiger einkaufen können, vielleicht sagen: „Jetzt kommen wir auch mit einem geringeren Einkommen aus, da werden wir uns weniger plagen; ab morgen werden wir nur noch 6 Stunden täglich arbeiten.“ Das ist durchaus begreiflich; es ist eben *eine* der möglichen Arten, den technischen Fortschritt auszuwerten. Diese Art der Auswertung führt zu einer *Verringerung des Angebots von Arbeitskräften* — niemals aber zu Arbeitslosigkeit! Arbeitslosigkeit entsteht bei Vergrößerung des Angebots oder Verringerung der Nachfrage nach Arbeitskraft. Hier liegt das Gegenteil vor. Es bieten sich weniger Arbeiter den Unternehmern an als bisher.

Wieweit der technische Fortschritt eine Verkürzung der Arbeitszeit bedingt, kommt in einer durch *ausreichende Einkommen* veranlaßten Verringerung des Angebots von Arbeitskraft zum Ausdruck. Arbeitslosigkeit ist dagegen die Tatsache, daß Leute mit *unzureichendem Einkommen* arbeiten wollen und ihnen keine entsprechende Nachfrage nach Arbeitskraft gegenübersteht. Das ist etwas ganz anderes.

DREIZEHNTE KAPITEL

EINSCHRÄNKUNG DER KONKURRENZ

„Die Konkurrenz richtet uns zugrunde!“ Diese Klage kann man in Krisenzeiten alle Tage von den Geschäftsleuten, Gewerbetreibenden und Industriellen hören. Die Konkurrenten „verderben“ die Preise, „verschlechtern“ die Verkaufsbedingungen, verwöhnen die Käufer, verursachen Überproduktion. In Zeiten, da man noch mehr das Interesse der Konsumenten im Auge hatte, hat man vorgezogen zu sagen, daß die Käufer dank der Konkurrenz der Lieferanten billiger, bequemer, besser und reichlicher versorgt werden. Heute aber fordert man vom Staate, daß er die „hemmungslose Konkurrenz“ verbiete oder beschränke.

Die Beschränkungen der Konkurrenz aus dem Auslande füllen einen großen Teil der Wirtschaftspolitik aus. Wir haben darüber im VIII. und IX. Kapitel nachgedacht. Der Einschränkung der Konkurrenz zwischen inländischen Erzeugern sind aber auch eine große Zahl staatlicher Maßnahmen gewidmet. Diese sollen uns jetzt beschäftigen.

A. BEHÖRDLICHE PREISFESTSETZUNG

Die Konkurrenz müsse ihre Grenzen haben, sagen die Unternehmer, die überzeugt sind, daß jeder von ihnen ein *„Recht auf auskömmliche Preise“* habe. Sie verlangen daher, daß der Staat die Unterbietung bestimmter Preise strenge untersage. Wer die behördliche Verordnung von Mindestpreisen fordert, vergißt:

1. daß ein Preis, der für einen Unternehmer nicht mehr „auskömmlich“ ist, für einen anderen Unternehmer noch ganz ausreichend sein kann,

2. daß ein nicht auskömmlicher Preis die wichtige Aufgabe hat, ein relativ übergroßes Angebot automatisch zur Einschränkung zu bringen,

3. daß Mindestpreise, die höher sind als die Preise, die sich auf freiem Markt herausbilden, auf die Dauer zu unhaltbaren Zuständen führen.

Die Selbstkosten eines Erzeugnisses sind bei verschiedenen Erzeugern nicht gleich hoch. Wenn man Preise fordert, die *die Selbstkosten decken*, so muß man fragen, *wessen* Selbstkosten gedeckt werden sollen. Soll beispielsweise der Preis für Getreide die Selbstkosten des Grundbesitzers im Flachland oder die des Gebirgsbauern decken? Der Getreidebau kostet auf gutem Boden viel weniger als auf steinigem Grund, auf welligem Gelände mehr als auf ebenem, auf sonnigen, gut bewässerten Äckern weniger als auf schattigen und trockenen Böden. Soll der Preis den Getreidebau auf Feldern bis zu 600 Meter Seehöhe oder auch bis zu 1200 Meter Seehöhe decken? Auch noch höher droben im Gebirge kann Getreide gedeihen — es ist eben nur noch teurer! In Österreich reicht beispielsweise ein Getreidepreis von 20 Schilling aus, um die Selbstkosten in den besonders fruchtbaren Gegenden zu decken, anderseits würde ein Preis von 50 Schilling noch nicht ausreichen, um soviel österreichisches Getreide zu produzieren, wie verbraucht wird. Die Forderung nach Preisen, die die Selbstkosten decken, ist daher so vieldeutig, daß sie zu einem leeren Schlagwort wird.

Die Verschiedenheit der Erzeugungskosten ist in der Landwirtschaft und im Bergbau zwar größer als in der Industrie und im Gewerbe, aber auch dort ist es prinzipiell

nicht anders. Es gibt eine ganze Skala von verschiedenen hohen Erzeugungskosten und es hängt dann von der Nachfrage ab, welche Erzeuger noch konkurrenzfähig sind und welche es nicht mehr sind.

Es kann vorkommen, daß die Preise unter die allerniedrigsten Selbstkosten sinken, so daß kein einziger Erzeuger auf seine Kosten kommt. Nach Eröffnung einer Eisenbahnlinie kommt gewiß kein einziger der ehemaligen Pferdefuhrwerker auf dieser Strecke auf seine Rechnung. Ihr Angebot entspricht eben nicht mehr dem Bedarf — darüber hilft kein Mitleid hinweg. Wenn sich die Nachfrage von einem Produkt abgewendet hat, so wird der Preis so niedrig, daß die Kosten nicht mehr gedeckt werden können. Dies soll dazu führen, daß die Erzeugung dieses Artikels eingestellt oder eingeschränkt wird. Gesetzliche Mindestpreise können da keine Hilfe, sondern bloß Verwirrung bringen.

Mitunter steigt das Angebot eines Artikels so stark, daß der Preis zeitweise unter die Kosten der billigsten Erzeuger sinkt. Erst wenn infolge des „schlechten“ Preise einige Produzenten aufgehört haben, weiterzuerzeugen — und zwar werden die teuersten Produktionsstätten aufgelassen —, kann der Preis wieder so weit steigen, daß die übrig gebliebenen auf ihre Kosten kommen. Wenn man in der Übergangszeit Mindestpreise verfügt, kommt es zu einem heillosen Wirrwarr: es wird bei den über den Marktpreisen festgesetzten Preisen — man nennt sie „Preistaxen“ — viel mehr von dieser Ware erzeugt, als abgesetzt werden kann, und das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wird noch ärger. Es sammeln sich unverkäufliche Lager an und nach einiger Zeit muß dann der Preis erst recht noch viel tiefer sinken, wenn sich nicht der Staat entschließt, unter Opfern der Allgemeinheit die Lager zu über-

nehmen (— und vielleicht gar zu vernichten). Man muß immer bedenken, daß der niedrige Preis eine Folge großen Angebotes und geringerer Nachfrage ist. Wenn man nun den Preis zwangsweise hinaufsetzt, so wird wahrscheinlich das Angebot noch größer, jedenfalls aber die Nachfrage noch kleiner. *Preisvorschriften, die vom Marktpreis abweichen, erreichten noch niemals ihr Ziel und können es auch nie erreichen.*

Die Folgen von Preisvorschriften sind einerseits Gesetzesübertretungen, Korruption, Sinken der Geschäftsmoral, andererseits eine Verschärfung des Mißverhältnisses auf dem Markte mit oft katastrophalen Wirkungen für die Produzenten und mit schweren Belastungen der öffentlichen Finanzen.

B. KARTELLE UND TRUSTS

Jahrzehntelang hat man die Kartelle und Trusts, die Vereinigungen zur Hochhaltung der Preise, mit einer Unzahl gesetzgeberischer Akte zu *bekämpfen* versucht. Antitrustgesetze, Kartellgesetze, Kartellsondergerichte, Preisüberwachungen, Preiswuchergesetze, komplizierte Vorschriften über Unwirksamkeit der Kartellvereinbarungen, Unklagbarkeit der Verträge usw. (Die einzige wirksame Maßnahme: Aufhebung des Zollschutzes für kartellierte Erzeugungen hat man selten ergriffen.) In den letzten Jahren ist ein Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten. Man *fördert* die Bildung und das Wirken der Kartelle „zur Regelung“ der Preise. Die erwünschte „Regelung“ der Preise von heute ist nichts anderes als die „Hochhaltung“ der Preise von ehemals.

Die Kartelle erreichen ihren Zweck, die Preise über die bei freier Konkurrenz erzielbaren Preise zu erhöhen, durch

Einschränkungen des Angebotes. Entweder die kartellierten Unternehmer vereinbaren Quoten oder Kontingente für die Erzeugung der einzelnen Betriebe, die mithin alle ohne volle Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten; oder die Unternehmer widmen einen Teil des Kartellgewinnes einem Fonds, aus welchem Stilllegungsprämien für nichtarbeitende Betriebe bezahlt werden. Der erhöhte Kartellpreis ist ein sogenannter *Monopolpreis*. So nennt man jene Preise, die nur durch Ausschaltung der Konkurrenz in einer sonst unerreichbaren Höhe erzielt werden.

In Zeiten eines freien Arbeitsmarktes mit beweglichen Lohnsätzen hat die monopolistische Preispolitik der Kartelle folgende Wirkung: vom kartellierten Artikel wird weniger erzeugt, als es bei freier Konkurrenz der Fall wäre, und das Kapital und die Arbeiter müssen sich in größerem Maße anderen Produktionen zuwenden. An Stelle der kartellierten Ware wird also etwas anderes erzeugt werden, etwas was dem Konsumenten von vornherein nicht so wichtig gewesen wäre wie das in seiner Menge beschränkte Kartellprodukt. Die Kartellpreispolitik kann da wohl nicht zu Arbeitslosigkeit führen, aber immerhin zu einer *Verringerung der Löhne* gegenüber der Höhe, die ohne Kartelle erreicht würde. Anders aber in Zeiten starrer Löhne. Da muß jede monopolistische Preispolitik zur Verringerung der gesamten gekauften Warenmenge führen und somit zur *Vergrößerung der Arbeitslosigkeit*.

Dies ist unschwer einzusehen. Wenn eine bestimmte Geldmenge periodisch auf dem Markt zum Kauf von Waren auftritt, so muß die Menge der gekauften Waren, wenn einige teurer geworden sind, kleiner werden. *Bei gestiegenen Preisen reicht die gleiche Geldmenge bloß für eine verringerte Warenmenge aus.* Es muß also die Gesamtproduktion und die Gesamtbeschäftigung sinken.

Wer der falschen Kaufkrafttheorie anhängt, wird vielleicht glauben, daß die Produzenten der künstlich verteuerten Ware kaufkräftiger wären als zuvor, und daß dadurch die Gesamtkaufkraft gestiegen wäre. In Wahrheit können die Konsumenten bei gestiegenen Kartellpreisen im ganzen weniger einkaufen und die kartellierten Unternehmer beziehen ihren Gewinn und ihre Kaufkraftsteigerung zu Lasten jener Arbeiter, die bei niedrigeren Preisen mit der Erzeugung des erhöhten Warenquantums beschäftigt gewesen waren.

Die Ausschaltung der Konkurrenzwirtschaft durch kartellmäßige Organisation der Produktion ist noch keineswegs ein Übergang zur Planwirtschaft, wie man mitunter glaubt. Dieser Irrglaube dürfte es sein, der den Kartellen in der letzten Zeit so viel Freunde zugeführt hat. Das Bestehen vieler einzelner, voneinander unabhängiger Monopole ist noch nicht einem System gleichzuhalten, in dem die Gesamtproduktion nach einem einheitlichen Plane geregelt werden soll. Den im Kartell vereinigten Unternehmern kann die Ausschaltung der Konkurrenz gewiß zeitweise große Vorteile bringen. Zum Vorteil der Allgemeinheit kann sich dies in der Regel nicht auswirken.

In der Frage der Wirkungen der Kartelle auf die Gesamtwirtschaft war die frühere öffentliche Meinung, die eine Bekämpfung der Kartelle verlangte, viel begründeter. Die damalige Politik war bloß unkonsequent, wenn sie die preistreibenden Kartelle verfolgte und die preistreibenden Zölle — die Stützen der Kartelle — beibehielt.

C. DER ZUZUG ZUM GEWERBE

Im Mittelalter waren die Gewerbe in Zünften und Innungen organisiert und achteten streng auf die Ausschaltung der freien Konkurrenz. Es sollte in jeder Stadt bloß

eine so beschränkte Zahl von Schustern, Schneidern, Bäckern usw. geben, daß sie stets für ihre Leistungen „standesgemäße“ Einkommen erzielen konnten. Mit diesen Sonderstellungen räumte die wirtschaftliche Entwicklung gründlich auf und im 19. Jahrhundert wurde überall die *Gewerbefreiheit* hergestellt; eine Ausnahme bildete Österreich, das eine Gewerbeordnung für „geschützte Gewerbe“ beibehielt.

Bei der Berufswahl ist jedermann vom Milieu, von seiner Erziehung, von seinen persönlichen Neigungen und seiner besonderen Eignung, schließlich von der sozialen Stellung des Berufs, vor allem aber von den *Verdienstmöglichkeiten*, die der Beruf verspricht, beeinflusst. Berufe mit höherem Einkommen sind natürlich anziehender als solche, die ihren Mann nur schlecht ernähren. Steigt die Nachfrage nach bestimmten Leistungen, so steigt das Einkommen der betreffenden Berufe, und bald beginnt ein Zuzug der fähigeren und beweglicheren Elemente aus anderen Berufen in die gerade besser beschäftigte Profession. Durch diese Tendenz von den schlechtest entlohnten zu den bestbezahlten Tätigkeiten wird ein gewisser Ausgleich angebahnt: Es bessern sich die geringen Einkommen und es verbilligen sich die teuren Leistungen, das eine zum Vorteil der Einkommensbezieher, das andere zum Vorteil der Einkommensverwender, der Konsumenten.

Bei einigen Berufen will die Gewerbeordnung unbedingt eine Ausnahme machen und den Zuzug beschränken. Als Vorwand wird der „Schutz des Publikums vor unfähigen Handwerkern“ behauptet, als ob das Publikum nicht besser als die hohe Obrigkeit erkennen würde, wo es gut und wo es schlecht bedient wird. Ob die Schuhe passen oder der Rock gut sitzt, erkennen wir selbst am besten, und wer gut Schlösser repariert oder tüchtig Haare schneidet, den lassen

wir uns von unseren Freunden empfehlen. Ein amtlicher „Befähigungsnachweis“ ist nicht von öffentlichem Interesse. Wenn dann gar noch die amtliche Anerkennung des „Lokalbedarfes“ zur Erteilung einer „Gewerbekonzession“ erforderlich ist, dann ist das kein Schutz des Publikums vor unfähigen Gewerbetreibenden, sondern ein Schutz wohlbestallter Gewerbetreibender vor fähigeren Konkurrenten. Wenn kein Bedarf nach neuen Kräften in einer bestimmten Profession besteht, so gibt es dafür nur ein objektives Merkmal: daß man in dieser Profession weniger verdient als in den anderen Berufen. Dann bedarf es aber keines Schutzes gegen neuen Zuzug zum Gewerbe.

Wenn man den Zuzug zu einem bestimmten Gewerbe beschränkt oder sperrt, so erhöht man die Verdienstmöglichkeiten der bereits in diesem Gewerbe Tätigen *auf Kosten der Verdienstmöglichkeiten in allen anderen Berufen*. Je weniger Arbeiter eine Profession ergreifen dürfen, um so größer bleibt die Masse der ungeschützten Arbeiter und um so heftiger wird der Kampf um den Brotkorb in den frei erlaubten Tätigkeiten. So richtet sich die Gewerbesperre und jede Beschränkung der Gewerbefreiheit gegen alle außerhalb der geschützten Berufe stehenden Werk-tätigen — und überdies gegen die Konsumenten, die die Leistungen der geschützten Gewerbe teurer erstehen müssen, als es bei freier Konkurrenz der Fall sein könnte.

D. WARENHÄUSER UND KONSUMVEREINE

Man hat dem Handel oft seinen produktiven Beitrag zum Gesamtnutzen der Güterwelt aberkennen und nur die eigentliche Fabrikation als produktiv bezeichnen wollen. Über solche Ideen sind wir längst hinaus, denn wir wissen, daß wir allein von der technischen Herstellung der Güter nichts hätten, wenn diese Güter nicht noch an die Stellen

ihres Verbrauchs dirigiert würden. Dies ist die Aufgabe des Handels. Der „Güterverteilungsapparat“ ist notwendig und nützlich und wird daher auch entgolten. Je billiger der Apparat funktioniert, um so besser ist es natürlich für die Allgemeinheit.

In den Staaten mit größter wirtschaftlicher Entwicklung haben sich bestimmte Typen der Belieferung der Konsumenten für bestimmte Warengattungen als besonders geeignet erwiesen. *Massenartikel* in einheitlichen Ausführungen, einheitlichen Größen und einheitlichen Qualitäten können am billigsten von *Warenhäusern* mit riesigen Umsätzen und niedrigen Verdienstspannen dem Konsumenten zugeführt werden. *Spezialartikel* in besonderen Ausführungen und besonderen Qualitäten eignen sich besser für den Einzelhandel, für den *einzelnen Kaufmann*, der auf die individuellen Wünsche seiner Kunden eingehen kann und natürlich dementsprechend höhere Verdienstspannen beanspruchen darf.

Es versteht sich, daß der ganze Verteilungsapparat nur billig funktionieren kann, wenn er unter dem Einfluß scharfer Konkurrenz steht. Die Konkurrenz erzwingt die Ausschaltung überflüssiger Zwischenglieder, die sparsame Durchführung aller notwendigen Aufwendungen, die sorgfältigste Bedienung der Konsumenten und die Verringerung der Handelsspanne.

Den Konkurrenzkampf wollen sich die Kaufleute in manchen Ländern erleichtern, indem sie eine Einschränkung der Geschäftstätigkeit der Warenhäuser fordern. Die Beeinträchtigung der Warenhäuser muß sich zweifelsohne zugunsten der kleinen Verkaufsläden auswirken, bedeutet aber eine Verteuerung des Verteilungsapparates. Die Warenhäuser sind ja nur dadurch Konkurrenten der kleinen Läden, daß sie billiger arbeiten. Die Ausschaltung der billig

arbeitenden Warenhäuser muß also die Konsumenten benachteiligen, die den Übergang vom billigeren zum teureren Apparat bezahlen müssen.

Die auch vom Detailhandel heftig befehdeten *Konsumvereine* arbeiten nicht immer wirklich billiger als die privaten Kaufläden, da den Angestellten der Vereine häufig der Geschäftsgeist und die Privatinitiative der Kaufleute abgeht. Oft sind aber die Konsumvereine durch niedrigere Steuerbelastung vor den Geschäftsleuten bevorzugt. Daß diese sich gegen die steuerliche Bevorzugung ihrer Konkurrenten wehren, ist begreiflich, und soweit der Kampf gegen die Konsumvereine nur ein Kampf um gleiche Behandlung ist, wird nicht eine Einschränkung des Wettbewerbs, sondern nur eine Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen gefordert.

Bei der Bewegung gegen die Warenhäuser — oder gegen Filialgeschäfte — handelt es sich wirklich um den Versuch, sich einer Konkurrenz zu entledigen. Daß die Besitzer der kleinen Kaufläden durch eine gegen Warenhäuser und Filialbetriebe gerichtete Politik zu höheren Einkommen und höherer Kaufkraft kommen, darf nicht als Erhöhung der Gesamtkaufkraft betrachtet werden; auf der anderen Seite stehen ja die verringerten Einkommen der Warenhausangestellten, darüber hinaus aber die verringerte Kauffähigkeit des Publikums. Denn wenn das Publikum auch nur einige Waren teurer einkaufen muß als früher, so sinkt die Menge der gekauften Waren und sinkt die Zahl der in der Produktion beschäftigten Arbeiter.

Es kann eben die Einschränkung der Konkurrenz im Handel so wenig wie im Gewerbe und in der Industrie von allgemeinem Vorteil sein. Je eifriger der Wettbewerb, um so besser fährt der Konsument und um so ergiebiger wird die Produktion.

VIERZEHNTE KAPITEL

PLANWIRTSCHAFT

Tausend und aber tausend Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsakte sind das Ergebnis der krisenpolitischen Aktivität der Regierungen in den letzten Jahren. Gibt es auch nur *eine* Maßnahme, die wirklich (und unbestritten) geholfen — und nicht auch geschadet hätte? Und ist es angesichts dieser traurigen Erfolge der Krisenpolitik nicht nur zu selbstverständlich, daß sich immer mehr und mehr der Gedanke durchringt, daß nur eine Änderung unseres Wirtschaftssystems ernstlich Abhilfe bringen kann?

Die Ideen gehen dabei in verschiedene Richtungen. *Voller Sozialismus* (totale Planwirtschaft), *Gildensozialismus* (ständische Planwirtschaft), *Monopolkapitalismus* (so genannte kapitalistische Planwirtschaft) oder *liberaler Kapitalismus* (freie Verkehrswirtschaft) sind die Ziele der Bestrebungen. Daß das heutige Wirtschaftssystem, der *Interventionismus*, versagt hat, ist allen klar. Die Gründe des Versagens werden allerdings durchaus verschieden ausgelegt. Im Interventionismus sind Elemente aller denkbaren Wirtschaftssysteme vorhanden und daher lautet die Diagnose je nach der Richtung des Beurteilenden auf „Zuviel Sozialismus!“, „Zuviel Organisiererei!“, „Zuviel Monopolismus!“, „Zuviel Liberalismus!“

A. PSEUDOPLANWIRTSCHAFTEN, MONOPOLISMUS, STÄNDISCHE WIRTSCHAFT

Man hat dem liberalen Kapitalismus oft vorgeworfen, daß er das Entstehen der monopolistischen Organisationen, der Kartelle und Trusts, nicht zu hindern vermochte. Dieser

Vorwurf wird natürlich von solchen Kreisen erhoben, die eine monopolistische Organisation der Wirtschaft nicht als Vorteil, sondern als schädlich erkennen; jedenfalls übersieht dieser Vorwurf aber, daß es gar nicht das liberale, sondern das interventionistische System war, in welchem monopolistische Gebilde gedeihen konnten; sind doch beispielsweise Zölle, eines der gebräuchlichsten Instrumente des Interventionismus, die praktisch wichtigste Voraussetzung starrer Kartelle.

Die Freunde des *Monopolkapitalismus* sehen in ihm den entscheidenden Schritt zur Planmäßigkeit der Produktion. Während bei freier Konkurrenz eine Vielzahl von Einzelunternehmern über Richtung und Maß der Erzeugung entscheiden, wird vom Kartell oder Trust die Erzeugung des ganzen Produktionszweiges bestimmt. Es tritt also an Stelle der unendlich vielen Einzelpläne eine beschränkte Zahl von Plänen: nämlich für jede Industrie ein Plan.

Es ist ein schwerer Irrtum, in solchen Planungen das Wesen der Planwirtschaft sehen zu wollen. Wenn wir uns dies in kleinen Verhältnissen vorstellen, sehen wir klarer: Angenommen, in einer Gesellschaft von 100 Personen wäre jeder einzelne auf eine bestimmte Produktion spezialisiert. Wenn Planwirtschaft herrscht, wird eine Zentralstelle bestimmt, die festzusetzen hat, 1. welche Güter erzeugt werden, 2. wieviel von jedem Gut erzeugt wird und 3. wie die Güter verteilt werden oder — was dasselbe ist — nach welchem Verhältnis die einzelnen Produkte untereinander ausgetauscht werden. Planungslose Verkehrswirtschaft wäre es dagegen, wenn jedes Mitglied dieser Wirtschaftsgesellschaft selbst bestimmen könnte, wieviel es erzeugen wolle und zu welchem Preise, d. h. zu welchem Austauschverhältnisse es in einen Tausch mit den anderen Produzenten eintreten wolle.

Nicht anders würde es in der monopolistisch organisierten Gesellschaft aussehen. Die „Industriepläne“ des Monopolkapitalismus wären dem Willen der einzelnen Tauschpartner in der eben skizzierten Verkehrswirtschaft gleichzusetzen. Der einzige, sehr wesentliche Unterschied gegenüber dem bekannten Typus der Verkehrswirtschaft liegt im Wegfall der Konkurrenz zwischen Erzeugern gleicher Güter. Es würde darum auch für das Feilschen und Handeln zwischen den verlangten und gebotenen Preisen ein größerer Raum gegeben sein und es würde der Anreiz zu Höchstleistungen beträchtlich kleiner sein; von Planwirtschaft wäre aber keine Rede.

Was in dieser Hinsicht für den Monopolkapitalismus gilt, trifft gleicherweise für jede Art der „dezentralisierten Planwirtschaft“ zu, ob es sich nun um Syndikalismus, Gildensozialismus oder berufsständische Organisationen handelt. Der Entfall des Wettbewerbs zwischen Gütern gleicher Art nimmt der Wirtschaft ihre Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, ohne an ihre Stelle einen einheitlichen Erzeugungs- und Verteilungsplan zu setzen. Was oft als „Stabilität“ eines solchen Systems gerühmt wird, ist eben dasselbe, was als Starrheit und mangelnde Anpassungsfähigkeit bemängelt wird.

Die Vorteile monopolistischer Organisationen für die bisher konkurrierenden Mitglieder eines Erwerbszweiges scheinen auf der Hand zu liegen und jeder schwache Unternehmer, der der Konkurrenz zu erliegen fürchtet, ersehnt sich die „ordnende Hand“ eines Zwangskartells. Was für einen und auch für mehrere Produktionszweige gilt, gilt doch nicht für *alle gleichzeitig*. Das Monopol kann einem Erzeugerkreis günstigere Austauschverhältnisse gegenüber anderen Produktionen sichern, selbstverständlich zum Nachteil dieser anderen. Damit ist es aber auch klar, daß

nicht alle Produktionen gleichzeitig den Vorteil eines „Monopolpreises“ genießen können. Wenn der Konkurrenzpreis des Gutes A bloß so hoch war, daß man für 1 A 2 B oder 3 C oder 4 D bekam, so kann das A-Monopol den Preis vielleicht so „verbessern“, daß man für 1 A 3 B oder 4 C oder 6 D bekommt. Ein B-Monopol kann die Austauschverhältnisse vielleicht zugunsten von B verbessern usf. Monopole in *allen* Gütern können aber, wenn alle gleich stark sind, wieder nur die gleichen Preise erreichen, wie sie bei freier Konkurrenz geherrscht hatten.

Eine besondere Eigenheit berufsständischer Organisationen ist die „Geschlossenheit“, die es Außenstehenden nicht ermöglichen soll, in den Kreis der privilegierten Erzeuger einzudringen. Nur wer zunftgemäß „aufgenommen“ wird, darf die Erzeugung in der betreffenden Güterart aufnehmen. Daß damit die Zunftgenossen gut geschützt sind, ist gewiß. Daß damit aber nicht das Problem der vielen Millionen Arbeitslosen gelöst ist, die heute nicht nur außerhalb jeder Zunft, sondern auch außerhalb der ganzen Produktionsgesellschaft stehen, ist ebenso gewiß.

Mit diesen Sätzen ist noch nichts gegen den ständischen Ordnungsgedanken gesagt, der in so vielen verschiedenen Formen auftritt, daß eine einheitliche Beurteilung nicht möglich ist. Gibt es doch politische Gruppen, für die das Ständewesen eine Art der politischen Demokratie ist, andere, die darin nichts anderes als den Einfluß der Berufsorganisationen auf die Gesetzgebung, wieder andere allerdings, die eine Art von Zwangsgenossenschaften oder Zwangskartellen darin sehen, andere, die mit der berufsständischen Organisation bloß gegenüber der klassenmäßigen Koalition ein gewisses Gegengewicht schaffen wollen — kurz, die Einheitlichkeit des Programms ist nicht gegeben.

Soweit mit der ständischen Organisation der Wirtschaft

die Bildung geschlossener, zunftmäßiger Berufskörperschaften gemeint ist, die die einheitlichen Richtlinien für Erzeugung und Absatz aufzustellen haben, nimmt dieses System eine Zwischenstellung zwischen Monopolkapitalismus und Gildensozialismus ein, mit denen es gemein hat, daß das Fehlen der freien Konkurrenz zwischen Erzeugern gleichartiger Güter sie von der kapitalistischen Marktwirtschaft und das Fehlen des einheitlichen Wirtschaftsplans von der Planwirtschaft trennt. Entweder durch den einheitlichen Wirtschaftsplan oder durch die freie Konkurrenz vieler einzelner soll die Anpassung der Produktion an den Bedarf gewährleistet werden. Beide dieser regelnden Elemente fehlen den pseudoplanwirtschaftlichen Ordnungssystemen.

B. PLANMÄSSIGE LEITUNG DER WIRTSCHAFT

Einen Wirtschaftsplan aufstellen kann jeder. Einen Wirtschaftsplan durchführen kann nur, wer über die Produktionsmittel verfügt. Die Verfügung über die Produktionsmittel ist das Wesensmerkmal des *Sozialismus*. Sozialismus, Gemeinwirtschaft oder Planwirtschaft sind die bedeutungsgleichen Bezeichnungen für eine nach einem einheitlichen Plan geleitete gesellschaftliche Wirtschaft.

Es gibt Leute, die Planwirtschaft empfehlen und dabei Sozialismus ablehnen, so wie es Leute gibt, die sich waschen wollen, ohne naß zu werden. Wer ernstlich an die Möglichkeit nichtsozialistischer Planwirtschaft glaubt, hat das Problem noch nicht weit genug durchgedacht: er wechselt entweder die „Industriepläne“ mit dem Gesamtwirtschaftsplan oder bleibt an juristischen Förmlichkeiten bezüglich des Eigentumsbegriffs haften. Die juristische Definition von „Eigentum“ ist hier belanglos. Wirtschaftlich handelt es sich darum, wer über die Produktionsmittel

und über Art und Maß ihrer Ausnützung verfügt. Die Produktionsmittel der freien Verfügungsgewalt einer Vielzahl von einzelnen Eigentümern zu überlassen, wäre unvereinbar mit dem Wunsch, einen einheitlichen Plan zur Durchführung zu bringen. Über die Produktionsmittel ist demnach in der Planwirtschaft im Sinne des gesellschaftlichen „Zentralwillens“ zu verfügen. Ob die Bildung dieses Zentralwillens nach demokratischen, ständeparlamentarischen oder diktatorischen Grundsätzen erfolgt, ist in diesem Zusammenhang ganz belanglos.

Über die Möglichkeiten sozialistischer Wirtschaftsführung in größerem Maße ist trotz der umfangreichen sozialistischen Literatur nicht viel geschrieben worden. Der Großteil der sozialistischen Schriften bringt bloß eine Kritik des kapitalistischen Systems und zeigt, daß der Sozialismus gerechter und daher wünschenswerter sei. „Gebrauchsanweisungen“ finden sich selten und beschränken sich auf technische und organisatorische Momente. Die Probleme des Sozialismus sind aber ganz anderer Art. Eines ist die Frage des wirksamen *Arbeitsanreizes*, für deren Lösung jetzt auf (als kapitalistisch verrufene) Lohnungsmethoden zurückgegriffen wird. Von fundamentaler Bedeutung ist aber die Frage der *Wirtschaftsrechnung*, die wohl *das unlösbare Problem des Sozialismus* bleiben wird.

Das wirtschaftliche Prinzip besteht darin, mit den gegebenen Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Dazu ist es erforderlich, die aufzuwendenden Mittel (in allen Kombinationen) und die erreichbaren Erfolge stets vergleichen zu können; dies geschieht in der Marktwirtschaft in Form der in Geld möglichen Wirtschaftsrechnung. Ohne *Geldrechnung* ist bei gesellschaftlicher, arbeitsteiliger Produktion die Erfüllung des wirtschaftlichen Prinzips nicht möglich, und eine Voraussetzung erfolgreicher sozialisti-

scher Wirtschaftsführung wäre die Entdeckung einer sozialistischen „Geldrechnung“, was aber offenbar nicht gelingen kann. Die Geldrechnung ist eine Rechnung, in die alle aufgewendeten und alle hervorgebrachten Güter und Leistungen mit ihren Preisen eingesetzt werden. Alle diese Preise stehen untereinander in einem Abhängigkeitsverhältnis; die Preise der Kostengüter wirken auf die Preise der Produkte und die Preise der Produkte wirken auf die Preise der Kostengüter. Diese Preisbildung der Produktionsmittel ist aber nur möglich, wenn die *Produktionsmittel auch Gegenstand des marktmäßigen Tausches* sind. Gerade das ist aber im sozialistischen System nicht der Fall.

Man kann die Arbeitsleistung verschiedener Qualität und die Bodenprodukte verschiedener Art (und überdies noch die Kapitalverfügung) nur mit Geldpreisen in eine Rechnung einsetzen, wenn diese Geldpreise aus vorangegangenen Rechnungsoperationen bekannt sind. Diese Rechnungsoperationen sind Erfolgsrechnungen verschiedener Unternehmer, die die Rentabilität der Erzeugung verschiedener Produkte mit den verfügbaren Mitteln kontrollieren. Die verschiedenen Unternehmer konkurrieren um die verfügbaren Produktionsmittel und in diesem Konkurrenzkampf bildet sich ihr Preis. Dieser Preis bildet sich, weil *kein vorgefaßter Plan* über die Verwendung der Produktionsmittel entscheidet, sondern weil erst die *Konkurrenz vieler einzelner Pläne* eine Entscheidung herbeiführt. Wollte man irgendeinen Rechnungspreis für die Produktionsmittel (etwa für eine Arbeitsstunde oder eine Energiemenge) festsetzen und darauf Kostenrechnungen aufbauen, so ginge die wesentliche Qualität der Wirtschaftsrechnung, in der sich die „Kostenpreise“ erst als Reflex der verschiedenen konkurrierenden Verwendungsmöglichkeiten herausbilden, verloren. Eine „Wirtschaftsrechnung“, in die die

Preise der Produktionsmittel „planmäßig“, d. h. willkürlich anstatt durch das Wirken der Konkurrenz eingesetzt werden, wird zu einer vagen Schätzung.

Versuchen wir, diese schwierigen abstrakten Überlegungen durch eine Legende zu verdeutlichen: Ein tüchtiger Unternehmer hörte, wie die Leiter vieler Betriebe sich über die Unsicherheit ihres Absatzes beklagten: ein Forstbetrieb, ein Fuhrwerksbetrieb, ein Sägewerk, eine Holzschleiferei, ein Bergbaubetrieb, eine Papierfabrik, eine Kistenfabrik und eine Papiersäckefabrik. Da fusionierte er alle diese Betriebe zu *einer* Firma; jetzt wußte der Forstmeister, daß die Säge und die Schleiferei sein Holz nehmen, der Fuhrpark war stets beschäftigt, die Säge belieferte ständig die Kistenabteilung und die Holzschleiferei gab ihren Holzstoff an die Papierfabrik weiter, die auch die Kohlen der eigenen Grube aufnahm und ihrerseits ihr Papier an die Sackabteilung weitergab. Ein Musterbetrieb „vertikaler Gliederung“ entstand, eine Planwirtschaft im kleinen. Da es aber zum Glück auch noch andere Konkurrenzunternehmen gab, merkte der Unternehmer, daß seine Kisten und Säcke viel zu teuer waren; obwohl er doch alle „Zwischengewinne“ ausgeschaltet hatte und jeder Betrieb der nachfolgenden Abteilung nur die Selbstkosten in Rechnung stellte. Er machte also der Kistenabteilung und der Sackabteilung Vorwürfe; da es aber zum Glück noch selbständige Kisten- und Papiersäckerzeuger gab, waren die Betriebsleiter imstande zu zeigen, daß sie ihr Schnittholz und Papier von den eigenen Vorbetrieben teurer verrechnet bekamen, als es sich die freie Konkurrenz auf dem freien Markt beschaffen konnte. Der Unternehmer wollte jetzt herausbekommen, welche seiner Betriebe eigentlich unwirtschaftlich arbeiten. Er ging deshalb wieder von dem System ab, bei welchem jeder die Selbstkosten verrechnen durfte, und verfügte, daß kein Betrieb seinem Vor-

betrieb höhere Preise zahlen müsse, als jeweils für das betreffende Zwischenprodukt von Konkurrenzbetrieben verlangt würden. Jetzt stellte es sich heraus, daß einige Betriebe auf ihre Rechnung kamen und andere nicht. Und was machte er mit den unrentablen Betrieben? Er sperrte sie zu und verzichtete auf die vertikale Planung.

Seine Pläne machte er von nun an nur auf Grund von Konkurrenzpreisen. Das Holz, das der Forstbetrieb lieferte, wurde nicht mehr zu den Forsterhaltungs-, Schlägerungs- und Bringungskosten berechnet, sondern es gab Zeiten, wo es teurer, und solche, wo es billiger war. Zeitweise konnte die Papiererzeugung der Säge das ganze Holz wegschnappen. Zu einem Preis, der nicht höher gewesen wäre als die realen Kosten, die man für die Holzproduktion aufzuwenden hatte, hätte auch die Säge das Holz kaufen können. Da aber die Papiererzeugung das Holz gerade besonders gut brauchen konnte, legte sie höhere Preise dafür an: Jetzt „kostete“ das Holz eben mehr und war für die Sägeindustrie unerschwinglich geworden. Dies mußte so sein, weil die *Kosten in der Wirtschaftsrechnung nicht technische Aufwendungen*, sondern ein Ausdruck für die *jeweiligen wirtschaftlichen Verwendungsmöglichkeiten* sind.

Der Unternehmer war gleichzeitig auch ein reicher Kapitalist und hatte noch eine große Anzahl anderer Betriebe in seiner Hand. Er sollte also überlegen, wie er seine Kapitalien jeweils am besten verwerten könnte. Erst hatte er jedem seiner Abteilungsleiter soviel Kapital zur Verfügung gestellt, als sie haben wollten. Bald merkte er, daß ihr Kapitalbedarf über seine Kräfte ging. Jeder wollte neue Investitionen vornehmen, jeder neue Anlagen für neue Verfahren schaffen, alle wollten verbessern und ausbauen. Da begann er, sein Kapital nur jenen Betrieben zu geben, die ihm die höchste Verzinsung versprachen; und wenn für

eine neue, sehr einträgliche Erfindung Kapital benötigt wurde, so stieg der Mindestzinsfuß und jenen Betrieben, die nicht so hohe Zinsen vertrugen, wurde, so weit es ging, das Kapital entzogen. Die Betriebe konkurrierten um das Kapital.

Könnte solche Konkurrenz nicht auch in einer Planwirtschaft, also bei Ausführung der planmäßigen Erzeugung funktionieren? Nun, entweder es wird erzeugt, was *rentabel* ist, oder es wird erzeugt, was *plangemäß* ist. Entscheidet man sich dafür, daß nur rentable Betriebe zu arbeiten haben, und überläßt es diesen Betrieben, sich in Konkurrenz mit anderen Betrieben die Arbeitskraft und alle Betriebsmittel und insbesondere die notwendigen Kapitalien zu beschaffen (wobei ein Betrieb nicht arbeiten kann, der nicht die Konkurrenzpreise für die Produktionsmittel zu bieten vermag), dann entscheidet man sich für das kapitalistische Wirtschaftssystem.

Ein System der Planwirtschaft muß also auf die Wirtschaftsrechnung verzichten und ein System, das volle Wirtschaftlichkeit gewährleisten soll, muß auf die Planung verzichten. Es ist mehr als ausreichend, diese schwierigen Zusammenhänge hier nur angedeutet zu haben, denn die eigentliche Aufgabe dieses Buches war ja bloß, den Leser durch die Politik zu führen, die im herrschenden System des *Interventionismus* versucht oder empfohlen wurde, um die Krise zu überwinden.

C. GEMEINNUTZ GEHT VOR EIGENNUTZ

In der Wirtschaftspolitik des interventionistischen Systems war immer wieder der Eigennutz kleinerer oder größerer Gruppen für den Gemeinnutz der ganzen Volkswirtschaft ausgegeben worden. Man hat gemeinnützige

Ziele vorgeschützt, wo eigennützige Ziele verfolgt wurden. Diesem Treiben der interventionistischen Politik wurde in jüngster Zeit die Devise „*Gemeinnutz geht vor Eigennutz*“ entgegengehalten.

Die Schwierigkeit liegt nicht darin, diesem Wahlspruch allgemeine Anerkennung zu verschaffen; das Problem liegt in der Erkenntnis des Gemeinwohls. Wer soll entscheiden, wann eine Maßnahme dem Gemeinwohl, wann sie bloß dem Eigennutz dient? Seit es überhaupt Politik gibt, hat sich jeder Politiker für den Schützer des Gemeinwohls gehalten, und nur den wenigsten kann man nachsagen, daß sie bewußt dem Gemeinwohl zuwidergehandelt haben. Gibt es Erkenntniswege, gemeinnützige Politik von der eigennützigen zu unterscheiden?

Die Lehre vom „*gerechten Preis*“ wurde für geeignet gehalten, hier zu entscheiden. Was ist aber der gerechte Preis? Verkäufer und Käufer jeder Ware sind darüber stets verschiedener Ansicht und der Vermittlungsvorschlag eines Schlichters ist um nichts „gerechter“ als die Wünsche der beiden Parteien.

Der gerechte Preis, wie ihn sich die Verkäufer vorstellen, ist so hoch, daß nicht genügend Käufer ihn erschwingen können. Der gerechte Preis, wie ihn sich die Käufer vorstellen, ist so niedrig, daß nicht genügend Erzeuger dabei das Auslangen finden. Wie wäre es nun mit jenem Preise, zu welchem gerade so viel Käufer sich zum Kauf, wie Verkäufer zum Verkauf entschließen? Ist es nicht die einzig sinnvolle Lösung, jenen Preis als richtig zu bezeichnen, bei welchem Angebot und Nachfrage einander die Waage halten?

Nach dieser Erwägung ist der richtige Preis jener, zu welchem kein Verkäufer, der den Preis anzunehmen bereit ist, ohne Absatz bleibt, und kein Käufer, der den

Preis zu zahlen bereit ist, ohne Ware bleibt. Der richtige Lohn ist in gleicher Weise jenes Arbeitsentgelt, bei welchem kein arbeitswilliger Arbeiter ohne Arbeitsstelle und kein zahlungswilliger Unternehmer ohne Arbeitskräfte bleiben muß. Der richtige Zins ist jenes Entgelt für die Überlassung von Leihkapital, bei welchem jeder vertrauenswürdige Kapitalbedürftige den gewünschten Kredit bekommen kann und bei welchem jeder Kapitalist Bewerber für seine Kapitalien findet.

Diese Preise bilden sich auf dem freien Markte als Wettbewerbspreise heraus und jede Politik, die darauf ausgeht, die Marktergebnisse zu fälschen, kann mit gutem Grunde als eine Politik, die nicht dem Gemeinwohle dient, bezeichnet werden. Eine Politik, die einer Verkäufergruppe zu höheren oder einer Käufergruppe zu niedrigeren Preisen verhelfen will, als sie der unbehinderte Markt in seinem organischen Zusammenspiel ergibt, führt Störungen und Minderungen des Gemeinwohls herbei. Indem jeder einzelne sein Bestes tut, um den Erfordernissen des Marktes zu entsprechen, arbeitet er mit daran, den Bedarf der Gesamtheit besser zu befriedigen, als es die ausgeklügeltste Planung vorsehen könnte. Jede *Wirtschaftsplanung* ist das Ergebnis der Meinungen und Ansichten einiger weniger „Obergescheiter“. Das *System der Marktpreise* als Richtweiser für die Privatinitiative von Hunderttausenden von Erwerbstätigen ist das Ergebnis der auf dem Markte unmittelbar aufgetretenen Begehungen der Millionen Menschen, die die „Volkswirtschaft“ bilden.

Man hat geglaubt, daß dem System der *Profitwirtschaft* ein System der *Bedarfsdeckungswirtschaft* als Gegensatz gegenüberzustellen ist. In Wahrheit bewirkt das Erwerbstreben der einzelnen, wenn es nicht durch Interventionen behindert oder abgelenkt wird, die vollkommenste Bedarfs-

deckung, die nach unseren heutigen Kenntnissen erreichbar ist. Denn indem Gewinne nur dort auftauchen, wo der Bedarf relativ unterdeckt ist, und indem die Gewinne schneller als jeder Planwirtschaftsdirektor die nötigen Produktionssteigerungen erwirken, wird der Mechanismus der freien Verkehrswirtschaft zum gemeinnützigsten Instrument, solange er nicht durch ungeschickte Interventionen der Wirtschafts- und Krisenpolitiker zu einem ständig gestörten und reparaturbedürftigen Instrument eigennütziger Sonderinteressen wird.

EMPFOHLENE SCHRIFTEN

Zum weiteren Studium der Volkswirtschaftslehre sind folgende Werke anzuempfehlen:

EINFÜHRUNGSWERKE

Für den Anfänger:

G. W. Silverstolpe, Nationalökonomie für alle, Deichertsche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1929.

H. Oswald, Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe, Verlag Gustav Fischer, Jena, 4. Aufl. 1922.

H. D. Henderson, Angebot und Nachfrage, mit Abbildungen. Deutsch herausgegeben von *Melchior Palyi*. Wirtschaftswissenschaftliche Leitfäden, 1. Bd., Berlin 1924.

Für den mathematisch oder technisch Interessierten:

E. Barone, Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie. Übersetzt und mit einem Anhang versehen von H. Staehle, mit einer Einführung von Joseph Schumpeter. Bonn 1927.

WERT- UND PREISTHEORIE

Für Anfänger und Vorgeschriftene:

E. v. Böhm-Bawerk, Grundzüge der Theorie des wirtschaftlichen Güterwerts. (Neuabdruck der London School of Economics.) London 1932.

LOHNTHEORIE

Für Vorgeschriftene:

R. Strigl, Angewandte Lohntheorie. Untersuchungen über die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik, Verlag Deuticke, Leipzig und Wien 1926.

GELDTHEORIE

Für den Anfänger:

D. H. Robertson, Das Geld, deutsch herausgegeben von Melchior Palyi. Wirtschaftswissenschaftliche Leitfäden, 2. Bd., Berlin 1924.

Für den Vorgeschriftenen:

L. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. Verlag Duncker und Humblot, München und Leipzig, 2. Aufl. 1924.

AUSSENHANDELSTHEORIE

Für den Anfänger:

W. Röpke, Weltwirtschaft und Außenhandelspolitik. Sonderband aus dem Werk: „Die Beamtenhochschule“, Berlin, Späth und Linde, 1931.

W. H. Beveridge, Zölle, Lehrbuch des internationalen Handels. Unter Mitarbeit hervorragender englischer Nationalökonomien, herausgegeben von Sir William Beveridge, aus dem Englischen übersetzt von Friedrich Thalmann, mit einer Einführung von Oskar Morgenstern. Wien, J. Springer, 1932.

Für den Vorgesrittenen:

G. Haberler, Der internationale Handel. Theorie der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie Darstellung und Analyse der Außenhandelspolitik. Mit 38 Abbildungen. Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, herausgegeben von Kohlrausch u. a. Abt. Staatswissenschaft. 41. Bd. Berlin, J. Springer, 1933.

GESAMTDARSTELLUNG DER WIRTSCHAFTSTHEORIE UND
AUSFÜHRLICHE LITERATURHINWEISE

Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Verlag Duncker und Humblot, München und Leipzig, 4. Aufl., 1932.

SACHREGISTER

- Abhängigkeit vom Ausland, wegen Agrarimporten 73 f.; wegen Luxuseinfuhr 86.
- Abrechnungssystem 134 f.
- Abschreibungen 167.
- Agrarpolitik, ein Zweig der Wirtschaftspolitik 1; mitschuldig an Agrarkrise 57; in Industrieländern 72 f.
- Amortisation 17, 54, 77, 167, 187, 190.
- Ankurlast, durch Kreditausweitung 5—14; durch Arbeitsbeschaffung 28 f.
- Ankurlastfaktor 28.
- Anleihen öffentlicher Körperschaften 23, 65 f.
- Antidumpingzölle 120.
- Arbeitsbeschaffung, durch Investitionen 15—31; oft bloß Arbeitsverschiebung 21, 24, 31, 78; primäre und sekundäre 29; wann sie erfolgreich sein kann 30; durch Siedlung 76 f.
- Arbeitsbestätigungen, als Geld 20; als Gemeindefondsbeitrag 144.
- Arbeitsleistung, in Landwirtschaft und Industrie 78, 80; selbständiger Produzenten 79; gesteigert durch internationale Arbeitsteilung 114 f.
- Arbeitskosten, bestimmen Zahl der Beschäftigten 33, 45; nicht zu verwechseln mit Lohneinkommen 44; erhöht durch soziale Lasten 45.
- Arbeitslosenfürsorge, produktive oder unproduktive 27 f.; als sinnwider Rationalisierungserfolg 186 f.
- Arbeitsteilung, vergrößert Produktionserfolg 83; zwischen verschiedenen Völkern 52, 83, 114 f.; ihre Rückbildung 86 f., 89, 115.
- Arbeitszeitverkürzung, infolge von Einkommensteigerung 32, 194; als wirtschaftspolitische Maßnahme 33—37; verursacht Kostensteigerung 34 f.; bei Anwendung aller Ideen der Technik 190, 192; als Verringerung des Arbeitsangebots 194.
- Aufbringungsproblem 66 f.
- Aufteilung, des Arbeitsquantums auf mehr Arbeiter 33 f.; der Lohnsumme auf mehr Arbeiter 34, 36, 47.
- Ausfuhrüberschuß, siehe Handelsbilanz.
- Ausgleichsrecht 55, 57.
- Auslandskredit, für Investitionen 25 f.; gekündigt 64 f.; bewirkt Wareneinfuhr 99, 100, 130.
- Auslandsschulden, von Privaten 63; Banken 64; des Staates 65 f.; ihre Aufbringung und ihr Transfer 66 f.; ihre Zahlung bewirkt Wareneinfuhr 98; sind niemals die Folge passiver Handelsbilanz 103 f.

- Austauschverhältnisse, bestimmen Absatz und Beschäftigung 12 f.; im Außenhandel 114; von Zentralstelle planmäßig bestimmt 206; durch Monopolstellung verändert 207 f.; zwischen Produktionsmitteln und Produkten 211.
- Autarkie, in Agrarprodukten 73, als Ideal 84 f.; als Schicksal 88 f.; ihr Einfluß auf Arbeitsertrag 114 f.
- Autarkisierung 81—116.
- Banken, gestützt durch Notenbankkredit 3, 60 f., 65; oder durch Moratorien 59; oder durch Devisenbeschränkungen 60, 125; ihre Auslandsschulden 64 f.
- Banknotendeckung 156 f., 161.
- Bedarfsdeckungswirtschaft 216.
- Befähigungsnachweis 202.
- Berufsstände 208.
- Berufswahl 201.
- Bevölkerungspolitik, fordert Agrarschutz 56; fordert Reagrarisierung 72.
- Bevölkerungsvermehrung 83 f.
- Binnenmarkt 86 f.
- Binnenwährung 162.
- Buchgeld 61, 135.
- Deckungsbestimmungen 156 f., 161.
- Deflation, durch zunehmende Hortung 141, 174; nicht bewiesen durch Preissenkung 150; durch geringe Goldproduktion 154.
- Devisenbeschränkungen, bei Kreditausweitung 8; zur Bankenstützung 60, 65, 125; ihr Sinn und Inhalt 125 f.; ob sie einseitig abgeschafft werden können 128.
- Devisenbilanz 105; gestört durch Notenbankkredite 65; beeinflusst durch Zahlung von Auslandsschulden 66; wie sie regelmäßig wieder ausgeglichen wird 106 f.
- Dienstleistungsbilanz 99, 100.
- Diskontsatzsenkung, ihr Einfluß auf Produktionskosten 44; als inflationistische Maßnahme 44, 139; zur Geldvermehrung bei Indexwährung 149; gegen die Spielregeln der Goldwährung 153.
- Doppelverdienertum 37.
- Doppelwährung 159.
- Dreieckhandel 93, 100.
- Dumping 120 f.
- Eigennutz 215.
- Eigentum 209.

- Einfuhrbeschränkungen, gegen Luxuseinfuhr 86; wegen Handelsbilanztheorien 91 f., 99; wegen Zahlungsbilanztheorie 102 f.; wegen Verschuldung an das Ausland 103; wegen heimischer Erzeugung 110 f.; bewirken Kostensteigerung und Senkung des Arbeitsertrags 115; ihre Methoden 118—128.
- Einfuhrkontingente 55, 56.
- Einfuhrüberschuß, siehe Handelsbilanz.
- Eingriffe, des Staates als Störungsursache 3; in das private Vertragsrecht 16, 26, 43; zur Beeinflussung der Löhne und Preise 185; als Wirtschaftssystem 205.
- Einkommen, beeinflußt die angebotene Arbeitszeit 32, 194; der Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit 36; nominal oder in Gütern 41; aus selbständiger oder unselbständiger Arbeit 79; wird verschoben durch Geldvermehrung 137; kann verbraucht oder investiert werden 168; in verschiedenen Berufen 201.
- Einlösung, fälliger Wechsel 18, 148; der Banknoten in Gold 108, 152, 158; oder in Siedlungshäusern 158; oder in Weltgeld 161.
- Energierechnung 190, 191.
- Erfindungen 178 f., 187, 188, 190 f., 192.
- Ergwährung 190.
- Erneuerungsrücklagen 167.
- Erziehungszölle 119.
- Eskont, siehe Wechseleskont und Diskontsatzsenkung.
- Fälligkeitsbilanz 105.
- Fehlinvestitionen, als Folge der Kreditausweitung 10, 54, 138, 160, 169; im Zuge der Preisstabilisierung 149; durch künstliche Zinssenkung 188.
- Fehlrationalisierung 185—189.
- Filialgeschäfte 204.
- Finanzzölle 118.
- Freigeld 142 f., 145.
- Freihandel 116, 129 f.
- Freisetzung, von Arbeitern durch Rationalisierung 179; kompensiert durch Produktionssteigerungen 183 f.
- Fremdenverkehr, beeinflußt die Handelsbilanz 98, 99; als Posten der Zahlungsbilanz 101.
- Fusionierung 212.
- Geld, wann es als Kapital fungiert 22, 169; es vermittelt indirekten Austausch 92, 134; ob es den Charakter des Menschen verdirbt 133; soll abgeschafft werden 133 f.; soll fleißig zirkulieren 142 f.; sein Wert unabhängig von der Deckung 156 f.; ob es Reichtum schaffen kann 163.
- Geldreformen 132, 163.

- Geldschöpfungstechnik 148.
- Geldvermehrung, zwecks Ankurbelung 5—14; läßt Preise ansteigen 11, 136; zwecks Steigerung des Absatzes 12; weil es zuviel Schulden gibt 69; verändert Einkommensverteilung 137; durch Warenwechseleskont 138, 148; durch Erhöhung des Goldpreises 148; durch Goldproduktion 154; zur Bekämpfung der Deflation 175.
- Geldwirtschaft, gegenüber Naturaltausch 79 f., 133 f.; ermöglicht Kapitalrechnung 191; und Kostenrechnung 210 f.
- Gemeinnutz 214 f.
- Gemeinwirtschaft 209.
- Gerechter Preis 215.
- Gesetze der Wirtschaftswissenschaft VI.
- Getreidegeld 158.
- Gewerbefreiheit 201.
- Gewerbesperre 185, 202.
- Gewerkschaften, ihre Politik bei Warenpreissteigerung 14; bei produktiver Arbeitslosenfürsorge 27, 30; gegen Lohnsenkungen 30; steigern die Konsumkaufkraft 171; verhindern Lohnsenkung bei Rationalisierung 180; erwirken Lohnerhöhung aus Rationalisierungsgewinn 183; und Arbeitslosigkeit 185; und forcierte Anschaffung von Maschinen 188.
- Gewogener Durchschnitt 146.
- Gildensozialismus 205, 207, 209.
- Giroverkehr 60 f., 135 f.
- Goldausfuhr, in der Handelsbilanz 100; in der Zahlungsbilanz 106; bedeutet Umlaufverringern 106, 153; infolge von Kreditausweitung 153.
- Golddeckung 156.
- Golddevisenwährung 152.
- Goldene Regel des Bankgeschäfts 58.
- Goldkernwährung 151.
- Goldparität, nur scheinbar durch Devisenkontrolle geschützt 128; muß bei Indexwährung oft geändert werden 149; zwischen verschiedenen Goldwährungsländern 162.
- Goldproduktion 154, 155, 160.
- Goldumlaufwährung 151.
- Goldverteilung 155.
- Goldwährung, ihr Zahlungsbilanzmechanismus 106; ihre Vorteile und ihr Wesen 151; ihre Spielregeln 153; ob eine Weltwährung anders funktioniert 161.
- Grenznutzen 56.
- Greshamsches Gesetz 152.
- Großbetriebe in der Landwirtschaft 72.
- Großraumwirtschaft 87.

Handel 202.

Handelsbilanz, mit einzelnen Ländern 90 f.; allgemeine 93 f.; wovon ihr Saldo abhängt 98 f.; als Teil der Zahlungsbilanz 100; ihre sogenannte Besserung meistens ungünstig 102; einseitiger Freihandel macht sie nicht passiv 129 f.

Handelspolitik, ihre Unbeständigkeit vergrößert das Risiko 16, 118; gibt Motive für Siedlungsbewegung 73 f.; bewirkt Drosselung des Welthandels 90; ihre Entartung im Kontingentsystem 125.

Handelsspanne 203.

Handelsverträge 119, 121.

Hortung, bei Mißtrauen gegen Kapitalsanlagen 24, 175; durch Steigerung der Kassenhaltung 141; durch Sparen ohne Investieren 174.

Index, des Welthandels 89; der Warenpreise 145; nach verschiedenen Formeln berechnet 147.

Indexwährung 145 f.

Inflation, in erfahrenen Ländern unpopulär 6; zur Finanzierung von Investitionen 17 f.; durch Wechselkredit und Wertpapierbelegung 18; durch Arbeitsbestätigungen 20; Metallgeldausgabe 20; zur Bankenstützung 60; zur Liquidierung von Spareinlagen 61; macht Devisenbilanz passiv 108; durch Diskontermäßigung 139; durch Übergang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr 136; wirkt nur vorübergehend 142 f.; durch Einführung des Schwundgeldes 145; durch Deckungsbestimmungen erschwert 156; in den Jahren 1720 und 1796 in Frankreich 157; durch Übergang zur Silberwährung 159 f.

Innenkolonisation 71—82.

Intensive Bodenbebauung 71, 75.

Interventionismus, als Häufung vieler Eingriffe 3; beeinflusst Löhne und Preise 186; das gegenwärtige Wirtschaftssystem 205, 214; als Instrument von Sonderinteressen 217.

Investitionen, ihre Finanzierung durch die Notenbank 5, 10, 17 f.; privater Unternehmer oder öffentlicher Körperschaften 15 f.; ihre Produktivität 17; aus Steuergeldern 21; aus Inlandsanleihen 23; ihre Wirkung auf die Konsumkaufkraft 29; infolge erzwungenen Sparens 137; abhängig vom Zinsfuß 149, 190; ermöglicht durch Konsumeinschränkung 166; verringert durch Konsumsteigerung 167.

Kampfzölle 119 f.

Kapital, wie es gebildet wird 22, 165 f.; wann Geld Kapital ist 22, 169; durch Kreditausweitung vorgetauscht 139; in Realform und in Geldform 169; als Bedingung der Produktionserweiterung 172; seine Funktion in der Wirtschaft 190 f.

Kapitalangebot, verringert durch öffentlichen Finanzbedarf 24; wie es auf den Zinsfuß wirkt 42; wie es durch Zinssenkung beeinflusst wird 43; verringert durch Konsumsteigerung 168; ist bei jedem Wirtschaftssystem begrenzt 190.

- Kapitalaufzehrung, durch Konsumsteigerung 22, 167; durch Steuerpolitik 23, 50, 171, beeinflusst Warenbilanz 97; verursacht Produktionsstörungen 167; ihre Symptome 168; durch Lohnpolitik 171.
- Kapitalbedarf, für öffentliche Investitionen 17, 28; durch Zinsfuß beschränkt 43, 213; für Innenkolonisation 77; für Verwirklichung technischer Errungenschaften 191 f.
- Kapitalbewegungen, internationale 98—103.
- Kapitalbildung 22, 42, 166, 174, 175, 193.
- Kapitalerhaltung 166.
- Kapitalflucht, aus Mißtrauen gegen die Währung 62; bewirkt Warenausfuhr 102; verringert den Umlauf bei Goldwährung 107; bekämpft durch Devisenbeschränkungen 128.
- Kapitalismus 185 f., 205.
- Kapitalmangel, als Folge zusätzlicher Kredite 11; durch Übersteuerung 23, 51; als Folge versuchter Preisstabilisierung 149; kann nicht durch Geldvermehrung behoben werden 169; verbietet die Durchführungen der besseren Technik 193.
- Kapitalverkehrsbilanz 98 f., 100 f.
- Kartelle, ermöglichen Dumpingexporte 120; bewirken Starrheit der Preise 185; wurden früher bekämpft 198; verringern die Löhne oder die Beschäftigung 199; gedeihen nur bei Zollschutz 205 f.; verbessern die Lage einzelner Produktionszweige 207.
- Kassenvorräte, verringert durch Inflationsangst 142; verringert durch Geldsteuer 142 f.; sind nicht konstant 151.
- Kauf heimischer Erzeugnisse 115.
- Kaufkrafttheorie, bei neubeschäftigten Arbeitern 29; bei Lohnsenkung 40, 46; bei zollgeschützten Inlandsproduzenten 110; bei Aufwertung des Silbers 159; bei Steigerung des Konsums 172; bei Abbau von Arbeitern 182; bei gestiegenen Kartellpreisen 200; bei gestiegenen Verdiensten der kleinen Kaufleute 204.
- Komparative Kosten 114.
- Kompensationsverkehr 91, 93.
- Konjunktur, als Folge der Kreditausweitung 6, 138; durch „beschleunigten“ Geldumlauf 143; muß zusammenbrechen 171.
- Konkurrenz, erzwingt Preissenkung 47, 184; des Auslands fördert die Produktivität 116; ihre Ausschaltung schafft Monopolstellung 181; ihre Beschränkung macht Preise starr 184, 185; beschränkt durch Preistaxen 195 f.; oder durch Kartellierung 198 f.; oder durch Gewerbeordnungen 201 f.; sie senkt die Handelsspanne 203; zwischen Erzeugern gleicher Güter fällt beim Monopolkapitalismus fort 207; um das verfügbare Kapital 213; ob sie in der Planwirtschaft möglich ist 214.
- Konkurse, verschuldeter Industrien 55; verschuldeter Landwirte 57; insolventer Banken 62.

- Konsumeinschränkung, zugunsten der Kapitalbildung 22, 42, 165, 193; durch „erzwungenes Sparen“ 137; als Voraussetzung von Investitionen 166; erzwungen durch Schrumpfung der Produktion 171; durch Verteuerung der Waren bei Konkurrenzbeschränkungen 204.
- Konsumkaufkraft, im Gegensatz zur Kapitalmenge 22; wird nicht durch Investitionen erhöht 29; wird zu Lasten der Investitionskraft gesteigert 171.
- Konsumsteigerung, durch Verbilligung der Waren 41, 181, 183; als Forderung zur Überwindung der Krise 164; als Ursache von Produktionsstörungen 167.
- Konsumvereine 204.
- Kontingente 122, 123.
- Kostenrechnung 210 f.
- Kreditausweitung, als Ankurbelungsmittel 5 f.; in Amerika 6; ihre Wirkung auf die Währung 7; und die Devisenbilanz 7, 63, 108; auf die Produktion 9; zur Finanzierung von Investitionen 18 f.; zwecks Zinsfußsenkung 44; zur Bankenstützung 60; durch Übergang zum Abrechnungssystem 135 f.; bewirkt „erzwungenes Sparen“ 137; durch Eskontierung von Warenwechseln 138; zur Steuerung der Indexwährung 148 f.; als Deflationsbekämpfung 175.
- Kriegsschulden 66.
- Kriegstribute, ihre Aufbringung und ihr Transfer 66; beeinflussen die Handelsbilanz 98 f.
- Krise, ihre Symptome 3; infolge inflationistischer Ankurbelung 7, 11, 138; in der Landwirtschaft 57; infolge „schöpferischer“ Kredite 137 f., 140; nach Perioden der Preisstabilisierung 149.
- Kurzarbeit 35, 48.
- Kurzfristige Kredite 58.
- Landflucht 72.
- Landwirtschaft, ob sie wichtiger als andere Erzeugung ist 56; leidet unter Preissturz und Schuldenlast 57; ob intensivere Bebauung rentabel ist 71; ob Mangel an Agrarprodukten zu befürchten ist 74; ihr Arbeitsertrag verglichen mit dem industriellen 78.
- Liberalismus 205.
- Liquidität, vorsichtig geführter Banken 59; begrenzt die Möglichkeit der Schuldenzahlung 63, 64; und die Möglichkeit von Investitionen 190.
- Lohnausgleich 33 f.
- Lohnerhöhung, ob sie Arbeitslosigkeit verursachen muß VII; im Zuge der Wohlfahrtssteigerung 32; zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung 33 f.; infolge ausgiebiger Steuersenkung 50; absorbiert die Rationalisierungsgewinne 183; als Ursache von Arbeitslosigkeit 185; als Ursache von Maschinisierungen 187.
- Lohnfondstheorie 47 f.

- Lohnsenkung, relativ zu den Warenpreisen 13; als Arbeitsbeschaffung 31; ob sie die Kaufkraft der Bevölkerung beeinflusst 40, 46; warum man Lohnsatz und Lohnsumme auseinanderhalten muß 46; linear oder Beweglichkeit der verschiedenen Lohnsätze 48; verglichen mit Zinssenkung 49; unbemerkt beim Übergang zum Naturaltausch 81; wenn Arbeitsnachfrage durch Maschinenarbeit verdrängt wird 179; vermieden durch Preissenkungen nach Rationalisierung 183; wird notwendig durch Kartellpreispolitik 199.
- Lokalbedarf 202.
- Lombardierung 18.
- Luxuseinfuhr 86.
- Manipulierte Währung 147 f.
- Marktwirtschaft 186, 209, 210.
- Maschinensteuer 182.
- Meistbegünstigungsklausel 121.
- Metallgeldvermehrung, durch Ersetzung von Banknoten durch Münzen 20; durch billigere Silberproduktion bei Silberwährung 159 f.
- Mindestpreise 195 f.
- Monopol, als Nutznießer arbeitsparender Erfindungen 183; kann höhere Preise erzielen und dadurch Arbeitsmarkt verschlechtern 199; bringt nur einzelnen Gruppen Vorteile 207.
- Monopolkapitalismus 205 f., 209.
- Moratorien 59 f.
- Münzfuß 149, 162.
- Münzunion 162.
- Nachfrage, nach Waren steigt bei Preissenkung 31, 41, 46, 183 f., 193 f.; nach Arbeit steigt bei Lohnsenkung 13 f., 31, 33, 47 f., 80, 179; nach Kapital steigt bei Zinssenkung 42, 49, 139, 179; nach Kapital für Investitionen 17—28, 76; nach Konsumgütern verringert Investitionsmöglichkeiten 173.
- Naturaltausch, kann Lohnsenkung verdecken 81; an Stelle der Geldwirtschaft 133.
- Negative Eisenbahn 117, 118.
- Neutralität des Geldes 132, 150 f.
- Nominaleinkommen 41.
- Nominallohn 181.
- Notenbanken, sollen die Ankurbelung finanzieren 5; schaffen zusätzliche Kredite 10; geben inflationistische Diskont- und Lombardkredite 18; senken ihren Zinsfuß 44, 139; stützen immobile und insolvente Banken 3, 60 f., 65; erleichtern die Aufbringung von Auslandsschulden 65; gleichen bei Goldwährung die Devisenbilanz aus 106; als Devisenzentrale bei Devisenbeschränkungen 127; verlangen Kooperation zur Kreditausweitung 154; ihre Rolle bei einer Weltwährung 161.
- Notstandsarbeiten 28.

- Parität, siehe Goldparität oder Stabilität.
- Planwirtschaft, durch Einführung der Energierechnung 190; entsteht nicht durch Kartellbildungen 200, 206; besteht nicht in einzelnen Industriepänen 207; sondern in einheitlicher, zentraler Wirtschaftsleitung 209 f.; hat keine Wirtschaftsrechnung 214.
- Präferenzzölle, als wirkliche Einfuhrerleichterung 122; als Subventionen 124.
- Praxis VI.
- Preisniveau, ob eine Erhöhung helfen kann 11 f.; sein Verhältnis zur Schuldenlast 68; soll stabilisiert werden 132, 145 f.; nicht genau meßbar 146; durch Geldmenge gesteuert 147.
- Preissenkungen, erhöhen Nachfrage nach Waren und Arbeit 31, 46, 193; erhöhen das Realeinkommen 41; infolge Zahlungsbilanzmechanismus 106; infolge Steigerung der Produktivität 149; sind keine Krisenursache 155; nach rationalisierter Erzeugung 183; werden verhindert, wenn Konkurrenz ausbleibt 184.
- Preissteigerungen, durch Kreditausweitung 8, 11 f., 136; ohne Inflation 39; infolge von Zöllen 51, 118, 123; bewirken Produktionsverschiebungen 75, 137; bewirken Kaufkraftverschiebungen 110, 137; infolge von Kontingenten 123; mittels behördlicher Festsetzung 195 f.; durch Kartellpolitik verschlechtern den Arbeitsmarkt 199; in geschützten Gewerben 201; im Detailverkauf 203 f.
- Preissturz, der Agrarprodukte 57; erschwert Schuldendienst 68; durch Überproduktion 197.
- Preistaxen 197.
- Produktion, umgestellt infolge von Kreditausweitungen 9 f., 137 f.; steigt infolge von Kostensenkungen 36, 41, 183; unbeeinflusst durch Höhe der Schulden 54; beeinträchtigt durch Kapitalentzug 65, 167; gefördert durch Arbeitsteilung 83, 115; behindert durch Devisenbeschränkungen 126; ihre Expansion durch zusätzliche Kredite 139 f.; ihr Aufbau durch Preismanipulierung gestört 149; durch Kapitalaufzehrung gestört 167; auf ausreichende Kapitalversorgung angewiesen 174; steigt bei Rationalisierung mit Preis senkung 183; man will sie von Technikern planmäßig geleitet haben 189 f.; wird durch Monopole eingeschränkt 199.
- Produktionskosten, beeinflußt durch Steuern 23, 30, 49 f.; durch Lohnhöhe 31, 45 f.; durch Arbeitszeitverkürzung 34 f.; durch Zinshöhe 41 f.; durch soziale Lasten 44; durch Zölle 51, 115, 120, 123; ihr Verhältnis zu den Kosten im Ausland 112, 114 f.; bei verschiedenen Erzeugern verschieden hoch 196.
- Produktivität, öffentlicher Investitionen 17; der Innenkolonisation 77; gesteigert durch Arbeitsteilung 83, 115; ihre Steigerung ermöglicht Preissenkung 149, 150; gesteigert durch Kapitalbildung 165; des Handels 202; erhöht durch Konkurrenz 204.
- Produktionsumwege, erhöhen den Arbeitsertrag 165 f.; nur durch ständiges Kapitalangebot möglich 169.
- Produktive Arbeitslosenfürsorge 27 f.

- Profitwirtschaft 216.
Prohibitivzölle 51, 118.
Prosperität 6.
Protektionismus, zugunsten bestimmter Gruppen 109 f.; mittels Zöllen oder Kontingenten 125.
- Rationalisierung 178—189.
Reagrarisierung 72.
Realeinkommen 41.
Reallohn 181.
Rediskont 19.
Reflation 175.
Reichtum, entsteht nicht durch Geldvermehrung 11; durch keinerlei Geldsystem gesichert 163.
Rentabilität, als Voraussetzung privater Investitionen 15 f.; durch Subventionen 16; bestimmt den Beschäftigungsgrad 39, 45; intensiver Bodenbebauung 71; der Einführung arbeitsparender Methoden 187; errechnet mit Amortisations- und Zinsrechnung 187 f., 190; konkurrierender Produktionsmöglichkeiten 211.
Repatriierung von Effekten 63.
Repressalien 120.
Reserven, in Bargeld für Einlagen in Banken 59; in Gold oder Devisen für Banknoten 152, 157.
Resorption freigesetzter Arbeitskraft 183.
Risiko 15, 16, 118 f.
Run 59.
Rüstungszölle 119.
- Scheckverkehr 60, 134 f.
Schulden, Nachlässe sind Vermögensverschiebungen 53; ohne Bedeutung für Produktionsumfang 54; der Industrie 54 f.; der Landwirtschaft 56 f.; der Banken 58 f.; ans Ausland 62 f.; durch Preissturz notleidend 68 f.; im Verhältnis zur Geldmenge 69 f.; bei Indexwährung 149 f.
Schutz der heimischen Erzeugung 108—116.
Schutzzölle 51, 115, 118 f., 123, 198.
Schwundgeld 140—145.
Selbstkosten 196, 212.
Selbstversorgung 73, 83—90, 115.
Siedlungsbewegung 71—82.
Silberwährung 159 f.
Soziale Lasten 44 f.
Sozialismus 205, 209 f.
Spareinlagen 61, 135.

- Sparen, als Voraussetzung der Kapitalbildung 22, 42, 193; für Horte anstatt für Investitionen 24, 174 f.; fällt dem Reichen leichter als dem Armen 26; führt zur Kreditverbilligung 42; erschwert durch gläubigerfeindliche Politik 68; erzwungen durch Preisverschiebungen 137; als Bedingung wachsenden Reichtums 163; als Forderung zur Überwindung der Krise 164; seine Bedeutung im Erzeugungsprozeß 165 f.; ob es der Konsument seinen Lieferanten überlassen soll 173.
- Sparmaßnahmen 50.
- Spielregeln der Goldwährung 153 f.
- Staatsaufgaben 49.
- Staatsschulden 65 f.
- Stabilität, der Währung bedroht durch Kreditausweitung 7; durch Devisenbeschränkungen vorgetäuscht 126; des Preisniveaus als Ziel der Politik 132, 145 f.; des Preisdurchschnitts als Störungsursache 149; der Devisenkurse bei Goldwährung 151, 155 f.; des Wirtschaftssystems 207.
- Stadtrandsiedlung 81 f.
- Ständische Wirtschaft 205, 207, 208.
- Steuern, für Investitionszwecke 21 f.; verteuern die Produktion 23, 30, 49; ihr Verhältnis zum Volkseinkommen 49; ihre Senkung schafft Arbeit 50; sind mitschuldig am Kapitalmangel 51; zur Aufbringung der Staatsschulden 66 f.; auf Geldvorräte 142 f.; zwecks deflationistischer Geldabschöpfung 148; als Ursache von Kapitalaufzehrung 171; auf arbeitsparende Maschinen 182; zur Deckung der Arbeitslosenfürsorge 186; erleichtert für Konsumvereine 204.
- Stillhaltevereinbarungen 60, 64.
- Straßenbau 27.
- Subventionen, an unrentable Unternehmungen 16; in Form von Vorzugszollsystemen 125.
- Symptome, verschieden von den Ursachen 2; der Wirtschaftskrise 3.
- Syndikalismus 207.
- Tauschgesellschaften 81.
- Technik, ermöglicht Produktionsverbilligung und Preissenkung 150; kann nur bei Konsumverzicht und Kapitalbildung verwertet werden 170; findet sparsame Erzeugungsmethoden 177 f.; ob sie Ursache der Arbeitslosigkeit ist 182—184; ob sie von der Wirtschaft zu wenig ausgewertet wird 189 f.; ohne Kapital hilft sie uns wenig 193; kann kürzere Arbeitszeit möglich machen 194.
- Technokratie 189 f.
- Theorie, gegenüber Praxis VI; als Voraussetzung jeder Maßnahme 2.
- Transfermatorium 60.
- Transferproblem 66 f.
- Transportkosten 117, 130 f.
- Trust 198, 205.

- Überinvestitionen 10, 54, 138 f., 143, 149.
Überlegenheit der ausländischen Konkurrenz 112—114.
Überproduktion, gegenüber Bedarf 45 f.; in Agrarprodukten 56, 75; in Kapitalgütern 137 f., 140.
Übersteuerung 16, 50, 171.
Umlaufgeschwindigkeit, soll erhöht werden 132; steigt wegen Angst vor Geldwertschwund 142 f.; erscheint bei Gemeindegeld besonders groß 144.
Umlaufmenge, steigt durch verringerte Kassen und Horte 25, 142; vermehrt durch Kreditausdehnung 137 f.; verringert durch Einlösung der Noten 106 f.; man will sie elastischer haben 132.
Umwegsproduktion 165 f., 169 f., 171.
Unbestechlichkeit 125.
Unsichtbarer Export 96, 99, 100.
- Valuta, siehe Währung.
Verkehrswirtschaft 205, 217.
Verkürzung der Arbeitszeit 32—37, 193 f.
Verlängerung der Produktionsumwege 166, 169.
Vermögensrechnung 53.
Verschuldung, ohne Bedeutung für Produktionsumfang 54; der Industrie 54 f.; der Landwirtschaft 56 f.; der Banken 58 f.; ans Ausland 62 f., 102; im Verhältnis zum Preisniveau 68; zur Geldmenge 69; nie die Folge eines Einfuhrüberschusses 103 f.
Verschuldungsbilanz 105.
Vertragsrecht 16, 26, 43.
Vertragszölle 121.
Vierzigstundenwoche 33 f.
Vorzugszölle 121 f., 124 f.
- Währung, erschüttert durch Kreditausweitung 7; durch Devisenbeschränkungen angeblich geschützt 126; manipuliert unter politischem Einfluß 147; vom politischen Einfluß unabhängig 151; ob sie gebunden sein soll 160.
Warenbilanz, zwischen Personen und Ländern 94—99.
Warenhäuser 203 f.
Warenpreise, ihr Verhältnis zur Lohnhöhe 13; ihre Senkung steigert den Absatz und die Beschäftigung 31, 41, 46; als Faktor des Realinkommens 41; ihr Verhältnis zur Schuldenlast 68 f.; ihre Rolle im Zahlungsbilanzmechanismus 106 f.; ihre Erhöhung durch Zölle und Kontingente 123; ihr Sinken durch Steigerung der Produktivität 149, 150; bei Wirksamkeit der Konkurrenz 184; ihre Starrheit verschlechtert den Arbeitsmarkt 185; unter dem Einfluß von Konkurrenzbeschränkungen 195—204.

- Wechseleskont, zwecks Finanzierung von Investitionen 18, 19; zwecks Senkung des Zinsfußes 44; beschränkt auf „echte Warenwechsel“ 138; zwecks Preiserhöhung bei Indexwährung 148.
- Weltanschauung VIII f.
- Weltgeld 160 f.
- Welthandel 89.
- Weltwirtschaft 83, 89.
- Wertpapierkäufe der Notenbank 18.
- Wirtschaftliches Prinzip 210 f.
- Wirtschaftsrechnung, schließt auch Kapitalrechnung in sich 190 f.; als Problem der Planwirtschaft 210; erfordert variable Kostenpreise 211, 213.
- Zahlungsbilanz, als Aufstellung der gesamten internationalen Wertbewegung 100 f.; verglichen mit kaufmännischer Bilanz 104; als tägliche Devisenmarktlage 105 f.; als Ausgleicher der Geldmengenrelationen 156.
- Zahlungsbilanzmechanismus 106 f.
- Zinsfuß, abhängig vom Kapitalangebot 42; zwangsweise gesenkt 43; durch die Notenbank ermäßigt 44, 139, 149; vorübergehend durch „Umlaufszwang“ gesenkt 143; wegen Indexwährung manipuliert 149; sinkt bei geringerer Nachfrage nach Kapital 178 f.; maßgebend für Anschaffung von Maschinen 187; bestimmt die Möglichkeiten der Kapitalverwendung 190 f.; beschränkt die Nachfrage nach Kapital 213 f.
- Zölle, verteuern die Produktion 51, 115; verhindern die internationale Arbeitsteilung 115; ihre Arten und Aufgaben 118 f.; besser als Kontingente 123; sie tragen zur Preisstarrheit bei 185; sie ermöglichen die Kartellbildung 200, 206.
- Zolleinnahmen 118, 123.
- Zukunftsgüter 165, 174, 193.
- Zünfte 200, 208.
- Zusätzliche Kaufkraft, siehe Kreditausweitung oder Inflation.
- Zwangskartell 208.
- Zwangssparen 137.
- Zwischengewinne 203, 212.
- Zwischenprodukte 166, 212.